Sicherheitsgesetze ... Wackersdorf ... Sexismus ... Anti-NATO-Kongreß ...

... Grüne ... Wendland ... Atomexporte ... Plutoniumschieberei

atom

Atom Express & Atommüllzeitung

März/April 86
atom Nr. 8

4,— DM

Collection Labadie foundation
www.laka.org
Digitized 2015

links
Sozialistische Zeitung

Ist das Kind nicht auch schon eine "Ware", wenn eine Frau mit einem Mann einen Unterhaltsvertrag abschließt und ihm dafür Kinder gebiert, also eine ganz normale Ehe führt?
SILVIA KONTOS: Was ist so Was ist so schlimm an der Leihmütterschaft?

Die sowjetische Bürokratie überschwemmt die 114 Millionen Werktätigen mit jährlich 7000 Schriftstücken pro Person.
KLAUS SEGBERS: Sowjetmacht plus Automatisierung.

In der Rede von der Naturkatastrophe als Vorbild der sozialen Umwälzung steckt ein Stück Realität: Eine grundlegende Veränderung des mexikanischen Regimes kann man sich kaum anders vorstellen als in der Form einer alles zerstörenden, unvorhersehbaren Katastrophe.
MICHAEL EHRKE: Das Erd- Das Erdbeben in Mexiko.

links
Nr. 191, Februar 1986
DM 4,–, 18. Jahrgang

Beiträge zu sozialen Bewegungen, zu internationalen Entwicklungen und zur sozialistischen Theorie. Politische Analysen und Informationen.

Monatlich 36 Seiten. Einzelexemplar DM 4.- / Jahresabo DM 45.-

Zu beziehen über: 'links', Postfach 591, 6050 Offenbach 4. Probeexemplar kostenlos!

Göttinger Stadtzeitung

...zündende Themen unserer Dezember/Januar-Doppelnummer:

Strichweise zur totalen Kontrolle - Computerkassen als Hebel zur gesellschaftsweiten Überwachung - Die Digitalisierung des Verbrauchers - Volkszählung an Fernsehgerät und Kaufhauskasse

Stoll, Schlesien, Ewers, HIAG - Kotzbrocken überall
Die schwarzbraune Grauzone (hä?) zwischen CDU, Landsmannschaften, Deutscher Gemeinschaft und Jungnazis in Südniedersachsen

Undsoweiter. Probeheft für DM 2,50 + Rückporto in Briefmarken

Göttinger Stadtzeitung
Geiststraße 1 3400 Göttingen
0551 - 59435

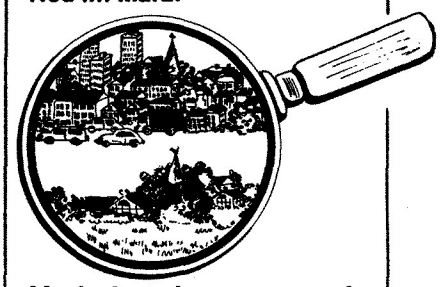
...see you!

0 000000 000000

GRÜNE Illustrierte NIEDERSACHSEN

Monatszeitung der GRÜNEN in Niedersachsen

Neu im März:



Verkehrsplanung – auf der Strecke geblieben

Aus dem Inhalt: Nahverkehr in Stadt und Land; Grüne Utopie – Kombination von Verkehrsträgern; Bundesbahn – Schienen statt Straßen; Strukurprobleme im Güterverkehr; ...
Dazu den neuesten Bundes- und Landesklatsch, Buchbesprechungen, Termine, Dieses und Jenes ...
Schwerpunktthemen in früheren, noch erhältlichen Ausgaben:
Januar/Februar 86: **Gefangen im Warenkorb – Leben mit der Stütze**
Dezember 85: **Internationale Solidarität – eine leere Versprechung?**
November 85: **Kommunalpolitik – Standbein und Stiefkind**
Oktober 85: **Energie – aber wie?**
Probeexemplare gibt's gegen DM 1,40 (Portokosten) in Briefmarken. Ein Jahresabo kostet DM 30,– (bitte unbedingt Verrechnungsscheck beilegen!)

Abo-Schnibbel:
Hiermit bestelle ich für ein Jahr die GRÜNE ILLUSTRIERTE. Verrechnungsscheck liegt bei.

Name: .....

Anschrift: .....

.....

Datum: .....

Unterschrift: .....

Das Abo verlängert sich automatisch um den gleichen Zeitraum, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird!

Ausfüllen und ab geht die Post an:
Die GRÜNE ILLUSTRIERTE Niedersachsen
Voltastr. 35
3000 Hannover 1

Impressum

Der Atom Express/Atommüllzeitung wird herausgegeben vom 'Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e. V.' und vom 'Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen (LAGA)'.

Redaktionsanschriften:

Atom Express
Reinhäuser Landstr. 24 , Postfach 1945
3400 Göttingen, Tel: 0551/7700158
Atommüllzeitung
Sültenweg 57, 2120 Lüneburg,
Tel.: 04131/45290
oder:
c/o G. Garbers
Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt
Tel.: 04131/63315

Bestellungen:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen
Konto:
Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik, Reinhäuser Landstr. 24, 3400 Göttingen
PSchA Hannover 148 99 - 308
oder
Elke Rickert, Vorwerk 5a, 3119 Altenmedingen
Konto:
'Gorleben Aktuell', G. Garbers
PSchA Hamburg 378 14 - 206

Druck: Steidl, Düstere Straße, Göttingen

V. i. S. d. P.: Eva Frintrup, Günter Garbers, Matthias Küntzel, Ulrike Schierenbeck.

Diese Nummer kostet 4.- DM, für BI's und andere Wiederverkäufer 3,- DM.

Ein **Abonnement** kostet 25,-DM für fünf Ausgaben incl. Porto. Ein Förderabonnement kostet 35,-DM.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der NIchtaushändigung zurückzusenden.

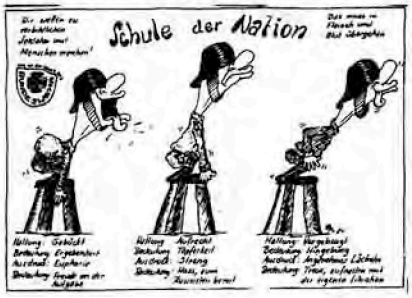
Nachtrag

In Braunschweig im Prozeß gegen Rolf und Wolfgang wird wieder neu verhandelt. Der letzte Prozeßtag ist voraussichtlich am 7. März 1986, 9 Uhr, vor dem Landgericht in Braunschweig

Titelphoto: Thomas Einberger

INHALT

Anti-Kriegsteil 4



Schwerpunkt I (Anti-Krieg)

- Militarismus-Sexismus Teil II Bundeswehr als Schule zur Frauenunterdrückung
- Anti-NATO-Kongreß
- Prozeß-Info

Sicherheitsgesetze -
SPUDOK wird nachträglich legalisiert 12
Kriminalisierung einer Druckerei 16
Wackersdorf 17

Schwerpunkt II (Wackersdorf)

- Chronik
- Faschingstreiben im Wald
- Große Widerstandsgeschichte...
- Perspektive des Widerstands
- Radi-Aktiv-Kommentar

Bundeskonferenz 32
Diskussion um Grüne 33
Hamm - Augen zu und durch 37
Standorte 38
Wyhl 41
Malville 42
Hanau -
Alkem formuliert seine eigenen Sicherheitsgesetze 44
Plutioniumschieberei -
Große Anfrage von den Grünen 46
Leser/innen/briefe 48
Wendland 49

Schwerpunkt III (Wendland)

- Herzschläge
- Würgassen - Nachtrag
- Endlagerkampagne
- Endlager-Überblick international

Märchen Teil III 57
Atomexporte 59
Atomstrom nach Bremen 62
UF-6 Unfallserie 65
Brokdorf 68

Ich bin nichts; ich kann nichts ...

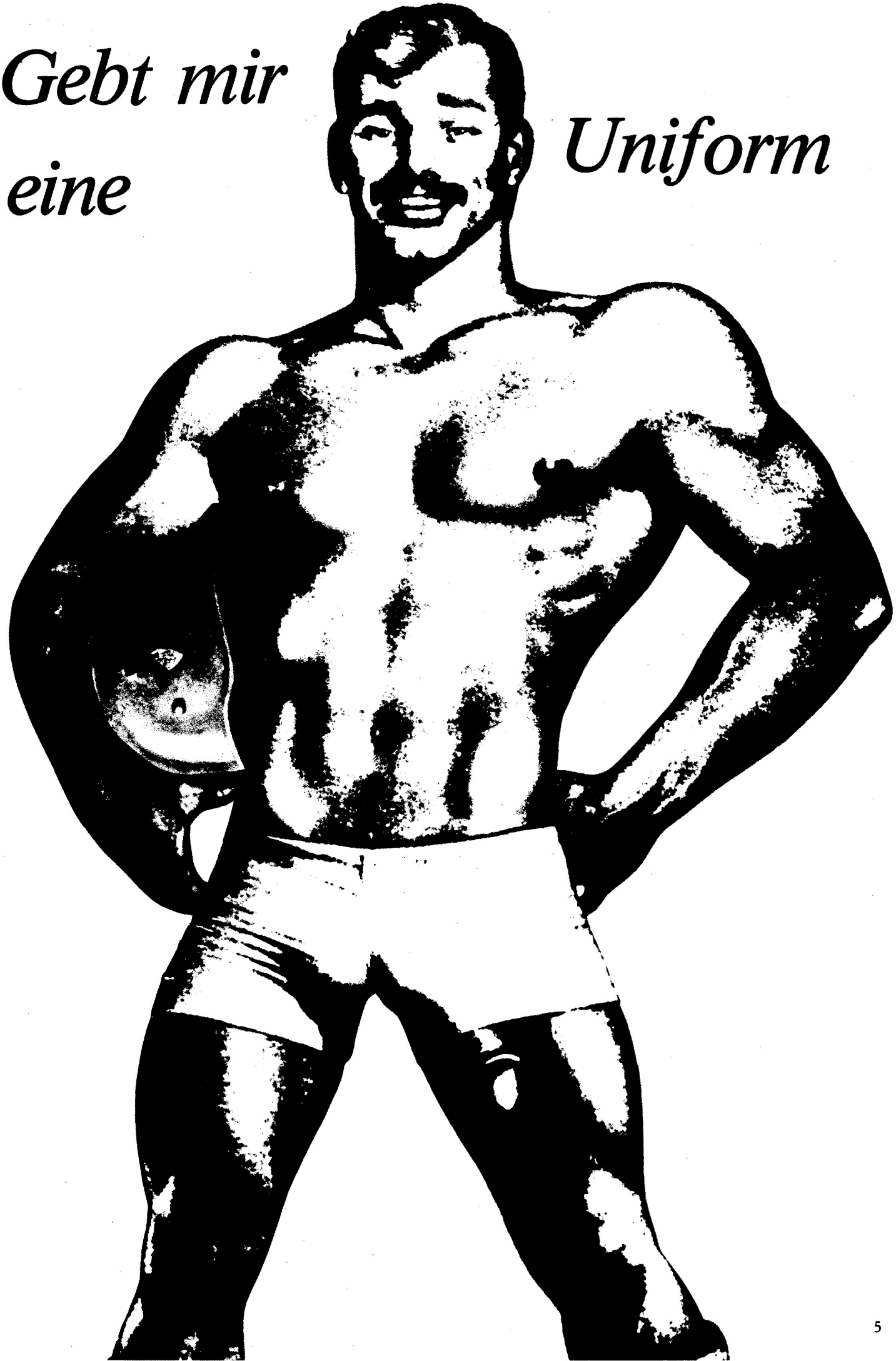
Der folgende Artikel soll in der Reihe »Militarismus-Sexismus« näher auf Strukturen innerhalb des Militärs, seine Funktion als »Schule der Nation«, insbesondere die Funktion als »Schule zur Frauenunterdrückung« eingegangen werden.
Ursprünglich ist von uns geplant worden, den Zusammenhang zwischen Prostitution und Militär, d.h. Bordelle - Kasernen, genauer zu erläutern. Wir haben dazu aber kein geeignetes Material gefunden. So fällt dieser Punkt, zumindest was seine aktuelle Bedeutung angeht, jetzt eher dürftig aus.
Im folgenden zitieren wir zunächst aus einem Buch von Astrid Albrecht-Heide und Utemarie Bujewski (»Militärdienst für Frauen?« Campus Verlag).
Im Abschnitt über die CD-Acts beziehen wir uns auf einen Text von Verena Fiegl.

Das Militär als totale Institution

Nach wissenschaftlichen Untersuchungen lassen sich Kasernen als »totale Institutionen« ,vergleichbar mit Gefängnissen und psychiatrischen Kliniken, bezeichnen. »Eine totale Institution läßt sich als Wohn- und Arbeitsstätte einer Vielzahl ähnlich gestellter Individuen definieren, die für längere Zeit von der übrigen Gesellschaft abgeschnitten sind und miteinander ein abgeschlossenes, formal reglementiertes Leben führen.« (Goffman, 1973,S.11)
Eine wichtige Erweiterung dieser Analyse liefert der Begriff der »serienmäßigen Sozialisation«: Mit jeweils den gleichen Methoden sollen aus Neulingen der Institution reibungslos Angepaßte geformt werden.
Der Prozeß der Entindividualisierung verläuft in allen totalen Institutionen nach ähnlichen Mustern:»Der Neuling kommt mit einem bestimmten Bild von sich selbst in die Anstalt, welches durch bestimmte stabile soziale Bedingungen seiner heimischen Umgebung ermöglicht wurde. Beim Eintritt wird er sofort der Hilfe beraubt, die diese Bedingungen ihm boten. In der exakten Sprache einer unserer ältesten totalen Institutionen durchläuft er eine Reihe von Erniedrigungen, Degradierungen, Demütigungen und Entwürdigungen seines Ichs. Sein Ich wird systematisch, wenn auch häufig unbeabsichtigt, gedemütigt. Es treten einige radikale Veränderungen seiner moralischen Laufbahn ein, einer Laufbahn, die sich aus den progressiven Veränderungen zusammensetzt, die in den Überzeugungen stattfindet, die er über sich und andere wichtige Personen hegt.« (Goffman 1973, S.25)
Für den Soldaten bewirkt diese Veränderung die Aufgabe seiner bisherigen zivilen Identität bzw. die Neutralisierung des »Mitgebrachten« sowie die Unterordnung unter das Kasernenreglement, das seine Handlungsspielräume einengt und rigide militärische Verhaltensmuster vorschreibt. Symbolisch findet dies seinen Ausdruck im Anziehen der Uniform, die Individualität auch äußerlich aufhebt.
Der Prozeß der Entindividualisierung läuft über Demütigungen für den einzelnen. Demütigend sind viele als »normal militärisch« geltende Situationen, wie an einem wenig drastischen Beispiel illustriert werden kann:»Nach dem Kompanieunterricht wird zur Formalausbildung (Exerzieren) herausgepfiffen. Die Rekruten treten heraus mit Stahlhelm und Gewehr. Der Leutnant schreit:'Nehmen Sie den Fuß von der Bremse, es hieß marsch, marsch, und das ist die schnellste Gangart des Soldaten!' Er schickt die Rekruten in die Unterkunft zurück und läßt sie zum zweitenmal heraustreten. Die Kompanie steht jetzt auf dem Antreteplatz; beim ersten und zweiten Zug wird noch geredet. Der Leutnant:'Beim Antreten spricht der Soldat nicht, überhaupt spricht hier nur einer, und das bin ich, nach hinten wegtreten, marsch, marsch!' Die Soldaten treten nach hinten weg. Der Leutnant gibt das Kommando:'Achtung, an der alten Stelle in der alten Formation antreten, marsch, marsch!' Die Rekruten rennen dorthin, wo sie sich bereits einmal aufgestellt hatten. Der Leutnant:'Ich sagte doch:'marsch, marsch', das ist die schnellste Gangart des Soldaten. Sie sind viel zu langsam. Nach rechts wegtreten, marsch, marsch!' Die Soldaten treten erneut weg und werden dann wieder an den alten Platz befohlen. Der Leutnant:'Ich sagte doch Linie, das ist doch keine Linie, nach hinten wegtreten, marsch, marsch!' Die Soldaten machen eine Wendung um 180 Grad und treten nach hinten weg. Der Leutnant:'Da dreht sich noch einer nach rechts herum. Der Soldat dreht sich immer nur links herum.' Wieder müssen die Rekruten nach hinten wegtreten. Beim erneuten Antreten der Soldaten schreit der Leutnant:'Das Antreten geht viel zu langsam. Ich zähle: eins, zwei, drei' (und als bei drei die Kompanie noch nicht steht:)'nach hinten wegtreten, marsch, marsch!' Als dann die Kompanie endlich steht, brüllt der Leutnant:'Das geht alles viel zu langsam, doch das werden wir üben nach Dienst, dafür gibt es ja das Wochenende, und auch andere Tage, ja Sonntage. Am Samstag werden wir, wenn das so weitergeht, Formalausbildung machen.'« (Treiber 1973, S.19f)
Wie frau unter anderem hieraus sehen kann, soll der Soldat »...sein Selbstwertgefühl vor allem darauf beziehen, was er alles an Mißlichkeiten ertragen kann, womöglich ohne seinem Unbehagen auch nur verbal Ausdruck zu geben. Paradigma dafür sind Stillhalte-Aufgaben wie in Deckung liegen oder das Gewehr präsentieren. Die Männlichkeit, die damit gewonnen wird, erfordert nicht initiatives Handeln, sondern eifrige und ausdauernde Unterwerfung...« (Steinert 1972, S.150 f)

Frau kann davon ausgehen, daß diese Sozialisation unter anderem über Demütigungen auch zu einer 'Brutalisierung', zumindest einer Simplifizierung, des Verhältnisses der Soldaten zu Frauen führt. Die Pin-up Fotos in den Spinden der Rekruten mögen dafür als Illustration dienen. In einer Untersuchung aus den USA heißt es dazu:»Isoliert von sexuellen Kontakten und dem Druck der Gruppe Gleichaltriger ausgesetzt, neigt der Soldat dazu, eine phantasierende Einstellung zu Frauen und sexuellen Beziehungen zu entwickeln und Männlichkeit mit Angriffslust gleichzusetzen. In der ausschließlich männlichen Umwelt der Kaserne wird sexuelle Angemessenheit durch körperliches Durchhaltevermögen und Aggressivität demonstriert. Militärische Ausbildungspraktiken unterstützen diese Assoziationen, wenn jene, die versagen, als 'Tunten' oder 'Schwule' abgestempelt werden und jene, die kampfgeeignet sind, als 'Männer' hervorgehoben werden... In einer solchen Welt sind Beziehungen zu Frauen oberflächlich und ausbeuterisch;

Gebt mir eine Uniform



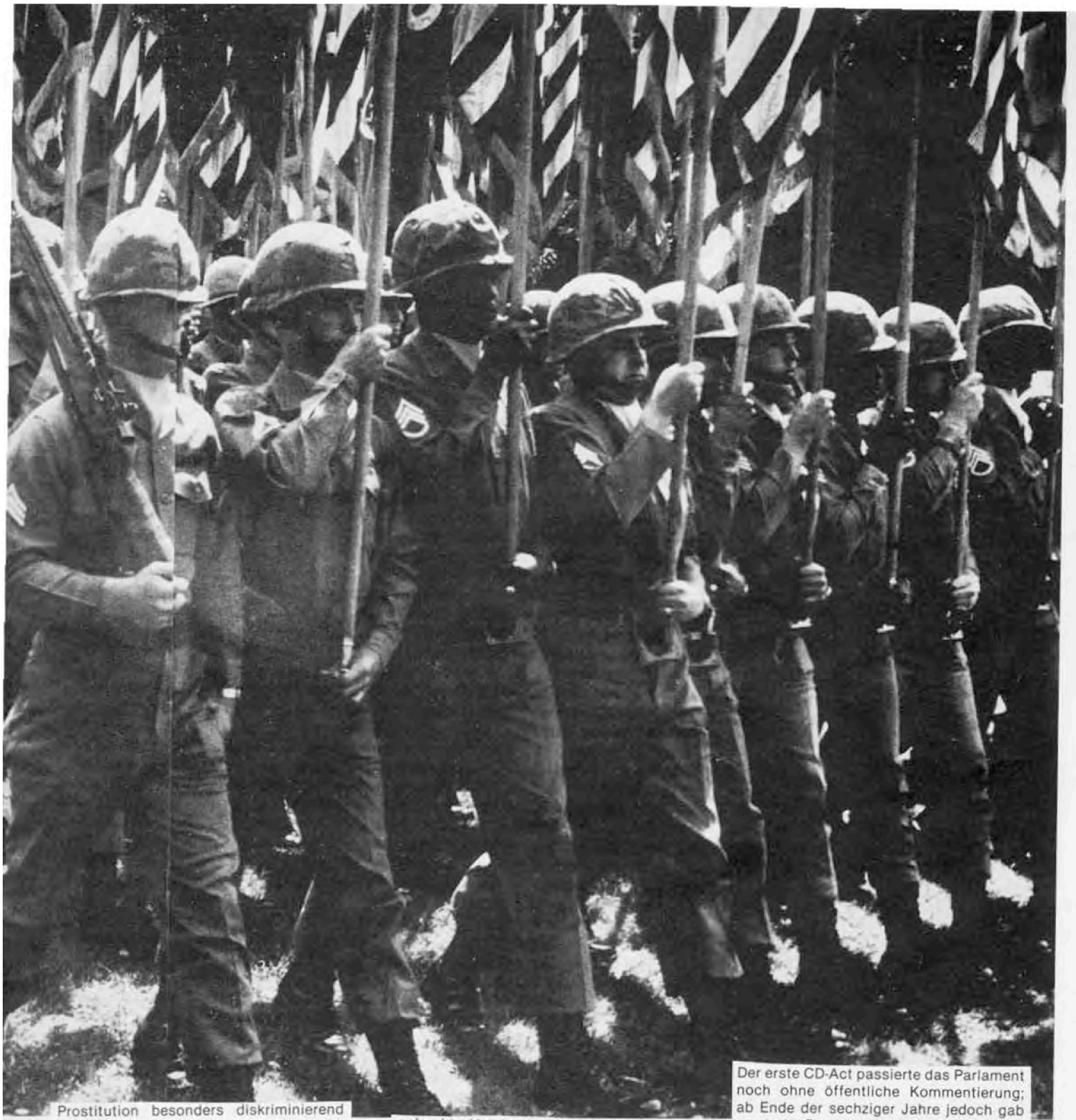
dabei werden Frauen nicht als eine anderes empfindende Person betrachtet, sondern als ein schwaches, weniger fähiges Objekt...« (Cortright 1975, S.170 f).
Eine in der Bundeswehr durchgeführte Untersuchung über Offiziersstudenten kommt zu recht ähnlichen Ergebnissen. Der Autor dieser Arbeit hebt als Indiz u.a. auf die »Bundeswehrsprache« ab, welche die Sexualität entsinnlicht und entpersönlicht.

Sexistische Soldatensprache

Derbe Sprache und rauher Umgangston gehören zu den unausgesprochenen Merkmalen des Soldatentums. Frauen sind hingegen mehrheitlich dahin sozialisiert, eine saubere Frauensprache zu sprechen, und werden doch alltäglich mit frauenfeindlichem Sexismus in der Sprache konfrontiert. Im Militär begegnen Frauen einer sprachlichen Subkultur, die in ihrer sexistischen und frauenfeindlichen Ausprägung vermutlich weit über dem gesellschaftlichen Durchschnitt steht. Wir gehen davon aus, daß das Militär mindestens aus zwei Gründen Besonderheiten aufweist: die Abgrenzung der Männer von den Frauen wird ergänzt durch die militärische Abgrenzung von der übrigen Gesellschaft.
Typisch für den Soldatenjargon ist sein starker Bezug zur Sexualität und, der militärischen Männlichkeitskultur entsprechend, die extrem häufige Verwendung von Begriffen zur Bestimmung des männlichen Genitalorgans. Dies überträgt sich offenkundig auch auf die Wahrnehmung von Frauen.
Das Vokabular für Frauen innerhalb und außerhalb des Militärs reflektiert in entscheidendem Maße eine negative Einstellung gegenüber Frauen, die in erster Linie als Sexualobjekt gesehen werden. Auch positive Erlebnisse mit Frauen haben keinen spürbar positiven Einfluß auf die frauenfeindliche Terminologie von Soldaten. Frauen, die sich mit Soldaten einlassen, wurden schon immer als »Matratze« bezeichnet. »Armeematratze«, »Amüsiermatratze«, »Kompaniematratze« und »Unterlage« sind nur einige der Bezeichnungen (Küppers 1970, 1978). »Gemeinschaftsempfänger«, »jagdbares Wild« und »Mg« (leicht mausbares Gerät) sind Begriffe, die, in Anlehnung an die militärische Terminologie, die Objektzuweisung der Frau durch den Mann besonders deutlich machen. Zugleich weisen diese Beispiele auf spezifisch militärische Prägungen hin. Neben der Beischlafwilligkeit ist die Gebärfähigkeit/-willigkeit ein weiteres Kriterium für den Soldaten. Eine »Frau mit Gehfehler« ist im Bundessoldatendeutsch eine kinderlose Ehefrau. »Ausgekalbt« hat eine Frau, die auf Grund ihres Alters keine Kinder mehr bekommt.
Besonders drastisch erfahren Frauen im Militär diese diskrimierende Einstellung von Soldaten:
»Im Sommer kann man (!) hier nicht mal draußen in Shorts herumgehen, ohne angemacht zu werden. Du fühlst dich wie ein Tier. Die Leute fangen an, aus den Fenstern zu brüllen, als hätten sie noch nie eine Frau gesehen! Wenn du draußen herumläufst, fühlst du dich wie in der Mitte vom Zoo«, sagt eine Fernmelde-Expertin.
Die Frau berichtet, daß die Belästigung manchmal soweit geht, daß man (!) von männlichen Soldaten betatscht würde, und oft könne man (!) sehr wenig dagegen unternehmen. »Uns ist nicht gestattet, sie zu berühren, sie auf irgendeine Weise zu schlagen, besonders nicht, wenn er einen höheren militärischen Rang hat als du. Das wäre Zerstörung von Regierungseigentum, tätliche Beleidigung oder etwas ähnliches«, lacht eine andere Soldatin.

Militär und Prostitution

Hier sei auch kurz die »kriegsunterstützende Leistung« von Prostituierten erwähnt. Prostitution wirkt sich nach allgemeiner Auffassung auf den einzelnen Soldaten stabilisierend aus und ist für die »Moral der Truppe« wichtig. Als während des 18. Jahrhunderts deutsche Soldaten nach Amerika verkauft wurden, wurden sie von Prostituierten in die Neue Welt begleitet. (Seidler 1978, S.25) In den Vereinigten Staaten wurde vor dem 2. Weltkrieg bei der Errichtung von Militärbasen vorrausgesetzt, daß die örtlichen Kommunen die Existenz von Bordellen für ihre Soldaten tolerierten. (das gilt übrigens heute auch noch! s.in)
Für die (betroffenen) Frauen wirkt sich dieser Zusammenhang von Militär und



Der erste CD-Act passierte das Parlament noch ohne öffentliche Kommentierung; ab Ende der sechziger Jahre jedoch gab es starke Proteste in der Bevölkerung gegen die Zwangsuntersuchung der Frauen: insbesondere wurde die »staatliche Kontrolle von Sexualität« und die »Verbindung von Staat und Militär in der Kontrolle über Frauen« angeprangert. Außerdem wurde aufgezeigt, daß die CD-Acts ebenfalls ein Beispiel für eine Klassengesetzgebung darstellten: sie betrafen hauptsächlich arme Frauen, denn reiche hatten wesentlich bessere Möglichkeiten, sich den Kontrollen zu entziehen.

Vieles aus dem eben genannten Beispiel läßt sich auf die heutige Situation von Prostituierten übertragen. So ist es immer noch selbstverständlich, daß es die Frauen sind, die mann verpflichtet, sich untersuchen zu lassen. Damit ist das Prinzip aller Männerbünde - freier Zugang zu Frauen - gültig wie eh und je. Auch heute hat der Staat ein großes Interesse daran, Prostituierte über das Zwangsuntersuchen hinaus durch ihr Abdrängen in Sperrbezirke und Bordelle zu kontrollieren.

Prostitution besonders diskriminierend aus; im folgenden soll dies exemplarisch an den sog. »CD-Acts« aufgezeigt werden. 1864 wurde in Großbritannien das erste von insgesamt 3 »Contagious Disease Acts« (kurz: CD-Acts) zur Bekämpfung ansteckender Krankheiten erlassen. Die beiden weiteren folgten 1866 und 1869. Erst 1886 wurden die Gesetze wieder aufgehoben.

Die CD-Acts schrieben im einzelnen die regelmäßige genitale Untersuchung von Prostituierten und evtl. ihre Zwangsbehandlung vor. Da zwangsuntersuchte Frauen registriert wurden, bedeutete dies eine Professionalisierung dieses Bereiches, der vorher für viele eine Nebenerwerbsmöglichkeit dargestellt hatte, ohne daß es öffentlich wurde. Mit Hilfe der CD-Acts jedoch wurden nicht nur Prostituierte, sondern auch viele andere Frauen, die der Prostitution verdächtigt wurden, verhaftet, zwangsuntersucht, registriert und damit gebrandmarkt, ohne daß sie sich dagegen wehren konnten. Es fand eine regelrechte Hetzjagd auf Frauen statt. Die CD-Acts bildeten also die rechtlichen Grundlagen für die staatliche Kontrolle der Frauen. Um die Möglichkeiten der Kontrolle noch zu verbessern, wurden Prostituierte in separate Arbeits- und Wohnbezirke, in Ghettos, abgedrängt.

Ursprünglich waren die CD-Acts ausschließlich vom Militär initiiert worden und sollten auf elf Garnisonsstädte und militärische Häfen beschränkt werden; auf Orte, in denen die Anzahl geschlechtskranker Soldaten alarmierend hoch war. Ursprünglich hatte mann jedoch ein anderes Verfahren geplant: Jeder Soldat sollte dazu verpflichtet sein, sich nach dem Gang zu einer Prostituierten untersuchen zu lassen. Allerdings wandte sich die gesamte Armee gegen dieses Vorhaben, denn es hätte den »freien Zugang« von Männern zu Frauen wirksam behindert. Dieses Prinzip aller Männerbünde sollte jedoch nicht angetastet werden.

Kongreß:

Kein Frieden mit der NATO

Am 12. und 13.April wird in Köln der seit langem geplante Kongreß »Frieden mit der Nato?« stattfinden. Erstmals beteiligen sich an dieser Diskussion auch Organisationen und Gruppen, die sich in der Vergangenheit vehement gegen eine öffentliche Infragestellung der Natomitgliedschaft gewehrt haben, wie zum Beispiel der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz BBU und die Friedensliste. Auf der anderen Seite hat das Interesse im radikalen bis autonomen Spektrum abgenommen, sich über die Nato-Frage mit dem traditionellen Spektrum der Friedensbewegung zu streiten. Zu oft hatte man es versucht, war abgeblitzt und niedergestimmt worden und wurde eine Debatte über diese wichtige Thema in den zurückliegenden Jahren verhindert. Nun soll sie stattfinden auf eben diesem Kongreß. So wie sich die Dinge in den letzten Jahren entwickelt haben, kann man nur begrüßen, daß ein solcher Kongreß überhaupt stattfindet - zumal zu einem Zeitpunkt, wo das Thema in der 'Szene' out ist und die Grünen drauf und dran sind, zur Nato ja zu sagen, um der SPD nicht nein sagen zu müssen. So ist der Kongreß über die Weiterentwicklung der Diskussion in der Friedensbewegung hinaus eine gute Möglichkeit, das Thema Nato öffentliche zur Debatte zu stellen und zu verhindern, daß sich die Grünen davonstehlen und ihren Frieden mit der Nato machen. Bereits bei der Vorbreitung des Kongresses zeigten sich die Differenzen in dieser Frage. Die Grünen kamen nur als Beobachter und mochten sich - wohl aus wahltaktischen Überlegungen in Richtung Bundestagswahl 1987 - nicht offiziell am Kongreß beteiligen, weil er sich für sie zu einseitig gegen die Nato richte. Auf der Landesversammlung der Grünen Bayern wurde flugs darauf die Forderung nach Austritt aus der Nato aus dem Programm gestrichen. Und der friedenspolitische Sprecher der SPD, Carsten Vogt, sagte es ganz deutlich: Wenn die Grünen nicht ein klares Bekenntnis zum westlichen Bündnis ablegen, kommt eine irgendgeartete Zusammenarbeit mit der SPD auf Bundesebene nicht in Frage. Worauf Otto Schily nichts besseres zu sagen wußte, als er wäre ja schon immer gegen die Austrittsforderung gewesen.

Zu guter letzt noch einige Anmerkungen zur Zusammensetzung und dem politischen Selbstverständnis des Trägerkreises zu diesem Kongreß. Es gelang leider nicht, die politische Breite des Trägerkreises anläßlich der Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel im Mai letzten Jahres auf den Kongreß gegen die Nato zu übertragen. Es hätte der Mobilisierung und der politischen Diskussion bestimmt gut getan, wenn sich das radikal und autonome Spektrum an der Kongreß-Vorbereitung beteiligt hätte. Aber eine andere Schwerpunktsetzung dieses Spektrums nach dem Weltwirtschaftsgipfel (Wackersdorf und Anti-Imp.-Kongreß) sowie alte Animositäten in Richtung BUF (Bundeskongreß unabhängiger Friedensinitiativen) und BBU ließen eine Mitarbeit offenbar nicht zu. Auch der Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie - obwohl von Anfang an offizielles Mitglied des Trägerkreises - war nicht in der Lage, diese Mitgliedschaft auch praktisch auszufüllen. Das hatte allerdings weniger politische, als vielmehr personelle und arbeitsüberlastungsmäßige Ursachen. Wir als Anti-AKW-Gruppe wollten uns mußten uns nach dem Weltwirtschaftgipfel wieder den Schwerpunkten Gorleben, Atommülltransporte und Wackersdorf zuwenden. Nach wie vor unterstützen wir aber diesen Kongreß und werden uns nach Kräften an ihm beteiligen. An dem vom Trägerkreis verabschiedeten Aufruf vermissen wir jedoch die Thematisierung des Problems Frauen und Nato bzw. Frauen und Militarismus, das ja im Zusammenhang mit den Aktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel eine wichtige Rolle gespielt hatte und auch auf dm Kongreß »Frieden mit Nato?« zu einem Schwerpunkt gemacht werden müßte. Desweiteren fanden wir die Stoßrichtung der Kritik gegen die Nato zu wenig gegen die USA gerichtet, die unserer Ansicht nach die Politik und die Praxis der Nato fast ausschließlich bestimmen. Aber das sind ja inhaltliche Diskussionen, die auf dem Kongreß laufen sollen. Also: Auf zum Kongreß und niemals Frieden mit der Nato!

FRIEDEN MIT DER NATO?

AUFRUF

zum Diskussions-Kongreß

Die Friedensbewegung hat in den vergangenen Jahren hunderttausende Menschen mobilisiert und überall in der Bundesrepublik Deutschland gegen die immer gefährlicheren Aufrüstungsmaßnahmen demonstriert.

In vielfältigen Formen haben wir unsere Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß die Aufrüstungsschritte der NATO uns dem Frieden nicht näherbringen, sondern die Kriegsgefahr erhöhen:

- o die Stationierung von Pershing II und Cruise missiles
- o die Einführung atomarer Erstschlagskonzepte
- o die immer weiter gehende konventionelle Aufrüstung
- o die Militarisierung des Weltraums.

Die gigantischen Rüstungsmaßnahmen führen zu Sozialabbau, verstärken Hunger, Elend und Unterdrückung in der 3. Welt.

Seit 1949 wird die Aufrüstungs-, Militär- und Konfrontationspolitik des Westens vereinheitlicht und umgesetzt durch das Militärbündnis NATO. Doch wurde das Bündnis selbst in den über 30 Jahren der bundesdeutschen NATO-Mitgliedschaft nie in den Mittelpunkt einer kritischen Diskussion gerückt. Gegenstand der innenpolitischen Auseinandersetzung waren lediglich Teilaspekte seiner Politik.

Obwohl die NATO für zahlreiche Aufrüstungsschritte verantwortlich gemacht werden kann, sehen viele in ihr immer noch ein notwendiges Verteidigungsbündnis. Deshalb ist es an der Zeit, das Bündnis NATO und die Rolle der BRD in der NATO zum Thema in der Friedensbewegung zu machen.

Aus diesem Grunde laden wir alle Interessierten zum Diskussionskongreß FRIEDEN MIT DER NATO? ein.

Auf diesem Kongreß wollen wir die NATO zur Diskussion stellen anhand folgender Fragen zur ‚Sicherheits'-Politik:

- o Abrüstung oder Umrüstung der Bundeswehr?
- o Alternative oder keine Verteidigung?
- o Einseitige Abrüstung im Westen?
- o Entspannung und Friedliche Koexistenz?
- o Sicherheitspartnerschaft mit blockübergreifender Perspektive oder Blocküberwindung?
- o Schneller oder schrittweiser Austritt aus der NATO?
- o Ist Frieden mit oder in der NATO überhaupt möglich?

Diese wichtigen friedenspolitischen Ansätze wollen wir diskutieren

- – mit denen, die den Frieden mit einer reformierten NATO für möglich halten,
- – denen, die nur im Austritt aus der NATO einen Weg zum Frieden sehen,
- – und denen, die den Weg einer gesamteuropäischen Friedensordnung suchen.

Mit dem Kongreß soll in der Friedensbewegung eine größere Debatte um die NATO begonnen werden. Hauptanliegen ist dabei der Beginn einer fundierten Strategiedebatte und nicht die Vereinheitlichung auf bestimmte Anti-NATO-Positionen.

Die verschiedenen Teile der Friedensbewegung sind aufgerufen, sich mit ihren Positionen an der klärenden und aufklärenden Diskussion um den Stellenwert der NATO zu beteiligen.

Deshalb rufen wir auf zum Diskussions-Kongreß:
„FRIEDEN MIT DER NATO?"
am 12. und 13. April 1986 in Köln!

12. und 13. April 1986 in Köln

Der KOORDINATIONSKREIS KONGRESS: o Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen (BuF) o Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) o Comision Anti-OTAN Madrid o Demokratische Sozialisten (DS) o Friedensliste o Göttinger AK gegen Atomenergie o Grün-Alternative Liste Hamburg o Gruppe Internationaler Maxisten (GIM) o Initiative „Kein Frieden mit der NATO – Raus aus der NATO" o Kommunistischer Bund (KB) o Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) o Als Beobachter arbeiten mit: Bundes-AG Frieden der GRÜNEN

Vorläufiges Programm

Samstag, 12.4.,	vormittags	Eröffnung, Begrüßung, Organisatoria Inhaltliche Einleitung: Über die Notwendigkeit des Kongresses – Entwicklung der Friedensbewegung, und warum die Diskussion über das Kongreßthema so wichtig ist – Geschichtlicher Aufriß: Zur Historie der NATO – Aufriß unterschiedlicher Positionen zur NATO in der Friedensbewegung – Europäische Volksbewegungen gegen die NATO
	ab Mittag	Arbeitsgruppen mit je mindestens zwei kontroversen Einleitungsreferaten: AG 1: Geschichte und Funktion der NATO als Instrument westlicher Globalpolitik AG 2: BRD in der NATO: Biedermann oder Brandstifter? AG 3: „Europäisierung": Abkoppelung von den USA oder Stärkung der NATO? AG 4: BRD/Westeuropa: Das kleinere Übel für die 3. Welt? AG 5: Die NATO als innere Ordnungsmacht AG 6: Die NATO – Reaktion auf eine Bedrohung? AG 7: Widersprüche innerhalb der NATO: Ansatz für die Friedensbewegung? AG 8: Alternative oder keine Verteidigungspolitik? AG 9: Abrüstung und Blocküberwindung durch friedliche Koexistenz und Entspannung? AG 10: Muß die BRD raus aus der NATO? AG 11: Militärisch-industrieller Komplex AG 12: Widerstandsperspektiven
Sonntag, 13.4.,	vormittags	Podiumsdiskussion: – Streitgespräch über Handlungskonzepte bundesdeutscher Friedenspolitik Berichte von den Arbeitsgruppen Plenumsdiskussion

Dieses Programm ist ein vorläufiges! Unterstützer und Besteller erhalten die jeweils neuesten Informationen über den Stand der Dinge wie: Änderungen oder Erweiterungen, Referenten, Stand der Planung, Protokolle der Vorbereitungssitzungen, Kulturprogramm am Vorabend des Kongresses etc.

- o Ich/Wir unterstütze/n den Kongreß „Frieden mit der NATO?" als Aufrufer und zahlen DM ..... (mind. DM 30,–) für die Organisierung.
- o Ich bin/Wir sind am Kongreß interessiert und möchten die Materialien und Unterlagen zum Kongreß bestellen (DM 30,–).
- o Das Geld ist auf das Konto des Kongresses überwiesen
- o liegt als Scheck/Bargeld diesem Brief bei.

Name ..... Organisation .....

Anschrift ..... Telefon .....

Unterschrift .....

Kongreß-Konto: A. Klörs, Sonderkto. Kongreß Nr. 3556 03-500 beim Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50)
Postanschrift Kongreß-Büro: Kongreß „Frieden mit der NATO?", Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3, 5000 Köln 1

Anti-Kriegs Teil

NATO Herbst Manöver 1984

PROZESS-INFO

Hildesheim

Seit Anfang 85 gab und gibt es wegen der Aktionen gegen die Nato-Manöver im Hildesheimer Raum im Herbst 84 ca. 90 Ermittlungsverfahren; davon wurden bisher 30 Verfahren noch vor der Hauptverhandlung eingestellt. Von den restlichen 60 Verfahren (hauptsächlich wegen Nötigung) - in den allermeisten Fällen erging bereits der Eröffnungsbeschluß - sind in **erster Instanz** 10 Strafverfahren abgschlossen, drei davon rechtskräftig, also endgültig: ein Freispruch (gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr), eine Geldbuße (Beleidigung) und eine Einstellung in einer Nötigungssache, für die sich das Amtsgericht Elze nicht zuständig erklärte (es war unklar, zu welchem Gerichtsbezirk der Tatort zählt).
Gegen die anderen 7 Urteile - alle wegen Nötigung, darunter 2 Freisprüche - wurde Berufung eingelegt. In einem Fall ist die Berufungsverhandlung nach 8 Verhandlungstagen wegen geringfügiger Schuld mit einer Einstellung endgültig abgeschlossen. Eine weitere Berufungsverhandlung ist am Ende November 85 geplatzt.
Für eines dieser Nötigungsverfahren brauchte das Amtsgericht Elze in 1.Instanz **acht Verhandlungstage**: Richter bzw. Richterin setzten in diesem Verfahren die Termine immer nur 1/2 bis maximal 2 Stunden pro Verhandlungstag fest! Das abgeschlossene Berufungsverfahren zog sich - allerdings aus anderen Gründen - ebenfalls über 8 Verhandlungstage hin. 6 Verhandlungen wurden bisher unterbrochen und ausgesetzt, 2 davon am dritten Verhandlungstag. Alle diese Verfahren müssen neu aufgerollt werden. Mindestens 15 vom Gericht angesetzte Verhandlungstermine wurden aus den unterschiedlichsten Gründen wieder abgsetzt.
Damit gab es insgesamt - bei bisher nur 3 abgeschlossenen Strafverfahren - schon etwa **40 Prozeßtage**. Wenn man dann für jeden Tag etwa 500.-DM Prozeßkosten ansetzt - alles inclusive außer der Geldstrafe - können wir uns ausrechnen, wieviel Geld zusamenkommen wird, wenn erstmal 60 Prozese rechtskräftig abgeschlossen sind!

Spendenkonto: R. Zimmermann, Stadtsparkasse Hildesheim, BLZ 25950001 Konto-Nr. 108043660, Verwendungszweck: Prozesskosten)

Briten von Friedensbewegung unterwandert?

Gegen einen Hamburger wurde im November vergangenen Jahres das Ermittlungsverfahren wegen der 'Nötigung' eingestellt; 6 weitere Einstellungen in derselben Sache werden folgen müssen:
Das 'Nötigungsobjekt' war ein mit Motorschaden liegen gebliebener britischer Panzer. Der Panzerkommandant gab zu Protokoll, daß das einzig störende nicht die intensive Diskussion mit den 'Blockierern' gewesen sei, sonern das Einteffen der Polizei.

Schilderklau

Ein Verfahren wegen 'Diebstahls und fortgesetzter Hilfeleistung' gegen 5 Leute aus Lutter ist Ende 85 - kurz vor Prozeßbeginn - eingestellt worden. Die 5 sollen im Herbst 84 militärische Hinweisschilder im Wert von 20.-DM geklaut haben. Ursprünglich beabsichtigte die Staatsanwaltschaft Anklage wegen 'Wehrmittelbeschädigung' zu erheben. Vermutlich wurde dann die Anklage in einfachen Diebstahl abgeändert, um den politischen Charakter des Verfahrens nicht noch hervorzuheben.

Das Letzte ...

Einer Frau, der wegen Manöverbehinderungen im Fulda-Gap der Prozeß gemacht wurde, bekam vom Gericht die Auflage, im gemeinnützigen Kinderladen UJZ-Kornstraße in Hannover einige Stunden Arbeitsdienst abzuleisten!

Schlappe für den Staatsanwalt

Die Nötigungsprozesse als Folge der Störmanöver liefen bislang alle nach dem 'Schema F' ab: auf der einen Seite Oberstaatsanwalt Kehr aus Hildesheim bzw. Staatsanwalt Arnold aus Hannover sowie 3 Polizeibeamte als Zeugen der Anklage und der vorsitzende Richter, auf der anderen Seite der/die Angeklagte. In den wenigen Fällen, die zumindest in erster Instanz abgeschlossen sind, reichten bisher die dürftigen Aussagen der Polizeizeugen aus, um die Angeklagten zu hohen Geldstrafen zu verurteilen. Wir konnten uns des Eindrucks nicht erwehren, daß, je weniger sich ein Polizeibeamter im Zeugenstand an die Vorfälle damals erinnern konnte, desto glaubwürdiger er jetzt dem vorsitzenden Richter erschien. Der Grundsatz 'Im Zweifel für den Angeklagten' gilt schon lange nicht mehr, galt noch nie.

Ein Richter spielt nicht mit

Dieses bekannte Verfahrensmuster wurde am 14.10.85 im Amtsgericht Hameln durch Richter Bartsch durchbrochen. Nicht nur, daß er die 3 Polizeibeamten einem 'Kreuzverhör' unterzog, was einem Strafverteidiger alle Ehre gemacht hätte, er ließ auch keinen Zweifel daran, daß er die 3 am liebsten rausgeschmissen hätte. Einsatzleiter Düwel - er war als erster dran - konnte sich praktisch an nichts mehr erinnern. Erst als Polit-Staatsanwalt Arnold seine früheren Aussagen wortwörtlich vorlas, bestätigte er sie. Interessant dabei ist, daß Düwel seine erste Aussage vor der Staatsanwaltschaft erst acht Monate nach dem Vorfall machen mußte.

Zeugenabsprache?

Noch während der Einsatzleiter vernommen wurde, verließ ein Kollege den Gerichtssaal und schilderte den draußen wartenden anderen Polizeizeugen den Ablauf der Vernehmung. Der zweite Polizeibeamte konnte sich folglich auch an nichts mehr erinnern - bis auf eines, was er allerdings genau zu wissen meinte: Joachim war der Fahrer des blauen Kleinbusses. Frage des Richters: 'Meinen Sie oder wissen Sie?' Polizeizeuge Meyerhoff: 'Ich bin der Meinung ...' Richter Bartsch unterbrach: 'Oh, Nein,

hören Sie auf mit ihren Vermutungen. Davon hatten wir heute schon genug. Ich habe keine Fragen mehr!' Auch der dritte Zeuge konnte dem Richter nichts genaues erzählen.

Strafanzeige erst auf schriftliche Anweisung

Während des Prozesses kam auch heraus, daß die damals eingesetzten Polizeibeamten von sich aus keineswegs die Absicht hatten, Strafanzeige zu erstatten. Erst im Dezember 84, nach einer schriftlichen Aufforderung des Polizeioberates Tschochner aus Hildesheim, stellten die Gifhorner Beamten Strafantrag! Dieses Detail gefiel dem Richter Bartsch auch nicht.

Freispruch

Staatsanwalt Arnold aus Hannover forderte in seinem Plädoyer wegen erwiesener Nötigung 30 Tagesätze a. 30.-DM. Der Rechtsanwalt wies aufgrund anderer Entscheidungen von Oberlandesgerichten nach, daß eine Nötigung gar nicht vorgelegen haben kann. So sagt eine Entscheidung des OLG Köln sinngemäß aus, daß Polizeiaussagen alleine nicht ausreichen, wegen Nötigung zu verurteilen. Dazu muß mindestens der Genötigte als Zeuge verhört werden (»Strafverteidiger 1985«, S.372). Richter Bartsch entschied sich für Freispruch.

Arnold platzt

Kaum war das Urteil gesprochen und der Freispruch vom Richter begründet, konnte sich Staatsanwalt Arnold nicht mehr zurückhalten: In Richtung des Angeklagten heulte er: 'Das eine sage ich Ihnen: wenn Sie rechtskräftig freigesprochen werden, dann lasse ich Sie vernehmen!' Wir hielten es für sinnvoll, diese unverhüllte Drohung wörtlich mitzuschreiben.

Ermittlungsausschuß Hildesheim
c/o Verein zur Förderung von KKK e.V.
Postfach 1111 in 32 Hildesheim

BUF-Friedenskonferenz

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

wir laden Euch hiermit zur diesjährigen Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen ein. Sie wird am 8. und 9. März in Sargenroth bei Simmern im Hunsrück stattfinden. Was werden die zu diskutierenden Fragen sein?

Die Aktionskonferenz der Friedensbewegung hat für den 11.Oktober zur zentralen Großdemonstration am Cruise-Missiles-Stationierungsort Hasselbach im Hunsrück aufgerufen. Damit wird erstmals die zentrale Großaktion der Friedensbewegung an einem Stationierungsort stattfinden - eine Aktionsorientierung, die von unabhängigen Friedensgruppen schon seit Jahren vertreten und gefordert wirde.

Nur, mit so einem Aufruf alleine ist noch nicht viel erreicht. Es wird wesentlich von der Mobilisierungsarbeit unabhängiger Friedensgruppen abhängen, ob die Teilnahme an Demonstration, Kundgebung und (ggf. begleitenden bzw. vorherigen) Aktionen so zahlreich und breit wird, daß von dort starke Impulse für die weitere Handlungsfähigkeit der Friedensbewegung ausgehen und wieder Druck in Richtung Abrüstung und Entmilitarisierung entfaltet werden kann. Wie konkret unser Beitrag hierzu aussehen kann und welche Perspektiven darüberhinaus wir aufzeigen können und wollen, wird eine zentrale zu beantwortende Frage auf der Konferenz sein.

Im Vergleich zu '83 und auch '84 ist es um den zivilen Ungehorsam relativ ruhig geworden, einmal abgesehen von Mutlangen. Wenn es auch in der heutigen Zeit schwieriger ist, können wir uns letztendlich nicht vor der Aufgabe drücken, den Zivilen Ungehorsam weiterzutragen und aufzubauen. Schließlich wollen wir doch immer noch vom Protest zum (bisher leider kaum entwickelten) Widerstand gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung kommen.

In diesem Sinne liegt es wesentlich auch an uns, gemeinsam mit den Hunsrücker Friedensaktivistinnen und -aktivisten Möglichkeiten für solche Aktionen zu erkunden, vorzubereiten und zu tragen.

... Mit einer starken Großdemonstration am 11.10. und mit guten, nicht nur einmaligen Aktionen zivilen Ungehorsams könnte es uns gelingen, so in den Wahlkampf einzugreifen, daß die Friedensbewegung eine reale Polarisierung bestimmt, statt in der von den Parteien betriebenen Scheinpolarisierung aufgerieben zu werden.

Gelingt es uns, gegen die Illusionen bezüglich eines rot-grünen Bündnisses vorzugehen und uns nicht auf die zu kurz greifenden Orientierung 'Ablösung der Rechtsregierung' einengen zu lassen, gelingt es uns also, die Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit der (unabhängigen) Friedensbewegung zu erhalten bzw. wieder aufzubauen, dann können wir hoffen, den nötigen Druck zur Störung des Kriegsvorbereitungs- und Aufrüstungskurses zu entwickeln.

Um diese und mehr Fragen wird es bei der kommenden Bundeskonferenz unabhängiger Friedensgruppen gehen. Deshalb sind alle aus der unabhängigen Friedensbewegung, aus (regionalen) Aktionszusammenhängen herzlich und dringend eingeladen, gemeinsam eine tragfähige politische Handlungsperspektive für die nächsten Monate und Jahre zu entwicklen.

Für diejenigen, die schon Freitag abend oder Samstag bis 9 Uhr anreisen können, besteht die Möglichkeit, an einer ca. 2-stündigen Busfahrt durch die Militärregion Hunsrück teilzunehmen.

Das Treffen beginnt Samstag um 13 Uhr und findet in der Jugendherberge Sargenroth bei Simmern (Hunsrück) statt (Tel. 06761-2500).

Weitere Informationen über das

BUF-Büro
Am Schwarzen Meer 67
2800 Bremen 1
Tel. 0421-4985966

Spudok nachträglich legalisiert

Neue Sicherheitsgesetze

Die nachträgliche Legalisierung der SPUDOK–Kartei des Landeskriminalamtes durch das neue Paket von Sicherheitsgesetzen

Im Rahmen einer Pressekonferenz am 21.08.85 im Hannoveraner Landtag machte die BI Lüchow-Dannenberg die Existenz eines Spurendokumentationssystems (SPUDOK) öffentlich, welches das LKA Hannover speziell für das Ermittlungsverfahren wg. § 129 StGB in Sachen Wendland eingerichtet hatte. (siehe hierzu atom Okt./ Nov. 85).

Die wesentliche Kritik der BI war damals, daß die Polizei und Staatsanwaltschaft mit diesem Computerprogramm eine Vielzahl von unbewerteten Daten sammelt, die zum Zeitpunkt ihrer Speicherung jedoch noch in keinem konkreten Zusammenhang zum Ermittlungszweck - der Erforschung von Straftaten - stehen. Z.B. Feststellungen zu Fahrer und Halter von PKW's bei Verkehrskontrollen, die Eigenschaft als Leserbriefschreiberin, Prozeßbesucher/in bei Gerichtsprozessen im Amtsgericht Dannenberg, die Bereitschaft zur Schlafplatzvergabe und Funktionen innerhalb der Bürgerinitiative.

Diese präventive Datensammlung sollte es der Polizei ermöglichen einen Überblick über politische Strukturen und persönliche Beziehungen in relevanten Gruppen aus dem Landkreis, als auch über ihre Verbindungen zu anderern Städten zu gewinnen, was die Polizei im Augenblick mit dem Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung auch substantiiert und vielleicht folgenreich ausnutzt.
Die damalige Veröffentlichung löste insbesondere auch eine Auseinandersetzung über die Rechtsgrundlagen einer solchen präventiven Datensammlung aus.

Nach Meinung der BI-Anwälte im Ermittlungsausschuss gab es für die SPUDOK-Datensammlung in der Form keine Rechtsgrundlage.

a. Nach § 9 des niedersächsischen Datenschutzgesetzes ist das Speichern personenbezogener Daten dann zulässig, wenn dies zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit der speichernden Stelle liegenden Aufgaben erforderlich ist. Die Speicherung darf nur die unabdingbar notwendigen Daten erfassen und zudem unter Beachtung des verwaltungsrechtlichen Prinzips der Verhältnismäßigkeit und des schmerzlosesten Eingriffs.

Diese Generalklausel aus dem Tatenschutzrecht bildet somit für sich allein keine Rechtsgrundlage, sondern verweist auf den Ermittlungsauftrag der Polizei, der Erforschung von Straftaten.

b. Dieser Ermittlungsauftrag kommt einmal im § 163 der Strafprozeßordnung zum Ausdruck, mit dem sich Innenminister Möcklinghoff in seiner Rede im Hanoveraner Landtag ständig rechtfertigte. Dort steht lediglich: *"Die Behörden und Beamten haben Straftaten zu erforschen."* Es besteht demnach für die Polizei ein Ermittlungsauftrag, eine Erforschungspflicht... aber daß sie hierzu auch präventiv Daten sammeln darf, ist noch nicht einmal in der amtlichen Kommentierung angedeutet. Und hiermit auch die Erfassung potentieller Zeugen und potentieller Hinweisgeber zu rechtfertigen, gelingt wirklich nur mit einigen Krücken.

c. Im SOG (Sicherheits- und Ordnungsgesetze) im § 3 sind die Aufgaben der Polizei ähnlich formuliert. Danach darf die Polizei eingreifen zum Zwecke der - Gefahrenabwehr - der Erforschung von Straftaten. Das Gesetz verlangt für einen polizeilichen Zugriff oder Eingriff eine konkrete Gefahr und damit eine erkennbare nicht entfernte Möglichkeit eines Schadenseintritts.

Auch diese Generalklausel vermag die SPUDOK-Datenbank nicht zu rechtfertigen, denn es ist nicht erkennbar, welcher konkreten Gefahr mit einer solchen Speicherung entgegengetreten werden soll. Lediglich weit entfernte, gedanklich mögliche Gefahren sind zu unkonkret und abstrakt.

Diese kurzen Herleitungen der gesetzlichen Grundlagen einer Speicherung zeigen bereits deutlich auf, daß es letztendlichst darauf ankommen wird, wie konkret der inhaltliche Bezug der Information zu einer Straftat sein muß.

Kann die Polizei es rechtfertigen, alle Zugreisenden nach West-Berlin zu speichern, nur um zu ergründen, wer wie oft ins sein Wochenendhäuschen nach Lüchow fährt.

Dürfen Fahrer von PKW's bei Verkehrskontrollen gespeichert werden, nur um bei einem späteren Falschparken dem Halter mal entgegenhalten zu können, daß er nach "offiziellen Informationen" bisher immer selbst seinen PKW gelenkt hat und ihn anscheinend nie verleiht und er deshalb derjenige gewesen sein mußte, der falsch geparkt hat.

Dürfen alle Mitglieder der CDU gespeichert werden, nur um sie später mal fragen zu können (potentielle Hinweisgeber) ob sie auch über eine Geldwaschanlage an ihre Partei gespendet haben.

Die offiziellen Reaktionen auf die von der BI eingeleitete auch jurische Diskussion zeigten auf, wie unklar auch dem Innenministerium die Rechtsgrundlage ist.
Das Innenministerium verwies darauf, daß diese SPUDOK-Kartei in Absprache mit ihrem Datenschutzbeauftragten (der ehemals Leiter des Polizeiamtes des LKA-Hannover war) Thebart eingerichtet worden sei, was dieser allerdings einige Tage später energisch bestritt. Thebart, übrigens hier im Einklang mit der Riege der Datenschutzbeauftragten der Länder, meinte selber, daß die Erfassung von Daten, die nur möglicherweise mit einer Straftat in Verbindung gebracht werden könnte, ohne daß ein konkreter Tatverdacht bestehe, juristisch nicht unproblematisch sei.
Im nächsten Atemzug forderte er dann die Landesregierung auf, doch im Rahmen einer fälligen Novellierung des Polizeirechts die entsprechenden Gesetzesgrundlagen zu schaffen.
Möcklinghoff stellte sich dann im Hannoveraner Landtag selbst ans Rednerpult und wies jegliche Kritik an dem vom § 163 STPO doch eindeutig legalisierten SPUDOK-System zurück.
Vermutlich war Möcklinghoff zu diesem Zeitpunkt bereits darüber informiert, daß die Bundesregierung einen neuen § 163 d STPO plant, der derlei Datenwildwuchs legalisiert.

Mit 7 neuen Sicherheitsgesetzen intendiert die Bundesregierung derzeit eine tiefgreifende Kompetenzerweiterung der Sicherheitsbehörden.

Soweit den derzeitigen Presseberichten zu entnehmen ist, werden in den nächsten Wochen Änderungen folgender Gesetze durch den Bundestag laufen:

1. Straßenverkehrsgesetz
Regelung des Zugriffs der Polizei auf die Daten im zentralen Verkehrsregister Flensburg

2. Bundesverfassungschutzgesetz
Ausweitung der Datensammlungskompetenz des Verfassungsschutzes bei verfassungsfeindlichen Bestrebungen

3. Zusammenarbeitsgesetz
Möglicher Austausch von Informationen zwischen Verfassungsschutz, MAD und BND und der Polizei.

4. Strafprozeßordnung
Einführung des § 163 d StPO und damit die Ermöglichung der Einführung neuer Datensammlungen der Polizei

5. Bundesdatenschutzgesetz
Der Verfassungsschutz muß keine Auskunft mehr über die dort gespeicherten Daten geben. Eingrenzung der Kontrollbefugnisse der Datenschutzbeauftragten

6. Personalausweisgesetz
Einführung eines fälschungssicheren und maschinenlesbaren Personalausweises

7. SOG - Sicherheits- und Ordnungsgesetze
Erweiterung der Eingriffskompetenzen der Polizei bereits im Vorfeld von Straftaten. Regelung von Sammlung und Weitergabe von Daten durch die Polizei und der Einrichtung neuer Datensysteme. (Der Entwurf für ein Hamburger SOG wurde in der TAZ v. 17.12.85 veröffentlicht.)

Es ist im Moment eine unmögliche Aufgabe, diese Gesetze mit ihren praktischen Auswirkungen insgesamt zu erfassen.
Die Diskussion hierüber läuft gerade erst an, die Entwürfe bzw. Gesetzesvorlagen werden stetig verändert. Einige rote Fäden lassen sich in diesem Gesetzespaket aber bereits sehr deutlich erkennen.

Die Ermittlungsbehörden werden umfassend befugt, ihre Arbeiten nunmehr auch mit Hilfe modernster Computertechnik bzw. Datenelektronik verrichten zu können.
Bisher nur punktuell an die Öffentlichkeit gedrungene Beispiele einer Rasterfandung werden wohl in Zukunft zum gewohnten Instrumentarium eines jeden polizeilichen Sachbearbeiters werden.
- Bereits 1977 wurde bekannt, daß im Rahmen der Schleyer-Fahndung alle jugendlichen Bahnreisenden in die französische Hauptstadt über mehrere Wochen hinweg registriert wurden, um über Mehrfachmeldungen Hinweise auf den Kurier zu erhalten
- Oder die in der Öffentlichkeit umstrittene Aktion in Rheinland - Pfalz, wo einmal alle Kraftfahrzeuge, die in einer bestimmten Zeit eine bestimmte Straße befuhren, in einer neuen Datei erfaßt wurden.
- Viele werden sich auch noch an bekannte Fahndungsmethoden auf dem Höhepunkt der Terroristenhetze erinnern, als die Polizei über Datenabgleich herausbekommen wollte, wo die RAF konspirative Wohnungen angemietet hat. Hierzu wurde registriert, wie jemand seine Miete zahlt, wie Strom und Gas bezahlt werden, ob bereits für einige Monate im Voraus und ob sich die Wohnung auch in einem anonoymen Hochhaus befindet.

Das Abgleichen dieser Daten setzt natürlich auch voraus, daß eine Unmenge von Daten Unverdächtiger vorerst gespeichert werden.
Und dies alles war streng genommen bisher gesetzeswidrig.
Denn die Speicherung der Daten von Millionen von Unverdächtigen Personen, nur um einen Straftäter aus dieser Masse Herauspicken zu können, war mit den Begriffen *Erforschung von Straftaten"* **bzw.** *"Gefahrenabwehr"* **nicht zu rechtfertigen.**

Zudem hatte das Bundesverfassungsgericht im sogenannten Volkszählungsurteil 1983 den Begriff des informationellen Selbstbestimmungsrechts geprägt, auf das jede/r Bürger/in Anspruch hat.
Einfach ausgedrückt, ich kann bestimmen, ob jemand meine persönlichen Daten erfaßt und speichert und gegebenenfalls deren Löschung beantragen, sofern nicht höherwertige Interessen, etwa konkrete Straftatenermittlungen oder Sicherheitsinteressen dagegen stehen.
Dies war mehr als ein Rippenstoß für den Gesetzgeber, die nunmehr vollends ins Licht der Illegalität gestellte polizeiliche Datensammlungspraxis nun zu entkriminalisieren. Dies soll nun geschehen durch z.B. den neuen §163 d Strafprozeßordnung:
der nunmehr die Einrichtung von Datensammlungen rechtfertigt, sobald damit Ermittlungen erfolgversprechend erscheinen.

In der Praxis wird sich mit derart vagen Formulierungen wie *"wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen"* und *"Verhältnismäßigkeit der Mittel zur Bedeutung der Sache"* **jede polizeiliche Datenbank rechtfertigen.**
Über die Löschung von Daten soll auch was im Gesetz stehen (Papierverschwendung), dies soll nämlich dann passieren, wenn diese Daten für das Ermittlungsverfahren nicht mehr gebraucht werden.
Und damit die Polizei auch genug Daten erfassen kann, wurde ein maschinenlesbarer Personalausweis fälschungssicher, kreiiert.
Wenn also bei einer Grenzkontrolle ein solcher Ausweis automatisch gelesen wird um festzustellen, ob etwa gegen diese Person ein Haftbefehl vorliegt, darf diese Anfrage unter Umständen vom Symstem registriert und aufbewahrt werden.
scheiterte die Sammlung solcher Informationen bei normalen Verkehrskontrollen bisher daran, daß dem Staat die Ausstattung der rund 20.000 polizeilichen Streifenwagen mit Lesegeräten zu kostspielig erschien, so wird nun mit dem § 163 d der StPO zumindest erst einmal die Sammlung solcher Anhaltemeldungen auf konventionelle Art, also unabhängig von einer maschinellen Erfassung legalisiert.

Foto G. Zint (Ausschnitt)

Etwa: Welche PKW's sind am Tag X nach Lüchow Dannenberg gefahren, welche PKW's stehen regelmäßig oder bei einer bestimmten Veranstaltung vor dem Cafe Grenzbereich...
In Zukunft gilt also jedes Zusammentreffen mit einem Polizeibeamten, Zoll oder BGS–Beamten als potentielle Einspeicherung in eine Datei.
Die jeweiligen Länderentwürfe des SOG regeln dann den konkreten Umgang der Polizei mit den Daten im Hinblick auf ihren Ermittlungsauftrag.

Der Hamburger SOG-Entwurf sei beispielhaft abgedruckt:

(1) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß eine der in § 100 a bezeichneten Straftaten begangen worden ist, so dürfen die anläßlich einer Personenkontrolle angefallenen Daten über die Identität von Personen sowie die Umstände ihres Antreffens in einer Datei gespeichert werden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Verarbeitung der Daten zur Ergreifung des Täters oder zur Aufklärung der Straftat führen kann und die Maßnahmen nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der Sache stehen.

(Anmerkung der Redaktion: Die in § 100 a genannten Straftaten sind Friedensverrat, Hochverrat, Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates, Landesverrat, Gefährdung der äußeren Sicherheit, Straftaten gegen die Landesverteidigung und die öffentliche Ordnung, Anstiftung oder Beihilfe zur Fahnenflucht oder Anstiftung zum Ungehorsam, Straftaten gegen die in der Bundesrepublik stationierten Truppen der nichtdeutschen Staaten des Nordatlantikvertrages oder der im Land Berlin anwesenden Truppen einer der drei Mächte, Geld; oder Wertpapierfälschung, Menschenhandel, Mord, Totschlag, Völkermord, Straftaten gegen die persönliche Freiheit, Raub, Erpressung, gemeingefährliche Straftaten nach dem Waffengesetz oder dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen und gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande begangene Straftaten nach dem "Betäubungsmittelgesetz.

Bereits im Vorfeld einer Gefahr kann dann präventiv erfaßt und ermittelt werden. Und ob eine Gefahr bevorsteht und von wem sie ausgeht, bestimmt die Polizei.
Die Polizei definiert dann die potentiellen Rechtsbrecher.
Antifaschisten, die sich dem aufkeimenden Neofaschismus entgegenstellen, AKW-Gegner/innen, deren Umweltschutzbewußtsein ausschlaggebendes Indiz für eine potentielle Täterschaft - einen Rechtsbruch - darstellt.
Mit der Begründung, man müsse feststellen, ob sich etwas ereignen könnte, darf dann zukünftig alles gemacht werden.
Wurde nichts gefunden, weil es nie etwas gab, hat man zumindest einen guten Überblick über politische Gruppen undregionale Beziehungsstrukturen erhalten, der im Rahmen des Zusammenarbeitsgesetzes dann auch anderen Behörden zur Verfügung gestellt werden kann.
Angesichts solcher Gesetzesmaterialien würde kein Jurist mehr die SPUDOK-Datei als rechtswidrig bezeichnen. Es ist die nunmehr fast vollstreckte nachträgliche Legalisierung eines *"zukunftsweisende Pilotprojektes der Polizei"*, welches den Betroffenen die Augen öffnen kann über den Charakter der deutschen Sicherheitsbehörden.

Man kann es auch rechtsstaatlich ausdrücken: *"Durch eine gesteigerte Informationssammlung erhöhen sich sicher die Chancen der Polizei zur Verbrechensbekämpfung. Nur wird der Preis*
dafür unter Umständen zu hoch. Ein Klima der Beobachtung und Registrierung von allen und jedem beschwört dann ganz neue Gefahren für den Rechtsstaat auf." (Hans Peter Bull, ehemaliger Datenschutzbeauftragter in Hamburger Rundschau 03.01.86)

Krumme aus der FR spricht davon einem *"Frontalangriff auf Bürgerrechte"*, der Datenschützer Simitis beschwört den Anfang einer neuen Geheimpolizei herauf, sogar der derzeitige Bundesdatenschutzbeauftragte Baumann kündigte massive Kritik an allen Einzelgesetzen an. Nach ihm geht die Speicherung von Personendaten im Rahmen einer Schleppnetzfahndung viel zu weit.

Vielleicht müssen wir uns in Zukunft daran gewöhnen, daß polizeiliche Beobachtungen ungeordnet durch ein Terminal vor Ort an das LKA und das BKA abgespeichert werden. Und das mit der dann dort gespeicherten Fülle von Informationen datentechnisch analysiert wird und über Suchbegriffe Abgleichungen und Kombinationen vorgenommen werden können.
Ein Druck auf die Taste und der Drucker erstellt dann eine Liste mit Personen auf, die am Tag X die Bundesstraße nach Dannenberg gefahren sind.
Ein Druck auf eine Taste und es wird eine Liste aller unterzeichnenden Personen des Gründungsaufrufs der "Kriminellen Vereinigung" Wendland e.V. erstellt.

Taucht eine Person in beiden Listen auf, liegt bereits ein Indiz für eine mögliche Beteiligung am Widerstand gegen Zwischenlager und Endlager in Gorleben vor und vielleicht auch für eine Teilnahme an der kriminellen Vereinigung, die Staatsanwalt Müller in Lüneburg derzeit zusammenbastelt. Dieses Indiz muß erst einmal widerlegt werden.

Derlei Ermittlungsmethoden und auch derart ausgeweitete Kompetenzen erinnern an Obrigkeitsstaatliche Strukturen aus der Zeit des Nationalsozialismus, in der die Opposition grausam registriert, verfolgt und zerschlagen wurde.

Der Gesetzgeber der BRD hat in der Nachkriegszeit ausdrücklich die nachrichtendienstliche Tätigkeit - verdeckte Ermittlungen, Datensammlungen ohne konkreten Tatverdacht - von der Tätigkeit der Polizei, die mit mit Exekutivrechten ausgestattet ist, getrennt.
Mit der beschriebenen Kompetenzerweiterung der Polizei sowie der Datenaustauschmöglichkeiten zwischen BND, MAD, Verfassungsschutz und Polizei, wird diese Trennung aufgehoben und die Verfolgungsmöglichkeiten des Staates umfassend erweitert.

Rechtsanwälte im Ermittlungsausschuß Gorleben

Druck auf Drucker

Staatsanwaltschaftlicher und polizeilicher Beliebtheit erfreut sich seit Jahren die Göttinger Firma AKTIV-DRUCK. In der letzten Zeit haben sich die Aktionen gegen den Alternativ-Betrieb unangenehm verstärkt. Zwischen Anfang 1982 und Ende 1985 wurde AKTIV-DRUCK sechs Mal durchsucht; fünf Mal waren neben der Druckerei auch die Wohnräume des Kollektiv-Mitglieds P. betroffen.
Jedesmal kam es bei den Razzien zu mehr oder weniger umfangreichen Beschlagnahmungen, fast jedes Mal wurden Ermittlungsverfahren gegen Aktiv-Drucker eingeleitet — 14 an der Zahl sind es bis heute.

Die vorläufig letzte Razzia gab es im November 1985. Dabei lagen gleich zwei Durchsuchungsbeschlüsse vor, beide wiederum mit Ermittlungsverfahren gegen P. begründet. Einmal ging es um ein Ankündigungsplakat zu den "Antifa-Wochen", das in einer Montage u.a. Bundesadler und Hakenkreuz zeigt (Verunglimpfung des Staates und seiner Organe), das andere Mal um ein Info, durch das sich bekannte und berüchtigte Göttinger Zivis beleidigt fühlten.
Vier Ermittlungsverfahren sind bisher zur Anklage gekommen:

— "Beihilfe zur Amtsanmaßung" wegen eines Flugblattes der Gewaltfreien Aktion. Der Prozeß fand Anfang 1983 statt und endete in erster Instanz mit einer Geldbuße von 500 DM gegen P. In der Berufung (November 1983) wurde P., obwohl nur wegen Beihilfe angeklagt, wie der "Haupttäter" zu 6 Monaten Knast verurteilt, die Strafe auf 3 Jahre zur Bewährung ausgesetzt.
— "Beleidigung" und "Verstoß gegen das Fernmeldeanlagengesetz" wegen Publikationen im Rahmen der weit über Göttingen hinaus bekannt gewordenen "SPUDOK-Affaire". P. wurde Anfang 1983 rechtskräftig freigesprochen, da das Gericht den für eine Verurteilung erforderlichen Nachweis für eine Beihilfe nicht erbracht sah.
— "Billigung von Straftaten durch Verbreiten von Schriften" wegen des Atomkraft—Nein Danke—Kalenders 1985.
In dieser Sache gab es 14 Ermittlungsverfahren gegen mutmaßliche Mitglieder des Göttinger AK gegen Atomenergie, des Vereins für eine umweltgerechte Energiepolitik, des Gegenwind-Verlags und von Aktiv-Druck. Alle diese Verfahren wurden eingestellt — nur das gegen P. nicht!
Im Januar gab es in diesem Prozeß einen Freispruch, da P. nicht nachgewiesen werden konnte, daß er selbst den Kalender auch gedruckt hatte.
— "Öffentliche Aufforderung zu Straftaten" wegen des Tag-X Plakates. Der Prozeß — außer gegen P. noch gegen zwei AtomExpress-Redakteure — läuft noch, nachdem er im ersten Anlauf geplatzt war und für die nächsten Monate neu angesetzt ist.

Die Beschuldigung des angeklagten Druckers wird immer wieder über eine Beihilfekonstruktion hergeleitet.

> "Beihilfe ist die einem Täter **vorsätzlich** geleistete Hilfe zur Begehung einer rechtswidrigen Tat." STGB § 2A(1)

Es muß also in jedem Fall ein Vorsatz nachgewiesen werden, konkret, es muß eigentlich bewiesen werden, daß der angeklagte Drucker den Inhalt des jeweiligen Druckwerkes gekannt hat und sich zweitens über die Rechtswidrigkeit des Inhalts im Klaren war. Bei bürgerlichen Druckereien kommt die Staatsanwaltschaft erst garnicht auf die Idee. Dort wird davon ausgegangen, daß die Druckerei die Aufträge ohne eigenes Interesse abwickelt, egal was, um Geld zu verdienen. Da den bürgerlichen Druckereien kein Interesse am Inhalt unterstellt wird, wird auch nicht angenommen, daß sie den Inhalt kennen. Bei AKTIV-DRUCK dagegen ist alles anders. Hier wird von einer linken "Gesinnung" ausgegangen, d.h. im staatsanwaltlichen Denken, daß ein linker Drucker alles, was er druckt, vorher gelesen hat und unterstützt. Eine phänomenale politische Bandbreite: von der Gewaltfreien Aktion bis zur RAF!
Indizien für die Gesinnungstäterschaft leitet die Staatsanwaltschaft z.B. aus dem geringen Lohn des Druckers ab, aus Prozeßerklärungen und Dokumentationsflugblättern. Inwieweit die Grundannahme, daß der Drucker tatsächlich vorsätzlich gehandelt hat, während eines Prozesses wirklich nachgewiesen werden muß, um zu einer Verurteilung zu führen oder inwieweit diese Annahme vom Gericht als selbstverständlich angesehen wird, bleibt dem jeweiligen Gutdünken des Gerichtes überlassen. So hat ein Richter P. zweimal freigesprochen, da "der erforderliche Nachweis nicht erbracht werden konnte", "trotz erheblicher Zweifel", eine andere Richterin dagegen begnügt sich mit der lapidaren Feststellung, daß der Angeklagte von dem Inhalt gewußt hat — schließlich kannte er den sogenannten "Haupttäter" schon länger und hat den Auftrag persönlich angenommen (beides wurde nicht bewiesen). Bei diesem Urteil (sechs Monate Freiheitsstrafe) wurde bei der Strafzumessung die Höhe der Strafe damit begründet, daß die "Beihilfehandlung die Haupttat überhaupt erst ermöglicht hat". Kunststück — wären die inkriminierten Druckwerke nicht gedruckt worden, wären sie schließlich überhaupt nicht existent.

Die Schwelle für neue Durchsuchungen und die Einleitung neuer Ermittlungsverfahren wird zunehmend gesenkt. Wie aus den verschiedenen Ermittlungsakten herauszulesen ist, ist die Druckerei und ihr Inhaber in Göttinger Bullen- und Justizkreisen und auch z.B. im Landkreis Lüchow-Dannenberg und Braunschweig inzwischen so bekannt, daß die Begründung von Ermittlungsverfahren oder Durchsuchungsbeschlüssen völlig problemlos scheint!

Was sagte doch noch der Richter im letzten Prozeß (Februar 86) zum Angeklagten in der Urteilsbegründung: er würde ihm für die Zukunft doch den guten Rat geben, sich die Sachen, die er druckt, genauer anzusehen. Vorzensur?! Die berühmte Schere im Kopf! Es ist allzu offensichtlich, daß die Staatsanwaltschaft gerne plattwalzen würde, ein Stück linker Infrastruktur zerschlagen will und sich einzelne Persönlichkeiten versucht herauszugreifen um zumindest diese auszuschalten!

FREI STATT BAYERN

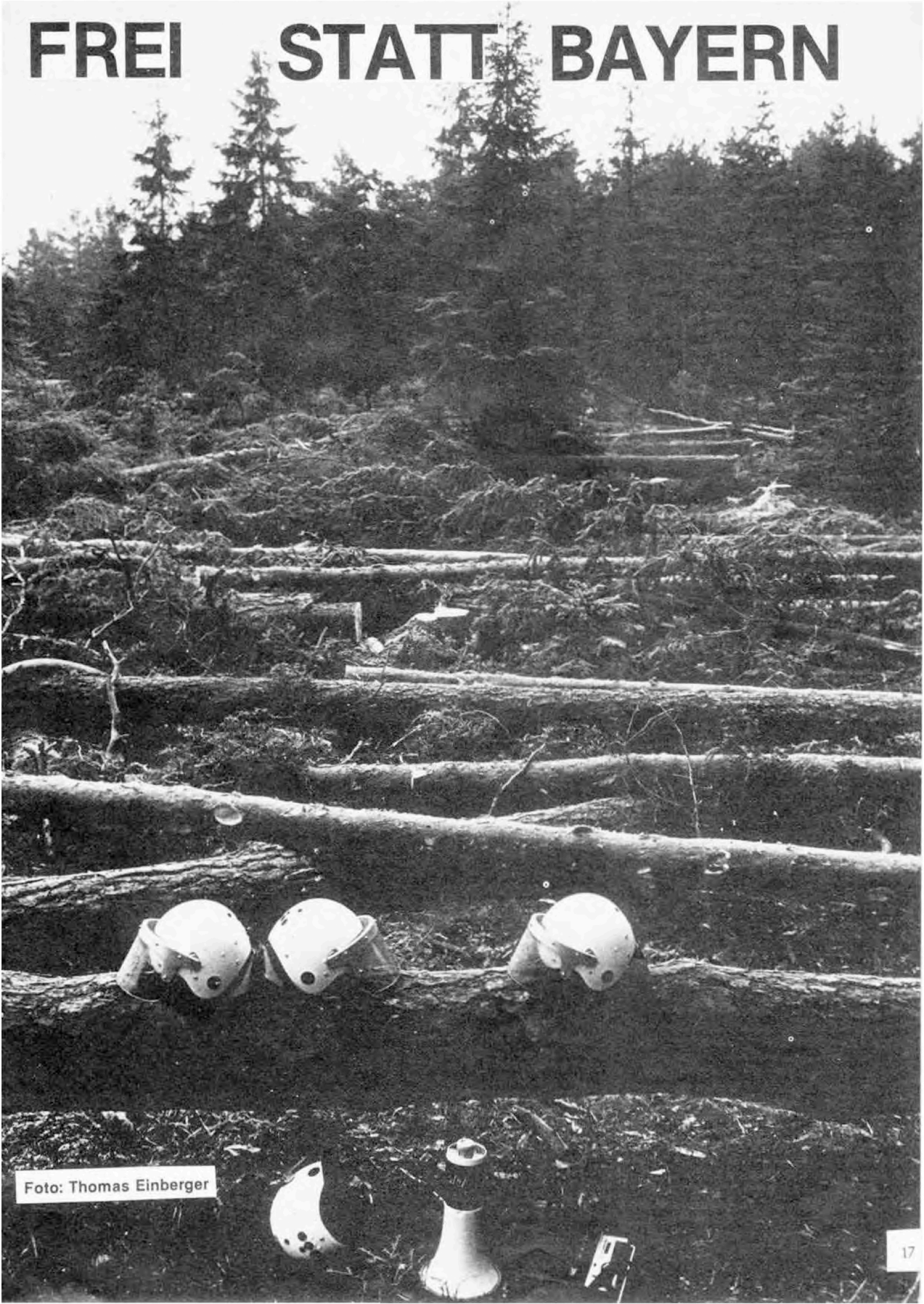


Foto: Thomas Einberger

Wackersdorf -

10. Dezember 1985: Startschuß für die Rodung
Der 22. Senat des Bayrischen Verwaltungsgerichtshofes in München verwirft den von vier Anliegern beantragten Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen den WAA-Bebauungsplan und gibt damit den Startschuß für die Rodungsarbeiten des WAA-Geländes.

11. Dezember: 1. Rodungstag
Die Rodung des weit über 100 ha großen WAA-Geländes beginnt, ermöglicht durch ein massives Polizeiaufgebot. Eine polizeiliche Abriegelung des Rodungsplatzes wird von ca. 100 WAA-Gegner/innen durchbrochen, denen es gelingt, den Platz zu stürmen und die Arbeiten für eine halbe Stunde zu blockieren; dann werden sie von der Polizei vom Platz getragen und gezerrt. Ein Blockierer wird verletzt, zwei werden festgenommen. Ab Mittags kreischen die Motorsägen, ungehindert fällt Baum um Baum, werden die Arbeiten durch einen dichten Sperrkordon der Polizei geschützt.

12. Dezember: 2. Rodungstag
Es kommt zu wiederholten Störaktionen, so zu Blockaden der Zufahrtswege durch die rd. 2oo ständig anwesenden WAA-Gegner/innen. Die Polizei greift brutal ein, sie schlägt und schleift die Leute auseinander. Es gibt Verletzte und 50 Festnahmen.
Einer der vier Kläger gegen den Bebaungsplan erlebt einen tagelangen Telefonterror. U.a. werden ihm anonym Mord - und Brandstiftungsdrohungen gemacht.

13. Dezember: 3. Rodungstag
Die nochmals erheblich verstärkte Polizei nimmt 70 Leute fest. Dabei geht sie besonders brutal gegen Frauen vor. Bäume und Straßen werden besetzt, Rodungsfahrzeuge blockiert.

14. Dezember: Großdemo und Hüttenbau
40 000 Menschen demonstrieren gegen die WAA. Die Polizei behindert die Anfahrt der Demonstranten und DemonstrantInnen,Autokonvois werden gestoppt und durchsucht, Zufahrtsstraßen zum Kundgebungsplatz in Schwandorf gesperrt. Am Nachmittag sammeln sich die AKW-Gegner/innen am Rande des Taxölderner Forstes und ziehen dorthin, wo drei Tage zuvor die ersten Bäume gefallen sind. Auf dem Rodungsgelände entsteht ein Hüttendorf mit über 50 Holzhäusern, entlang einer Bahnlinie auf Waldwegen Materialblockaden. Die Polizei hält sich zurück.
Ca 2 000 Besetzer/innen bleiben über das Wochenende im Hüttendorf, sie werden von zahlreichen Bürgern und Bürgerinnen aus der näheren Umgebung mit Lebensmitteln versorgt.

16. Dezember: Räumung
3 700 Polizisten und BGSler räumen das verbarrikadierte Hüttendorf; auf dem Platz befinden sich noch ca. 1 000 Leute, sie werden eingekesselt. 869 Leute werden vorläufig in Gewahrsam genommen, gegen rd. 170 von ihnen soll Strafanzeige wegen Nötigung oder Widerstand erhoben werden.
Die Polizeistrategen hatten sich bei der Vorplanung dieser bisher größten Gewahrsam - und Festnahmeaktion in der Nachkriegsgeschichte der bayrischen Polizei verkalkuliert: die Beamten des Erkennungsdienstes, die die 869 abgeführten Platzbesetzer/innen ED behandeln müssen, kommen nicht nach, dabei arbeiten sie schon im Akkord. Die Abtransportierten stauen sich in den Sammelstellen. So dauert die Platzräumung dann auch 14 Stunden lang, erst gegen Mitternacht ist der letzte der 869 AKW-Gegner/innen aktenkundig.
Während die Räumung noch in vollem Gange ist, setzen ab Mittag Waldarbeiter die Rodungsarbeiten im Taxölderner Forst fort. Die Hütten werden von BGS - Spezialeinheiten zerstört.
Am Abend demonstrieren mehrere 100 WAA-Gegner/innen auf dem Schwandorfer Marktplatz gegen die Platzräumung. Es kommt zu Auseinandersetzungen, als Streifenwagen der Polizei blockiert werden.

17. Dezember: Disziplinarverfahren gegen Schuirer
Der Schwandorfer Landrat Hans Schuirer wird disziplinarrechtlich überprüft wegen »schwerer und grob verunglimpfender Vorwürfe« bei der WAA-Demonstration am 14. 12. Schuirer wird-zu einer dienstlichen Äußerung aufgefordert bezüglich seiner Behauptungen (die bayrische Staatsregierung verbreite »Lügen, Täuschungen und Tricks« über die WAA, »der Großmannssucht der CSU-Demokratur« müßten Grenzen gesetzt werden...), die dann einer disziplinarrechtlichen Würdigung unterzogen werden sollen.

19. Dezember: Mahnwache geräumt
Nachdem zahlreiche WAA-Gegner/innen im Taxölderner Forst seit Tagen und teils sogar seit Wochen eine Mahnwache beim sogenannten »Roten Kreuz« aufrecht erhalten hatten, wird dieses Gelände von einer Hundertschaft der Bereitschaftspolizei geräumt. 23 Leute werden in Polizeigewahrsam genommen. Unmittelbar danach beginnen an dieser Stelle Rodungsarbeiten.

20. Dezember: Rodung über Feiertage eingestellt
50 AKW-Gegner/innen behindern die Rodungsarbeiten, indem sie Baufahrzeuge blockieren, Baumstämme vernageln und Reifen von Polizeifahrzeugen durch auf den Wegen verstreute Nägel beschädigen.
Die DWK stellt die Rodungsarbeiten bis zum 7. Januar 1986 ein.
Zu einem Informationsbesuch kommen leitende Mitglieder der Polizeigewerkschaft im Beamtenbund (PDB) nach Schwandorf und lassen sich in die Lage im Taxölderner Forst einweisen. Bei einem Gespräch mit dem Landtagsabgeordneten Manfred Humbs können Gedanken über den wohl länger andauernden Ein-

Chronik

satz der Polizeikräfte im WAA-Gebiet ausgetauscht werden.

21. Dezember: Erneut ein Hüttendorf errichtet

Auf dem eine Woche zuvor geräumten Rodungsplatz wird ein neues Hüttendorf aufgebaut.

Die katholische Friedensorganisation »Pax Christi« hält zusammen mit dem Arbeitskreis »Theologie und Kernenergie« neben dem WAA-Gelände einen ökumenischen Wortgottesdienst, den rd. 200 Gegner/innen hören.

22. Dezember: Schweigemarsch

Katholische Jugendverbände hatten zu einem Schweigemarsch gegen die WAA aufgerufen. »Das Leben wählen - WAA nein!« Rund 1500 Leute beteiligen sich daran.

24. bis 26. Dezember: Weihnachten in Wackersdorf

Heiligabend: Mit 2000 WAA-Gegner/innen wird ein Gottesdienst im Rodungsgebiet abgehalten.

Über die Feiertage kommen immer mehr Leute zum Hüttendorf auf dem besetzten Platz. Tausende kommen zu Besuch, um einen Blick auf das Hüttendorf zu werfen und die Platzbesetzer mit Lebensmitteln zu versorgen. Auf dem Platz wird ein Lebensmittellager eingerichtet.

27. Dezember: Das Dorf wird weitergebaut

Es entstehen neue Hütten und Unterschlüpfe, Baumblockaden auf Zufahrtswegen werden verstärkt, Gräben ausgehoben. 80 bis 100 AKW-Gegner/innen übernachten auf dem Platz, tagsüber sind es einige 100 mehr, die aus den umliegenden Orten hinzukommen. Auf den Schienen der Bahnlinie Schwandorf/Fürth werden Steinblockaden gebaut, dabei werden vier Leute festgenommen. Ein Güterzug wird durch die Sperren gestoppt. In unmittelbarer Nähe des Hüttendorfes pflanzen Platzbesetzer/innen 1000 kleine Fichten auf der gerodeten Fläche.

29. Dezember: Bürgerfest im Hüttendorf

Weit mehr als 3000 AKW-Gegner/innen, daruter zahlreiche ältere Bürger/innen, feiern ein Bürgerfest im Hüttendorf. Das Lagerleben im »Wackerland« - inzwischen ca. 66 Hütten und Zelte - wird perfektioniert: für Besucher werden Führungen organisiert, die Verpflegung funktioniert reibungslos, für anreisende Journalisten existiert ein eigener Presseservice, über eine Info-Hütte werden Aktionen koordiniert.

Die Polizei wirft aus einem Hubschrauber 700 Flugblätter ab, in denen die Platzbesetzer aufgefordert werden, Straf - und Gewalttäter in ihren Reihen aus der Hüttendorfgemeinschaft auszuschließen.

1. Januar 1986: Sylvester im Wackerland

Rund 2000 WAA-Gegner/innen rufen in der Neujahrsnacht im Hüttendorf auf der besetzten Rodungsfläche im Taxölderner Forst die »Republik Freies Wackerland« aus. Gleichzeitig wird 1986 zum »Anti - WAA - Jahr« erklärt.

3. Januar: Die ersten beiden Haftbefehle

Nach weit über 1000 Festnahmen werden die ersten beiden Haftbefehle erlassen. Den beiden Männern wird »Widerstand gegen die Staatsgewalt« vorgeworfen. Sie waren am Vortag zusammen mit 12 anderen Personen verhaftet worden, als es zu einem brutalen Zusammenstoß zwischen WAA-Gegner/innen und Polizei kam. Sie bleiben bis zum 15. bzw. 16. Januar in U-Haft in der JVA Amberg.

4. Januar: Massenverhaftung

Während und nach einer Spontandemo von ca. 150 WAA-Gegner/innen vor der JVA Amberg werden insgesamt 134 Personen verhaftet und ED-behandelt. Die Begründung: »Versuch der Gefangenenbefreiung«.

5.Januar: Sprachregelung

Der Unfall in der US-Uranfabrik Sequoyal Fuels, bei dem ein Mensch starb und über 100 weitere verletzt wurden, wird bekannt. In den 8 Uhr und 9 Uhr Nachrichten bezeichnet der Bayrische Rundfunk das Werk noch als »Wiederaufarbeitungsanlage«. Später ist die Rede von einer »Urankonversionsanlage«.

7. Januar: Räumung des zweiten Hüttendorfes

Aufgrund einer Anordnung des Bayrischen Innenministeriums wird das zweite Hüttendorf nach 18 Tagen Bestand geräumt und dem Erdboden gleichgemacht. Bei Tagesanbruch beseitigen ca. 2500 Polizisten und mehrere BGS-Einheiten - wie Zimmermann am 22. 1. auf eine Bundestagsanfrage hin bestätigt, wird sogar die Anti - Terror - Truppe GSG 9 für die Räumung bereitgestellt, kommt jedoch nicht zum Einsatz - zunächst Baumblockaden und umstellen anschließend das gesamte Baugelände. Zu der Zeit befinden sich ca. 2000 WAA-Gegner/innen im Hüttendorf, von denen etwa 700 in den 156 Hütten wohnten. Die restlichen Personen sind Bewohner der umliegenden Orte, die auf diese Weise gegen die Räumung protestieren wollen.

Im Laufe des Tages werden insgesamt 763 WAA-Gegner/innen festgenommen, viele weitere müssen ihre Identität überprüfen lassen. Da es sich bei den Verhafteten hauptsächlich um Auswärtige handelt - die meisten Einheimischen werden sofort nach Nennung ihres Wohnortes wieder freigelassen; nicht einmal ihre Personalien werden überprüft -, vermuten anschließend viele, daß die Polizei die Statistiken über den Widerstand manipulieren will: es soll so aussehen, als ob es sich bei den Gegner/innen hauptsächlich um Auswärtige handelt.

Die Rodungsarbeiten werden gegen Mittag wieder aufgenommen und von nun an unter Polizeischutz fortgeführt.

8.Januar: Planmäßige Fortsetzung der Rodungsarbeiten

Auf dem WAA-Gelände halten sich im Laufe des Tages ca.100 Leute auf, die jedoch nicht verhindern können, daß die Rodungsarbeiten planmäßig fortgeführt werden.

Sechs WAA-Gegner/innen werden beim Versuch, Barrikaden zu errichten, festgenommen.

Bürobesetzung in Gartow
In Gartow besetzen 20 Personen das Büro der »Informationsstelle Bund/Land zur nuklearen Entsorgung« und das der DBE »auf unbestimmte Zeit«, um ihre Solidarität mit den WAA-Gegner/innen in Wackersdorf zu demonstrieren. In einer Erklärung fordern sie »den Stopp aller Arbeiten am Endlager in Gorleben, Stopp der Rodungsarbeiten in Wackersdorf und Stopp aller Atomtransporte in das Zwischenlager Gorleben.«

10. Januar: Spontandemo im Taxölderner Forst
Ca 1000 WAA-Gegner/innen demonstrieren gegen die Rodungsarbeiten. Dabei kommt es zu Sitzblockaden, die jedoch schnell von der Polizei geräumt werden. Dank des Polizeischutzes kann planmäßig weitergerodet werden.
Bis heute kommt es immer wieder zu solchen und ähnlichen Vorfällen. Die Rodungsarbeiten können jedoch nie wirklich behindert werden.
Ebenfalls am 10. 1. finden in verschiedenen Städten Solidaritätsdemos statt.

13. Januar: Bisher 13 ha Wald gerodet
Die DWK gibt bekannt, daß bisher 13 ha von dem für den Zaunbau notwendigen 45 ha Wald gerodet sind. Mit dem Bau des 5 km langen Zaunes werde nach Ende der Frostperiode begonnen. Da er bis zum Sommerbeginn fertiggestellt sein soll, sollen die Rodungsarbeiten noch beschleunigt werden. Daher wird auch an den Wochenenden gearbeitet.

14. Januar: Sonntagsarbeit illegal
Das Landratsamt Schwandorf gibt bekannt, daß es keine Sondergenehmigung für Rodungsarbeiten an Sonntagen erteilt hat. Dies sei noch nicht einmal beantragt worden. Landrat Schuirer betont: »Somit stellen die Rodungsarbeiten an Sonntagen einen rechtswidrigen Zustand dar, der noch dazu von der Polizei geschützt wird.« Das Landratsamt will Anzeige gegen die beteiligten Firmen erstatten.

16. Januar: Rechtsschutz für klagende Gemeinden
Die Gemeinden Bruck, Maxhütte - Haidhof, Schwarzenfeld sowie Teublitz erhalten vom Bayrischen Gemeindetag Rechtsschutz. Sie haben gegen die erste WAA - Teilerrichtungsgenehmigung geklagt, da sie zum einen ihr Eigentum - ihre Waldgrundstücke - beeinträchtigt sehen. Während des Betriebes der WAA würde ständig Radioaktivität frei. Zum anderen betrachten sie die Versorgung ihrer Bevölkerung mit Trinkwasser als nicht gesichert, denn die Beseitigung der WAA - Abwässer seien ungesichert.

16. Januar: Resolution der Physiker
Über 50 Physiker der Uni Regensburg legen eine Erklärung vor, in der sie sich gegen den Bau der WAA wenden, da sie für die »friedliche Nutzung« überflüssig ist und auch das Atommüllproblem mit ihrer Hilfe nicht gelöst werden könne. Weiterhin weisen sie auf die Möglichkeit hin, mit Hilfe der WAA waffenfähiges Plutonium zu erzeugen. Die Resolution wird von insgesamt 173 Personen des Fachbereichs Physik der Uni Regensburg unterzeichnet.

19. Januar: Symbolische Platzbesetzung
Im Anschluß an einen Waldspaziergang, an dem sich ca 2000 Personen beteiligen, führen etwa 500 Leute eine symbolische Platzbesetzung durch. Dabei errichten sie drei Hütten. Zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt es, als diese versucht, den Bau weiterer Hütten zu verhindern.

20. bis 25. Januar: Bundesweite Aktionstage
Trotz der bundesweit ausgerufenen Aktionstage können die Rodungsarbeiten im Taxölderner Forst nur kurzfristig gestört werden, als am ersten Tag rd 40 Leute für kurze Zeit die Anfahrt der Baufahrzeuge zum WAA-Gelände blockieren. Dabei werden drei Personen wegen Nötigung festgenommen. Insgesamt werden während der Aktionstage ca 40 WAA-Gegener/innen verhaftet, davon allein 30 am Abschlußtag.

21. Januar: Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß nimmt seine Arbeit auf.
Der von der bayrischen SPD beantragte Parlamentarische Untersuchungsausschuß zur WAA nimmt im Bayrischen Landtag seine Arbeit auf. Die SPD will wissen, ob die Bayrische Staatsregierung der DWK finanzielle Vorteile eingeräumt hat. Im Hinblick auf die hohe Arbeitslosigkeit im Landkreis soll der Ausschuß weiterhin die Frage beantworten, was für Maßnahmen die Landesregierung getroffen habe, damit während Bau und Betrieb der WAA hauptsächlich einheimische Arbeitskräfte beschäftigt werden und ob Alternativen zur Arbeitsplatzbeschaffung ins Auge gefaßt wurden. Ursprünglich umfaßte der Fragenkatalog der SPD 16 Fragen, von denen jedoch 9 vom Bayrischen Verfassungsgerichtshof als unzulässig eingestuft wurden. Daraufhin reduzierte die SPD den Katalog.

Subunternehmen an Rodungsarbeiten beteiligt
Bei einer Pressekonferenz der BI erklärt ihr Sprecher, daß sich mittlerweile 6 Subunternehmen an den Rodungsarbeiten beteiligen würden. Zum Teil kämen sie sogar aus dem norddeutschen Raum (Versmold, Holzminden und Gütersloh). Sogar Schweden seien an der Rodung beteiligt. Da das Holzmindener Subunternehmen lediglich 15 Männer aus dem Landkreis beschäftige, könne von einer nennenswerten Entlastung des Arbeitsmarktes nicht gesprochen werden.
In der Nacht kommt es im Raum Regens-

29. 1. 1986 Der neue Tag

Der grobe Unfug mit den „Krähenfüßen"

***Wackersdorf.** Im Amtsjargon werden sie „Krähenfüße" genannt. Dreiachsig zusammengeschweißte und messerspitz zugeschliffene Stahlstäbe, die auf den ersten Blick keinem auffallen und gerade deswegen so gefährlich sind. Mittel legalen Widerstandes?*

Es gibt eine sehr einfache Antwort auf diese Frage: Wer Stahlkrampen der beschriebenen Art auf Wege und Straßen setzt, um damit behindernd einzuwirken, der greift in bösartiger Weise in den Straßenverkehr ein und – logische Konsequenz daraus – braucht sich nicht zu wundern, daß sein Engagement gegen die Wiederaufarbeitungsanlage keiner ernst nimmt.

Die „Krähenfüße" sind von anfang an im Taxölderner Forst ausgelegt worden. Als „Fangeisen" gewissermaßen für die Reifen polizeilicher Dienstfahrzeuge. Denen ging dann auch tatsächlich serienweise die Luft aus. Doch nicht nur ihnen. Denn zwischenzeitlich gibt es eine lange Liste von Privatwagen, deren Pneus durch den Krampen-Unfug erheblichen Schaden nahmen.

Gestern morgen hat es wieder drei gegeben. Arbeiter, die zum morgendlichen Dienstanfahrtsweg die Industriestraße nehmen und dann zusehen mußten, wie sie mit den „Platten" fertig wurden und ihrem Chef die Verspätung erklären konnten.

Die Schwandorfer Polizei hat sich mit dem Krähenfuß-Übel seit Wochen herumzuschlagen, sie ermittelt in einer Serie von Fällen wegen Sachbeschädigung. „So kann das nicht weitergehen", sagte gestern Hauptkommissar Heinrich Schlanghaufer und gab den Urhebern zu bedenken, daß die Stahlkrampen durchaus auch für einen Unfall mit schweren Folgen sorgen können. Und dann?

Die Zeit ist reif für ein klares Wort. Von der Polizei ist es gestern gekommen, von seiten der Bürgerinitiativen wäre es nun zu erwarten. Denn friedlicher Widerstand geht nicht auf „Krähenfüßen". (hou)

burg erneut zu einem Erdbeben der Stärke 3. Die Seismologen werten es als Nachbeben des Bebens im Dezember.

27. Januar: Plutoniumproduktion in Karlsruhe

Der technische Vorstand der DWK erklärt, daß die Versuchs - WAA in Karlsruhe in den letzten 15 Jahren 1,5 t Plutonium erzeugt habe. Dies könne mittels Aufarbeitung auch zum Bau von Atomwaffen verwendet werden. Er bestätigt damit alle Gerüchte.

28. Januar: Anzeigen gegen die DWK

Mehrere Personen haben die DWK wegen »schwerer Umweltgefährdung«, »fehlerhafter Herstellung einer kerntechnischen Anlage« und »Vorbereitung eines Explosions - oder Strahlungsverbrechens« angezeigt.

1. Februar: Menschenketten

Rd 400 WAA-Gegner/innen bilden während des Abtransportes der Baumaschinen vor den Fahrzeugen Menschenketten. Die Wege werden von der Polizei geräumt.

Auf der Gründungsversammlung der Freiheitlichen Volkspartei erklärt ihr Bezirksvorsitzender, daß die WAA »Aus wirtschaftlicher Sicht ... das dümmste Bauwerk des Jahrtausends« ist.

3. Februar: Amtshilfe ja oder nein?

Der Wehrbeauftragte des Bundestages überprüft, ob Bundeswehreinheiten während den Anti - WAA - Demos in Wackersdorf »entgegen den Vorschriften des Grundgesetzes vorgegangen sind«. Im Rahmen der Amtshilfe für die Polizei hatte die Bundeswehr Sanitätsfahrzeuge und Personal bereitgestellt.

Das bayrische Innenministerium und die örtliche Bundeswehr in Amberg streiten jedoch ab, Truppen während der Demos bereitgestellt und auf diese Weise Amtshilfe geleistet zu haben.

Der bayrische Justizminister rechnet mit einer Erweiterung des Amtsgerichts Schwandorf, da bisher über 2300 Personen im Taxölderner Forst festgenommen wurden. Auch die Staatsanwaltschaft soll evtl. personell verstärkt werden.

4. Februar: Versuchter Brandanschlag

Auf dem Bahnhof Altenschwand, der sich nur wenige 100 m vom Baugelände befindet, wird in der Nacht auf einen mit Holz beladenen Güterwagen ein Brandanschlag verübt. Der Sachschaden ist unerheblich.

8. bis 10. Februar: Faschingstreiben im Wald

Am 8. 2. nehmen ca. 6000 Personen, z.T. bunt verkleidet, an der Veranstaltung im Taxölderner Forst teil. Sie versuchen auch, auf dem Baugelände neue Hütten zu bauen. Allerdings wird dies von Polizei und BGS verhindert. Auch am nächsten Tag versuchen einige Leute vergeblich, Hütten zu errichten.

12. Februar: Kein Baustopp der WAA

Der Bayrische Verwaltungsgerichtshof in München lehnt erneut eine Klage gegen die WAA ab. Vier Grundstückseigentümer hatten sich im Wesentlichen auf eine befürchtete Grundwasserbeeinträchtigung berufen. Nach Meinung der Richter bestätigen dies die vorliegenden Gutachten nicht. Damit können die Rodungsarbeiten ungehindert (vielleicht aber auch nicht?!) weitergehen-

Fotos Ostbayrische Presseagentur

Fasching im Wackerland

Einen Monat nach der Räumung des letzten Hüttendorfes am 7. Januar schien uns im Koordinationsausschuß der Bürgerinitiativen die Zeit reif, zu einer neuerlichen Großaktion am Baugelände aufzurufen.
Bei den sonntäglichen Waldspaziergängen hatte sich gezeigt, daß die gute Stimmung mit der Räumung keinesfalls beendet war. Die bis zu 1000 Leute jeden Sonntag bewiesen eher das Gegenteil.

SAMSTAG 08.02.86.

Die BI's hatten zu einer Kundgebung am Gelände mit anschließendem bunten Treiben im Wald eingeladen.

Trotz kurzer Mobilisierungszeit und leichten 'Ermüdungserscheinungen' bei einigen Aktiven vor Ort, hatten wir es geschafft, circa 5.000 Leute am Kundgebungsplatz Rotes Kreuz zusammenzurommeln. Überwiegend Menschen aus der Umgebung.
Die Situation am Baugelände war folgende: Große Flächen schon gerodet, insbesondere die gesamte Schneise für den äußeren Bauzaun. Ein massiver Zaun um das Baumaschinencamp herum war gerade fertig geworden (die Maschinen hatte man klugerweise rechtzeitig vor dem Wochenende entfernt), Anfänge der äußeren Umzäunung waren sichtbar. Bereitschaftspolizei aus ganz Bayern, Bundesgrenzschutz (u.a. aus Schleswig-Holstein), insgesamt 2.000 bis 3.000 Beamte.
Am Freitag davor hatte es noch eine juristische Groteske um die Maskierung gegeben. Auf Weisung des Innenministeriums war eine Auflage zurückgenommen worden, die es uns 'ermöglicht' hatte, wenigstens während der Kundgebung Masken zu tragen (teilweise Aufhebung des Vermummungsverbots!!). Auf unseren Einspruch hin entschied das Verwaltungsgericht Regensburg erst in letzter Minute zu 'unseren Gunsten': Masken während der Kundgebung erlaubt, vor und nach der Kundgebung aber nur geschminkte Gesichter!! Was solls, wir hielten uns eh nicht dran. Massenhaft waren WAA-Gegner/innen in phantasievoller Verkleidung erschienen.

Die Ansprachen auf der Kundgebung: Zwei BI-Vertreter, ein Pfarrer, Atom-Meyer von den bad. elsässischen BI's. - Bekanntes mit närrischen Zwischentönen!

Nach Kundgebungsende zog ein Großteil der Leute sofort in Richtung des neu eingezäunten Baumaschinencamps. Viel, die seit Wochen zum erstenmal im Gelände waren, konnten ihren Augen kaum trauen: riesige Kahlschlagsflächen, mittendrin die massive Umzäunung des Baumaschinencamps. Da die Zahl der unmittelbar an dieser Umzäunung eingesetzten Bullen gering war, machten sich einige von uns ertmal am Zaun zu schaffen. Nach vielem Rütteln gab das Tor nach. Einzelne versuchten mit Baumstämmen Gitterstäbe herauszubrechen, andere gingen mit Bolzenschneidern gegen den Natodraht an. Alles in allem: halbherzige Versuche, die vor allem an der fehlenden Ausrüstung und der mangelnden Vorbereitung scheiterten. Es dauerte natürlich auch nicht ewig, bis massives Polizeiaufgebot aufmarschierte, uns abdrängte und den Zaun sicherte.

Währenddessen wurde im nahen Wald mit dem Bau eines neuen Hüttendorfs begonnen. Mit einer Schnelligkeit, die offensichtlich auch die Polizei überraschte. Doch für diesmal hatte der bayer. Innenminister Killermeier die Parole ausgegeben: Keinerlei Duldung eines neuen Hüttendorfes! So kam es dann auch. Bis zum Spätnachmittag hatten 1.500 bis 2.000 Bullen einen Ring um das Waldstück geschlossen. Auf massenhafte Festnahmen waren sie nicht aus, hauptsächlich schnell sollte es geben.

Schließlich wurden wir (es waren sicher mehrere Hundert WAA-Gegner/innen auf dem Platz) nach einer Seite hin abgedrängt, die Hütten zu Kleinholz gemacht. Vereinzelt kam es zu brutalen Handgreiflichkeiten der Bullen. Bilanz des Tages: sechs Festnahmen (Nötigung, Sachbeschädigung)

SONNTAG, 09.02.86.

Die BI's hatten regional zu einem Kinderfasching am Gelände mobilisiert: Kasperltheater, Zauberer, Luftballons... Trotz einer Kälte von 15 Grad minus waren mehr als tausend WAA-Gegner/-innen erschienen. Das Baumaschinencamp war diesmal von vorneherein besser abgesichert. Wiederum Rangeleien am Zaun, in der allgemeinen Ratlosigkeit, was man/frau tun könnte, ein erneuter Versuch, ein paar 'Hütten', besser gesagt Holzstöße, zu errichten. Zwei- oder dreimal wiederholt sich das Spiel: Räumung des Waldgeländes durch hunderte von Bullen, Zerstörung unserer Bauwerke, Rückzug der Bullen, Neuaufbau... . Zwischendurch kommt fast eine faschingsmäßige Stimmung auf, immer wieder unterbrochen durch mehrfache massive Gewalteinsätze der Bullen. Das Ergebnis: Ein paar Festnahmen und zwei Verletzte.

Resümee der Faschingsaktionen

Die Tendenz, die sich schon bei den letzten Waldspaziergängen gezeigt hatte, wurde an diesem Wochende noch deutlicher: Widerstandsformen, die über den in der Oberpfalz lange üblichen Rahmen hinausgehen, werden mehr und mehr akzeptiert: z.B. Kettenbilden gegen die Polizei, Barrikadenbau, Vermummung, Gewalt gegen Sachen (Zaun, Krähenfüße) usw....

Viele BI-Aktive hätten sich das bis vor kurzem nicht träumen lassen: **Verbreiterung des Widerstandes** (siehe die Unterstützung des Hüttendorfes durch die Bevölkerung) **und Radikalisierung. Die Frage stellt sich, was wir dazu beitragen können, damit diese Radikalisierung nicht auf der verbalen Ebene stehenbleibt, sondern in sinnvolle praktische Aktionen umschlägt.** Eine Möglichkeit: Bei der nächsten größeren Aktion (Wahrscheinlich eine bundesweite Sache zu Ostern) sollten wir wesentlich besser als diesmal vorbereitet sein: Am Samstag Nachmittag standen wir ohne das nötige Werkzeug am Zaun. Eine gute praktische Vorbereitung ermöglicht es sicher Vielen, mit 'Hand anzulegen'. Es müssen nur Möglichkeiten und Ideen da sein.

Die Zeit für Platzbesetzung und Hüttenbau scheint dagegen nun wohl vorbei zu sein: da läuft nichts mehr, ohne daß sofort ein Großaufgebot an Bullen aufmarschiert. Außerdem ist vielleicht schon zu Ostern die äußere, mehrere km lange Umzäunung um das Gelände fertig. Da müssen wir uns schon was einfallen lassen, damit die jetzige Stimmung angesichts dieser dann 'geschaffenen Tatsachen' nicht in Ohnmachtsgefühle umschlägt. Lassen wir also unsere Phanasie schweifen!

Wackerland bleibt Wackerland!

(Tom, Regensburg)

Fotos links und rechts: Ostbayerische Presse Agentur, Regensburg, Tel.: 0941/52183
Foto unten: Donau Presse Agentur

Einschätzung und Perspektive des WAA-Widerstands

Interview

Foto Thomas Einberger

mit Landrat Schuirer

RADI: Zunächst würden wir gerne wissen, wie Sie die ganze Aktion vom Wochenende bewerten.

Schuierer: Ich werte sie so, wie ich aus den Erzählungen meines Vaters und vieler anderer weiß, wie die Situation 1933 war.

RADI: Sie ziehen also einen Vergleich?

Schuierer: Ich ziehe einen Vergleich zu der Zeit damals, als auch die Gegner dieses System völlig ohnmächtig waren und nichts machen konnten gegen diese Übermacht. Und heute ist es ähnlich. Wir wollen ja schließlich nicht mehr als unser Recht. Wir wollen seit Monaten eine Abstimmung in der Oberpfalz oder auch in Bayern. Unsere Forderungen werden überhaupt nicht zur Kenntnis genommen. Wir wollen hier nur unsere Heimat schützen, und das wird uns verwehrt.

RADI: Gestern enthielt die „Mittelbayerische Zeitung" eine Beilage, die für die WAA wirbt. In dieser Beilage behauptete der bayerische Justizminister Lang, der Begriff „Widerstand" werde im Zusammenhang mit der WAA mißbraucht, da das grundgesetzlich garantierte Widerstandsrecht nur Recht zum Widerstand gegen ein Unrechtsregime wie in der Nazi-Diktatur gebe. Wie sehen Sie das? Würden Sie den Begriff „Widerstand" auch im Zusammenhang mit der WAA verwenden?

Schuierer: Das Problem liegt meiner Meinung nach darin, daß wir offensichtlich völlig andere Vorstellungen von Demokratie haben als die CSU. Für die CSU ist das Demokratie, was Strauß sagt. Ich bin hier vom Unrecht überzeugt, und wenn ich Unrecht merke, bin ich zum Widerstand verpflichtet, zum legalen Widerstand. Und das ist legaler Widerstand.

RADI: Würden Sie auch die Platzbesetzung als legalen Widerstand bezeichnen?

Schuierer: Platzbesetzung ist leider nur so lange legal, wie eben nicht der Besitzer oder die Polizei auffordert, den Platz zu räumen. Daran gibt es wohl keinen Zweifel. Platzbesetzung wird man nach den Gesetzen wohl nicht als legal bezeichnen können.

RADI: Würden Sie denn die Aktion trotzdem für legitim halten?

Schuierer: Das kann ich nicht beantworten, das müssen Sie verstehen.

RADI: Wie schätzen Sie jetzt die Stimmung unter der Bevölkerung im Landkreis ein?

Schuierer: Die Situation in der Bevölkerung ist jedenfalls sehr gespannt und die Bevölkerung ist voller Wut und Zorn, reagiert teils ohnmächtig und resigniert, aber ein Großteil ist entschlossener denn je. Es macht sich eine Art „Jetzt-erst-recht"-Stimmung breit.

RADI: Wie bewerten Sie den Polizeieinsatz?

Schuierer: Wahnsinnig! Anders kann ich es nicht bezeichnen. Denn wenn man gegen eine Handvoll Demonstranten tausende Polizisten aufbietet, kann man das nur als Wahnsinn bezeichnen. Und eigentlich müßte jeder Verantwortliche für diesen Polizeieinsatz die Kosten tragen. Abends um 10 Uhr, als vielleicht noch 30 Demonstranten da waren — und ich war bis zum Schluß dabei, genau um 10 Uhr sind die letzten Demonstranten abgeführt worden — zu diesem Zeitpunkt waren meiner Schätzung nach 1 500 Polizisten anwesend. Wegen 30 Demonstranten! Da frage ich mich, wo hier denn die Verhältnismäßigkeit ist. Es war einfach nicht gerechtfertigt.

RADI: Wir möchten nun gerne auf den juristischen Widerstand gegen die WAA zu sprechen kommen. Der Verwaltungsgerichtshof in München hat ja praktisch den Startschuß für die Rodung gegeben. Was halten Sie von dem Urteil, das dort gesprochen wurde?

Schuierer: Ich kann nur sagen, die Argumentation könnte genauso gut vom Umweltministerium stammen.

RADI: Hat sich Ihre Auffassung, was die rechtsstaatlichen Möglichkeiten zur Durchsetzung von Rechten anbelangt, verändert, z. B., wenn man das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs und die Aktivitäten der Genehmigungsbehörden betrachtet?

Schuierer: Der Eindruck ist sicherlich da, daß ein Zusammenspiel zwischen Regierung und Justiz funktioniert. Ich kann das allerdings nicht beweisen. Aber der Verdacht drängt sich auf. Dessen ungeachtet möchte ich hier nicht unbedingt die Justiz verurteilen wegen einer Entscheidung eines Gerichts, die mich persönlich und viele andere nicht befriedigt. Die Justiz ist an und für sich schon noch ein Hoffnungsschimmer. Von der Regierung erwarte ich mir mit Sicherheit nicht mehr als von der Justiz.

RADI: War es für Sie eine gespaltene Situation, als Sie während der Räumung des Bauplatzes außerhalb der Polizeikette standen und das Ganze mitverfolgten, nachdem Sie ja am ersten Rodungstag mitten unter den WAA-Gegnern, die auf dem Rodungsplatz waren, standen?

Schuierer: Das war für mich keine gespaltene Situation. Ganz gleich, wo ich immer stand, meine Sympathien galten

immer den Demonstranten, ob ich nun hinter oder vor den Polizeireihen stand. Ich habe auch versucht zu vermitteln, das gebe ich gerne zu, sowohl bei der Polizei als auch bei den Demonstranten. Denn ich halte von einer Auseinandersetzung absolut nichts. Wenn 200 Demonstranten vor einer voll bewaffneten Polizei stehen, ist das Wahnsinn. Da kann man nur sagen: Leute seid vernünftig.

RADI: Und was meinen Sie, ist notwendig, um den Bau der WAA zu verhindern?

Schuierer: Zeit gewinnen. Wir müssen auf Zeitgewinn arbeiten. Die WAA kann nur politisch verhindert werden. Denn daß wir gegen die Polizeimacht natürlich nichts machen können, das ist wohl jedem klar. Wir können hier ja keinen Bürgerkrieg anzetteln. Denn gegen diese Polizeimacht werden wir wohl jedes Mal unterliegen. Und daß die vor nichts zurückschrecken, das haben wir ja gesehen. Das kann nur politisch geändert werden.

RADI: Sie stehen ja jetzt erneut im Kreuzfeuer. Gegen Sie soll ein Disziplinarverfahren anhängig gemacht werden. Wie stehen Sie dazu?

Schuierer: Mit einem Lächeln. Ich habe schon einmal gesagt: Herrn Hillermeier kann ich nur empfehlen, sich künftig mit einem Juristen in Verbindung zu setzen, der das Disziplinarrecht kennt. Dann wird er in Zukunft solche Äußerungen nicht mehr machen. Und daß nicht das Geringste vorliegt für ein solche Disziplinarverfahren, das müßte ihm klar sein. Hillermeier ist ja eigentlich Jurist.

RADI: Herr Schuierer, wir danken Ihnen für das Interview.

Dieses Interview ist der Radi- Aktiv Nr.6/ 1986 entnommen. Dort finden sich weitere Interviews mit D. Kersting (Vorstand BI Schwandorf), A. Schlagenhaufer (Pfarrer), F. Schindler (SPD-MdB) und einem Landwirt der Oberpfalz.

Große Widerstandsgeschichte

wird von kleinen Protestierer-innen gemacht — große Männer stören dabei nur!

Foto Thomas Einberger

Wie üblich, wenn eine protestbewegung an einem standort relativ am anfang steht, ist unter der fahne des zunächst einmal verbalen massenprotestes die zahl von organisationen, grüppchen etc unter den aufruf-flugblättern lang und politisch extrabreit. Während wir wissen, daß diese etappe des protestes nur der auftakt für einen langfristigen und kontinuierlichen widerstand sein kann, kann man dergleichen von der spd natürlich nicht behaupten. Ihr geht es um "ihr stimmvieh" bei den nächsten wahlen, aus diesem grund bleibt ihr auch als oppositionspartei nichts anderes übrig als sich an viele menschen anzubiedern. Wir wissen natürlich was wir von der sozialdemokratischen kernenergiepolitik der 70 er jahre zu halten haben, die ja dafür gesorgt hat, das ganze land mit atomanlagen vollzupflastern. Daß die spd sich ausgerechnet jetzt in ihrer oppositionsrolle von der WAA lossagt, die sie in der regierungsverantwortung immer gefördert und vorbereitet hat, ist nichts anderes als ein verbaler schwindel. Diese partei nimmt mit diesem kurswechsel nur ihre staatsbürgerliche pflicht als oppositionspartei wahr, die heute weiß, daß sie ihr geschwätz von gestern bei erneuter regierungsübernahme nicht mehr kümmern wird.

Der unbedingte wille der spd, ihren bayrischen spitzenkandidaten hiersemann auf das münchener rednerpodium zu bringen steht in ihrem kalkül, durch einflußnahme auf massenbewegungen diese zu befrieden und für die eigenen zwecke zu instrumentalisieren. Die erfahrung und das wissen in der anti-akw-bewegung über den wahren charakter sozialdemokratischer herrschaftspolitik ist jedoch zu tief verankert, um eine provokation, die die versuchte rede des fetten hiersemann darstellt, einfach stumm hinzunehmen. Insofern hat hiersemann in münchen die richtigen antworten auf sein widerstandsgeschwätz in der form von nach ihm geworfenen bananen, eierschalen, leeren bierdosen und anderen argumenten bekommen. Er war darüber so verärgert, daß er uns gleich richtigerweise "chaoten" nannte, da wir es ja im gegensatz zur spd ernst meinen mit protest und widerstand gegend die WAA und statt "integrieren und lamentieren" lieber "sabotieren und demonstrieren". So einfach ist das. Nichts spricht dagegen, in zukunft ähn-

Fortsetzung "Große Widerstandsgeschichte"

lich mit allen institutionalisierten spitzensozialdemokraten so zu verfahren wie mit hiersemann. Dies heißt jedoch nicht; darauf zu verzichten grundsätzlich mit jedem sozialdemokraten an bestimmten punkten zusammenarbeiten oder sich zumindestens tolerieren zu können. Der spd-landrat schuirer wäre dafür ein musterexemplar. Verbalradikalität nach dem muster "wer hat uns verraten" ist hier zunächst einmal unangebracht und würde einen gemeinsamen widerstand nicht voranbringen. Nur ein entschiedener gemeinsamer widerstand, der sich nicht von organisationen spalten läßt, kann konkrete erfolge gegen die WAA und gegen diesen staat im bewußtsein von vielen menschen erringen.
Wenn man diesen anspruch ernst nimmt, heißt das, daß mensch sehr genau an den ungleichzeitigkeiten und realen unterschiedlichkeiten der lebenssituationen von menschen anknüpfen muß. Deshalb macht es auch einen unterschied, ob man oder frau sich mit der heuchlerischen spaltungspolitik der gesamt-spd auseinandersetzt oder sich zum unmittelbaren auftreten des landrat schuirer verhält. Üblicherweise haben wir in der anti-akw-bewegung die erfahrung mit landräten gemacht, daß sie sich in aller regel die finger nach giftfabriken lecken, mit den herrschenden in permanenz an einem tisch tafeln, demo-verbote verhängen und sich ansonsten grinsend mit polizeipräsidenten nach gegen uns gefahrenen einsätzen der öffentlichkeit präsentieren.
Davon kann im falle schuierer so nicht die rede sein. An so gut wie allen öffentlich zugänglichen ereignissen unseres widerstandes hat er sich letztlich unterstützend durch seine anwesenheit beteiligt. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, daß jemals ein offizieller staatstyp wie schuirer auf einem von uns besetzten platz eine positive stellungnahme zu den von uns damit verfolgten zielen abgegeben hat, wie er es beispielsweise nach der zweiten besetzung in einer pressekonferenz tat. Durch seine mehrstündige anwesenheit an diesem tag hat er die ortsansässige bevölkerung sicherlich sehr darin bestärkt die bauplatzbesetzung materiell und moralisch zu unterstützen. In diesem sinne war schuirer auch in seiner rolle als landrat für den gemeinsamen widerstand nützlich.

Leider wird man sich jedoch keinerlei Illusionen hingeben dürfen, was die möglichkeiten von schuirer in seiner rolle als landrat angeht. Er bleibt ein vertreter dieses staates und redet von uns selbstverständlich als "chaoten", die dem widerstand angeblich schaden. Die Grenze seines widerstandes wird sicherlich dort gekommen sein, wo ihn seine partei zu isolieren und zurückzupfeifen droht. Einer pressenotiz zur folge hat schuirer im zusammenhang mit der zweiten bauplatzbesetzung und räumung von leuten eine schaufel mit der aufforderung entgegengehalten worden, jetzt mit weitere barrikaden zu bauen. Er soll lächelnd und kopfschüttelnd abgelehnt haben. Wir sollten ihn in zukunft bei der gelegenheit dazu ermahnen, sich im wahrsten sinne praktisch und tatkräftig in den widerstand einzureihen, schließlich hatte der bürgermeister von plogoff eine zwille um den hals. Spätestens dann werden wir sehen können, wie weit schuirer bereit ist den weg vom protest zum widerstand mitzugehen.

DER BUND NATURSCHUTZ

Nachdem wir jahrelang das unglückselige wirken des BBU und joe leinens bekämpft haben und er fast nirgendwo mehr dort, wo auseinandersetzungen stattfinden, präsent ist, scheint ein neuer verband sein erbe angetreten zu haben: der 1975 von so reaktionären umweltschützern wie gruhl und grimzek gegründete BUND, der mittlerweile in bayern seinen stärksten landesverband aufgebaut hat. Vor einigen Jahren hat er sich vorzugsweise noch umden schutz von feuchtbiotopen gekümmert, hat sich dann aber zunehmend politischen themen wie waldsterben oder jetzt WAA zugewandt. In diesem verband sind vorzugsweise viele konservative menschen neben privilegierten bildungsbürgern engagiert. Man würde diesen menschen sicherlich unrecht tun, wenn man ihr engagement schlicht und ergreifend als "unpolitisch" abqualifizieren und sie nicht als ernsthafte WAA-gegner wahrnehmen würde. Übrigens lassen sich die whyler winzer oder die bauern aus der wilster marsch auch kaum anders als konservativ bezeichnen, was dem staat jedoch bei der durchsetzung von atominteressen einiges kopfzerbrechen gemacht hat. Auf der anderen seite kommt man natürlich nicht umhin bei den praktischen auseinandersetzungen mit diesen leuten auf die grenzen der arbeit dieses verbandes hinzuweisen. Es ist ja kaum mehr als kalkulierte naivität wenn mensch meint, mit guten argumenten und stichhaltigen gutachten ließe sich die mensch- und umweltzerstörung in diesem staat verhindern. Gerade die rolle des staates und der zerstörerischen produktionsverhältnisse kann man bei einem ernsthaften widerstand nicht ausklammern, wie der BUND das gern möchte.
Zur rolle von großen verbänden scheint es wohl immer noch zu gehören, den dialog mit den herrschenden zu pflegen, wie dies der BUND-chef weinzierl in briefen an den "sehr geehrten herrn ministerpräsidenten strauß" zu tun pflegt. Dies wäre nicht von besonderem

Die spitzenmäßigen Fotos auf diesen Seiten sind von Thomas Einberger

interesse, wenn nicht gerade jener besagte weinzierl mittlerweile im zusammenhang mit wackersdorf zu einer unvermeidlichen erscheinung auf jeder demonstrationsrednerlister geworden wäre. In der regel hängt er sich bei derartigen gelegenheiten immer weit mit verbalradikalen sprüchen aus dem fenster, die oft an prägnanz und klarheit nichts vermissen lassen ("wackersdorf ist der anfang vom ende der deutschen atompolitik!") Bis vor einiger zeit gehörte es auch zu seinem repertoire, sich ganz entschieden von den leuten zu distanzieren, die der ansicht sind, daß zu einem widerstand mehr gehört als die befolgung staatlicher spielregeln. Man werde die chaoten fest im griff haben,tönte Weinzierl anläßlich der standortbekanntgabe der WAA im februar 1985.
Folgerichtig hat er sich dann mit der SPD von der Bauplatzbesetzung distanziert mit der Begründung, daß das Wort "Besetzung" alleine ja schon Gewalt bedeute, die maßgeblich von ihm propagierte "Umzingelung" wurde in praktischer Aktion doch zur Besetzung. Nach dieser Pleite war Weinziel bei der zweiten Platzbesetzung erst mal nicht zu sehen und nahm lediglich an der Räumung als " Beobachter" teil. Auch scheint ihm nicht entgangen zu sein, daß selbst sein vermeintliches "Fußvolk" aus seinem Verband in Scharen an der Bauplatzbesetzung teilnahm, oder sie praktisch stützte.
In der Folgezeit versuchte er sich mehrfach wieder ins Spiel zu bringen indem er seinen Geburtstag pressewirksam in der Nähe des Baugeländes abfeierte.(Selbst die neoliberale TAZ wußte dieses Widerstandsereignis auf Seite 1 zu vermelden. Vielleicht ist Weinzierl in dieser Zeit auch der einzige Mensch der Geburtstag hat!)
Diese Bemühungen gipfelten schließlich in dem Versuch Weinzierls am Montag für den Tag der bisher letzten Platzräumung, lanciert durch den Grünen Daniels wieder eine Rede diesmal auf dem von uns besetzten Gelände halten zu wollen. Offenbar scheint die Selbstachtung bürgerlicher Politiker keine Grenzen der Scham zu kennen, die sie endlich einmal zum Schweigen bringen könnte. Dieser Versuch, stieß glücklicherweise im Besetzerinnenplenum auf so lebhaften Widerspruch, das er es lieber wieder bleiben ließ. Hubert Weinzierl hat sich durch sein bisheriges Gehabe, reden und

taktieren moralisch derartig disqualifiziert, daß wir ihn nach Möglichkeit in seinem Verband isolieren und bei entsprechender Gelegenheit daran hindern sollten sich in unseren Kreisen zu bewegen und dort zu agieren. Gerade mit unserer Erfahrung mit Joe Leinen sollten wir erneut exemplarisch an Hubert Weinzierl mit dieser schlimmen bürgerlichen Stellvertreterpolitik abrechnen.

DIE GRÜNEN

Ähnliches wird auch mit den Grünen und ihrer Protagonisten notwendig sein, auch wenn dort die Dinge auch nicht ganz so klar zu Tage treten. Nachdem die auf dem grünen Bundesparteitag ein halbes Jahr zuvor beschlossene WAA–Kampagne mangels Resonanz in den eigenen Reihen gescheitert war, raffte der sich im Dezember anberaumte Parteitag nach einer längeren Debatte zu einer Teilnahme an der Protestdemonstration in Wackersdorf auf. Offensichtlich auch vor dem Hintergrung der Krisen dieser Partei mag sich ein gewisser Bewegungsoppurtunismus zwecks Übertünchung von schwer überbrückbaren Gegensätzen (z.B. in Hessen konstruktive Grüne Mitarbeit am dortigen Atomprogramm - sofortige Abschaltung) breit gemacht haben, der zur Teilnahme an der Demo führte.

Praktisch hat dieses Grünen–Schauspiel sicherlich noch einen Mobilisierungsschub für den Massenprotest gegen die WAA gebracht. Auf der anderen Seite müssen wir mittlerweile mit der Tatsache leben, daß es neben den "guten"und "schlechten" Demonstrantinnen noch eine dritte Variante gibt: Nämlich die der "Prominenten", die uns hin und wieder noch als Staffage zwechs vorzeigen einer ehemals bewegten Vergangenheit brauchen. Insofern haben die Grünen kaum etwas Anderes gemacht, als wie jede andere Partei auch, die Anti–AKW–Bewegung für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Praktisch habe ich auf dem besetzten Bauplatz eine besondere Präsens von "Grünen" nicht beobachten können, so bleibt allein die Beschäftigung mit "Wolfgang" aus Regensburg, wie er sich selber vorstellt, oder "der Daniels" wie ihn die bürgerliche Presse zu nennen pflegt.

Daniels ist Mitglied der Bundestagsgruppe der Grünen, sollte eigentlich für Petra Kelly als Abgeordneter nachrücken, was ihm (uns ?) jedoch erspart blieb. Möglicherweise mag er sich auch deshalb mehr aufs Außerpalamentarische verlegt haben, mit dem Hintergedanken sich zukünftig ganz direkt ein Absprungbrett in den nächsten Bundestag zu sichern.

Daniels war in den Besetzungstagen an fast allen Ecken, Plenas, Sitzblockaden, Pressekonferenzen ect. zu finden gewesen und er tat dies in einer Form, das er zu Allem und
Nichts immer etwas zu sagen hatte.

Sein Auftreten veranlaßte einen Zeit-Reporter zu der Feststellung, daß es sich bei ihm um den *"ruhigen und besonnenen Anführer"* der Demonstranten han-

Foto U. Reuter

deln würde. Soweit so schlecht. Bei der zweiten Platzbesetzung managte er die Pressekonferenz mit einem Vertreter der BIWAK, Landrat Schuierer und dem Grünen Roland Vogt, von dem nicht klar war, was ausgerechnet er dort wollte.

Vielleicht hat ihn sein Geltungsbedürfnis genauso an diesen Ort geführt wie damals '81 neben Jo Leinen auf den Container. Auf dieser Pressekonferenz ließ sich ein Auftreten gerade dieser Grünen beobachten, welches sich nicht mehr mit Naivität entschuldigen läßt.

In äußerst geschickter und glatter Weise beantwortete Daniels Fragen der Presseleute. Zu der Frage nach Angriffen auf die Bahnlinie, welche am Baugelände vorbeiführt, erklärte er, daß die Anti-AKW Bewegung den Schutz der Bahngleise über Nacht übernommen und einen sicheren Zugbetrieb gewährleistet habe.

Die Aussage von Daniels bedeutet übersetzt nichts anderes, als das es anscheinend eines Schutzes der Bahnlinie bedurft habe und es stellt sich die Frage: Gegen wen ? Es scheint für ihn Leute unter den Bauplatzbesetzern zu geben, die er nicht zur Anti–AKW–Bewegung rechnet. In diesem Sinne ist seine Aussage Spaltung.

Zweitens: Auf dem Besetzerplenum gab es nie eine Diskussion darüber wie, mit dieser Bahnlinie zu verfahren sei, daher ist die Aussage von Daniels eine Lüge, die ein bürgerliches Stellvertreterbedürfnis offenbart.

Drittens: Es ist nicht Aufgabe der Anti–AKW–Bewegung Bahnlinien zu schützen, sondern Atomanlagen zu verhindern. Bei Gelegenheit kann eine Sperrung der Bahnlinie zur Erhöhung des politischen Drucks auch sinnvoll sein.

Den Grünen ist jedoch nicht an einem eskalierenden unkontrollierbarem und flexiblen Widerstand gelegen. So nimmt es nicht Wunder, wenn Roland Vogt auf der gleichen Pressekonferenz, die politische Ablehnung der AKW–Gegnerinnen, über die Bauplatzbesetzung mit der Polizei zu verhandeln, dahingehend uminterpretiert, daß dies *"auf das ungeschickte Auftreten des Polizeipsychologen"* zurückzuführen sei. Als wenn es ausgerechnet mit dem von den politischen Instanzen befehligten Apparat auch nur irgend etwas zu verhandeln gäbe; als wenn es bei der Bauplatzbesetzung nicht um die Verhinderung der WAA gehen würde, sondern um die Sicherheit des inneren Friedens, dem sich ja auch Grüne immer sehr verpflichtet fühlen.

In diesem Sinne ist es von Daniels nur konsequent, wenn er in vielen Stellungnahmen lauthals den Spaltungsbegriff *"gewaltfrei"* bis zum Erbrechen verkündet. Daniels, der im persönlichen Gespräch schon mal den Eindruck zu erwecken versucht, das man sich sein Verhalten von den Bullen nicht vorschreiben lassen sollte und auch seine Symphatie für Sabotageakte gegen Firmen ausdrückt, weiß genau, daß sich ein Großteil der Bauplatzbesetzerinnen in keinster Weise als "gewaltfrei" begreift. Auch ihm wird das Ulrike Meinhof Transparent, sowie der fünfzackige Stern mit dem Besetzerzeichen als "Denkmal" gegenüber dem Kreuz nicht entgangen sein.

Wenn er diesen Begriff jedoch immer wieder im Mund führt (wie z.B. in einer sogenannten Erklärung der "Besetzer an die Bevölkerung") bedeutet dies erstens eine Vergewaltigung der Identität von Menschen.

Zweitens eine Denunzierung all jener die auf Grund ihrer Erfahrung andere als "gewaltfreie" Formen des Widerstandes wählen.

Drittens sich auf Fragen einzulassen, die sich angesichts der politischen Übermacht in bestimmten Fällen ohnehin nicht stellen, da Frau kaum andere Möglichkeiten als die eines relativ passiven Verhaltens besitzt.

Und viertens öffnete dieser Begriff staatlicher Gegenpropaganda Tür und Tor, die bei zukünftigen Anlässen versuchen wird zu bestimmen was an unserem Widerstand gewaltfrei ist oder nicht. Dieser Begriff wird dann gegen uns umgedreht und dient als Spaltungsinstrument.

Makabererweise wird beispielsweise die bisher letzte Räumung des Baugeländes in der bürgerlichen Presse überwiegend als *"Sieg der Vernunft"* und der angeblich beiderseitigen Freude über den friedlichen Verlauf zur Kenntnis genommen. Der innere Frieden ist eben doch wichtiger als die Verhinderung der WAA.

Das Verhalten der Grünen und insbesondere von Daniels läßt sich nach meinen beschriebenen Erfahrungen kaum anders beschreiben als opputurnistisch. Chamäleons, die je nach Stärke einzelner Fraktionen ihre Farbe und ihr Auftreten ändern werden. Es ist wichtig, all diesen Politikformen, die versuchen zu integrieren, zu mauscheln, zuspalten, um darüber leztlich bestimmenzu wollen was läuft, eine entschiedene Absage zu erteilen. Wir haben jedem ernsthaften AKW–Gegner klar zu machen, daß er sich solidarisch und selbstbestimmt in unseren Widerstand einreihen kann, wir aber Vorsänger nicht brauchen. Das wird den Widerstand gegen Wackersdorf und gegen diesen Staat weiter bringen als jeder noch so geschickt taktierende Bewegungsverwalter.

HaHo

... die Oberpfalz unregierbar machen ...

Seit dem 11. Dezember wird nun in Wackersdorf gerodet. Und in einem nicht erwarteten Ausmaß hat sich der Widerstand formiert. In Kürze wird jedoch der erste Zaun stehen und mit dessen Fertigstellung werden und müssen sich die Widerstandsformen ändern. Das Schlagwort von den "Frankfurter Verhältnissen" macht schon jetzt teilweise die Runde. Neue, zwangsweise radikalere Formen des Widerstands werden jedoch die bisherige oberflächliche Einheit von BI's, SPD, Grünen und auch kirchlichen Kreisen wie sie bei der Platzbesetzung bestanden hat, erheblich ins Wanken bringen.

Die Vorgänge um die Münchner Demo vom 12. 10 85 haben deutlich gezeigt, daß sich Gruppen wie SPD, BN (Bund Naturschutz) und auch Teile der BI Schwandorf allzu schnell und gerne von WAA- Gegnern distanzieren und sei es nur "weil die autonomen Gruppen und Bürgerinitiativen ständig an den Vorstellungen der Katholischen Landjugend, des Bundes Naturschutz Bayern und teilweise (?) der SPD und der Grünen etwas auszusetzen hatten" (H. Steininger, Landesgeschäftsführer des BN). Die Distanzierung von den "Steinewerfern" und "Haidhauser Chaoten" war dabei höchstens in der Schärfe noch etwas verwunderlich.

Ohne Zweifel haben die Platzbesertzungen im Taxöldener Forst der bayrischen Anti- AKW- Bewegung einen gewaltigen Auftrieb gegeben: Zum ersten Mal wurde hier ein Bauplatz besetzt. Die Solidarität der Bevölkerung, die sich vor allem in Spenden, aber auch in praktischer Arbeit und nicht zuletzt wegen der Anwesenheit während der Räumung zeigte, verwunderte selbst die Optimisten. Sogar die ostbayerische SPD und der BN mußten sich – um ihr Gesicht zu wahren – solidarisieren und zugeben, daß sie mit ihrer vorhergegangenen Ablehnung nicht richtig lagen. Am tollsten trieb es dabei die ostbayerische SPD, die zwar im November einen Beschluß gegen eine Platzbesetzung faßte, auf ihrem Bezirkstreffen am 18./19. 1. jedoch dann kritisierte, daß unter den 155 Hütten im Dorf nicht eine einzige "Juso- Hütte" war. Der SPD-Abgeordnete Schindler begründete diesen Gesinnungswandel damit, daß entgegen der sozialdemokratischen Erwartung die Polizei die Platzbesetzung 'zugelassen' hat. Bei solchen Begründungen kann der Herr Minister Joschka Fischer sogar noch etwas lernen, der garnicht erst auf den Bauplatz ging *"weil er sich nicht an möglichen Straftaten beteiligen wolle"*, wie die Taz berichtete. Da waren ja nicht einmal die bayerischen Grünen so Rechts-Staatlich, indem sie zur Platzbesetzung aufriefen und mobilisierten. Die Erfahrungen aus den Vorbereitungen zur Münchner Demo und die bevorstehenden Landtagswahlen haben hierbei jedoch sicher einiges beigetragen.

Foto Thomas Einberger

Neben der unerwartet großen Solidarität durch dieseinheimische Bevölkerung machte es auch das Lagertreiben, das teilweise eher einem Pfadfinder- als einem Widerstandslager glich, diesen Gruppen leicht sich damit zu solidarisieren. Außer Barrikaden bau und Baumvernagelungsaktionen gab es praktisch keine weiteren Aktivitäten. Die 18 Tage freies Wackerland mit mehreren tausend Leuten wurden nicht genutzt, um den Schritt von Besetzung zu weitergehenden Aktionen vorzubereiten.

Als die Polizei den Besetzern vorwarf, die angrenzende Bahnlinie (Richtung Nürnberg und Prag) blockert zu haben, wurde dies mit *Entrüstung* zurückgewiesen: *"Wir haben den Platz nicht besetzt um den Bahnverkehr zu beeinträchtigen, sondern um den Bau der WAA und die Zerstörung der Oberpfalz zu verhindern"* war in einer Erklärung der Pressegruppe vom 18.12. zu lesen. Ernsthaft wurde im Plenum sogar noch über die Einsetzung einer Bahnwache durch das Lager diskutiert. Und genauso blieben auch die auf der "Schwarzen Liste" stehenden Firmen die ganze Zeit über von Besuchern verschont.

Es wurde nicht die Unregierbarkeit der Oberpfalz ausgerufen, sondern die des gerodeten Geländes. Dies ist der große Unterschied zu den Aktionen vor allem in Wyhl und Gorleben, und hier wird auch in nächster Zeit die Kernfrage des weiteren Widerstands liegen.

Der große Fehler lag und liegt teilweise noch in der Fixierung auf Besetzung. Und solange dies so bleibt, ist die große Einheit einschließlich der Sozialdemokraten erhalten und Diskussionen über Perspektiven und Möglichkeiten erübrigen sich. Der Weg ist

bequem aber die Folgen katastrophal! Als am Samstag, den 08.02.86 nach einer Faschingskundgebung mehrere tausend Leute auf den Bauplatz zogen, öffneten einige WAA-Gegner unter großem Beifall und lautstarken Anfeuerungsrufen der Bevölkerung das Tor des - leider leeren - eingezäunten Maschinenplatzes. Vor allem der grüne Fast-Nachrücker Wolfgang Daniels war ob dieser Aktion äußerst schockiert, weil sie nicht in das 'Konzept' paßte. Über Mega wurde somit ständig aufgefordert in den Wald zu gehen, wo doch was vorbereitet sei: Selbstverständlich wurden wiederum Hütten gebaut, die der BGS dann planmäßig abends wieder zerschnipselte. Am Sonntag dasselbe Spiel. In Sichtweite stand der noch nicht ganz fertiggestellte Sicherheitszaun, der eine Besichtigung wohl gut vertragen hätte.

Mangelnde Erfahrung aber auch die fehlende Diskussion haben es BN, SPD und Grünen ermöglicht, sich die Anti-WAA-Bewegung in Wackersdorf einzuverleiben. Nach den anfänglichen Erfolgen hat sich der aktive Teil das Ruder aus den Händen nehmen lassen. Ein Großteil der Autonomen, die anfangs eine treibende und vor allem auch eine unentbehrliche Kraft waren, hat sich schon während des Pfadfinderlagers zurückgezogen. Verständlich wenn man merkt, daß der ganze Sinn nur darin bestand, sich in den nächsten Tagen zur Belohnung abführen zu lassen.

Statt Beschäftigungstherapie ist aktiver Widerstand gefragt. Rücksichtnahmen auf SPD, BN und Grüne Teile, die alles umschlingende Einheit, koste sie, was sie wolle, sind nichts anderes als Aufgabe eines erfolgversprechenden Widerstands. Die Reaktionen der Oberpfälzer bei einigen Sonntagsspaziergängen (z.B. 12.01.86) beim Öffnen des Tores am 08.02.86 aber auch bei der Urteilsverkündung am 12.02.86 hat deutlich gezeigt, daß wir Unterstützung und Solidarität erwarten können, dafür von uns auch *Aktivität* gefordert ist.

Wenn wir uns nicht bald Gedanken über die Perspektiven in Wackersdorf machen, können wir das 'Freie Wackerland' vergessen. Die Aktionen, bzw. Besetzungen in Wackersdorf haben der Anti-AKW-Bewegung neuen Auftrieb gegeben. Innerhalb von 2 Monaten hatten wir zwei Großkundgebungen mit jeweils 50.000 bzw. 40.000 Menschen, wir hatten 18 Tage lang einen Platz besetzt und eine Vielzahl kleinerer und größerer Blockaden. Viele Leute sind wieder sensibilisiert worden. Hier aufzugeben, bzw. einen Rückzieher zu machen wäre verhängnisvoll: Nicht nur für das WAAnsinnsprojetkt im Taxöldener Forst, sondern erst recht auch für die bundesweite Anti-AKW-Bewegung. Ein offensiver Kampf in Wackersdorf ermöglicht es uns auch alle anderen Atomprojekte wie z.B. in Gorleben, Kalkar, Hanau wieder stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu rücken. Und gerade hier sind die norddeutschen Initiativen aufgefordert, statt sich zurückzuziehen ihre Erfahrungen in Bayern einzubringen, damit es hier weitergeht.

Landtagswahlen in Bayern

Wenn sich BN, SPD aber auch teilweise die Grünen so wortradikal gegen die WAA engagieren, dann hat dies sicherlich seine Gründe zum Teil in den diesjährigen Landtagswahlen: *"Der BUND verfolgt eine Langzeitstrategie...deshalb wird die WAA zum Wahlkampfthema Nr. 1 bei den Landtagswahlen 1986 in Bayern und zur Bundestagswahl 1987 gemacht"* tönt der große Vorsitzende und Wahlkampfhelfer Hubert Weinzierl. Hirsemann, bekannt durch das Konzert vom 12.10. verspricht: *"Ein SPD-Wahlsieg bei der Bundestagswahl 1987 würde auch das Ende der umstrittenen WAA bedeuten"*, während bei den Grünen die Hoffnung keimt, *"daß sich nicht zu viele Leute vom widersprüchlichen WAA-Nein der SPD bei der Landtagswahl leimen lassen"* (P. Leiberich, Arbeitskreis Energie).

Die WAA ist also für die Wahlkämpfer gerade rechtzeitig gekommen. Jeder hofft, mit Hilfe der WAA ein paar Stimmen mehr zu ergattern. Wahlkampf statt Widerstand heißt die Parole - auch bei den Grünen. Deshalb ist diesen auch ein frustrierendes Häuslebauen lieber als aktive Betätigung. So kann man die Leute viel leichter davon überzeugen, daß das 'richtige' Kreuzchen *"ein kleiner Beitrag sein (könnte), die WAA zu verhindern."*

Es ist unsere Aufgabe, Wackerdorf nicht zum Wahlkampfthema verkommen zu lassen, vielmehr bietet sich die Möglichkeit, vor allem die Grünen in Zugzwang zu bringen. Dies heißt jedoch, nicht mehr den Stimmenfängern den 'Widerstand' zu überlassen, sondern wieder selbst aktiv zu werden.

Peter Kroiß, Landshut

Foto Thomas Einberger

Der volle Erfolg der letzten Wochen für die Anti-WAA-Bewegung ist nicht zu übersehen und wird in der Öffentlichkeit auch nicht einmal mehr heruntergespielt. Dennoch: die wesentlichen politischen Weichen für den Bau der WAA sind gestellt. Kurzfristig ist eine Verhinderung des Baus nach allen Erfahrungen ausgeschlossen. Auch dies ist den meisten WAA-Gegnern bewußt. Was genau macht den Erfolg der Platzbesetzungen aus?

Dazu müssen im wesentlichen drei Fragen gestellt werden:

1. Ist es gelungen, die Anti-WAA-Bewegung zu vergrößern, ihre Forderungen einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln? Gibt es nunmehr Leute, die mit unserem Widerstand sympathisieren? Hat sich die Anzahl derjenigen, die auch zu einem aktiven Widerstand gegen die WAA bereit sind, vergrößert?

2. Hat sich das Bewußtsein darüber, daß nur der eigene, praktische Widerstand realen politischen Druck schafft, verbreitert? Konnte demonstriert werden, daß ein Wahlkreuzchen alle vier Jahre nicht nur nicht ausreicht, um ein solches Wahnsinnsprojekt zu verhindern, sondern vielmehr die alleinige Orientierung auf Wahlen in den letzten Jahren gerade solche Projekte ermöglicht hat, weil die Bevölkerung ruhig gehalten hat?

3. Machten es die jeweiligen Aktionen der letzten Wochen deutlich, daß nicht die auswärtigen WAA-Gegner die große Gefahr für die Oberpfälzer sind, sondern daß die Gefahr für die Oberpfalz von den Politikern und dem ihnen unterstellten Polizeiapparat ausgeht, daß der Polizeiapparat ein entscheidendes Instrument zur Durchsetzung der WAA darstellt? Ist deutlich geworden, daß die WAA nicht nur ein Ausrutscher ist, sondern Bestandteil eines ganzen Systems, das zur Durchsetzung seiner Interessen auch nicht vor Gewaltakten gegen die Bevölkerung zurückschreckt (während es gleichzeitig derselben Bevölkerung Gewaltfreiheit predigt)?.

Verbreitung und Radikalisierung müssen essentielle Elemente der Anti-WAA-Bewegung bleiben. Auch wenn sich beide Teile in jeder konkreten Aktion nicht gleichermaßen verwirklichen lassen – sie widersprechen sich ja in gewisser Weise – so müssen sie doch im politischen Gesamtkonzept enthalten sein. Sie grundsätzlich gegeneinander zu stellen, wäre absurd.

Untersucht man die Besetzungsaktionen der vergangenen Wochen vor diesem Hintergrund, so muß unumwunden festgestellt werden, daß etwas gelungen ist, was nur sehr selten möglich ist: Die Verbreiterung der Bewegung ohne brave Zugeständnisse an die Polizei, ohne Verzicht auf illegale Aktionen und bei einer Radikalisierung des gemeinsamen Widerstandes. Sicher erinnern sich noch alle an die heftigen Auseinandersetzungen um das Konzept des Koordinationsausschusses: Platzbesetzung ja oder nein, Umzingelung, Menschenkette, was steht im Vordergrund usw. Und als es so weit war, gingen ausnahmslos alle auf den Platz.

Das alles wurde für die Polizei-Führung und ihren Vorgesetzten im Bayerischen Innenministerium zu einem Dilemma: Nahm sie taktische Rücksicht auf die Entwicklung im Widerstand, mußte sie zeitweise von der harten Linie Abstand nehmen und damit ihre eigenen großmäuligen Ankündigungen („Kein Platz bleibt länger als 24 Stunden besetzt") als aufgeblasene Angeberei entlarven. Die Tatsache, daß FJS wegen dieses „weichen" Vorgehens aus den Reihen seiner Partei angegriffen wurde, zeigt, daß die Taktik nicht besonders attraktiv ist in den Augen der reaktionärsten Kräfte hierzulande. Knüppelte die Polizei aber unterschiedslos rein, was sicher manchem Bürger in unserem Lande ganz gut gefallen hätte, hätte das einen ungeheuren Solidarisierungseffekt bei den WAA-Gegnern zur Folge gehabt. Vor allem aber wäre ein solches Vorgehen mit einem großen Prestigeverlust für die Polizei verbunden gewesen.

Ansichts dieser Alternativen entschied sich die Polizei bei der ersten Räumung für das „kleinere Übel": Sie wartete solange ab, bis sich die massenhafte Präsenz der Oberpfälzer Bevölkerung von alleine reduziert hatte und räumte erst dann – immer noch überrascht von der großen Anzahl der Besetzer. Bei der zweiten Räumung nützte ihr das Abwarten nichts, denn auch die Oberpfälzer waren massenhaft auf dem Platz geblieben. Die Polizei versuchte, das Problem bei den Festnahmen zu lösen: Oberpfälzer wurden aussortiert und nach Hause geschickt, um die Statistik auf „auswärtige Berufsdemonstranten" zu reduzieren.

Diese – sicherlich gegenüber einem harten Knüppeleinsatz klügeren – Taktiken erreichten aber trotzdem ihr Ziel in keinster Weise: Trotz eines relativ zurückhaltenden Vorgehens bei der Räumung – als AKW-Gegner haben wir schon ganz andere Kaliber erlebt – erntete die Polizei wütende Kommentare aus der Bevölkerung. Man mag der Einschätzung des Landrats Schuierer („wie '33") kritisch gegenüberstehen – selbst wenn die Polizei wesentlich brutaler vorgegangen wäre, wäre ein solcher Vergleich problematisch – eines zeigen solche Äußerungen auf jeden Fall: Gut angekommen ist das Vorgehen der Polizei trotz aller psychologischen und taktischen Tricks nicht.

Und diese Wut ist auch absolut berechtigt. Denn trotz der scheinbar sanften Räumung bricht allein die Anzahl der Festnahmen alle bisherigen Rekorde: Sie stellen im Grunde einen weiteren qualitativen Schritt dar, der in den neuen Geheimdienst- und Repressionsgesetzen der Bundesregierung seine Entsprechung findet. Was den einzelnen WAA-Gegnern von Ordnungswidrigkeiten bis zu Nötigung und Gefangenenbefreiung angehängt wird, wird nicht von Pappe sein. Polizei und Justiz werden alles daran setzen – auch wenn sie selbst „logistische Schwierigkeiten" einräumen –, diese Massenkriminalisierung in den Griff zu bekommen. Wichtig ist es sicher, daß es der Anti-WAA-Bewegung, nicht wie der Friedensbewegung geht, die Hunderte von Justizopfern produziert hat, ohne sich auch nur im Geringsten darum zu kümmern. Denn Widersprüche gegen die Polizeimaßnahmen einzulegen und Prozesse durchzuführen, ist nicht Sache jedes/jeder einzelnen, sondern muß Thema der gesamten WAA-Bewegung sein. Es dürfen nicht diejenigen hängengelassen werden, an denen zufällig ein Exempel statuiert werden soll. Die Kriminalisierung der WAA-Gegner soll für die bayerische Staatsregierung ein entscheidendes Instrument zur gewaltsamen Durchsetzung der WAA sein. Darauf muß kollektiv eine politische Antwort gegeben werden. Deswegen bedeutet der Widerstand gegen diese Kriminalisierung Widerstand gegen die WAA. ●

Foto oben U. Reuter

Foto Thomas Einberger

Fotodokumentation
Demonstration gegen die WAA * München 12.10.85
Bauplatzbesetzung * Wackersdorf 14.12 - 16.12.85

Über die Demonstration am 12.10.85 in München gegen die WAA in Wackersdorf sowie das Straßenfest in der Pariserstraße, das später als "Haidhauser Krawalle" in die Medien einging, ist viel geschrieben, gesagt und gelogen worden.
Wir wollen im ersten Teil dieser Fotodokumentation ein möglichst umfassendes Bild der Vorfälle während der Demonstration und des abendlichen Straßenfestes in Haidhausen vermitteln. Wohl noch nie war es möglich, so exakt im Detail einen derartigen Polizeieinsatz zu dokumentieren, einen Polizeieinsatz, der gemessen am Anlaß bisher einzigartig war. Von der Polizeiführung als "Haidhauser Krawalle" hochstilisiert, zeigt das Fotomaterial dieser Dokumentation:

- **eine Staatsgewalt, die für den Bürgerkrieg ausgerüstet ist,**
- **eine Staatsgewalt, die den Einsatz für diesen Fall auch üben will,**
- **eine Staatsgewalt, die den Anlaß für einen solchen Einsatz nötigenfalls auch selbst inzeniert.**

Daß das Spaltungskonzept des Staates nicht aufzugehen scheint, zeigt der 2. Teil der Dokumentation.
Die Behindertungsaktionen, an den ersten Rodungstagen in Wackersdorf gipfelten in der Kundgebung am 14.12.85 auf dem Baugelände, an der wiederum dreißigtausend Menschen teilnahmen.

Die Doku kostet 8,00 DM, Bestelladresse: Postlagerkarte 040068 B, 8000 München 80, Konto: P. Kroiss, Sonderkonto Wackersdorf, Postscheckkonto-Nr. 173588-807, Postscheckamt München, BLZ 70010080. Bis zu 5 Stück nur gegen Vorkasse. Entweder durch Überweisung auf obiges Konto oder in Briefmarken an obige Postlagerkarte. Ab 5 Stück gegen Rechnung zum Preis von DM 6,00.

Die erfolgreichen Wackersdorf-Besetzungen haben die Anti-AKW-Szenerie durcheinandergeschüttelt:
Auch außerhalb Bayerns werden neue BIs gegründet, städtische BIs reorganisieren sich, neue Strukturen, wie das Bonner Anti-WAA-Plenum entstehen. In der Oberpfalz platzen die Säle bei Anti-WAA-Veranstaltungen aus allen Nähten.
Die Entschlossenheit der Oberpfälzer Bevölkerung und der autonomen Anti-AKW-Bewegung veranlaßt u.a. die staatsfromme SPD zu den allerverrücktesten Kapriolen: Die Pro-Atomsäcke der bayerischen SPD-Landtagsfraktion sahen sich z.B. genötigt, dem Taxöldener Forst und speziell dem „Schafstall", dem Interimsort der Dauerbesetzer, einen hochoffiziösen Besuch abzustatten, anerkennende Worte zu verlieren und mit schleimiger Grimasse einen Hundertmarkschein ("Mit schönem Gruß von Herrn Hiersemann") für den weiteren Widerstand rüberzuschieben. Nichts könnte besser die Verschiebung aller Maßstäbe demonstrieren als diese groteske und zu Normalzeiten absolut undenkbare Szene.

Es ist wohl kein Zufall, und dürfte an den Erfahrungen von Whyl bis Grohnde liegen, daß die Anti-AKW-Bewegung gestern mit der Wendlandblockade und den Tag X-Aktionen und heute mit dem noch weitaus massenhafteren Widerstand im Wackerland die Polizeistrategen und -psychologen in größere taktische Probleme und Image-Verluste gestürzt hat, als der gesamte Friedensherbst von 1983. Und wohl auch nicht zufällig ist es der linke, autonome Flügel dieser Bewegung, der schon im Oktober 1985 mit der ersten erfolgreichen Besetzung gegen die WAA im Taxöldener Forst den nötigen Funken schlug. Klar, die Grünen haben selbst ihren Parteitag unterbrochen, um im Dezember 1985 für eine Stippvisite nach Wakkersdorf zu kommen. Die grünen Delegierten waren aber längst über alle Berge, als das eigentlich wichtige passierte, als 2000-3000 im neuen Besetzerdorf übernachteten und die Oberpfälzer Normalos weder Polizeisperren noch Fußmärsche von über 10 km scheuten, um Brötchen und Tee vorbeizubringen. **Das praktische Beispiel hat ausgerechnet in der bayerischen Oberpfalz bewiesen, daß radikaler und dennoch massenhafter Widerstand mehr Veränderung in den Köpfen der Menschen und mehr Zeit- und Geldverluste für die Atommafia bewirkt als alle noch so ausgeklüngelten parlamentarischen Initiativen oder papierene Erklärungen.** Das klingt selbstverständlich, ist es aber leider längst nicht mehr.
Heute ist ein guter Teil der 100.000 Brokdorf-Demonstranten von 1981 vom Parlamentarismus längst aufgefressen, viele andere versuchen sich resigniert und vereinzelt mit dem System zu arrangieren. Die Niederlage der Friedensbewegung („Hat doch alles keinen Sinn ...) war vermutlich für beides, Parlamentarismusflucht und Vereinzelung, ein zusätzlicher Antrieb.
Wenn es heute überhaupt eine Chance gibt, dem rot-grün-modernden Zeitgeist etwas entgegenzusetzen, dann aus der neu keimenden Anti-AKW-Bewegung heraus mit den Wackersdorf-Erfahrungen im Rücken. Wie gesagt, eine Chance, nicht mehr, und das vielleicht auch nicht mehr lange. Denn n o c h ist der Widerstandswille in der Oberpfalz trotz Rodungen, Massenverhaftungen und Kriminalisierungsversuchen ungebrochen. Keiner weiß, wie lange das anhält und ab wann der bayerische Repressionsapparat genug Menschen zermürbt hat, um den sozialdemokratischen Reintegrationsanstrengungen mit der Sackgassen-Orientierung auf Wahlen und Gesetze zum Durchbruch zu verhelfen. **Wir befürworten eine Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung noch in diesem Jahr, um diese kleine Chance zu nutzen und um den Versuch zu unternehmen, die unabhängige außerparlamentarische Widerstandsbewegung zu reorganisieren als Kontrapunkt zur sozialdemokratischen Scheiße und als Neuformierungsansatz angesichts des Anpassungskurses der Grünen.** (Klaro - dieses Ziel ist wohl etwas hochgesteckt und pipapo, aber ein wenig Träumerei, um wenigstens ein schemenhaftes Ziel vor Augen zu haben bei der täglichen Kleckerei, wird ja wohl noch erlaubt sein...)
Von diesen Globalüberlegungen abgesehen könnte eine Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Bayern

BUNDESKONFERENZ DER ANTI-AKW-BEWEGUNG ?

Ja bitte!

- die Ansätze für eine Reorganisierung der Anti-AKW-Bewegung in den Städten ermutigen
- das immer noch riesengroße Nord-Süd-Gefälle hinsichtlich der Wackersdorf-Solidarität mindern helfen (im Kern ist der Wackersdorf-Widerstand eine regionale Angelegenheit geblieben, mensch vergleiche beispielsweise die bundesweiten Reaktionen auf die 1004-Räumung mit den Reaktionen der Wackerland-Räumung.)
- zum bundesweiten Austausch und zur bundesweiten Koordinierung der verschiedenen Sektoren des Anti-AKW-Widerstands beitragen: Gorleben, Hanau, Kriminalisierung, Atommüll- und Urantransporte, Endlagerung, AKW und Waldsterben, Atomarbeiter, RWE und Rekommunalisierung der Energieversorgung, Medien etc.
- die inhaltlichen Kontroversen weiterentwickeln, z.B. über Stand und Motive des Atomprogramms, über die Frage der militärischen Atomenergienutzung, über neue Sicherheitsgesetze , Akzeptanzforschung und Parlamentarismuserfahrungen etc.pp.
- dem Oberpfälzer Widerstand gegen die Kriminalisierungsstrategien Mut machen und Aktionsorientierungen für 1986/87 diskutieren
- die regionale Anti - W A A - Bewegung mit der bundesweiten Anti - A K W - Bewegung zusammenbringen usw. usf.

Daß eine Konferenz mit derartiger Zielsetzung nicht vom Zaum gebrochen werden kann, liegt auf der Hand. Sowohl inhaltlich (Materialreader etc.) als auch von der Möglichkeit einer größer angelegten Mobilisierung her ist es erforderlich, daß die Anti-AKW-Bewegung ein derartiges Projekt trägt.

Für eine Bundeskonferenz im Herbst 1986

Über die BuKo wurde erstmals am 18.1. auf der Atommüllkonferenz in Trebel diskutiert, wobei ein diesbezüglicher von der WAA-AG eingebrachter Vorschlag im Plenum jedoch auf Kritik stieß:
Solch eine Konferenz würde nur Ablenken vom praktischen Widerstand und die dafür nötige Zeit rauben. Im übrigen sei eine BuKo mit ihrem bürokratischen Drumherum - im Unterschied zur intimen und überschaubaren Atommüllkonferenz - kein geeignetes Forum und schließlich wird befürchtet, „daß eine BuKo überorganisiert ist und deshalb wenig effektiv und abgehoben zu werden droht."
Es blieb deshalb in Trebel bei dem Kompromißvorschlag, am 26./27. 4. 1986 eine Atommüllkonferenz in Regensburg durchzuführen, zu der jedoch breiter als sonst üblich eingeladen werden soll.
Eine Woche später besch oß wiederum die bayerische Landeskonferenz " den Vorschlag zu machen, eine große Bundeskonferenz in der Oberpfalz in Regensburg abzuhalten. Bisher ist das Pfingstwochenende in der Diskussion, um so den Auswärtigen die Möglichkeit zu geben, dies mit einer anschließenden Beteiligung am Pfingstcamp zu verbinden." (radiaktiv Nr. 6) Eine AG BuKo der BIWAK aus Regensburg hat in einem Rundschreiben vom 5.2.86 wiederum erklärt, sie hält zwar „eine Bundeskonferenz in Regensburg für notwendig und gut", plädiert jedoch für eine BuKo nicht erst Pfingsten, sondern schon am 25.-27.4. in Regensburg sowie für eine weitere Atommüllkonferenz am 15./16.3. zur Vorbereitung dieser BuKo. Bis Ende Februar werden Stellungnahmen hierzu erbeten, sodaß der Startschuß für diese BuKo frühestens im März, also etwa 6 Wochen vorher abgegeben werden könnte.
Wir halten diesen Zeitplan für reichlich unrealistisch, wenn tatsächlich mehr vorgesehen ist als die Durchführung einer erweiterten Wackersdorf-Widerstandskonferenz. **Wir schlagen deshalb vor, die erweiterte Atommüllkonferenz, wie beschlossen, Ende April in Regensburg durchzuführen und in allen BIs bis dahin über das Pro und Kontra einer Anti-AKW-Bundeskonferenz im Herbst zu diskutieren um auf dieser Grundlage einen von möglichst vielen BIs getragenen BEschluß für die BuKo im Herbst herbeizuführen.**

atom-redaktion, 15.2.86

Nach einer längeren Pause beschäftigen wir uns in dieser und den nächsten Ausgaben wieder mit den Grünen. Denn nach wie vor ist es für uns und viele andere von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung, was aus den Grünen, ihren ehemals aufgestellten Ansprüchen und Forderungen und auch den konkret dort engagierten Menschen wird. Im letzten Jahr hat es eine rasante Entwicklung bei den Grünen in Richtung grün-alternativer, aber staatstragender Partei gegeben. In diesem Jahr sind Kommunal- bzw. Landtagswahlen in Niedersachsen und Bayern und die nächsten Bundestagswahlen stehen ebenfalls vor der Tür. Entsprechend scharf und polarisiert ist die Debatte ist Gang gekommen, wo sich die Grünen in naher Zukunft einzuordnen gedenken, wieweit sie sich noch von den Bewegungen weg zum Staat hin 'bewegen' wollen. In Hessen gibt es seit kurzen die erste Regierungsbeteiligung der Grünen auf Landesebene und einen grünen Umweltminister. Die hessischen Atomanlagen laufen aber munter weiter und die Grünen haben zusammen mit der SPD die Aufklärung des Todes von Günther Sare zu den Akten gelegt. Eine ähnliche Konstellation wie in Hessen dürfte auch für Niedersachsen anstehen - es sei denn, die Wähler machen dem rot-grünen Bündnis einen Strich durch die Rechnung. Gerade hier in Niedersachsen mit einer starken Anti-AKW-Bewegung werden die unterschiedlichen Interessen zwischen Bewegung und einer nach Regierungsbeteiligung strebenden Partei scharf aufeinanderprallen. Das zeigte sich bereits bei der Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl in Niedersachsen. Ein kritischer Bericht über diese Wahl, ihre Hintergünde und politischen Konsequenzen leitet denn auch die Artikelserie zu diesem Thema in der atom ein, geschrieben von einem direkt Betroffenen, dem Landtagskandidaten der Grünen des Wahlkreises Lingen. Es folgt ein mehr grundsätzlicher Beitrag zum Thema 'Grüne und Bewegung' nach den Erfahrungen der letzten Jahre, verfaßt von der Redaktion des Schwarzen Faden. In den nächsten Ausgaben wollen wir die - hoffentliche kontroverse Auseinandersetzung fortsetzen und fordern alle Interessierten auf, sich daran zu beteiligen und Beiträge zu schicken.

"Die Antwort ist euer ..."

Am 11./12. Januar 1986 haben die niedersächsischen Grünen ihre Landesliste für die Landtagswahl am 15. Juni aufgestellt. Vergleicht man/frau diese mit der 1982 aufgestellten Landesliste, so läßt sich feststellen, daß heute eine Frau und ein Mann an der Spitze dieser Partei stehen, die eindeutig als Protagonisten einer Zusammenarbeit mit der SPD zu bezeichnen sind, während vier Jahre vorher mit Martin Mombaur und Charlotte Garbe ein Mann und eine Frau aus der Anti-AKW-Bewegung die Liste anführten.

Und in der Tat hat sich in den dazwischen liegenden Jahren ein Wandel bei den niedersächsischen Grünen vollzogen, und zwar derart, daß kein/e Kandidat/in bei der Aufstellung der Landesliste die AKW-Problematik mehr hochhielt, nicht einmal der Lüchow-Dannenberger Kandidat (ich allerdings auch nicht) — die Position der Anti-AKW-Bewegung ist bei den Grünen stumpf, nicht mehr mehrheitsfähig. Versuchte man/frau früher hervorzuheben, in welcher BI man/frau mitarbeite, und die SPD-Vergangenheit möglichst zu verschweigen, so ist es heute umgekehrt: Wer den Bezug zur Anti-AKW-Bewegung hervorhebt, gilt als möglicher Koalitionsgegner in bezug auf die SPD.

Nun könnte man ja einwenden, mit Hannes Kempmann aus Lüchow-Dannenberg und Horst Schörshusen aus Stade seien ja zwei Anti-AKWler vertreten. Aber es kommt auch auf das Wie an. Angesichts der Größe und der Prominenz des Widerstandes im Wendland hat Hannes um den Listenplatz 2 kläglich abgeschnitten und ist auch wohl nur deshalb auf Platz 4 gekommen, weil es der Bezirksproporz — obwohl der dann später durchbrochen wurde, um die Vertreterin der Frauenbewegung zu verhindern — so wollte und weil zwei potente Gegenkandidaten zu seinen Gunsten verzichteten; in etwa das gleiche gilt auch für Horst, der damit überhaupt noch unter die als aussichtsreich geltenden ersten acht Plätze kam. Daß Hannes Kempmann unter die ersten acht Plätze kommen würde, war zwar grundsätzlich klar, da sich die Grünen noch nicht trauen, eine so prominente Region wie das Wendland auszuschließen, aber die Betonung liegt auf "noch nicht" und es gibt schon die erste Kritik, wieso immer eine/r aus Lüchow-Dannenberg dabei sein muß.

Schaut man/frau sich die persönlichen Daten und die eigene Themenzuordnung der acht aussichtsreichsten Kandidaten an, so lassen sich zwei Drittel ganz klar als Protagonisten einer Zusammenarbeit mit der SPD erkennen, zum einen aufgrund ihrer sozialdemokratischen Vergangenheit, zum anderen weil sie die klassischen sozialdemokratischen Themen wie Wirtschaft, Arbeit, Bildung und Soziales auf ihre Fahnen geschrieben haben; lediglich ein Drittel ist noch der Rubrik "Ökologie" zuordnenbar. Die Ursache hierzu ist wohl weniger in einer Positionsveränderung der Mitgliedschaft zu suchen, als vielmehr in einer Veränderung der personellen Struktur der Partei, d.h. immer mehr BI-ler ziehen sich aus Frust zurück oder verlassen die Partei, während immer mehr Ex-SPDler in die Partei eintreten. Die Verrats-Politik, die die 68er-Sozialdemokraten nach dem Abflauen der Studentenbewegung ab Mitte der 70er Jahre an den Universitäten (etwa in Form "linker" Prüfungsverschärfungen) betrieben haben, betreiben sie heute nach dem Abflauen der Anti-AKW-Bewegung bezüglich deren Position innerhalb der Grünen. Es ist bezeichnend, wenn der Antrag aus Lüchow-Dannenberg zur Konkretisierung der Forderung nach einem "sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie", nämlich durch Festlegung eines Zeitraumes, auf der Landesversammlung im November 1985 in Burgdorf keine Mehrheit mehr findet.

Es ist bezeichnend, wenn für den Prozeß von Bauer Maas kein Geld zur Verfügung gestellt wird und dann noch mit der Begründung, man habe zur Entscheidung nur zwei Tage Zeit gehabt, wenn es dann aber möglich ist, seitens der Bundes-Grünen ebenfalls für einen Millionenbetrag ein Schloß zu kaufen, und dies wiederum auf der Landesversammlung in Lüneburg von einem Mitglied der Bundesfinanzkommission damit gerechtfertigt wird, man habe für die Entscheidung nur einen Tag Zeit gehabt, und sich dann angesichts dieser haarsträubenden Zweierlei-Maß-Logik noch nicht einmal Protest breit macht.

Was folgt nun aus dem bisher Gesagten für den Fall, daß es am 15. Juni zu einer rot-grünen Zählmehrheit kommt?

Nun, ersteinmal wird es dann zu einer Zusammenarbeit, später wahrscheinlich Koalition mit der SPD kommen, die auch nicht durch harte Forderungen im Anti-AKW-Bereich gefährdet wird.

Des weiteren wird Schröder den Grünen einen scheinbaren Teilerfolg gewähren, indem er ihnen zusichert, das AKW Stade stillzulegen und das Endlager Gorleben nicht zuzulassen. Damit vergibt er sich erstens nichts, denn das AKW Stade ist mittlerweile so versprödet, daß selbst eine CDU-Regierung nicht umhin könnte, das Ding bald stillzulegen, und die Untersuchungsergebnisse des Gorlebener Salzstockes sind schlichtweg niederschmetternd für die Atommafia (vielleicht auch hier ein Export nach Süddeutschland wie bei der WAA, Stichwort: Granit); und zweitens könnte er die beiden Anti-AKW-Vertreter, Hannes Kempmann und Horst Schörshusen, damit regional befriedigen (und damit befrieden?). Weitere AKWs will Schröder nicht bauen, aber das will auch die Atommafia angesichts der riesigen Überkapazitäten nicht — und außerdem wird ja in vier Jahren schon wieder gewählt. Aber Grohnde und Esensham bleiben bestehen und Lingen II würde ans Netz gehen — mit Hilfe der Grünen.

Sicher, unbeschränkte Radikalität in der Sache kann sich nur eine Bewegung leisten, eine Partei muß vom Charakter her schon Kompromisse eingehen, und es wäre falsch, davon auszugehen, eine Partei könnte eine Bewegung ersetzen, könnte im Parlament das schaffen, was die Bewegung auf der Straße nicht geschafft hat. Eine Partei kann nur ein taktisches Mittel sein, und angenommen, bei einem Kompromiß ließen sich einige Atomprojekte verhindern, Autobahnen verhindern und selbstverwaltete Frauenhäuser schaffen, dann wäre es falsch, die Bewegungen gegeneinander auszuspielen und diese Erfolge zu gefährden, "nur" weil man/frau nicht alle Atomprojekte wegbekommen hat. Aber in Niedersachsen ist die Sachlage — wirtschaftlich, juristisch, technisch — so, daß sich alle Atomprojekte verhindern ließen, vorausgesetzt, der politische Wille ist da.

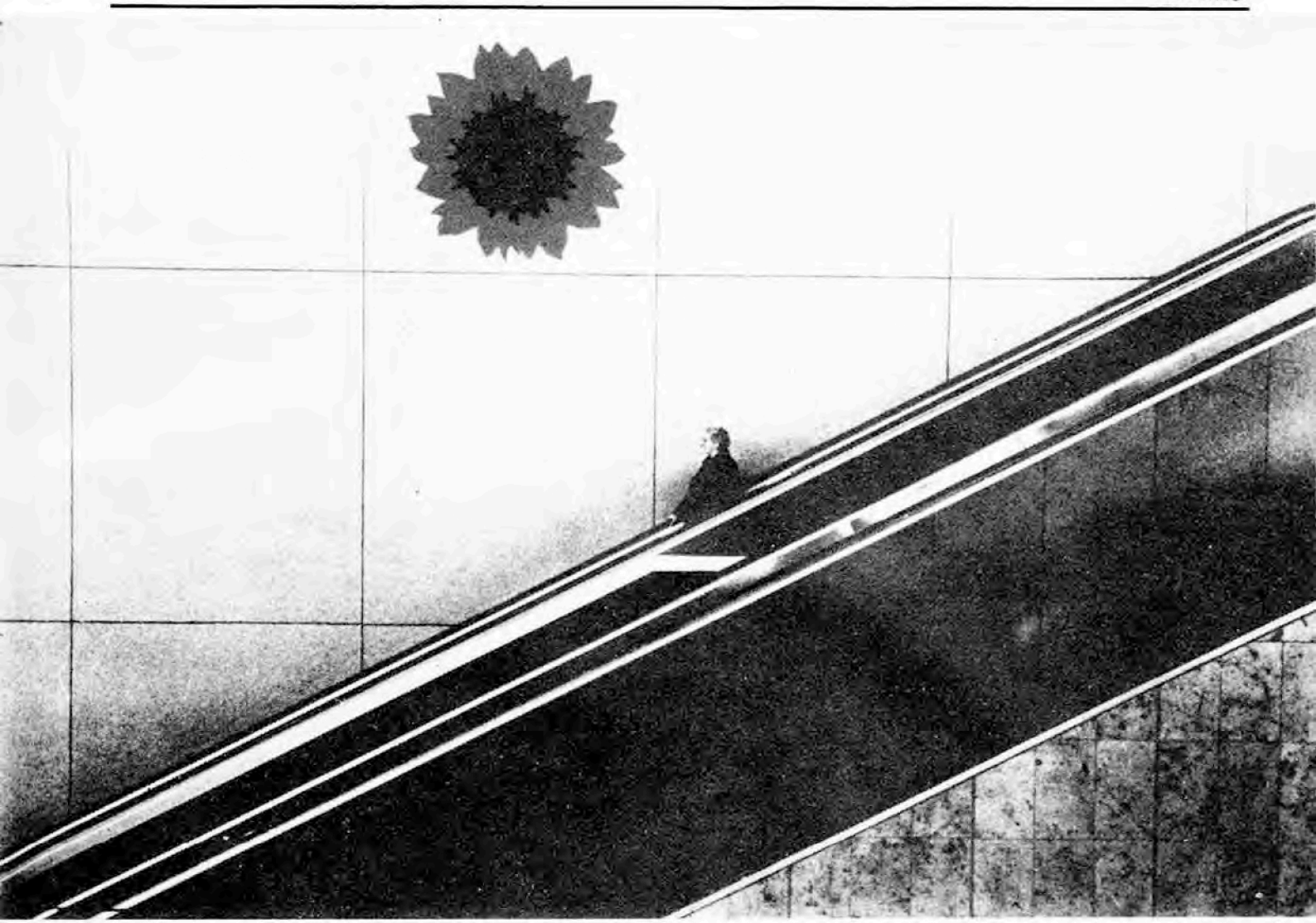
Beispiele: So wie die jetzige Landesregierung die Atomindustrie einlädt, in Niedersachsen zu bauen, wenn NRW oder Hessen keine AKWs genehmigen wollen, so könnte man sie wieder ausladen, d.h. Lingen II nicht genehmigen; so wie die jetzige Landesregierung die Dumpingpreispolitik der Preag bezüglich Grohnde unterstützt hat, so könnte man jetzt den Spieß umdrehen; so wie die Landesregierung trotz des Kühlturmabkommens mit Bremen den Betrieb von Esensham ohne Kühltürme duldet, so könnte sie ihn untersagen; so wie die jetzige Landesregierung eine Umdefinition des Atommülls von Radioaktivität auf Wärmeentwicklung vorgenommen hat, damit im Schacht Konrad eingelagert werden kann, so könnte sie dies auch wieder umdefinieren.

Der Möglichkeiten gibt es viele, man/frau muß sie politisch nur wahrnehmen wollen; dafür bietet aber die mögliche neue Grünen-Fraktion von ihrer personellen Zusammensetzung und von der pro-sozialdemokratischen Stimmung innerhalb der Landespartei her keine Gewähr. Eine Stillegung des AKW Stade und eine Verhinderung des Endlagers Gorleben wären jedenfalls keine echten Erfolge; und für einen echten Erfolg müßte man sehr hart verhandeln, aber dafür mögen die neuen Grünen die SPD viel zu gerne.

Also, die Grünen noch wählbar? Die Antwort ist euer.

mit atommafia-feindlichen Grüßen

Herbert Masslau
(Landtagskandidat der Grünen im Wahlkreis Lingen)



DEN RADIKALEN BRUCH ORGANISIEREN!

Dieser Text richtet sich an diejenigen Bürgerinitiativmitglieder und Libertäre, die sich ein Stück weit und oft mit Bedenken auf eine Arbeit mit oder in den GRÜNEN eingelassen haben. Er will *nicht* den Hunderten von Überlegungen zur Strategie der Linken in den GRÜNEN eine neue Variante hinzufügen. Er soll vielmehr eine Bewertung der neueren sich abzeichnenden Entwicklungen bei den GRÜNEN aus der Sicht eines libertären Teils der Bürgerinitiativbewegung vornehmen und vor allem daraus Konsequenzen aufzeigen, vor denen sich bisher auch Libertäre herumgedrückt haben.

So sehr sich die verschiedenen Flügel und Tendenzen bei den GRÜNEN auch unterscheiden mögen, sie haben eines gemeinsam. Sie sehen den gegenwärtigen Zustand der Partei lediglich noch unter dem Blickwinkel »zwischen zwei schlimmen Niederlagen und der bedeutungsvollen Bundestagswahl '87; dazwischen liegen dann noch die zu bestehenden Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, die Landtags-und Kommunalwahlen in Niedersachsen, die Landtagswahlen in Bayern und die Bürgerschaftswahlen in Hamburg.«

Diese einseitig verengende Sichtweise reduziert den Spielraum für die Weiterentwicklung freiheitlich-sozialistischer Positionen innerhalb der GRÜNEN schon heute und wird unter dem Druck der Verhältnisse bestimmenden Einfluß auf die Aktivitäten dieser Partei ausüben. Es wird Folgen haben, wenn eine solche Partei auch in Zukunft Dreh-und Angelpunkt für Initiativen und soziale Bewegungen bleibt.

Die dicht geknüpften Netze aus finanziellen Unterstützungen für bestimmte Alternativprojekte, in Auftrag gegebene Forschungsarbeiten für arbeitslose Wissenschaftler und ehemalige Aktivisten und Pöstchen für Bürger- und Basisbüros, Geschäftsführer und

Pressesprecher (mit sehr unterschiedlichen Gehaltsabstufungen!) der GRÜNEN sind längst zu Fallstricken für die Entwicklung autonomer Strukturen geworden. Diese Beziehungen als »Basisanbindung« zu bezeichnen, trifft den Kern: Sie wird tatsächlich angebunden. Ehemalige Basisaktivisten werden in ein grünes Büro verfrachtet und dürfen letztendlich Zuarbeit für Bonn oder die nächstgelegene Landesgeschäftsstelle leisten, als belehrender Profi gelegentlich mal vorbeizuschauen. Hierdurch fehlen immer mehr Menschen, die sowohl durch ihre fachliche Kompetenz als auch aufgrund ihrer radikalen Intentionen in der Lage wären, vorwärtstreibende Elemente der Politik, wie z.B. direkte Aktionen, zu entwickeln. Im Moment herrscht keine partnerschaftliche Gleichheit zwischen dem sogenannten Standbein und dem sogenannten Spielbein.

Sollten die GRÜNEN 1987 nicht mehr in den Bundestag kommen, so wird das staatlich subventionierte Gebilde aus Parteiorganisation und verwandten anderen Bürogemeinschaften sehr schnell wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Und davor haben einige Leute aus ganz eigennützigen Motiven heraus Angst.

So war es diese Angst und nicht etwa eine Neubesinnung auf ehemalige radikale Zielsetzungen, die in Offenburg die Tolerierung des eher fundamentalistischen Vorstands und die vorgezogene Wahlkampftour ins bayrische Wackersdorf möglich machten. Zwei Fliegen wurden mit einer Klappe geschlagen:

1. Die Partei stellt sich als aktive, dynamische Kraft dar, die armen, bedrängten Bürgerinitiativen selbstlos zur Hilfe eilt.
2. Es wird die Illusion verbreitet, daß der Kampf zwischen Systemintegration und -Opposition bei den GRÜNEN noch offen sei, damit noch genug Gutgläubige die Drecksarbeit für den kommenden Bundestagswahlkampf machen.

Dieser hat auf den zentral ausgegebenen Flugblättern schon begonnen, wird doch neuerdings die »beeindruckende« Liste von Aktenzeichen grüner Gesetzesinitiativen gleich mitgeliefert. Nicht mehr so sehr durch selbständige Aktivitäten, die diesen Namen auch verdienen, machen die GRÜNEN auf sich aufmerksam, sondern durch das Einbringen von Gesetzesinitaitiven und Anfragen im Bundestag! Die substanziell wichtige Einheit von Inhalt und Form der politischen Auseinandersetzung ist von den GRÜNEN aufgegeben worden.

Während Tausende von Bürgerinitiativen mittlerweile erfahren haben, daß in den parlamentarischen Entscheidungs- und Vertretungsformen ein wichtiger Grund für die Mißachtung ihrer Interessen liegt, arbeiten die GRÜNEN fleißig daran, dem angekratzten Image der tragenden Säulen des Staates neuen Glanz und Legitimation zu verleihen. **Sie widmen sich genau der Aufgabe, die ihnen der Staat zugedacht hat, die sein Fundament ausmachen: Gesetzestexte ausarbeiten, beraten und – wenn die Anpassung weit genug fortgeschritten ist – mitentscheiden.** Das Bundesabstimmungsgesetz (Volksentscheid) der GRÜNEN stellt diese Logik keineswegs in Frage, weil die GRÜNEN den hierzu notwendigen offensiven Gebrauch der Mittel, die dies könnten, längst verlernt haben. Zum einen denken einige Schlauköpfe an die Zeit nach der Bundestagswahl, wenn die GRÜNEN vielleicht nicht mehr im Bundestag sitzen werden, aber über das Instrument Volksentscheid sich noch einen gewissen Einfluß sichern wollen. Zum anderen wird es bei immer näherrückendem Wahltermin für die GRÜNEN immer wichtiger, die Unterschiede zwischen der kleinen und der großen SPD herauszustreichen, damit der unentschlossene Wähler das Kreuz an der richtigen Stelle macht. Ganz offen und ungeniert wird dies im GRÜNEN BASIS-DIENST ausgesprochen: »Ohne diese qualitative Unterscheidung wird es für immer weniger Menschen überzeugende Gründe geben, die GRÜNEN zu wählen.« (GBD 9/85, S. 44)

Die innerparteiliche Diskussion konzentriert sich in der Hauptsache um die Frage der Koalition oder Duldung einer SPD-Regierung unter bestimmten Bedingungen. Die Befürworter einer radikalen Systemoppositon sind hoffnungslos in der Defensive und werden immer mehr als bornierte Sektierer in die

Ecke gestellt. Dabei sprechen alle Erfahrungen dafür, daß die SPD nur durch radikale Bewegungen und nicht durch Koalitionen zur Korrektur ihrer Politik gebracht wird. 1969 wurde die CDU ja nicht deswegen von der SPD abgelöst, weil die FDP koalierte, sondern weil vorher die 68er Bewegung den Boden für eine reformistische Wende bereitet hatte. Alles was heute in den Augen grüner Reformisten mit der SPD für durchsetzungsfähig gehalten wird, geht auch ohne grüne Koalitionspartner. Die engen Systemgrenzen für antikapitalistische Politik werden nicht einfach durch das Hinzunehmen der GRÜNEN in eine Koalition weiter gesteckt. Systemgrenzen werden vielmehr durch ganz und gar unkoalitionsmäßige Initiativen gesprengt! Von den tausenden nach der Bundestagswahl 1983 neu aufgenommenen Parteimitgliedern, die in der Regel nicht in den sozialen Bewegungen mitgemacht haben, kann man alles mögliche erwarten, leider aber nicht, daß sie diese historischen Erfahrungen aufarbeiten und kritisch auf die heutige Situation anwenden.

Es stellt sich nun die Frage, welche Gruppierungen den Anpassungsprozeß der GRÜNEN aufhalten und rückgängig machen könnten, um sie eventuell wieder zu einem akzeptablen Betätigungsfeld werden zu lassen.

Die Ökosozialisten – die Jusos der GRÜNEN

Die Ökosozialisten, in die ja nicht unbeträchtliche Hoffnungen gesetzt worden sind, erwiesen sich als unfähig, eine energische innerparteiliche Sammlungsbewegung gegen den Ausverkauf radikal-grüner Inhalte in Gang zu bringen. Sie haben die Integration von Bunten und Alternativen Listen in die GRÜNEN maßgeblich mitbetrieben und damit mitgeholfen, regionale radikale Gruppierungen zu demontieren. Mit dem zweifelhaften Erfolg, daß sie auf allen möglichen Ebenen bei den GRÜNEN Positionen ergattert haben, sich aber im innerparteilichen Meinungskampf sehr bald zerstritten und verschlissen haben. . . .

Der Versuch der Einflußnahme seitens der FÖGA/Graswurzelrevolution

Gut gemeint war der ›Offene Brief‹ an die GRÜNEN von einer Arbeitsgruppe der Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (FögA), der viel Richtiges über die Preisgabe von inhaltlichen Positionen aussagt und auf ein Festhalten an ›urgrünen‹ Prinzipien drängt. Dennoch kann ich mich nur wundern, wie Organisationen, die durch ihre jahrelange Arbeit an dem Aufstieg der grünen Partei in irgendeiner Form mitgewirkt haben und von ihr jetzt so unverschämt im Stich gelassen werden, demutsvoll schreiben: »Wir sind in Sorge um die Entwicklung der GRÜNEN. . .« oder »Wir wollen Euch den Mut machen, an dieser demokratischen, oppositionellen Rolle festzuhalten.«

Da bringt es eine Partei fertig, im Eiltempo von zwei Jahren alle nur möglichen Anpassungsentwicklungen durchzumachen, wozu selbst die SPD immer länger gebraucht hat und dann so ein Brief! Wieviel gewaltfreie Trainingsstunden hat es gekostet, bis diese zahme Bittschrift zu Papier gebracht wurde?!

Der ›Offene Brief‹ suggeriert, daß bei den GRÜNEN noch etwas zu retten ist, wenn man nur stichhaltige Argumente den Realos eindringlich genug vor Augen führt. Dabei sind es nicht mehr einzelne grüne Karrieristen, die als »Verräter« eine noch in breiten grünen Kreisen vorhandene systemoppositionelle Grundhaltung verlassen haben, sondern die Partei hat sich als Ganzes gewandelt. Vor allem die Kommunalwahlen sorgten bei einem Großteil der ideologisch ungeschulten und in sozialrevolutionärer Praxis größtenteils ungeübten Mitgliedschaft dafür, daß jeder mit der Ausübung von ein bis zwei Ämtern beschäftigt ist und dadurch in traditionelle Verhaltens- und Vertretungsformen eingebunden wurde.

Natürlich gibt es auch einige wenige libertäre kommunalistische Ansätze. Sie treten aber gegenüber den formaldemokratisch geprägten grünen Ratsfraktionen in den Hintergrund.

Genausowenig wie ein linkssozialdemokratisches prominentes Aufruf-Kartell die CDU-Regierung zu bedrängen vermag, genauso wirkungslos werden Appelle von Basisgruppen gegenüber den GRÜNEN sein, weil es keine Strukturen mehr gibt, innerhalb denen sie als Gleichberechtigte in Beziehung zu den GRÜNEN treten können. Dokumentiert wird vor allem die Machtlosigkeit von an den Rand gedrängten Gruppierungen, die sich mit letzter Kraft noch einmal Gehör verschaffen wollen. Die bisherige Entwicklung werden sie nicht mehr rückgängig machen können, denn

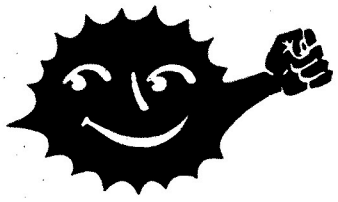
Wirkungen werden nur bei einer entsprechend gut funktionierenden organisatorischen Gegenmacht erzielt. Eine alte Wahrheit, die in bezug auf die SPD noch Allgemeingut zahlreicher Basisgruppen war und nun auch gegenüber den GRÜNEN aktuell geworden ist.

Was tun?

Kaum jemand aus den Basisinitiativen wird angesichts drohender Tolerierung von Atomkraftwerken und NATO durch die GRÜNEN noch auf die Idee kommen, Bundestagswahlkampf für diese Partei zu organisieren. Damit diese richtige Reaktion nicht in Orientierungslosigkeit und Frust abgleitet, ist es notwendig, das Heft endlich wieder in die Hand zu bekommen. Die sozialen Bewegungen müssen wieder in einen intensiven Dialog untereinander eintreten um zu klären, welche strategischen Schritte als nächstes wichtig sind, um ihre *Inhalte* und ihr Politikverständnis praktisch werden zu lassen. Vor allem sollte eine Klarheit schaffende Debatte organisiert werden, wie gegenüber den GRÜNEN eine Stärkung autonomer Strukturen zustande gebracht werden kann und wie weit der Ablösungsprozeß von den GRÜNEN der Situation angemessen vonstatten gehen soll.

...

Eine solche schrittweise Neuformierung einer antiautoritären Basisbewegung wäre für mich der wirklich radikale Bruch mit den GRÜNEN. Diese Bestrebungen hätten bis zu den Bundestagswahlen ein Jahr Zeit, Konturen zu entwickeln, an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit libertären Perspektiven teilzunehmen, um dann nach dem sich abzeichnenden endgültigen Zerfall der GRÜNEN in der Lage zu sein, die von ihnen vernachlässigten Auseinandersetzungen auf breiter Ebene wieder aufzunehmen. Entweder die Basisbewegung orientiert sich in Abgrenzung zu den GRÜNEN wieder mehr an ihren eigenen Zielen und ihrer Selbsterhaltung oder sie geht noch mehr den Bach runter, als es bisher schon der Fall ist. Sie wird sehr bald eigene lagerübergreifende Organisationszusammenhänge entwickeln und nach außen propagieren müssen, will sie nicht 1987 zusammen mit den GRÜNEN auf dem Misthaufen der Geschichte landen!



Redaktion Schwarzer Faden
Postfach
7031 Grafenau-1

Der HAMMer

Am 22. November 85 hatte sich der Reaktor nach wenigen Wochen Leistungsbetrieb durch den Fehler eines Ingenieurs (VEW) zum erstenmal automatisch schnell-abgeschaltet. Das hat angeblich funktioniert — VEW haben es von sich aus veröffentlicht. Dagegen hat die notwendige **Langzeit***abschaltung am folgenden Tag* **nicht** *wie vorgeschrieben gearbeitet: von den 42 Kernstäben, die mit Gasdruckkolben in den ca. 4 m hohen Kugelhaufen eingefahren werden müssen, blieben 7 Stück stecken, 70 cm bevor sie ihre maximale Einfahrtiefe erreicht hatten. Auch das ist ein Fehler, den wir vorhergesagt & beklagt haben: die Stäbe stoßen auf die tennisballgroßen Brennelemente. Die Brennelemente sind im unteren Bereich des Kugelhaufens durch das Gewicht der über ihnen lagernden unter hohem Druck und weichen den einzufahrenden (Steuer- & Abschalt-) Kernstäben nicht aus. Neben der geringen Abschaltwirkung ist es zu einer großen Zahl von Brennelementbrüchen (Kugelbruch) gekommen. Das hat zu weiteren Spaltstoffreisetzungen geführt. Die Kernstäbe waren mit 1,2 to Druck an der Grenze ihrer Belastbarkeit, hatten also keine Sicherheitsreserve mehr.*

Bei der Gerichtsverhandlung am 10.12. hat der Kraftwerksdirektor erklärt, der Vorgang sei bei einem Versuch aufgetreten, den die Genehmigungsbehörde (Landesminister für Wirtschaft, Mittelstand & Technologie, JOCHIMSEN) gefordert habe, **vor** Aufnahme des Leistungsbetriebes durchzuführen! Der wurde allerdings Anfang Oktober aufgenommen.

Auf Anfrage der Westdeutschen Allgemeinen (31.1.86) hatte ein Sprecher im Wirtschaftsministerium bereits im Dezember erklärt, daß kein Anlaß bestehe, die Erteilung der Betriebsgenehmigung zurückzuziehen.
Ist das 'ne Atommafia oder "nur" Schlamperei der Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde oder was!?

Obwohl der Störfall vom 22. November gezeigt hat, daß der THTR 300 ein eklatantes Sicherheitsrisiko darstellt, wird weiter gewurschtelt: Nach dem Motto "Augen zu und durch".
Nach Mitteilung der Hochtemperatur-Kernkraft GmbH (HKG) befindet sich der "Prototyp" seit Mitte Januar wieder im nuklearen Leistungsbetrieb, wie es so schön heißt. Das Mindestniveau von 40 % Nuklearleistung — was zur Stromerzeugung erreicht werden muß — wurde Ende Januar überschritten. Nun soll bis zur offiziellen Übergabe — voraussichtlich Ende April '86 — an die zukünftige Betreiber/in, die VEW, auf maximale Leistung (300 MW) hochgefahren werden und der Reaktor 60 Tage mit wechselnden Lastbedingungen den "Probebetrieb" durchstehen. Das läßt einiges befürchten.

Die Kläger gegen den Hochtemperatur-Reaktor THTR-300 erleben immer neue Überraschungen:
Das zuständige Verwaltungsgericht Arnsberg hatte 1981 der ersten Klage stattgegeben. — Trotz mehrfacher Aufforderung hat es bis Oktober '85 keine weitere Klage verhandelt. Nun jedoch werden seit Oktober alle 12 weiteren Klagen Schlag-auf-Schlag durchgezogen: "... am 22. Oktober 1 Klage, am 10 Dezember 2 Klagen, am 14. Januar 4 (!) Klagen, am 4. Februar 2 Klagen, am 11. März 3 Klagen, danach keine mehr." (Rechtsanwältin Rülle-Hengsbach).

Zu befürchten ist aus dem bisherigen Vorgehen des Verwaltungsgerichts Arnsberg, daß wir Kläger auf diese Weise "abgeschmiert" werden (und dann angeschmiert sind!). Das heißt, wir haben nicht etwa Gelegenheit, aus einer Urteilsbegründung und dem Urteil der Berufungsinstanz (OVG Münster) Einsichten zu gewinnen, **wo** *wir unsere Rechtsposition noch verstärken müssen. Und wir haben keine ausreichende Gelegenheit, in kurzer Zeit die folgenden Verhandlungen vorzubereiten. — Die Kosten für* **alle** *erstinstanzlichen Verfahren kommen in vollem Umfang auf uns zu, ehe wir auch nur eine Entscheidung der zweiten Instanz kennenlernen!*
(Zitat der Kläger)

Hieraus zogen am 4.2.1986 die Prozeßbevollmächtigten und Kläger die Konsequenzen: Sie nahmen an der Farce dieses Rechts-Staats nicht mehr teil.
Die Gründe für diesen Schritt, so schrieb RAin Rülle-Hengesbach, "sind dem Gericht in den Befangenheitsanträgen zu den vorausgegangenen Verfahren hinlänglich dargetan worden". Über Jahre wurden die Klagen gegen den HTR verschleppt. Mittlerweile hat der Atommeiler längst seinen Betrieb aufgenommen. Kaum eine Möglichkeit war ausgelassen worden, um den Klägern eine ordnungsgemäße Vorbereitung auf die Prozesse zu erschweren. Insbesondere, daß Unterlagen sowohl dem Gericht wie auch der Gegenseite jederzeit zur Verfügung standen, die Kläger dagegen mußten "erst rechtliche Auseinandersetzungen führen, um wenigstens in Teilbereichen gleichgestellt zu werden."
"Wenn die Kläger an der Rechtsbildung nicht effektiv mitwirken können, erübrigt sich jede Teilnahme an einer mündlichen Verhandlung" (RAin Rülle-Hengesbach).

Trotz alledem: Unsere Arbeit gegen das Dreckding und die, die es haben und auf unsere Kosten betreiben wollen, geht weiter!
Wir freuen uns, wenn Ihr uns unterstützt — persönlich & finanziell!

Kontakt:
Hartmut Peek-Kruse, 4700 Hamm
☎ 02381 — 1 22 25

Prozeßkonto:
der gemeinnützigen Bürgerinitiative Umweltschutz Hamm e.V.
Sparkasse Hamm — KtoNr.: 47 803

STÖRFÄLLE VERHEIMLICHT

Anfang Dezember war es in der Tagespresse zu lesen. Drei Störfälle in den Hanauer Atomfabriken wurden wochen- bzw. monatelang vor der Öffentlichkeit geheimgehalten.
Die Störfälle kamen nur dadurch an die Öffentlichkeit, weil es einem Behördenmitarbeiter zuviel wurde und er die 'Nachrichtensperre' durchbrach. Anonym teilte er der FR einen entsprechenden Hinweis auf die Störfälle mit.

- Am 16. Oktober 85 wurden 3 Mitarbeiter der hessischen Landesanstalt für Umwelt bei Messungen an den Abluftkaminen der Atomfabrik NUKEM kontaminiert.
- Bei einer weiteren Messung der Abluft der Atomfabrik NUKEM am 4. Dezember 85 wurden wiederum 3 Mitarbeiter derselben Behörde radioaktiv verseucht.
- Mitte November passierte es dann kurz mal, daß aus der Atomfabrik RBU 200 000 - 400 000 Liter radioaktive Abwässer in die Hanauer Kanalisation flossen.

Nach Angaben der Atomfirmen und des Pressesprechers des hess. Wirtschaftsministeriums bestand für die Bevölkerung (wer ist das eigentlich?) jedoch keinerlei Gefahr. Dazu fällt mir nur noch ein altes Sprichwort ein:'Wer mit gespaltner Zunge spricht und dauernd lügt, dem glaubt man nicht.' (oder so ähnlich)

WINDSCALE —

Wie es in Wackersdorf einmal werden könnte!

Während in Wackersdorf die Rodungsarbeiten für die WAA stetig voran gehen, sorgt deren 'Vorfahre' Windscale in Großbritannien einmal mehr für Schlagzeilen.
Zum Zweiten mal in der Geschichte dieser WAA mußte die zweithöchste Alarmstufe 'gelb' ausgelöst werden: Eine Pumpe, die an der chemischen Zersetzung der Brennstäbe beteiligt ist, entließ plutoniumhaltige Gase in die Umwelt. 70 Arbeiter mußten fluchtartig das Gebäude verlassen und befinden sich seitdem unter ärztlicher Aufsicht, mindestens zwei sind mit Sicherheit verseucht worden.

Die Betreibergesellschaft 'British Nuclear Fuel' (BNF) übte sich in Abwiegelei: Bestritt sie anfangs, daß überhaupt Radioaktivität ausgetreten war, mußte sie anderntags .ngeben, daß ungefähr 50 Microcurie in die Umwelt entwichen sind.

In der Belegschaft der Anlage, die schon seit langem Unzufriedenheit über die schlechten Sicherheitsvorkehrungen geäußert hat kam es aufgrund des erneuten Zwischenfalls zu Protesten. 800 Bauarbeiter traten für einen Tag in den Streik, weil sie von dem Alarm nicht sofort informiert worden waren. Die Leitung von BNF bestreitet dies selbstverständlich.

Die verstrahlte Halle soll laut BNF-Vorsitzenden Alldey schon *"ziemlich bald"* wieder entseucht sein, auch war der defekte Teil der Prozeß-Anlage am nächsten Tag schon wieder in Ordnung. - Alles halb so wild also ? →

Ungelegen kommt dieser erneute Zwischenfall den britischen Atompolitikern allemal. Nach einer endlosen Folge von radioaktiven Verseuchungen des Umlandes und der Irischen See gerät Windscale und seine veralteten Anlagen in den letzten Jahren zunehmend in's Licht der internationalen Öffentlichkeit. Von einem britischen Parlamentsausschuß mußte *"der Atommülleimer von Windscale"* sich als *"völliges Durcheinander"* bezeichnen lassen, von zahlreichen anderen Publikationen ganz zu schweigen.

Seit langem schon ist bekannt, daß Windscale mit einem *"offenen Prozeßablauf"*, daß heißt ständiger legaler Abgabe von verseuchtem Wasser und Abgasen, zu den größten Plutoniumverseuchern der Welt gehört. Die Bodenwerte im Umland sind nur vergleichbar mit Hiroshima und Nagasaki...

"Es ist technisch möglich, keinerlei Ausstoß zu haben. Aber die Kosten für ein solches Verfahren wären so hoch, daß die Atomkraft wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen wäre", so die BNF. In Zahlen: täglich werden 4.500 to. radioktiven Wasser's in's Meer gepumpt, ganz legal im Normalbetrieb. Nur so ist diese WAA wirtschaftlich erfolgreich (330 Mio. DM Gewinn im Geschäftsjahr 83/84) und dient damit gleichzeitig als Alibi für die im fortgeschrittenen Planungsstadium befindliche WAA im nordschottischen Dounreay. →

Bisher konnten in Windscale nur die Brennstäbe der veralteten britischen Natururanreaktoren aufgearbeitet werden. Eine Anlage für die Leichtwasserbrennelemente mußte aufgrund unlösbarer technischer Probleme eingemottet werden.
In Dounreay sollen nun die in den vergangenen Jahren weiter eingetroffenen Leichtwasser und Brüterbrennelemente, so auch evtl. die aus Kalkar, aufgearbeitet werden.
Für die unter Entsorgungsnotstand leidende internationale Atomgemeinde wäre damit ein weiterer 'Entsorgungsnachweis' geschaffen, an dem die BNF gut zu verdienen hofft, und den sich die jeweiligen Betreiber notgedrungen etwas Kosten lassen müssen.

Offener als in Wackersdorf spielen natürlich auch in England militärische Aspekte eine Rolle, es geht in Dounreay, wie auch schon in Windscale um die Gewinnung von hochwertigem Waffenplutonium.

Wie auch in der BRD Wackersdorf, so wird auch Dounreay bei nur minimal gegenüber Windscale verbesserten Umweltbedingungen nicht rentabel arbeiten: Natururan liegt nach wie vor weit unter den Preisen für aufgearbeitetes Uran.
(Ein ausführlicher Bericht über die Geschichte der WAA Windscale und die von ihr ausgehende Verseuchung befindet sich in der Atom Nr. 1 vom Herbst '84).

Schluß, Aus und Vorbei:

Keiner kann Kalkar 'entsorgen'!

Reichlich sensationell ist das Ergebnis einer jetzt von der grünen Bundestagsfraktion vorgestellten Studie über *„Brüterwiederaufarbeitung in Europa und die 'Entsorgung' des SNR 300 in Kalkar"*, erstellt von dem Herausgeber des französischsprachigen 'WISE-Bulletin', Mycle Schneider aus Paris.

Und zwar aus zwei Gründen.

Einmal wird darin nachgewiesen, daß in ganz West-Europa bisher max. 12 (!) Tonnen an Plutoniumstoff aus dem Brüterkern wiederaufgearbeitet wurde, und auch dies nur unter Inkaufnahme etlicher Störfälle und Atomarbeiter-Verseuchungen. Mit anderen Worten: Die ganze Technik der Wiederaufarbeitung des Brüterkerns befindet sich trotz jahrzehntelanger Milliarden-Förderung immer noch im Entwicklungsstadium. Da sich aber im Brüterkern 90% des gesamten Plutoniums befindet (der Rest steckt als Waffenplutonium im Brütmantel), kracht somit die ganze energiepolitische Logik in sich zusammen. Denn die Wiederverwendung des erbrüteten Plutoniums durch Wiederaufarbeitung ist der ewig propagierte Kern dieser Logik. →

Zum anderen wird mit dieser Studie eine neue Kritikfront gegen den Kalkarbrüter eröffnet, dessen "Entsorgung" einzig und allein auf einem am 11. 7. 85 aus dem Ärmel gezogenen Vertrag zwischen dem Kalkarerbauer SBK und dem französischen Atomkommisariat CEA besteht. Dieser Vertrag ist ein plumper Falschspielertrick, ein Schwindel und nichts weiter. Denn:

- Die abgebrannten Brennelemente müssen der Vereinbarung zufolge *"zerlegt, in Form und Einzelstäben geliefert werden."* Das Reinigen, aufsägen und Zerlegen der Brennelementkästen ist jedoch einer der kompliziertesten Schritte der Wiederaufarbeitung. In der Bundesrepublik existiert keine Anlage, die dazu in der Lage wäre.

-Die in dem Vertrag genannte und noch im Bau befindliche Brüter-WAA TOR im französischen Marcoule ist für die Behandlung der Kalkarelemente nicht vorgesehen, sondern durch andere vertragliche Verpflichtungen voll ausgelastet. Dies bestätigt ebenfalls der Leiter des französischen WAA-Programms, Jean Megy, in einem Beitrag für "Nuclear Europe" vom November 1985. →

-Frankreich kann jederzeit die besonders gefährlichen Abfall- und Spaltprodukte in die BRD zurückschicken, in welcher Form und Menge auch immer. Niemand weiß, wo dieser hochaktive Müll bleiben soll - ein Endlager für Brüterabfälle ist noch nicht einmal konzipiert.

Auch der NRW-Wirtschaftsminister Jochimsen hat in einem internen Bericht an den Wirtschaftsausschuß des NRW-Landtags vom Oktober 1985 festgestellt *"daß die Vereinbarungen über eine Wiederaufarbeitung in Frankreich im Laufe des weiteren Genehmigungsverfahrens zu ergänzen und weiter zu detaillieren sind. Dies betrifft insbesondere die Zerlegung der Kernelemente in einzelne Stäbe, die Anlieferungskonditionen und -zeitpunkte für die Kernelemente sowie die Rücknahmekonditionen und -zeitpunkte für die bei der Wiederaufarbeitung zurückbleibenden radioaktiven Abfälle."*

Weiterhin wird in diesem Bericht erläutert, daß die Kalkarbetreiber bereits angedroht haben, *"daß sie weitere Möglichkeiten der Zerlegung der Kernelemente auch in der BRD untersucht und sie eine Erweiterung der Zwischenlagerungsmöglichkeiten in den in der BRD geplanten Zwischenlagern auch für abgebrannte Schnellbrüterkernbrennelemente"* beabsichtigen. Schon im August hatte die SBK erklärt, daß die kraftwerksinterne Brennelementekapazität in Kalkar nicht nur 3 Jahre, wie bisher immer angegeben, sondern ganz plötzlich 6 Jahre ausreichen würde.

Man setzt also auf Zwischenlagerung, ohne daß ein Ende abzusehen ist; immerhin kostet nach Angaben aus der Atomwirtschaft die Wiederaufarbeitung von Brüter-Kernbrennstoff pro kg auch 15.000 bis 20.000 DM ("Atomwirtschaft" 12/85), zehnmalsoviel wie die ebenfalls schon teure Wiederaufarbeitung in La Hague! Noch unangenehmer ist die Vorstellung, daß hierzulande die Kernelemente-Zerkleinerungsanlage gebaut werden soll: Wie uns Mike Schneider aus Paris uns hierzu ergänzend mitteilte, würde damit das wesentliche Kettenglied geschaffen, um die Brennelemente des Kalkar-Brutmantels auch in Wackersdorf aufarbeiten zu können. Denn im Gegensatz zum Brüterkern lassen sich die Brennelemente des Brutmantels relativ einfach und kostengünstig aufarbeiten, wenn nur das Problem der Zerkleinerung gelöst ist. Allein im Brutmantel jedoch steckt das höchstgradig waffentaugliche Plutonium 239. Zufälle gibts...

Hinweis: Die o.a. Studie ist erhältlich über Die Grünen im Bundestag, Bundeshaus, 5300 Bonn 1

Standorte

Kalkar

kurz vor der Entscheidung!

In Kalkar sorgte in den letzten Wochen nicht nur der inzwischen dritte Natriumbrand für Neuigkeiten:
Der Grüne Willibald Kamisch aus Kalkar wird anstelle des jahrelang als Kläger aktiven Bauern Maas, der vor kurzem aus wirtschaftlichen Gründen seinen Hof verkaufte und damit seine Klagebefugnis verlor, die gerichtlichen Auseinandersetzungen fortführen. Finanziell unterstützen werden ihn dabei die gleichen deutschen und niederländischen BI's, die schon Maas' Klagen finanziert haben.

Die Hoffnungen Kamisch's bauen dabei weniger auf eine grundsätzliche gerichtliche Anerkennung seiner Klagen, sondern vor allem auf eine Zeitverzögerung bis zu den Bundestagswahlen 1987, nach denen dann eine SPD-Mehrheit die Inbetriebnahme verhindern soll.
Für eine Verzögerung wird es unterdessen höchste Zeit: Schon im Februar, so die Planung der 'Schneller-Brüter-Kraftwerksgesellschaft' (SBK), kann der SNR-300 mit Brennelementen beladen werden. Die dazu nötige Genehmigung der Landesregierung, die eine grundlegende Weichenstellung für die Inbetriebnahme darstellt, ist Gegenstand des gegenwärtigen Eiertanzes des NRW-Landesregierung.
Kamisch selbst wird nicht gegen diese evtl. erteilte Genehmigung zu Felde ziehen, sondern gegen die nachträglichen Änderungen an den älteren Teilerrichtungsgenehmigungen. Als nämlich der Traum vom wirtschaftlichen Brüten wissenschaftlich auch für die SBK widerlegt war, wurde der Reaktorkern in wesentlichen Teilen radikal umkonstruiert und hat mit dem Alten so gut wie nichts mehr gemein.
Ein dazu eingereichter Änderungsantrag ist noch nicht genehmigt und Ziel der Klage Kamisch's.

Für Publicity ganz anderer Art sorgt derweilen das RWE, größter nichtstaatlicher Anteilseigner an dem SBK. Gemäß einem Vertrag zwischen dem RWE und dem Bundesforschungsministerium von 1973 ist das RWE verpflichtet, den Strom zu den Betriebskosten eines Leichtwasserreaktors zu übernehmen. Die Übernahme der Differenz zu den tatsächlichen Kosten regelt ein "Risiko-Beteiligungsvertrag", über die Auslegung dessen Modalitäten REW und Ministerium gegenwärtig verhandeln, mit bisher weit auseinanderliegenden Vorstellungen.
Nach wie vor dürfte das entscheidende Wort von der Landesregierung abhängen.

Schwere Geschütze hat der Physiker Reiner Czepan aufgefahren. Ein Gutachten, das der nordrhein-westfälischen Landesregierung als Genehmigungsgrundlage diene und an dem erselbst mitgearbeitet habe, sei gefälscht worden. Entgegen seinen Untersuchungen, die Defizite der Nachwärmeabfuhr des Schnellen Brüters bewiesen hätten, habe der TÜV und die Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) die Arbeitsergebnisse derart manipuliert, daß das Gutachten den Stempel "Ohne Bedenken" erhalten konnte. Czepan bezeichnete sich selbst als Augenzeuge dieser Nachbesserung. Allerdings sind seine Vorwürfe nicht neu und dem Ministerium seit 1982 bekannt.
In Bezug auf ein Verwaltungsgerichtsverfahren von 1984, in dem er als Sachbeistand dem Bauern Maas zur Seite getreten war, erstattete er jetzt bei der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Meineids gegen zwei "Experten".

Fragen an Atomarbeiter

Viele Bürgerinitiativen haben sich zum Ziel gemacht, laufende Atomanlagen zu überwachen und mit dem Ziel der Stillegung Einblick in deren Betrieb zu gewinnen.
Besonders wichtig ist dabei Kontakt zu den dort Beschäftigten. Als Anregung für BI's, die mit Atomarbeitern Kontakt haben, hat der BBA-Bremen einen Fragebogen mit Ideen, Fragen und Anregungen verfaßt, wie und was man über den Betrieb fragen kann. Bezogen werden kann der Fragebogen beim: **BBA, Anti-AKW-Gruppe, St.-Pauli-Str. 11, 2800 Bremen 1**

Hauruck

in letzter Instanz

"Erwartungsgemäß" haben sich wohl viele Wyhl Aktivist-inn-en gedacht, als am 19. Dezember letzten Jahres dem geplanten Atomkraftwerk der Freifahrtschein verpaßt wurde. Das Berliner Bundesverwaltungsgericht (BVG) hat damit einen Schlußstrich unter ein Verfahren gezogen, in dem neun Einzelkläger und Gemeinden durch verschiedene Instanzen versuchten, auf gerichtlichem Wege das AKW-Projekt zu kippen. Daß das in diesem Staat ein nahezu aussichtsloses Unterfangen ist, dafür hat das BVG einen letzten Beweis geliefert, indem es die Auffassung des baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshofes (VGH) von 1982 bestätigte und die erste Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) für das AKW für rechtmäßig erklärte.
Bereits 1977 hatte das Verwaltungsgericht Freiburg in einem als sensationell empfundenen Urteil eben diese TEG aufgehoben und damit den Baustop verhängt. In den Monaten zuvor hatten AKW-Gegner-inn-en im Rahmen massiven Widerstands monatelang das Baugelände besetzt gehalten.

Im jetzigen Revisionsverfahren ging es um grundsätzliche Fragen der Verfahrensführung. Strittige Punkte gab es reichlich: Personalunion zwischen Antragsteller und Genehmigungsbehörde, Befangenheit der Richter etc. Für das BVG kein Grund zum Veto.
Vor diesem Hintergrund taten die Kläger recht daran, die Frage nach dem Ermessensspielraum der Genehmigungsbehörden und der Kompetenz der V-Gerichte zu stellen. Die BVG-Richter bezogen zu diesen Aspekten eine Position, die für kommende juristische Einsprüche gegen technische Großanlagen weitreichende Folgen haben könnte. Wie heißt es doch in der Urteilsbegründung: "Es ist nicht Sache der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle, die der Exekutive zugewiesene Wertung wissenschaftlicher Streitfragen einschließlich der daraus resultierenden Risikoabschätzung durch eigene Bewertung zu ersetzen." Alles klar? – Der wissenschaftliche Streit um technische Großprojekte soll also in Zukunft nicht mehr vor Gericht ausgetragen werden. In Anbetracht des irrsinnigen Aufwands ein subjektiv verständliches Anliegen des Herrn Vorsitzenden. Aber wer kontrolliert dann, inwieweit unsere Umwelt dann nicht nur noch nach den Begriffen von KWU, RWE usw. gestylt wird? Auch wenn die wissenschaftliche Schiene nicht mehr quer durch die Prozesse läuft, werden die V-Gerichte gleichwohl weiter mit Verfahren um AKWs konfrontiert sein. Mit welchem Wissenschaftsverständnis werden sie dann ihr Urteil fällen? Mit dem kritisch - oppositioneller Wissenschaftler? Wohl kaum! Die oben zitierte Urteilsbegründung läuft darauf hinaus, Großprojekte ausschließlich nach den Maßstäben der herrschenden Wissenschaft, d.h. unter Annahme profitorientierte Wissenschaftsbegriffe, zu bemessen. Bravo, Herr Sendler.
Im Tenor machte sich das BVG die Philosophie der Atom-Industrie zu eigen, sprach von der Minimierung des Restrisikos und gab dem AKW Wyhl die von der CDU-Landesregierung geforderte Fahrkarte.
Ach ja, die Prozeßkosten, die der Mannheimer VGH generös auf 180000 DM festlegte, tragen die Kläger.

Wer sich allerdings schon auf den Obstler bei der Grundsteinlegung gefreut hatte, darf die Gläser getrost im Schrank lassen. Denn, so tritt mann in Stuttgart auf die Bremse, derzeit bestehe kein Bedarf nach zusätzlichen Kraftwerkseinheiten.
Schließlich regiert nicht mehr der Black-Out-Prophet Filbinger das Ländle, sondern der bei weitem subtiler taktierende Lothar Späth. Der verzichtet denn lieber auf ein eigenes AKW inkl. damit verbundenem politischen Ärger und bezieht den Atomstrom stattdessen aus dem benachbarten Fessenheim auf der französischen Seite des Rheins. Bei einer Überproduktion von 22000 MW pro Jahr in der Bundesrepublik gar nicht so dumm, der Mann. Immerhin entspricht dieser Überschuß etwa der 17-fachen Kapazität eines Atomkraftwerks vom Typ Wyhl!
Erst 1988 oder 1989 müsse entschieden werden, ob der Strombedarf durch weitere Zukäufe oder den Bau eines neuen Blocks gedeckt werde. "Bis dahin werden wir in aller Ruhe überlegen." – So sei es.

Damit ist das AKW Wyhl zwar nicht vom Tisch, aber die Leute vom Kaiserstuhl haben zunächst einmal Ruhe.
Vor allem eine Tatsache gibt Anlaß zu vorsichtigem Optimismus. Anders als der Mannheimer VGH verband die 7. Kammer des Berliner Bundesverwaltungsgerichts sein abschließendes Urteil nicht als Konzeptvorbescheid, sondern "nur" noch als "vorläufiges positives Gesamturteil", so daß gegen alle weiteren Teilerrichtungsgenehmigungen, die dann bspw. den Reaktor selbst, das Maschinenhaus oder den Kühlturm zum Gegenstand haben, erneut prozessiert werden kann. In diesem Punkt haben die Kläger in der Revision einen Vorteil gegnüber dem VGH-Urteil herausschlagen können. Konkret umfaßt die erste TEG nur noch den Standort des AKWs im Wyhler Wald.
Nach dem Stand der Dinge besteht damit für die CDU-Landesregierung zwar die Möglichkeit, das Standortgelände roden zu lassen, ansonsten darauf aber allenfalls zelten zu dürfen.
Trotz dieser relativ entspannten Situation bleibt mensch am Kaiserstuhl wachsam, die Widerstandsstrukturen lösen sich nicht auf, und einige träumen für den Fall der Fälle von einer neuen Platzbesetzung.

Malville

Was lange währt, wird endlich schlecht. Am 14. Januar dieses Jahres ging im französischen Creys-Malville nach 10-jähriger Bauzeit der Schnelle Brüter Superphenix an's Netz.

Widerstand

Als der Superphenix im Januar seine ersten Kilowattstunden in's frz. Netz einspeiste, schien das ebensowenige Wellen zu schlagen, wie seine Erstbeladung im September 85: *„In einer Quasi-Gleichgültigkeit. Keine Anti-Atomkraftbewegung war da um gegen die Inbetriebnahme dieses neuen Werkzeugs zu protestieren(...)" (Le Monde, 15. 1. 86)*

Als Anfang der 70er Jahre die Entscheidung gefällt wurde, ihn zu bauen, löste das einen Proteststurm aus, wie Frankreich ihn bis dahin bei der Durchsetzung seines Atomprogramms noch nicht erlebt hatte. Superphenix wurde zum Widerstandssymbol der frz. Anti-AKW-Bewegung. Allen voran der heutige Staatspräsident und damalige Präsidentschaftsbewerber Francois Mitterrand, der so markige Sprüche wie *„Wir fordern eine demokratische Energiedebatte, die Stillegung des Superphenix, die Aufgabe jedes industriellen Brüterprojekts und lehnen den Bau neuer nuklear-industrieller Einrichtungen grundsätzlich ab."(s. taz, 27. 1. 86)* in den Mund nahm. Ein gutes Jahr später, nach seinem Wahlsieg im Mai 81, schien das Alles vergessen. Betrachtet frau das Zitat allerdings etwas eingehender, so fällt auf, daß Mitterrand schon 1980 ausdrücklich nur von der **industriellen** Nutzung der Brütertechnologie geredet hat. So unvereinbar scheint die Aussage mit seiner heutigen Politik, bei der die Stromgewinnung als angenehmes Nebenprodukt der Waffen-Pu-Erzeugung abfallen soll, denn also doch nicht zu sein. Nachdem er sein Ziel erreicht hatte, wurden die Linken und die sozialen Bewegungen, auf deren Unterstützung Mitterrand nun nicht mehr angewiesen war, weitgehen institutionalisiert, und mit zentralistischer Politik von oben wurde der Weiterbau aller in Bau befindlicher AKW's, darunter auch des Superphenix, durchgedrückt. Diese zentralistischen Strukturen trugen auch zum schrittweisen Abbröckeln des in den 70er Jahren noch sehr entschlossenen und sehr vielfältigen Widerstands bei, der sich weit über die Grenzen Frankreichs hinaus erstreckte und im Okt. 76 auch unerwartete Unterstützung vom damaligen US-Präsidentschaftskandidaten Jimmy Carter erhielt. Er lehnte als Konsequenz einer Nichtverbreitungspolitik sowohl die Brüter- als auch die WAA-Technologie vehement ab.

In den Jahren nach der Entscheidung hatte sich ein massiver Protest formiert, der von vielen Wissenschaftlern, der gesamten PS (sozial. Partei), den Gewerkschaften, außer der kommunistischen CGT, vielen 'Promis' und der betroffenen Bevölkerung mitgetragen wurde. Es wurden u. a. bis 1980 1/2 Mio. Unterschriften gesammelt, es ergingen internationale Appelle von Physikern, und im Juli 76 kam es zu einer ersten friedlichen Bauplatzbesetzung, deren brutale Räumung vor allem die Bevölkerung vor Ort sensibilisierte und gegen den Brüter mobilisierte. Widerstandshöhepunkt war die Demo am 31. 7.77, bei der sich 60 000 Demonstrant/innen aus ganz Europa und 3000 Polizisten gegenüberstanden. Der durch brutalen Polizeieinsatz, noch bevor der Zug das Gelände erreicht hatte, verursachte schreckliche Verlauf, bei dem der frz. AKW-Gegner Vitale Michalon getötet und mehrere andere verstümmelt wurden war noch Wochen später Gesprächsthema Nr. 1 in Frankreich. Das gleiche galt für die sich anschließenden Prozeß-Farcen in denen willkürlich Angeklagte für Sachen die sie nicht gemacht haben, nicht gemacht haben konnten, stellvertretend für alle Superphenix-Gegner/innen zu Knaststrafen verurteilt wurden.

Das Einzige was an diesen Prozessen stimmte, war die geballte internationale Solidarität.

Bezeichnend für die weitere Entwicklung des Widerstands nach der Demo von 77 ist die Tatsachen, daß in der Folgezeit die Vorlage von Unterschriftensammlungen und eine internationale Konferenz in Lyon im Mai 84 als 'kräftige Wiederbelebung der Anti-Superphenix-Kampagne' bezeichnet werden (müssen). Das hatte mit dem entschlossenen Konzept der Demo vom Juli 77, in dem man/frau sich einig war, zu versuchen auf den Bauplatz zu gelangen und so viel wie möglich zu zerstören, und das auch offensiv vertreten wurde, nicht mehr viel zu tun.

Bleibt zu hoffen, daß das anders sein wird, wenn die dt.-frz.-ital. Atommafia Teil zwei ihres Abkommens von 71/72, Superphenix II auf bundesdeutschem Boden zu bauen, wahrmachen will. Potentieller Baubeginn soll nach Wünschen der EDF schon 88 sein, die SBK möchte frühestens 1990 anfangen.

Was alles dagegen...

Der 1250-Megawatt Reaktor Superphenix ist, als Nachfolge-Brüter des 1973 in Marcoule ausschlie-lich für militärische Zwecke an's Netz gegangenen Phenix, ein Kind internationaler Zusammenarbeit: *„Superphenix ist der Beweis, daß die Europäer, wenn sie ihre Fähigkeiten und ihr Know-How gemeinsam nutzen, die Amerikaner und die Japaner sogar auf dem Gebiet der Zukunftstechnologien hinter sich lassen können." (Marcel Boiteux, Präsident der frz. Betreibergesellschaft EDF, in einem AFP-Telex v. 15. 1.)*

Daß das mehr Wunschvorstellung ist, belegen die Zahlen der harten Realität: Mit einem Gesamtvolumen von 25 Mrd. Francs (ca. 8, 5 Mrd. DM) Baukosten wird Superphenix-Strom 2, 5 mal so teuer sein wie 'herkömmlicher' frz. AKW-Strom. Anfangs ging mann davon aus, daß Superphenix seine Erstbeladungsenergie (Plutonium = Pu) in 4–5 Jahren reproduziert haben würde, mittlerweile sieht mann das etwas nüchterner, wenn mann auch nicht offiziell zugibt, daß nach Auswertung der Phenix-Erfahrungen ein Zeitraum von 100 Jahren wesentlich wahrscheinlicher erscheint. *„Die Brutreaktoren sind das komplizierteste, umweltverschmutzendste, ineffizienteste und riskanteste Mittel, was der Mensch bis heute erfunden hat, um den Verbrauch nuklearer Brennstoffe zu reduzieren." (Fazit einer nichtöffentlichen Studie von 10/82 eines CEA/1/-Ingenieurs, zit. n. M. Schneider: Superphenix-Die Pu-Waschmaschine von Creys-Malville, Paris 1. 5. 85)*

Ein befürchteter Uranmangel und verstärktes Unabhängigkeitsstreben von U-Importen war 1971/72 die offizielle Begründung für den Abschluß eines Abkommens europäischer Stromproduzenten über den Bau von zwei Brutreaktoren (Frankreich u. BRD). Dieses Konsortium (NERSA) besstand aud der französischen EDF (51%), der italienischen EN EL (33%) und demdeutschen RWE (16 %), das seinen Anteil 1975 and die SBK, in der es jedoch mit 68,85% die Kontrolle hat, abtrat.

Jetzt, da der erste von der NERSA geplante und gebaute Brüter fertig ist, ist die Situation eine ganz andere: Neben der erwiesenen Unwirtschaftlich-

keit des Büters steht die Tatsache, daß der Energieverbrauch seit Anfang der 70er Jahre kontinuierlich gesunken und nicht, wie erwartet, gestiegen ist.

Hinzu kommt, daß mann bis zum Beginn der ersten Erdarbeiten im Mai 76 noch keinerlei Erfahrung mit der für den Brutbetrieb notwendigen Wiederaufarbeitung von Leichtwasserreaktor-Brennelementen hatte, da eine solche WAA erst im selben Jahr mit der UP 2-Anlage in La Hague in Betrieb ging. Deren Bilanz war bis 1978 miserabel und entsprach mit nur 31,7 t noch nicht einmal 4% des angestrebten Jahresdurchsatzes von 800 t. Mann wußte damals also gar nicht genau, ob mann jemals so viel Pu zur Verfügung haben würde um den Brüter industriell nutzen zu können. Und auch die für die immer wieder propagierte 'ressourcensparende Energieversorgung', d. h. Wiedereinsatz von potentiell erbrütetem Pu, durch Superphenix nötige hochkomplizierte WAA der Brennelemente aus dem Brutkern dürfte vor Ende des Jahrhunderts kaum zu realisieren sein. Bis dahin müßten die Brennelemente zwischengelagert werden.

[1] frz. Atomenergiekommissariat

...und was 'dafür' spricht

Relativ problemlos hingegen und in Marcoule (Phenix) auch praktiziert, ist die Abtrennung des Pu aus dem Brutmantel. Und das ist der Stoff aus dem die Bomben sind...Das im Brutmantel erbrütete Pu besteht zu 98% aus dem waffengrädigen Pu 239. Hier dürften auch die Gründe für ein Festhalten an der Brütertechnologie unter zivilem Deckmäntelchen zu suchen sein.

Superphenix ist für den frz. Staat die ideale Synthese aus ziviler und militärischer Nutzung. Er kann (anders als der Phenix) zur Stromerzeugung auf Dauerbetrieb gefahren werden und gleichzeitig Ia-Waffen-Pu herstellen. Zu fragen bleibt allerdings, welche Nutzung 'angenehme' Begleiterscheinung der anderen ist... Eine eindrucksvolle Antwort auf diese Frage gibt der sozialistische Abgeordnete Benedetti im Nov. 83 vor der frz. Nationalversammlung:*„Die Wahl des Schnellen Brüters sichert ohne Zweifel am besten unsere energie- und militärpolitische Unabhängigkeit."* Der Satz, den er noch hinzufügt, zeigt deutlich wo für ihn die Priorität liegt:*„Nur der Schnelle Brüter ist in der Lage ausreichen Pu 239 zu liefern, um die Entwicklung unserer Nuklearstreitkraft zu sichern." (s. taz, 27. 1. 86)*

Ein EDF-naher Wirtschafts-Journalist spricht dann in einem Artikel der Fachzeitschrift 'Energies' v. 23. 4. 82 deutlich aus, welche Rolle dem Superphenix bei diesen Planungen von Anfang an zugedacht worden ist:

Menge Pu zweckentsprechender Qualität produziert, um rund sechzig taktische Atomwaffen pro Jahr herzustellen. (...) Unter diesen Umstände wird Superphenix natürlich die technische Basis der französischen Force de Frappe (frz. Atomstreitmacht, d. Red.). "(vgl. M. Schneider)

Und wie sieht es dann mit den 16% deutschen Pu's, das die BRD im Rahmen des Pu-Beistellvertrages für die Erstbeladung und zwei weitere Folgebeladungen zur Verfügung stellen mußte, einerseits und dem Status der BRD als Nicht-Kernwaffenstaat und Unterzeichnerin des Atomwaffensperrvertrages andererseits aus? Auf Anfrage im Bundestag vom Nov. 82 konnte die Wenderegierung nicht definitiv ausschließen, daß das Frankreich bereitgestellte Pu als Brutmaterial für frz. Waffen-Pu dienen könnte. Über die Waffengrädigkeit des zurückzuliefernden Pu konnte die Bundesregierung 1,5Jahre später auf Anfrage der Grünen nur sagen: *„Der Vertrag enthält keine Aussage über die Isotopenzusammensetzung ('Grädigkeit') des Pu." (Drucksache 10/1448)*

Außerdem bestätigte die Bundesregierung auf eine Große Anfrage der Grünen, daß Frankreich praktisch einen Freifahrtsschein besitzt. Pu aus dem Brutmantel gemäß seiner 51%igen Beteiligung seinem A-Waffen-Programm zuzuführen und damit internationalen Kontrollen zu entziehen:*„Nach den Anwendungsbestimmungen für die Euratom-Sicherungsmaßnahmen werden für in Frankreich befindliches Kernmaterial, das für Zwecke der Verteidigung bestimmt werden kann, Umfang und Verfahren dieser Sicherungsmaßnahmen von der Kommission in Einvernehmen mit Frankreich festgelegt." (Drucksache 10/3515)*

Da nützt es auch wenig, daß der Superphenix bisher angeblich gänzlich den Kontrollen der Euratom untersteht, denn das 'Einvernehmen mit Frankreich' könnte dann im Zweifelsfall so aussehen, daß Frankreich das von Superphenix erbrütete Pu für 'zum Zwecke der Verteidigung bestimmt' erklärt und die Kontrollen aus diesem Grunde einfach ablehnt, wie es das für Phenix auch schon getan hat. Lapidare Erklärung der frz. Regierung:*„Phenix ist nicht für internationale Kontrollen zugänglich, weil er geeignet ist für militärische Zwecke zu arbeiten." (s. Nucleonics Week, 4/83)*

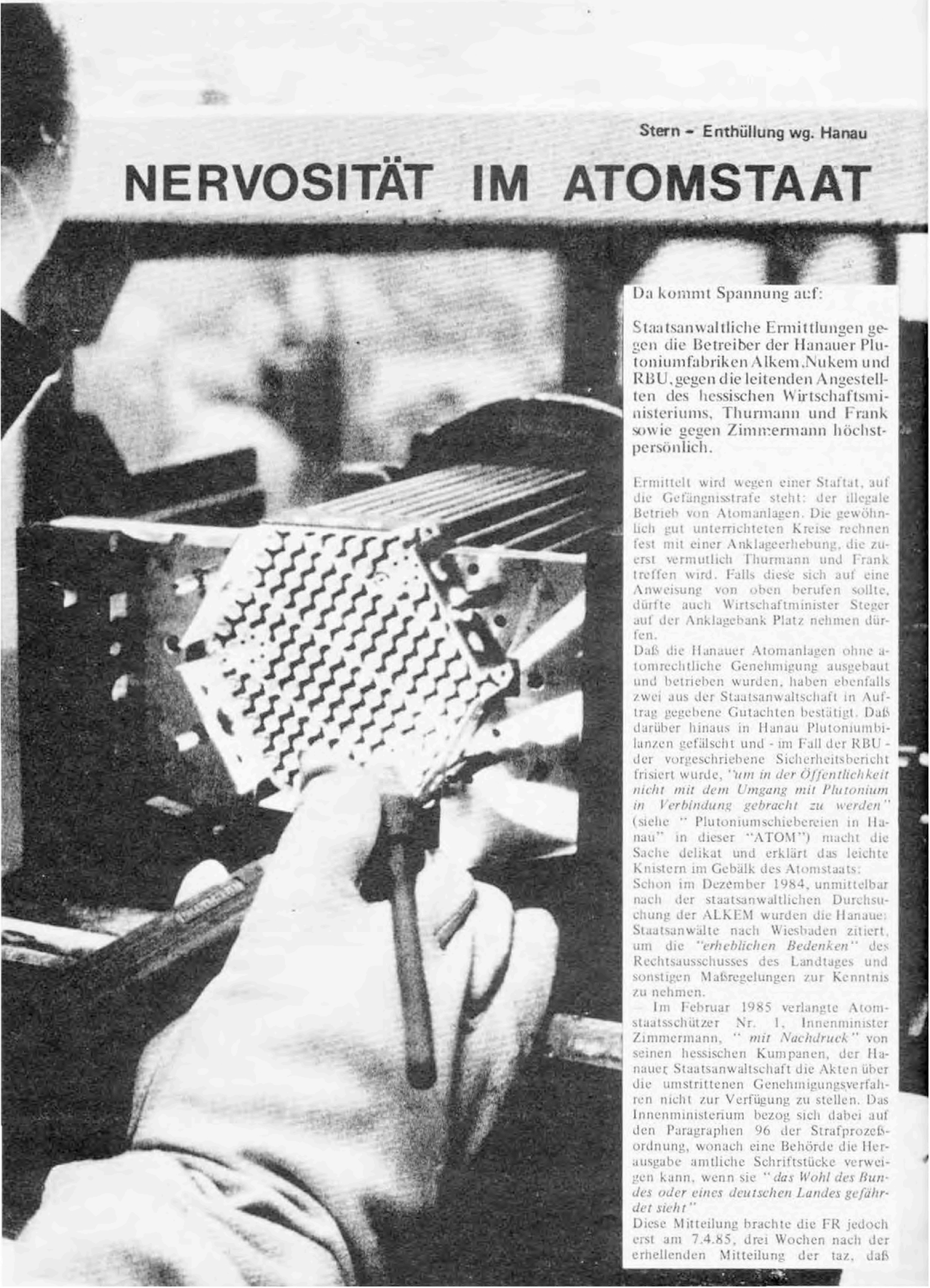
Ein derartiges Verhalten ist in den Vereinbarungen zwischen Frankreich, Euratom und der IAEO (Internationale Atomenergiebehörde, die über die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags wacht) v. 27. 7. 78 ausdrücklich vorgesehen:*„Frankreich kann jederzeit ohne Angabe von Gründen die Unterstellung von Material unter dieses Abkommen rückgängig machen." (Drucksache 10/3515)*

Übrigens steckt in den 16% bundesdeutscher Superphenix-Beteiligung nicht nur SBK-Kapital: auch die bundesrepublikanischen Steuerzahler/innen tragen über eine großzügige Spende von 55 Mio. DM des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in den Superphenix-Topf der SBK mit zur Aufrüstung der Force de Frappe bei.

„Die militärischen Reaktoren G2 und G3 in Marcoule (inzw. abgeschaltet, d. Red.) nähern sich nicht nur ihrem normalen Betriebsende, sondern ihre Produktion wird gänzlich unzureichend, um die Entwicklung der nationalen, taktischen Atomwaffen zu versorgen. Es muß also Ersatz gefunden werden, und dieser ist (nach Phenix) mit Superphenix gesichert, der im Brutmantel eine ausreichende

Stern – Enthüllung wg. Hanau

NERVOSITÄT IM ATOMSTAAT



Da kommt Spannung auf:

Staatsanwaltliche Ermittlungen gegen die Betreiber der Hanauer Plutoniumfabriken Alkem, Nukem und RBU, gegen die leitenden Angestellten des hessischen Wirtschaftsministeriums, Thurmann und Frank sowie gegen Zimmermann höchstpersönlich.

Ermittelt wird wegen einer Staftat, auf die Gefängnisstrafe steht: der illegale Betrieb von Atomanlagen. Die gewöhnlich gut unterrichteten Kreise rechnen fest mit einer Anklageerhebung, die zuerst vermutlich Thurmann und Frank treffen wird. Falls diese sich auf eine Anweisung von oben berufen sollte, dürfte auch Wirtschaftminister Steger auf der Anklagebank Platz nehmen dürfen.

Daß die Hanauer Atomanlagen ohne atomrechtliche Genehmigung ausgebaut und betrieben wurden, haben ebenfalls zwei aus der Staatsanwaltschaft in Auftrag gegebene Gutachten bestätigt. Daß darüber hinaus in Hanau Plutoniumbilanzen gefälscht und - im Fall der RBU - der vorgeschriebene Sicherheitsbericht frisiert wurde, *"um in der Öffentlichkeit nicht mit dem Umgang mit Plutonium in Verbindung gebracht zu werden"* (siehe " Plutoniumschiebereien in Hanau" in dieser "ATOM") macht die Sache delikat und erklärt das leichte Knistern im Gebälk des Atomstaats:

Schon im Dezember 1984, unmittelbar nach der staatsanwaltlichen Durchsuchung der ALKEM wurden die Hanauer Staatsanwälte nach Wiesbaden zitiert, um die *"erheblichen Bedenken"* des Rechtsausschusses des Landtages und sonstigen Maßregelungen zur Kenntnis zu nehmen.

Im Februar 1985 verlangte Atomstaatsschützer Nr. 1, Innenminister Zimmermann, *" mit Nachdruck"* von seinen hessischen Kumpanen, der Hanauer Staatsanwaltschaft die Akten über die umstrittenen Genehmigungsverfahren nicht zur Verfügung zu stellen. Das Innenministerium bezog sich dabei auf den Paragraphen 96 der Strafprozeßordnung, wonach eine Behörde die Herausgabe amtliche Schriftstücke verweigen kann, wenn sie *" das Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes gefährdet sieht"*

Diese Mitteilung brachte die FR jedoch erst am 7.4.85, drei Wochen nach der erhellenden Mitteilung der taz, daß

"Frank und Thurmann (s.o.) belastendes Aktenmaterial zur Plutoniumfabrik ALKEM beiseitegeschaft haben." (taz, 15,3,85)

- Am 21.03.85 berichtete der Stern in einem Hanau-Beitrag unter der Überschrift "Das Ding ist heiß":*"Um die Ankläger (Staatsanwaltschaft) nicht über die Stränge schlagen zu lassen, haben sich Justizminister und Generalstaatsanwaltschaft schon etwas einfallen lassen."* Offenbar mit wenig Erfolg! Denn:

- Am 06.02.86 bringt der Stern einen ausgezeichnet recherchierten Report über den Versuch Zimmermanns, die fortgeschrittenen staatsanwaltlichen Ermittlungen mit einer Selbstamnestierung durch Atomrechtsänderung zu unterlaufen:*"Herr Warrikoff (Geschäftsführer der* ALKEM *und der RBU, gleichzeitig als MdB im Bundestags-Forschungsausschuß. Anm. Atom) solle einen diesbezüglich genauere Vorstellungen konkretisierenden Brief an Herrn Minister richten, in dem der Änderungsbedarf...inhaltlich präzisiert werde"* so - lt. Stern - ein Vermerk aus dem Bundesinneministerium vom 17.07.85. Daß gerade derjenige das Atomrecht umformulieren sollte, der an erster Stelle vor einer Anklageerhebung steht, zeugt wahrhaftig nicht gerade von Feingefühl, dürfte aber dennoch bezeichnend sein für den spezifisch-diskreten Charme dieser unserer Bourgeosie...

Jedoch - der Coup flog auf. Das halbseidene "Dementi" des Zimmermann-Ministeriums nach der Stern-Veröffentlichung *("Richtig ist vielmehr, daß nicht an einer Novellierung des Atomgesetzes gearbeitet wird, weil die derzeitige Rechtslage völlig ausreichend ist und die Notwendigkeit einer Änderung nicht besteht"* verleiht der Verlegenheit des Innenministeriums nur Ausdruck ohne die vorherige Existenz der Amnestierungspläne in Zweifel zu ziehen.

SPD und FDP: Grüße aus dem Plutoniumsumpf

Die weiteren Enthüllungen der jüngsten Stern-Reportage von Hubert Seipel beweisen, daß alle maßgeblichen Stellen des Bundesinnenminsisterium schon 1981/82 die Stillegung der Hanauer Atomanlagen wegen "Unerlaubten Betreibens von kerntechnischen Anlagen" für unabwendabar hielten und erst nach mehreren Vorstößen der damaligen FDP-Politiker Karry und von Schoeler sowie auf Wunsch der damaligen Forschungsminister Hauff und von Bülow der illegalen Plutoniumverarbeitung zustimmten. Die neuen Facts im chronologischen Überblick:

12.12.75: Die Hanauer Atombetriebe beantragen eine Genehmigung nach § 7, Atomgesetz, was erstmals eine Beteiligung der Öffentlichkeit zur Folge hätte. Bis heute liegen diese Genehmigungen nicht vor - die Betriebe arbeiten illegal auf Grundlage sogenannter Übergangsgenehmigungen.

13.02.79: Innenminister Baum (FDP) beschwert sich bei Forschungsminister Hauff (SPD) über den Mißbrauch der "Übergangsgenehmigung" durch die Firma ALKEM. Ohne Erfolg.

19.03.79: In der Energiekommission des FDP-Präsidiums bedrängen Riemer, Hirsch, Lambstorff und Karry Innenminister Baum, zugunsten des Plutoniumbunkers der ALKEM beide Augen zuzudrücken.

November 1979: Die "Gesellschaft für Reaktorsicherheit" (GRS) warnt vor Katastrophen bei Flugzeugabstürzen auf die Anlagen der ALKEM.

1980: Die Abteilung Reaktorsicherheit des Bundesinnenministeriums (BMI) kritisiert die *"schamlose Ausnutzung"* der Übergangsgenehmigung durch die Hanauer Atomfirmen und die *"Verschleppung des Verfahrens"*.

04.01.81.: Der hessische Wirtschaftsminister Karry plädiert in einem Brief an Baum, Genscher und Lambstorff für Nachsicht in Sachen Hanauer Plutoniumsumpf.

16.10.81: Der CSU-nahe BMI-Angestellte Pfaffelhuber vermerkt über das hessische Wirtschaftsministerium, es neige *"dazu, sicherheitstechnische Belange auf die Seite zu schieben."*

Okt. 81: Baum teilt in einem Brief an den neuen Forschungsminster von Bülow mit, daß die Schließung der ALKEM drohe.

29.10.81: Von Bülow bittet *"dringend darum"*, von einer Schließung abzusehen und in alle weitere Entscheidungen hinsichtlich ALKEM einbezogen zu werden.

27.11.81.: In einem Vermerk des BMI wird die Gefahr von Flugzeugabstürzen hervorgehoben ("Alkem in Hanau-Wolfgang liegt im Bereich der Warteschleife Charly des Flughafens Frankfurt"). Ministerialdirigent Pfaffelhuber (BMI) notiert, daß die Änderungen bei ALKEM gegen das Strafgesetz verstoßen. BMI-Staatssekretär Hartkopf, zuständig für Hanau, vermerkt: *"Wann wird der Betrieb endlich eingestellt?"*

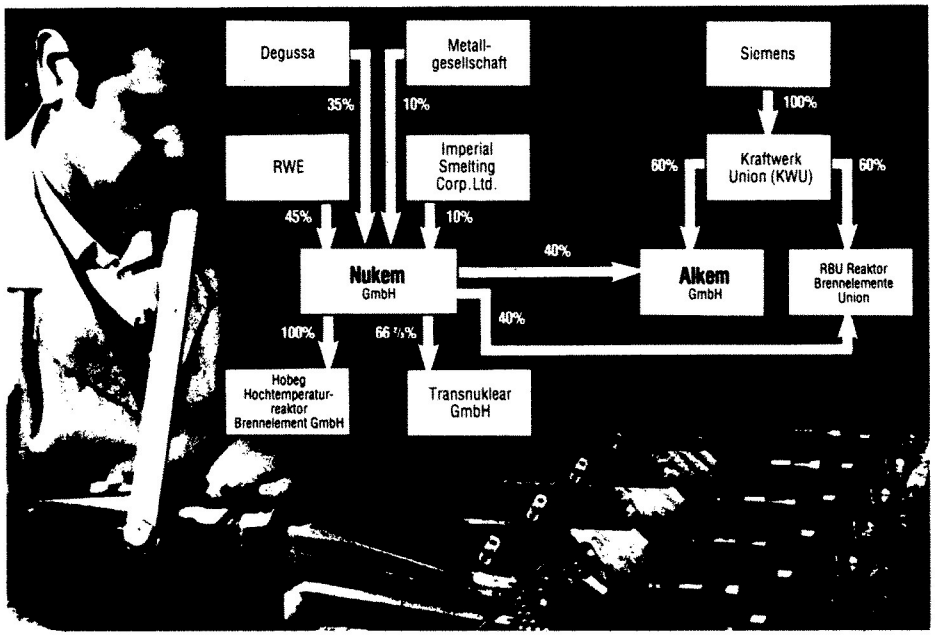
01.06.82: Der direkt aus dem hessischen Wirtschaftsministerium ins Bundesinnenministerium übergewechselte neue Staatssekretär von Schoeler - ein Duz-Freund des ALKEM-Geschäftsführers Roepennack, derzeit SPD-Staatssekretär im hessischen Innenministerium - erklärt in einem Brief an Baum und unter Berufung auf Gespräche mit dem rechtsliberalen Karrynachfolger im Hessischen Wirtschaftsministerium, K.J. Hoffie, eine ALKEM-Schließung sei *"weder vertretbar noch durchsetzbar."*

Auch diese Enthüllungen belegen, daß zugunsten der Hanauer Plutoniumwirtschaft die Minister Baum, von Bülow und Hauff - sowie selbstverständlich ihre Nachfolger - wissentlich Straftatbestände begangen und die selbst verabschiedeten Gesetze gebrochen haben.

Darüberhinaus zeigt sich erneut, daß die Hanauer Plutoniumbetriebe unter den besonderen Schutz der Bundesregierung gestellt und von dieser immer abgedeckt wurden.

Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß in Hanau die Giganten der Kraftwerks- und der Metallerzeugenden Industrie zusammenkommen: DEGUSSA und Metallgesellschaft halten 45 % der NUKEM, die mit 40 % bei ALKEM und der RBU engagiert ist. Die Kraftwerksunion (100 % Siemenstochter) besitzt 60 % von ALKEM und RBU. Dies ist insofern interesant, als Plutonium für Waffenzwecke mittels Elektrolyse von einer wässrigen Lösung in ein Metall umgearbeitet werden muß, wobei schon heute die Degussa in 2 strengbewachten Hallen auf dem Gelände der Hanauer Atombetriebe täglich per Elektrolyse Metalle, darunter Gold und Silber, abscheidet.

Die besondere Bedeutung der Plutoniumfabrik- und Lagerstätte ALKEM für den bundesdeutschen Staatsapparat wird recht anschaulich im Posten RBVA 691 I/8 der vom Forschungsministerium geförderten Projekte angedeutet:*"Beteiligung des Bundes an der Abdeckung der aus der von ALKEM betriebenen weiteren Entwicklung der Verarbeitung von Plutonium entstehenden Risiken."* Kostenpunkt: 24,5 Mill. DM. Laufzeit: Bis 1991. Finanzanteil des Bundes: 100 %.



Internes Bundestagsprotokoll enthüllt:

Plutoniumschieberei in Hanau

Am 12.12.1975, genau 10 Jahre vor der Minister–Vereidigung des grünen Fischer in Hessen wurden von den Hanauer Atomfirmen ALKEM und RBU der Antrag auf Betriebsgenehmigung nach § 7 Atomgesetz eingereicht. Diese Genehmigung gibt es bis heute nicht. Beide Anlagen laufen seit 10 Jahren faktisch illegal und lediglich abgesichert durch eine Art " Übergangsduldung" des Atomfilzes in Wiesbaden und Bonn. Jahrelang konnten mithilfe derartiger Machenschaften die Hanauer Atomfabriken perfekt vor jeder Öffentlichkeit abgeschottet werden, nicht obwohl, sondern gerade weil sie mit den Stoffen hantierten, aus denen die deutsche Atombombe entsteht.
Das der ATOM vorliegende stenographische Protokoll einer nicht öffentlichen Sitzung des Bundestag–Innenausschusses vom 22.5.85 über die Hanauer Reaktor–Brennelemente Union (RBU) wirft ein Schlaglicht auf Zustände, die eine geradezu ideale Kulisse dazu bieten, mal hier, mal da Plutoniumabzweigungen vorzunehmen und dieses hinter verschiedenen Produktionstufen zu verstecken. Er habe *"selten eine Diskussion in diesem Ausschuß mit größerem und wachsenden Unbehagen zugehört wie dieser"* entrüstete sich der hartgesottene altliberale Burkhard Hirsch und Teilnehmer der Ausschußsitzung vom 22.5.85.

Der folgende Bericht über Internas aus dem Atomstaat ist übernommen aus dem " Arbeiterkampf" Nr.265 vom 16.12.86.

Mit 8-wöchiger Verspätung wurde Ende April 1985 eine Überschreitung der zugelassenen Plutoniummenge um 12 kg bei ALKEM festgestellt. Und wie es der Zufall so will, hat man dieses Plutonium *„durch Umdatierungen in der Buchführung"* (FR, 25.4.) aus den Bilanzen prompt verschwinden lassen. Die daraufhin veranlaßte Untersuchung brachte Überraschendes zutage. O-Ton Steger: *„Im Zuge dieser Ermittlungen haben wir festgestellt, daß RBU mehrfach (!) die genehmigten Umgangsformen für plutoniumhaltige Brennelemente überschritten hat. Im Zuge dieser Diskussion ... entdeckten wir dann — was für uns zunächst unfaßbar schien; das gestehe ich offen ein —, daß der von der Firma RBU ... eingereichte Sicherheitsbericht nicht deckungsgleich war mit der Geschäftstätigkeit der RBU ... Wir haben dann ... die Firma darauf aufmerksam gemacht, den Geschäftsführer Warrikoff* (CDU-MdB, Anm. AK). *Der Geschäftsführer hat uns gegenüber erklärt, daß dies kein Irrtum sei, sondern daß dies die Firma bewußt so gemacht habe. Er hat als Begründung die Theorie der Schicksalsgemeinschaft angeführt, nämlich daß es sich bei ALKEM und NUKEM um identische Firmen handelt."* (Protokoll, S. 8)

Tatsächlich hatten Warrikoff und Co. in dem für die Öffentlichkeit bestimmten Sicherheitsbericht genau den Firmenbereich verschwinden lassen, der mit den waffenfähigen Stoffen Plutonium und hochangereichertem Uran befaßt ist und — als Unterabteilung der RBU — im Plutoniumbunker der ALKEM längst produziert.

Überraschend war die Existenz dieser Geheimabteilung allerdings nur für die Öffentlichkeit — Landes- und Bundesregierung wußten hingegen Bescheid. „Unfaßbar" für Steger war allein der Umstand, daß die RBU ohne Absprache mit seinem Ministerium den Sicherheitsbericht gefälscht hat. (3)

All dies kam ans Tageslicht, weil u.a. auch die RBU als Mitverursacher der Plutoniumüberschreitung der ALKEM in Frage kam und ein RBU-Mitarbeiter auspackte. Originalton Thurmann, hess. Wirtschaftsministerium: *„Im Rahmen der Mengenüberschreitung bei ALKEM haben wir Gespräche über die Frage geführt: Wie ist mit den Plutoniummengen der ALKEM, der Bundesverwahrung (4) und — das war uns allen bekannt — auch der RBU — 40 kg — im einzelnen umgegangen worden? Bei diesem Gespräch — es fand in meinem Zimmer am 24. April statt — hat ein Mitarbeiter der RBU erstmalig eine halbe Andeutung gemacht, daß dort etwas sei, was ihm persönlich Kopfzerbrechen bereite ..."* (Protokoll. S. 42)

RBU — Ein Tarnverein?

Lange Zeit galt RBU im Unterschied zu NUKEM und ALKEM (vermutlich auch international) als die etwas harmlosere und zumindest nicht mit der militärischen Ambition behaftete Anlage. Von außen ersichtlich war allein der Umgang mit leichtangereichertem, d.h. nicht-waffenfähigem Uran, dessen Jahresdurchsatz sie allerdings von derzeit 700 Tonnen auf 2.000 Tonnen aufstocken will, um zum weltweit größten Brennelementhersteller zu avancieren. Nach Lektüre des Protokolls der besagten Innenausschußsitzung stellt sich die Sachlage folgendermaßen dar: **NUKEM und ALKEM haben immer offen mit waffenfähigem Material hantiert. RBU hat seit 10 Jahren heimlich mit waffenfähigem Material gearbeitet.** Das Abfassen des für die Öffentlichkeit bestimmten Sicherheitsberichts, wie nach § 7 Atomgesetz seit 1976 vorgeschrieben, wurde von der RBU-Geschäftsführung fast 10 Jahre mit immer neuen Begründungen verzögert. Als dies nicht mehr möglich war, wurde der Sicherheitsbericht der RBU gefälscht — der heimliche Bereich der Plutoniumverarbeitung fiel heraus, angeblich, weil dies später im Sicherheitsbericht der ALKEM erscheinen sollte.

Zu seinem Erstaunen — so Thurmann vor dem Innenausschuß — begründete die RBU-Geschäftsführung diese „Kürzung" ihres Sicherheitsberichts wahrheitsgemäß damit, **„um in der Öffentlichkeit nicht mit dem Umgang mit Plutonium und hochangereichertem Uran — das mußte man und wollte man auch weiter durchführen —, in Verbindung gebracht zu werden."** (Protokoll, S. 42) Dieses doppelbödige Spiel der RBU wurde jahrelang und unter diversen hessischen Wirtschaftsministern (Karry!) gedeckt:

Seit mindestens 1976 ist bei der Führungsriege der hessischen SPD RBU mit Plutonium (Pu) und hochangereichertem Uran (HAU) bekannt. 1978 wurde ihr eine entsprechende Produktion in den Räumen der ALKEM gestattet (zu einem Zeitpunkt also, als der erst 1980 eröffnete Bunker noch nicht existierte). 1979 wurde erstmals ein RBU-Sicherheitsbericht vorgelegt, der jedoch nicht genehmigungsreif

war. Es folgten ab 1979 *„alle sechs Wochen Statusgespräche über das Genehmigungsverfahren"* zwischen RBU und dem Land Hessen (so Steger, lt. Protokoll, S. 24) bis schließlich Ende 1984 erstmals ein „auslegungsfähiger" Sicherheitsbericht — diesmal jedoch unter Weglassung der Pu- und HAU-Bereiche (s.o.) vorgelegt wurde. (5) Der Fall RBU provoziert auch deshalb unser besonderes Interesse, weil die Akten über das langjährig verzögerte RBU-Genehmigungsverfahren zum Staatsgeheimnis erklärt wurden:

Am 1.11.84 begannen mit der Strafanzeige der BI Hanau die staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen ALKEM und Mitarbeiter des hessischen Wirtschaftsministeriums. Im Februar 85 wies CSU-Zimmermann Steger *„mit Nachdruck"* darauf hin, *„der Hanauer Staatsanwaltschaft die Akten über die umstrittenen Genehmigungsverfahren nicht zur Verfügung zu stellen. Das Innenministerium bezog sich dabei auf den Paragraphen 96 der Strafprozeßordnung, wonach eine Behörde die Herausgabe amtlicher Schriftstücke dann verweigern kann, wenn sie „das Wohl des Bundes oder eines deutschen Landes gefährdet sieht."* (FR, 7.4.85) Am 4.3.85 beschloß das Hanauer Amtsgericht eine Hausdurchsuchung im Wirtschaftsministerium Hessens.

Einen Tag darauf war bereits klar, daß innerhalb des Wirtschaftsministeriums „belastendes Aktenmaterial beiseitegeschafft" worden war. (taz, 15.3.85) Am 22.5.85 vor dem Innenausschuß drohte Steger — provoziert von den Unionsparteien — die Vorlage und Dokumentation der RBU-Akte zum Genehmigungsverfahren an, die bisher dem „Diskretionsbereich der Exekutive" unterläge und warnt gleichzeitig vor den *„Konsequenzen, die sich in einem Gerichtsverfahren daraus ergeben, wenn wir wirklich gezwungen werden, mal alle Akten auf den Tisch zu legen."* (Protokoll, S. 81)

Ein Ansinnen, das gewiß nicht zufällig besonders massiv von den SPD-Vertretern im Innenausschuß (H. Schäfer, F. Duve usw.) zurückgewiesen wurde ...!

Internationale Kontrolleure werden ausgeschaltet

Entgegen der üblichen Selbstdarstellung gelten die Hanauer Atomfirmen, speziell die ALKEM, innerhalb der Internationalen Atomenergie-Agentur (der Kontrollbehörde bzgl. Einhaltung des Atomwaffensperrvertrags) als besonders störrische Partner. So gibt es bis heute keine ernsthafte Anlagen-Beschreibung für die Inspektoren der IAEO. (Dieses sog. „Facility Attachment" ist die Grundlage jeder Inspektion.) In einem Papier der ALKEM vom 11.2.85 wird eine Anlagenbeschreibung von Oktober 1980 als die derzeit gültige bezeichnet, was angesichts der mindestens 37 inzwischen vorgenommenen baulichen Veränderungen nur als Verarschung bewertet werden kann. In der gleichen Schrift wird im übrigen unumwunden zugegeben, daß die traditionellen Safeguard-Konzepte bei ALKEM fehlgeschlagen sind (*„Man sah sich trotz der Daueranwesenheit von IAEA-Inspektoren und trotz ihres nahezu unbegrenzten Zugangs zu allen wichtigen Teilen des Betriebes mit der merkwürdigen Situation konfrontiert, daß die IAEO zum Schluß kam, daß das Ziel allseitiger Kontrollen nicht erreicht wurde; weil insbesondere das Ziel der rechtzeitigen Entdeckung von Abzweigungen nicht unerreicht blieb."*), um neue Konzepte vorzuschlagen, die eher eine Abschwächung zugunsten des Betriebsablaufs beinhalten. (6) Daß die Bundesregierung beim internationalen Tauziehen zwischen IAEA, Euratom und der ALKEM um ein neues „Facility Attachment" massiv engagiert ist, zeigt die Antwort des ALKEM-Geschäftsführers Stoll auf eine entsprechende Frage anläßlich der Anhörung über Proliferationsfragen im hessischen Landtag vom 15.6.84: *„Ich möchte dazu nichts sagen. Ich kenne natürlich den Sachverhalt; aber ich möchte mich dazu ohne die Bundesregierung hier nicht äußern."* (Protokoll, S. 110) Auch das IAEA-Statement für diese Anhörung erwähnte in diplomatischer Verpackung Anomalien und Diskrepanzen, die jedoch erläutert werden konnten. (7) Es ist also mit Sicherheit davon auszugehen, daß seitens des Auslandes die Aktivitäten im Hanauer Atomzentrum mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden; die „FAZ" wußte am 6.3.85 zu berichten, daß dort *„auch hohe Militärs beider Weltmächte"* zu den Besuchern gehören. Vor diesem Hintergrund liegt auf der Hand, welche spezielle Rolle RBU eingenommen haben könnte: Während sich die internationale Aufmerksamkeit auf die Hanauer Firmen konzentriert, die offen mit Waffenmaterial hantieren (ALKEM, NUKEM, HOBERG), dürfte die RBU mit ihrem vergleichsweise „sauberen" Image viele Jahre lang das bessere Terrain für „krumme Dinger" geboten haben, und es ist mehr als wahrscheinlich, daß es weniger um Atomgesetzinterpretationen als vielmehr hierum geht, wenn Akten zurückgehalten werden, weil andernfalls „das Wohl des Bundes" gefährdet sei.

Als Mitte Mai 85 Steger vom Innenministerium verdonnert wurde, nur noch nach Absprache bzgl. RBU eine Anweisung zu erteilen, antwortete dieser postwendend mit der Frage, ob damit gemeint sei, *„daß gegenüber der Firma RBU die Ankündigung des Besuchs internationaler Kontrolleure zur Ermöglichung von deren Zutritt nicht mehr erfolgen soll"* ...Ist das Überspitzung oder lediglich gute Aktenkenntnis?

Eine Atommafia namens SPD

Der politische Kern der Affaire RBU wird in dem stenographischen Protokoll der Innenausschußsitzung von Reuter (SPD-MdB aus Hanau) und Steger auf den Punkt gebracht: **Reuter: „Diese Sache hätte nicht das Licht der Welt erblicken müssen."**
Steger: „Wir sind zur Zusammenarbeit verdammt, das ist ganz klar."

Der seinerzeit künstlich aufgeblasene Streit um Bundesanweisung, RBU-Teilstillegung und Atomgesetz hatte nur einen realen Kern: Die RBU hatte erstmals das hessische Wirtschaftsministerium nicht eingebunden, sondern getäuscht. Originalton Steger: *„Ich bitte auch das Bundesinnenministerium, einmal zu würdigen, daß dadurch, daß die Firma erklärt hat, dies* (Vorlegen eines unvollständigen Sicherheitsberichts — AK) *sei so gewollt gewesen, und ausdrücklich zurückgewiesen hat, daß das ein Irrtum gewesen wäre, wie in diesen rechtlichen Zugzwang gekommen sind."* (Protokoll, S. 75)

Diesen Mangel an Sensibilität mußte die RBU mit der Teilstillegung und dem plötzlichen Auffliegen eines 10 Jahre lang gemeinsam wohlgehüteten Geheimnisses teuer bezahlen.

Solange hingegen die innerstaatliche Abstimmung über RBU, ALKEM, NUKEM und HOBEG funktioniert und nur die Öffentlichkeit ausgegrenzt ist, läuft die Maschine.

Genau das bedeutet Atomstaat.

Anmerkungen:

(1) Die Hanauer Atombetriebe wurden ursprünglich nach § 9, Atomgesetz, d.h. unter Ausschluß der Öffentlichkeit, genehmigt. Diese Genehmigung ist seit dem 1.1.1976 ausgelaufen. Seit der Atomgesetz-Änderung von 1975 müssen die Anlagen nachträglich einem Genehmigungsverfahren nach § 7 Atomgesetz unterzogen werden, und das bedeutet: Öffentlichkeitsbeteiligung (wenn auch zur Farce verkümmert) und Überprüfbarkeit der Errichungs- und Betriebsunterlagen. Für die Hanauer Atommafia, die z.T. schon im Faschismus das Uranmetall für Waffenzwecke lieferte (AK 232), wurde freilich seitens der regierenden SPD eine Sonderbestimmung nachgereicht, wonach „die bisherigen Tätigkeiten bis zur rechtskräftigen Entscheidung über den Antrag nach § 7 des Atomgesetzes fortgeführt werden" kann. Seither produzieren die Hanauer Betriebe ohne atomrechtliche Genehmigung allein auf Grundlage dieser Übergangsregelung.
(2) aus: Anlage 1 zu Protokoll 67 der Bundestags-Innenausschußsitzung vom 22.5.85. Punkt 1 der Tagesordnung: „Unterrichtung und Aussprache über die der Bundesaufsicht unterliegenden atomrechtlichen Anordnung des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik vom 3.5.85, mit der der Firma Reaktor-Brennelemente Union (RBU) die Assemblierung von Brennelementen in den Räumen der Firma Alkem in Hanau untersagt wurde".
(3) Weil, was im Sicherheitsbericht nicht erwähnt wird, aufgrund der Übergangsregelung nach § 9 nicht betrieben werden darf, verfügte Steger am 3.5. die Teilstillegung der RBU, die allerdings nicht vollzogen und im Juni 85 wieder aufgehoben wurde. Ausführliche Darstellung in: „ATOM", Sommer 85
(4) „Bundesverwahrung" meint das unter strikter Geheimhaltung stehende Plutoniumdepot der Bundesregierung im Bunker der ALKEM. Zwischen den Plutonium-Bundesbeständen und den ALKEM-Plutoniumbeständen verläuft im Bunker lediglich eine gelbe Bodenmarkierung, was den Austausch in beliebiger Richtung fördert und Kontrollen unmöglich macht. SPD-MdB Reuter erklärte bzgl. des überschüssigen ALKEM-Plutioniums im Innenausschuß: „Bei der Alkem sind diese 8 kg (richtiger: 12 kg, Anm. - AK) nie aus dem Bereich des Bunkers herausgekommen. Sie lagen noch jenseits einer gelben Linie in dem Verfügungsbereich der Firma ALKEM. Damit wurde die Umgehungsmenge, die genehmigt war, überschritten. Das ist noch lange kein Beinbruch ..." (Protokoll, S. 70)
(5) Ltd. MR Thurmann lt. Protokoll: „Die Firma RBU hat sich von allen Hanauer Firmen am schwersten getan, das was seit 1968 existiert, uns auch nur unterlagenmäßig einzureichen. Die haben die ersten fünf Jahre überhaupt nichts eingereicht und sich dann eine weitere Frist von dreieinhalb Jahren einräumen lassen, um dies zu tun." (S. 39)
(6) ALKEM GmbH, Considerations about Safeguarding ALKEM, a MOX Fuel Fabrication Plant, 1985
(7) „To date there have been no anomalies or discrepancies which could not be satisfactorily resolved or explained."

Leserbriefe..Leserbrise..Briefdieleser..Lesdiebrie

Liebe Leute vom AK

Euer atom 10/85 hat mich doch sehr angeregt. Die Zeitung ist z.Zt. eine gute Mischung aus alten Themen, wie Pannen, UWS-Probleme und Filz und neuen, wie Sabotage und Autonome. Ich persönlich würde den Akzent etwas mehr auf die alten Themen setzen, aber das hängt auch an der Nachrichtenlage und wiedergekautes ist auch nicht erheiternd. Dies scheint mir eine positive Entwicklung: Die Stimmung im aktiven Kern unserer Bewegung tendiert in Richtung "die Lage ist hoffnungslos aber nicht ernst".
Dieses Grundgefühl, etwas zu ändern, nicht wegen irgendwem, sondern wegen einem Selbst, ist aber außerhalb der betroffenen Gebiete im engeren Sinn schwer zu vermitteln. Daß hier in den Metropolen des Westens auch Atomtransporte durchgehen und Grüße aus La Hague niedergehen ist kaum bekannt. Außerdem konzentriert sich hier die politische Verantwortung (RWE). Gleichzeitig werden die Menschen hier durch Industrieumstellungen und Sanierung besonders gut durcheinandergerührt. Das bei dieser Lage nicht mehr Menschen in der Anti-AKW-Bewegung einen Bezugsrahmen suchen, ist erstaunlich.
Ich bin der Meinung, daß die Anti-AKW-Bewegung **außerhalb** der Standorte mehr Sympis braucht und sich deshalb etwas öffnen sollte. Über die Plakettenträger ist so lange gelacht worden, bis sie verschwunden waren, und nun? Die Friedensbewegung ist in DKPler, Jesuspiepl und Autonome zerfallen, das Anhängen daran hat uns mehr geschadet als genützt.
Ähnliches spielt sich zur Zeit mit der Waldfrage und den Grünen ab. Zur Gewinnung von Ansehen im Westen wäre es gut, News aus Hamm, Ahaus, Gronau, Würgassen (NRW) relativ etwas breiter zu treten, als es ihnen vom Gewicht in der Gesamtbewegung her zukommt. Auch rot-grüne Mauschelskandale gehören gewaltig plattgetreten. Irgendwie läßt sich sicher auch die vorherrschende Ver(t)retermentalität drücken.
Als Anmerkung zum 12.10. möchte ich meine Empörung darüber ausdrücken, daß auf der Abschlußkundgebung kein Außerbayrischer Redner sprach. Mir hat von allen Reden dort die von Anita am besten gefallen. Den Weinzierl mit seinen Wendeleichen soll man doch zum Kohl schicken.
Hoffentlich gehen eure Abozahlen bald mal wieder aufwärts.
Macht weiter, wird schon schiefgehen.

Harald Schweda, Wuppertal

Nichts gelernt!

Zu dem von Helmut Wilhelm unterzeichneten offenen Brief der Oberpfälzer Bürgerinitiativen an den Polizeipräsidenten von Niederbayern/Oberpfalz Friker habt ihr zwei Kommentare gegeben, auf die ihr nötig eine Antwort braucht. Einfach ist es mit dem in Klammern gesetzten (Ich glaub, ich spinne! d.S.): Du sagst es. Zum Fettgedruckten muß ich etwas ausführlichere Bemerkungen machen:
Ihr liest: BBU-Vorstandsmitglied und Polizeipräsident. Da fällt Euch natürlich Loccum ein. Mir auch. Aber Euch fällt anscheinend weiter nichts ein, geschweige denn auf.
Also muß ich Euch ersteinmal an Loccum erinnern. Sollten damals Basis und "Basis" miteinander reden? Ich erinnere mich daran, daß sich dort Vertreter verschiedener Innenbehörden und ein General mit Joey Leinen treffen wollten (und ein paar anderen "Vertretern" der Friedensbewegung): Spitze! Spitze! Die Spitzen beider Seiten haben die ersten Verabredungen zu diesem Treffen ziemlich heimlich betrieben. Erst allmählich kam die Basis der Friedensbewegung dahinter, was da gespielt werden sollte. Damals ging es um Absprachen über **Aktionsformen**, um die Aufrechterhaltung der Kontrolle, den "inneren Frieden", zu gewährleisten. Das Zustandekommen **dieser** Gespräche wurde — unter tatkräftiger Mithilfe der Sonne, die den Aufenthalt der Verhinderer vor den Türen der Akademie Loccum sehr begünstigte — verhindert. Die Spitzen machten dabei die Erfahrung, daß die anwesende Basis nicht Joeys Basis war.

Helmut Wilhelm ist bisher nicht auf einem Container oder in einer ähnlichen Situation aufgetreten. Vielmehr hat er schon mal mit seinem Dienstherren Ärger gekriegt wegen eines Flugblattes, auf dem er mit einem gewissen humoristisch-differenzierten Sprachgefühl zu einer Theateraufführung "Erörterungstermin" eingeladen hatte. Ihm steht, wie manchen anderen Juristen, auch ein ähnlich differenzierter Umgang mit der Sprache von Recht und Ordnung zur Verfügung. Da sind Spitzen drin! Man muß nur genau zuhören.

— Ihr schreibt, daß es sich um einen **offenen** Brief handelt. Von Geheimgesprächen wie in Loccum kann also keine Rede sein.
— In Loccum wollten die Spitzen Absprachen über die **Aktionsformen**. In diesem Brief lese ich: Referenten der BIs, der Basis, können informieren über die **Motive** der WAA-Demonstranten, deren **Gründe** und **Ziele** mancherorts — auch in den Polizeihundertschaften, sozusagen der anderen "Basis" — nur unscharf wahrgenommen werden. Das Ziel: WAA NIE !
— Ich glaube, Ihr würdet auch lieber von Demonstrationen berichten, die einen friedlichen Verlauf hatten. Nicht zu Unrecht erregt Ihr Euch jedesmal, wenn die Schlagstöcke gebraucht werden. Was würdet Ihr deshalb von dem Ziel halten, die "Schlagkraft" zu verringern? Tatsächlich hat sich zuweilen die Einsatzwilligkeit der Menschen, die die Staatsgewalt für ihre Zwecke benutzt, erheblich verringert, wenn sie über die Gründe der Demonstranten von denen selbst informiert wurden; solches Schwinden der Schlagkraft ist durchaus nicht im Sinne von leitenden Polizeibeamten bei der Aufgabe, den "inneren Frieden zu gewährleisten". Es kann aber zum friedlichen Verlauf von Demonstrationen beitragen.

In der Oberpfalz ist bekannt, daß die Polizeileitung einige Ahnung von psychologischer (Kriegs-)Führung hat. Sie hat sich, wie erwartet, nicht gerührt nach diesem Gesprächsangebot.
In der Oberpfalz ist bekannt, daß nicht allein die Polizeileitung einige Ahnung von solcherart Auseinandersetzung hat.
Ich bin zuversichtlich, daß Ihr durch meine Anmerkungen einem differenzierteren Verständnis des von Helmut Wilhelm unterzeichneten BI-Briefes näherkommt.

mit freundlichen Grüßen

Anna Masuch, Hannover

Spenden + Spenden + Spenden

Die Solidarität vieler Anti-AKW-Gegner und Gegnerinnen mit dieser Zeitung übertrifft alle unser Erwartungen. Die großen und kleinen Spenden, die auf unseren Spendenaufruf hin eingegangen sind, machen uns Mut und Hoffnung, diese Zeitung auch weiterhin zu machen und einen kleinen Beitrag im Kampf gegen das Atomprogramm zu leisten. Bitte unterstützt uns weiter nach Kräften, damit dieses Zeitungsprojekt auch in Zukunft finanziell unabhängig und schlagkräftig erhalten werden kann. Hier noch mal die Konto-Nummer:

Bernd Weidmann Sonderkonto, PSchA Hannover Kto.Nr. 4098-304 BLZ 25010030

Im Zeitraum der atom 47 gingen folgen Spenden ein:

B. K.-B. Friederichshafen	2000.-
W.S. u. M.W. Essen	150.-
B.K. Krefeld	60.-
K.G. Hamburg	25.-
A.K. Braunschweig	25.-
anonyom Soltau	500.-
C.U. Göttingen	100.-
H.B. Stuttgart	200.-
J.H. Wetzlar	100.-
U.S. Essen-Rüttenscheid	100.-
W. Sinzig	20.-
H.A Bonn	50.-
Öko-Haufen Dortmund	200.-
anonym Bochum	2500.-
Anti-AKW-Gruppe Solingen	80.-

Im Wendland-Teil geht es diesmal schwerpunktmäßig um die Endlagerkampagne, die nunmehr langsam angekurbelt wird. In Zusammenhang dazu auch ein Überblick über den internationalen Stand der Endlagerung.
Atommülltransporte hat es seit Anfang Dezember letzten Jahres nicht gegeben, aber es gibt allen Anlaß, wachsam zu bleiben.
Für den Zeitraum von Mitte bis Ende März rechnet die BI wieder verstärkt mit Atommülltransporten. In dem Zusammenhang steht auch ein Text von November letzten Jahres, der den Widerstand gegen die Transporte aus der Perspektive von Leuten um Würgassen behandelt.
Aber auch zwischen den Jahren ist es nicht ruhig geblieben, wie die Widerstandssplitter des örtlichen Widerstands belegen.
Auch die SPUDOK-Affäre kocht weiter. Mehrere hundert Wendländer/innen und Sympathisant/inn/en haben sich mittlerweile beim Landeskrimalamt nach dem Verbleib ihrer Daten erkundigt, wurden daraufhin mit äußerst fadenscheinigen Ausreden abgespeist.
Eine nachträgliche Legalisierung derlei staatlicher Schweinereien soll u.a.a. durch die geplanten »Sicherheitsgesetze« gewährleistet werden (siehe dazu Artikel).

Wendland

Protest vor dem Endlager- wegen Rodungsbeginn in Wackersdorf

Aus Anlaß des Rodungsbeginns in Wackersdorf versammelten sich am Do., dem 11.12.85 ca. 100 Menschen bei Gorleben vor dem Gelände des Endlagers. Auf einer Strecke von mehreren Hundert Meter wurden Plakate am Endlager - Zaun aufgehängt. Es sollte auf die Todesspirale Atommüll aufmerksam gemacht werden.

Polizei und Wachmannschaft hielten sich zuerst im Hintergrund. Zu einem gefährlichen Zwischenfall kam es, als ein großer Lastwagen mit hoher Geschwindigkeit vom Endlagergelände brauste und laut hupend durch die Gruppe der Demonstranten fuhr. Nur knapp entgingen einige den großen Reifen.

Nachdem die Polizei Verstärkung bekommen hatte und diese ins Endlager gefahren waren, stürmten Atomkraftgegner/innen auf die Einfahrt zu, schlossen das Eingangstor und sicherten es mittels einer schweren Eisenkette samt mitgebrachten Schloß. Anschließend zogen sie weiter zum benachbarten Zwischenlager. Die Polizeikräfte hatten nun erstmal einige Schwierigkeiten zu folgen. Die Polizisten mußten über den scharfkantigen Zaun steigen um ihre Endlager-Festung wieder verlassen zu können. Erst einige Stunden später, war das Tor wieder zu öffnen, da eigens hierfür eine Schlosserei beauftragt wurde.

Am Abend veranstalteren dann 5 Pastorinnen und Pastoren auf freien Gelände einen Bittgottesdienst.

Silvestergottesdienst sorgt für Aufregung

Unter dem Holzkreuz nahe der Baustelle des Endlagers veranstalteten 4 Pastorinnen und Pastoren einen nächtlichen Silvestergottesdienst. Es kamen trotz klirrender Kälte ca. 100 Männer und Frauen.

Zurückschauend stellte Pastor Mahlke fest: *"Zwischenlager, Endlager und Bohrstelle 1004 sind nicht nur Orte, das sind Erfahrungen"*. Nach den ersten Rodungen in Gorleben im September 79 habe es im Mai und Juni 1980 Erfahrungen von Freundschaft, Solidarität und Kraft gegeben, aber auch **"Erfahrungen von Brutalität eines Staates, der immer weniger auf den Willen seiner Bürger achtet und auf das Recht, weil er immer mehr abhängig wurde von einer Industrie, die ihn finanzierte."**

Dieser Satz aus dem Mund eines Pastors erregte so manches Christlich Demokratische Gemüt und auch die Kirchenoberen schallten ihre Pastoren doch lieber Abstand von solchen Veranstaltungen zu nehmen.

Die Vorsitzende der Interessensgemeinschaft Handel und Gewerbe aus Lüchow erdreiste sich sogar, zu fordern, daß einige Pastoren ausgetauscht werden sollten.

Akten flogen aus dem Fenster

Am Mi., dem 08.01.86 besetzten ca. 25 Atomkraftgegner/innen in Gartow die Info-Stelle zur nuklearen Entsorgung (die vom Bund unterhalten wird) und das Büro der DBE (Tochter der DWK, zuständig für den Bau des Endlagers).

Es wurden Transparente aus dem Fenster gehängt *"Wir ziehen weg - Ihre DWK"* und mehrere Aktenregale im DBE - Büro wurden gelehrt. Die Akten flogen aus dem Fenster und landeten auf dem Bürgersteig.

Die Besetzung fand u.a. aus Solidarität mit dem am Vortage gräumten Platzbesetzer/innen in Wackersdorf statt. In einer Erklärung zur Besetzung in Gartow heißt es: *"In Wackersdorf wolle die DWK gegen alle Bedenken und gegen den Widerstand der Bevölkerung den Bau der WAA durchsetzen, in Gorleben treibe die Gesellschaft unterdessen den Bau des Endlagers eilig voran. Dabei sei der Salzstock ungeeignet. Wenn man trotzdem an einem Endlager Gorleben festhalte, dann nur, um einen Entsorgungsnachweis für WAA und Atomkraftwerke zu bekommen."*

Die Besetzung sollte auf unbestimmte Zeit fortgesetzt werden, bis folgende Forderungen erfüllt sind:
"Die Beendigung der Vorarbeiten für den Ausbau eines atomaren Endlagers in Gorleben, den Stopp der Rodungen für den Bau einer WAA in Wackersdorf und das Verbot weiterer Atommülltransporte in das Zwischenlager Gorleben."

Nun schaltete sich aber die Polizei ein. Unter Einsatz eines "Reizgassprühgerätes" wurden 20 Besetzer/innen festgenommen, wobei alle Beteiligten Handfesseln angelegt bekamen.

Mittlerweile wurde gegen den Chef der Lüchower Polizei Strafantrag wegen Freiheitsberaubung gestellt. Begründet wird dies mit der Unrechtmäßigkeit der Festnahmen, da die "Hausherren" keinen Strafantrag gestellt haben. Hausfriedensbruch sei aber nach dem Strafgesetzbuch ein Delikt, das nur auf Antrag verfolgt werde.

Der Leiter der Informationsstelle des Bundes hatte gegenüber der HAZ erklärt: *"...er empfinde die Besetzung als Besuch, auch wenn Gäste schon 20 Aktenordner auf die Straße geworfen hätten. Um die Gorlebener Atomprojekte habe es seit eh und je beträchtliche gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen gegeben, so daß die Demonstration nichts Ungewöhnliches sei."*

Aus ungeklärter Ursache ist der DBE bei der Aktion ein Hauptschlüssel abhanden gekommen.

Nur weiter so.....

HERZ

Dokumentation aus dem Süddeutschen zum Anschlag auf die Firma Züblin in Stuttgart

"Züblin ist wie Hoch-Tief einer der größten bundesdeutschen Baukonzerne, die sich an atomaren und militärischen Großprojekten schon einige goldene Nasen verdienten. Züblin baute mit an der Startbahn West, Züblin baut an der Luftwaffenbasis Hahn im Hunsrück, Züblin baut den Block 2 am AKW Neckar-Westheim. Züblin ist ein sehr guter Mitverdiener am westdeutschen Atomprogramm. (...)

Die WAA stellt in Verbindung mit AKWs und dem Schnellen Brüger in Kalkar einen geschlossenen Atomkreislauf dar. Dieser geschlossene Kreislauf versetzt die BRD zufällig genau 1995 (da soll das WAA-Projekt fertig sein) zum Auslauf des Atomwaffensperrvertrags in die Lage, eigene Atomwaffen zu produzieren. (...) In Wackersdorf sollen pro Jahr 5 Tonnen Plutonium abgetrennt werden, genug für ca. 500 Atomsprengköpfe.

Die WAA wird nicht der einzige derartige Betrieb sein. Die Hanauer Atombetriebe z. B. behergen schon heute das weltweit größte Potential bombenfähiger Stoffe, das ein „Nichtatomwaffenstaat" jemals besaß. (...)

Dieser Atomwaffensperrvertrag berührte die deutsche Atommafia sowieso nie besonders. Sie waren diejneigen, die mehr als alle anderen Sperrvertragsunterzeichner direkt nutzbare Atomwaffentechnologien exportierten und als einziger Nuklearexporteur im Rahmen des Sperrvertrages bis heute auf vollständige Kontrolle bei den Empfängerstaaten bundesdeutscher Atomexporte verzichten. Natürlich exportieren sie häufig genau in die Länder, die den Sperrvertrag nicht unterschrieben haben. (...)

Eine besonders wichtige Rolle spielt die deutsche Atompolitik im Rahmen der anderen militärischen Zusammenarbeit in Westeuropa mit dem Ziele einer westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft als zweite Säule der NATO. Umso mehr diese Zusammenarbeit voranschreitet, umso wichtiger wird für sie die WAA in Wackersdorf, denn dort werden die militärischen Schlüsseltechnologien stehen, ohne die eine Herstellung moderner Atomwaffen nicht mehr möglich sein wird. (...)

In diesem Zusammenhang, als Teil imperialistischer Kriegspolitik, muß die WAA in Wackersdorf gesehen und auch angegriffen werden! Es gibt keine Trennung zwischen der zivilen und der militärischen Nutzung von Kernenergie!

Säureanschlag auf Meßstationen

80 000 DM Schaden – In der Silvesternacht am Zwischenlager

Gorleben. Einen Schaden von über 80 000 DM verursachten unbekannte Täter zum Ausklang des alten Jahres in der Silvesternacht bei einem Säureanschlag auf Meßeinrichtungen des Atommüll-Zwischenlagers in Gorleben. Zwei außerhalb des das Lager umgebenden Walles, somit nicht im direkten Blickfeld der Wachmannschaft gelegene Meßstationen waren Ziel des Anschlages. Die nur hüfthohen Zäune wurden teilweise niedergerissen, die aus Stahlblech errichteten Häuschen aufgeschnitten. Dann wurde auf die empfindlichen Meßeinrichtungen eine ätzende Flüssigkeit, vermutlich Schwefelsäure, geschüttet. Die Geräte erlitten Totalschaden.

Direkt am äußeren Zaun des kenden natürlichen Strahlung Zwischenlagers, außerhalb des feststellen zu können, sind die Walles, unterhält die Brennele- Meßeinrichtungen so empfindlich mentlager Gorleben (BLG) drei – und darum ist der Schaden so solcher Ortsdosisleistungsmeßge- beträchtlich: laut BLG rund räte. Sie wurden schon beim Bau 80 000 DM alleine an den Gerädes Lagers eingeschaltet und die- ten. Wie der für Sicherheit zunen zur Kontrolle der mit der Ge- ständige Mitarbeiter der BLG nehmigung für das Lager verbun- feststellt, handelt es sich bei diedenen Auflage, daß die natürliche sen um eines der sensitivsten GeStrahlung von 65 bis 90 Millirem räte in der Bundesrepublik. Die (mrem), wie sie vor Ort ermittelt Messungen dieser empfindlichen wurde, durch den eingelagerten Geräte werden unterstützt durch radioaktiven Müll um nicht mehr vielerorts in- und außerhalb des als 7 mrem jährlich überschritten Lagers vorgenommene andere wird. Damit seien die Auflagen Messungen. für das Zwischenlager erheblich Schon einmal war erst kürzlich strenger als die generellen Vor- auf eine der drei Meßstationen ein schriften der Strahlenschutzver- Anschlag vorgenommen worden: ordnung, die eine maximale Am 11. Dezember wurde das di-Strahlung von 150 mrem zulas- rekt am Eingang des Zwischenlasen, unterstreichen Sprecher der gers gelegene Meßhäuschen – BLG. ähnlich wie jetzt die beiden ab-

Um diese geringe Ortsdosis bei seits gelegenen – aufgeschnitten. einer um rund 30 mrem schwan- Damals begnügten sich die Täter damit, die Meßgeräte vom Tisch zu stoßen. Die Apparaturen konnten noch repariert werden, doch entstand laut BLG immerhin ein Schaden von rund 5 000 DM.

Einen Zusammenhang zwischen beiden Anschlägen sieht die BLG darin, daß beide in zeitlicher Nähe zu Gottesdiensten begangen wurden, die gegenüber am Endlagererkundungsbergwerk organisiert wurden. Ein solches Treffen fand am 11. Dezember anläßlich des Rodungsbeginns auf dem WAA-Gelände in Wackersdorf, ein weiterer Gottesdienst in der Silvesternacht um 23 Uhr statt.

Der Säureanschlag wurde nach Feststellungen der BLG etwa anderthalb Stunden vor dem Gottesdienst begangen und um 22 Uhr entdeckt, die ermittelnde Kriminalpolizei schließt allerdings auch einen um einige Stunden früheren Zeitpunkt nicht aus.

Eine Verbindung zwischen dem Aufruf der Geistlichen zum Gottesdienst und dem Anschlag will Reinhard König von der BLG-Geschäftsführung ausdrücklich nicht herstellen, wenngleich für ihn ein zeitlicher Zusammenhang bei beiden Anschlägen mit den Versammlungen unverkennbar ist. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei dauern noch an. -rst-

Neuer Brandanschlag auf Baufahrzeuge

HAZ 21.1.86 vdB. **Hannover/Lüneburg**

Auf Maschinen der Tiefbaufirma Heinz Licht sind erneut Brandanschläge verübt worden. Die Polizei bestätigte am Montag, daß am frühen Sonnabendmorgen in Thomasberg bei Lüneburg ein Radlader des Unternehmens vollständig zerstört wurde. Der Schaden wird auf rund 100 000 Mark geschätzt. Ein zweiter Brandsatz, der in einem Raupenbagger versteckt worden war, zündete nicht.

Die Polizei vermutet, daß militante Kernkraftgegner für die Brandstiftungen verantwortlich sind. Der Grund: 1984 und 1985 wurden wiederholt im Raum Gorleben Anschläge gegen den Maschinenpark dieses Unternehmens verübt. Die Firma Licht war am Bau des Zwischenlagers Gorleben und an der Verbreiterung der nach Gorleben führenden Straßen beteiligt.

WÜRG

Schon in die letzte Ausgabe sollte eigentlich der folgende Artikel. Dieses scheiterte allerdings aufgrund menschlichen Versagens in einer nicht näher genannten "Außenredaktion" dieser Zeitung. Auch wenn die Aktualität dieses Artikels nicht mehr die größte ist, erscheint es uns wichtig, noch einmal über die Ereignisse um Würgassen zu berichten. Nicht zuletzt deswegen, weil von alldem überregional nichts bekannt geworden ist. Darüberhinaus hat sich durch diese Aktionen die regionale Zusammenarbeit der einzelnen Städte erheblich verbessert, was somit auch Bedeutung für andere AKW-Standorte haben dürfte.

Zwischen dem 21.10. und 8.11.1985 sind ca. 50 Transporte aus dem AKW Würgassen ins Wendland gerollt.
Jedoch nicht ohne Widerstand.
Der bundesweite (hauptsächlich norddeutsche) AKW-Widerstand mobilisierte, wie schon in der Vergangenheit, zu effektiven Blockade- und Behinderungsaktionen der Atommülltransporte. Fast eine Woche lang "brannte" es in der Provinz.
Nach dieser erfolgreichen Woche sah sich mann/frau jedoch nicht mehr in der Lage, den Widerstand im Wendland in dieser Form aufrechtzuerhalten. (Müde und kaputt waren alle und für die Auswärtigen, z.B. Kassel, Göttingen, Oldenburg usw. ist das Wendland ganz schön weit weg).
Auf dem Trebeler Treffen am Ende der Aktionstage wurde dann von allen beschlossen (endlich), die Atommülltransporte nicht nur im Wendland, sondern direkt an den Transportstrecken bzw. an den in Frage kommenden AKWs (Würgassen und Stade) zu behindern. Außerdem sollten die Transportfirmen nicht vergessen werden!
U.a. sollte durch Bewachung der vollen AKWs ausreichend Informationen über den Zeitpunkt der Transporte, deren Routen und Anzahl, sowie auch über die Sicherheitsvorkehrungen zusammengetragen werden, um so effektive Aktionen an den Strecken überhaupt erst möglich zu machen, und um frühzeitig das Wendland zu alarmieren.
Es darf keine stillschweigende Normalität der Transporte geben.
Dieses Konzept wurde dann auch in die Praxis umgesetzt...

... in Göttingen

Nach dem ersten Atommülltransport, der am 21.10. das AKW Würgassen in Richtung Gorleben verließ, wurde von einigen Städten und BIs eine "Rund-um-die-Uhr-Bewachung" des Kraftwerks auf die Beine gestellt. Per Flugblätter und Wandzeitungen wurde über die laufenden Ereignisse informiert und mobilisiert. Im Göttinger AK-Büro liefen seit langer Zeit mal wieder die Drähte heiß, zu Treffen ließen sich eine Menge neuer und alter Leute blicken.
Der Aufschwung, die Wende, oder was?
Nicht nur im Büro, sondern auch draußen herrschte rege Betriebsamkeit: Der Göttinger AK gegen Atomenergie wurde wieder einmal Objekt polizeilichen Interesses. Das Büro wurde überwacht, einzelne Leute wurden von Zivis verfolgt, das Telefon, wie immer, abgehört.

... in Würgassen

Auch die Bewacher in Würgassen wurden permanent von der Bullerei kontrolliert bzw. schikaniert und einige wurden verhaftet. Mit der Begründung, daß sie das AKW beobachten und bei ev. Transporten Alarm auslösen würden, um somit Straftaten vorzubereiten und zu ermöglichen.
Nicht nur die Bewacher/innen, sondern wahllos herausgesuchte Leute in der Umgebung wurden von der Polizei festgehalten, durchsucht und verhaftet.

Doch es blieb nicht bei den Überwachungen:

Nach Polizei- und Presseangaben wurden in der Nacht vom 4./5.11. zwei der möglichen Transportstrecken in der Nähe von Würgassen von Unbekannten ("wahrscheinlich Kernkraftgegner/innen") mit brennenden Barrikaden blockiert.
Die höxtersche Zeitung berichtete:
"Straßenbrandsperren errichteten unbekannte Täter auf der L 550 zwischen Fürstenberg und Meinbrexen sowie auf der B 83 unter der schwarzen Brücke bei Godelheim in der Nacht von Montag auf Dienstag. Eine Sperre bestand aus brennenden, mit einer Kette verbundenen Autoreifen, sechs Meter langen Baumstämmen mit einem Durchmesser von 20-30 cm und feststehenden Krähenfüßen ... Bereits gegen 2.30 entdeckte ein Streifenwagen aus Höxter die brennenden, als Straßensperre aufgetürmten Reifen unterhalb der Schwarzen Brücke bei Godelheim."

Außerdem wurde in und um Würgassen versucht, die Öffentlichkeit über die Gefährlichkeit der Transporte zu informieren, um der Desinformationspolitik (das Geschwafel von Sicherheit und Ungefährlichkeit) der Verantwortlichen entgegenzutreten.
Auf einer der Transportstrecken, auf der A 7 bei Northeim, wurde am 8.11. von einem PKW-Fahrer in den Morgenstunden ein Faß mit wahrscheinlich radioaktivem Inhalt auf dem Randstreifen entdeckt. Sofort benachrichtigte der Fahrer die zuständige Bullerei in Northeim. Die Behörde reagierte und schickte ein sog. "Strahlenschutzkommando" der Feuerwehr Northeim zur Unfallstelle, um die Ausmaße des Unfalls zu ermitteln.
Ein mit Geigerzähler ausgerüsteter Strahlenschutzmann wurde auf das Atommüllfaß angesetzt. Glücklicherweise hatte der lobenswerte und mutige Einsatz für ihn keine strahlenden Folgen: Im Faß war Sand, einfacher Sand.
Laut Presse (Göttinger Tageblatt) sollte diese Aktion von AKW-Gegner/innen auf die Gefährlichkeit der Transporte und die laschen Sicherheitsvorkehrungen der Verantwortlichen hinweisen, wobei der tatsächliche Umgang mit dem "Normalfall Atommülltransport" (z.B. wurde noch nicht einmal die Autobahn gesperrt), ziemlich deutlich wird.

Am 9.11. rollte der vorläufig letzte Atommülltransport aus Würgassen ins Wendland. Eine Blockade direkt am AKW, zu der noch aufgerufen wurde, ist deshalb geplatzt — ersteinmal eine kleine Atempause. (Auch für die Verantwortlichen? Nie!)

ENDLAGERKAMPAGNE

Endlager-Kampagne heißt die Formel, die schon seit einiger Zeit in verschiedenen Diskussionen mehr oder weniger diffus herumgeistert. Mittlerweile hat das Ding nach zwei Trebel-Treffen soweit Konturen angenommen, daß mobilisiert werden kann.

Die Bedeutung, die die Endlager als "Entsorgungs"nachweis für den gesamten Atom-Betrieb haben, kann nicht bestritten werden. Die Tatsache, daß beim Betrieb der AKW's ständig atomarer Müll anfällt, ja daß sogar ganze Reaktoren abgewrackt werden müssen, zwingt die Atom-Lobby, der Öffentlichkeit ein vermeintlich tragfähiges Entsorgungskonzept zu präsentieren.
Nun stellt sich heraus (wir haben's ja schon immer gesagt), daß der Salzstock Gorleben zur Endlagerung radioaktiver Abfälle so geignet ist wie ein rostiger Marmeladeneimer als Benzintank. Konsequenterweise bemüht sich die DWK, interne Umstrukturierungen zwischen Gorleben und Salzgitter vorzunehmen. Dem Schacht Konrad werden Kapazitäten abverlangt, die über das Maß der Planungen weit hinausgehen, und wer weiß, was noch alles in Asse II hineingeworfen wird.

Darüberhinaus verdichten sich alle schlimmen Annahmen in Bezug auf eine Konditionierungsanlage in Gorleben.
Saumäßige Zustände also, das atomare Chaos scheint vorprogrammiert. Aber in aller Gelassenheit wird das Drama weiterinszeniert, denn weder in der Öffentlichkeit noch im Widerstand hat sich jemand nennenswert darum gekümmert. Salzgitter 82 liegt mehr als 3 Jahre zurück!
Geben wir also der Atom-Mafia die Möglichkeit mit einem total rissigem Konzept *ihre* "Entsorgung" zu legitimieren? Geben wir der SPD die Chance, ihre windelweiche Position zur Atomkraft mit dem Konzept der direkten Endlagerung zu verkaufen? Oder helfen wir den Grünen beim Verramschen ihrer letzten Inhalte?

Das kann "ja" wohl nicht angehen!? Politisch spricht alles für eine Endlager-Kampagne. Trotzdem rief das Thema bei vielen Gruppen, auch bei uns in Lüneburg, eine ganze Zeit nur ein müdes Achselzucken hervor, das in erster Linie nur strategischer Natur war.
Irgendwann war ja mal mehr oder weniger ein Konsens darüber erzielt worden, daß ein Anrennen gegen die Betonmauern der Nuklearfestungen weit weniger erfolgversprechend ist, als der Eingriff in den Transportverkehr. Allerdings haben die letzten Atommülltransprte auch diese Vorstellung relativiert. Dennoch schien vielen die Endlager-Kampagne zunächst ein Schritt zurück zu sein, und in Anbetracht der Tatsache, daß die Atommülltransporte nach wie vor aktuell sind & bleiben, war der Verdacht naheliegend, hier würden unsere Kräfte zersplittert.
Das aber ist nicht der Fall! Der Widerstand gegen die Atommülltransporte und der Widerstand gegen die Endlager ist ein und derselbe Widerstand. Diese Einheit ergibt sich nicht nur aus dem Zusammenhang von Endlager & Transporten, sondern auch aus der Tatsache, daß die Aktionsformen zum Teil die gleichen sind.

Was bedeutet das Konkret?

Zunächst muß, das ist klar, eine massive Öffentlichkeitsarbeit einsetzen. Diskussionsveranstaltungen, Büchertische, Pressekonfernz etc. müssen gewährleisten, daß das Thema "Endlager" eine breite Auseinandersetzung schafft und politisch Druck erzeugt. Schließlich stehen in Niedersachsen die Wahlen vor der Tür.
In dieses Kapitel fällt auch die Auftaktaktion der Mai-Aktionen. Durch die agit-prop-mäßige Anreise ins Wendland soll der Bevölkerung die bedrohliche Nutzung der Straßen, an denen sie wohnt, als Atommüllstraßen bewußt gemacht werden. Da dies an Himmerlfahrt geschieht und sich viel Volk auf der Straße befindet, dürften dafür gute Voraussetzungen herrschen.
Am darauffolgenden Tag soll dann mittels vier Blockadepunkte ein Ring um End- und Zwischenlager in einer Weise gezogen werden, die vollkommen dem Konzept der Atommülltransport-Blockaden entspricht. Das bedeutet an diesem Tag v.a.: Behinderung des Baustellenverkehrs, also genau der Aspekt, um den die Atommülltransport-Block. ergänzt werden sollten!

Das Konzept der Aktionstage im Mai

Donnerstag, d. 8. Mai:	**(Himmelfahrt) Anreise von den Standorten mit Atommüllfässern ins Wendland. Unterwegs wird u.a. die "Deutsche Atommüllstraße" ausgeschildert. Zentrales Zeltlager, abends Musikprogramm.**
Freitag, d. 8. Mai:	**Blockadeaktionen in einem Ring um das Endlager (Toatalblockade); Blockadeabschnitte sind wie beim Widerstand gegen die Atommülltransporte bei Trebel, Gedelitz, Gorleben und Rondel.**
Sonnabend, d. 10. Mai	**Fahrt nach Salzgitter in einem Konvoi, eventuell mit Aktionen auf dem Weg; abends Kultur.**
Sonntag, d.11. Mai:	**Auftaktkundgebung in Salzgitter; erweiterter Schacht - Konrad - Spaziergang im Sinne der bisher durchgeführten Sonntagsspaziergänge.**

Damit knüpft die Endlager-Kampagne an Aktionsformen an, die sich in den letzten Jahren im direkten Widerstand gebildet haben. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß solche Tage genug Raum lassen, allen Spektren des Widerstands die Möglichkeit zu geben, ihren Vorstellungen entsprechend zu handeln. Am Sonnabend fahren alle (& noch mehr) in einem Konvoi nach Salzgitter, politisch-symbolisch, um den Zusammenhang der beiden Endlager-Standorte auszudrücken. Sonntags soll dann eine Kundgebung und eine Demo zum Schacht Konrad stattfinden. Voraussichtlich werden in dieser Phase unsere Forderungen eher als Protest Ausdruck finden, denn bei der derzeitigen Situation am Schacht, zumal sonntags, sind große Erwartungen unrealistisch. Dennoch ist aber durch eine Konkretisierung des Konzepts in Bezug auf Bahnspaziergang noch einiges drin.

Die Endlager-Kampagne ist eine Möglichkeit, den nordeutschen Anti-AKW-Widerstand mal wieder auf den Punkt zu bringen. Ein größerer Kristallisationspunkt ist richtig, um neben den vielen Kleinaktionen gegen die Atommülltransporte, den Widerstand gegen das Atomprogramm, v.a. jetzt gegen die Endlager, auf breiter Basis zu formulieren. Jetzt muß dadurch politisch Druck ausgeübt werden, um gerade auch in Hinsicht auf die Landtagswahlen Forderungen zu stellen.

Darüberhinaus kann dies auch ein Ansatz sein, um nach dem Abbröckeln des wendländischen Widerstands infolge der WAA-Standort Entscheidung wieder ein größeres Spektrum in die aktive Auseinandersetzung um das Atomprogramm einzubeziehen. Ein Widerstand der Art, wie er sich im Wendland entwickelt hat, also mit Sabotage- und Subversion, ist auf eine Akzeptanz in der Bevölkerung angewiesen.

Zum Schluß noch ein Gedanke: Die Endlager-Kampagne darf nicht auf die Tage vom 08. - 12. Mai und auf die Mobilisierung reduziert werden. Auch im Anschluß daran sind Veranstaltungen und Aktionen erforderlich. Entscheidend ist, wem sag ich das, Kontinuität. In diesem Sinne

Power To The People

Kontakt und Koordination: Ursula Schönberger, Sophienstr. 14, 3300 Braunschweig, Tel.: 0531/891632

Wider ein gesalzenes Wendland

Während diese Zeitung entstand, haben sich am Sonntagnachmittag mehrere Hunderte Anti-AKW-Leute kalte Füße geholt, als sie in Gorleben mit einer Kundgebung gegen die geplante Salzhalde protestierten. Mittlerweile stehen in dem Kiefernwäldchen südlich des Endlagergeländes die ersten Holzhäuschen, und einige ganz Hartgesottene gedenken sogar, in Zelten dort auszuharren.

Mit dieser Aktion wollen Wendländerinnen und Sympis den Rodungsbeginn eines 17 Hektar großen Geländes behindern, auf dem nach den Plänen der DBE eine riesige Halde mit dem Salz aufgeschüttet werden soll, das beim Bau der unterirdischen Kavernen des Endlagers anfällt. In der ersten Bauphase sollen zunächst 1,1 Millionen Kubikmeter, später dann noch einmal die etwa 10-fache Menge aufgetürmt werden.

Die BI geht davon aus, daß durch die Salzhalde sowohl die Versalzung der Umgebung drohe als auch eine starke Schwermetallbelastung des Grundwassers. Die umliegenden Gemeinden weigern sich der Errichtung der Halde zuzustimmen, solange kein Gutachten über die ökologischen Folgen vorliegt. Die Planung des Salzhaldenprojekts war seinerzeit ohne Öffentlichkeitsbeteiligung erfolgt. Spätestens am 5. März müssen die Rodungsarbeiten aus Vogelschutzgründen abgeschlossen sein. Bis dahin, so hoffen die anwesenden AKW-Gegnerinnen, können die Rodungen möglicherweise behindert und hinausgezögert werden. Im Rahmen der Endlagerkampagne, aber auch unabhängig davon, wäre das natürlich ein Bombenerfolg.

weltweit keine "Entsorgung"

Es gibt weltweit kein Endlager, d.h. es gibt auch keine Atommüll"entsorgung". Um diese Argumentation der Anti- AKW-Bewegung mit Fakten zu belegen im Folgenden ein Überblick über die Strategien der in diesem Bereich wichtigsten Länder, in denen zu diesem Problem Forschungen laufen oder die bereits heute mit bedeutenden Mengen von Atommüll fertig werden müssen. Es fehlen hier Länder wie die Schweiz, Japan oder Italien, die ebenfalls auf Endlagersuche sind, aber erst am Anfang stehen, die Sowjetunion ist wegen der schlechten Materiallage ausgeklammert.
Grundsätzlich bleibt festzuhalten, es gibt bislang nirgendwo einen akzeptablen Ansatz zur Lösung des Atommüllproblems. In einer Reihe von Ländern sollen ab 1990, paralell zu Gorleben, Endlager in Betrieb gehen. Diese Endlager sind heute alle noch im Stadium von Probebohrungen, die Endlagertechnologie ist über Laborversuche und REchenmodelle noch nicht hinausgekommen. Andererseits ist bei allen untersuchten Endlagermedien (Salz, Ton , Granit u.a.) bereits heute klar, daß sie Probleme aufwerfen (WAsserzutritt) und der Atommüll mit großer Wahrscheinlichkeit in die Biosphäre gelangt. Die zuständige EG- Kommission stellte 1984 in einem (völlig unkritischen) Bericht fest, daß *" die Bewirtschaftung von Abfällen, die langlebige Isotope enthalten (insbesondere plutoniumhaltige Abfälle) sowie von hochaktivem Atommüll aus der Wiederaufarbeitung hat noch nicht das Stadium industrieller Reife erreicht, obwohl bereits bestimmte technische Grundlagen geschaffen worden sind"* **auch** *"heute noch (sind) bedeutende ingenieurtechnische Entwicklungen erforderlich".* **Selbst die erste Hürde zur Endlagerung dieses Atommülls ist noch lange nicht genommen, die Konditionierung dieser Abfälle ist von der Anwendungsreife noch weit entfernt, von Sicherheit nicht zu reden, diese Abfälle werden heute überall "zwischengelagert." Heiße Versuche zur Endlagerung laufen derzeit nur in der Asse, im EG- Bereich, zweites "Pilotprojekt soll das Versuchslabor Mol werden.**
Neben der Technik ist der Widerstand der Bevölkerung in Europa als auch in den USA und Kanada ein bedeuten des Hindernis für die Atommafia. Auffällig ist, daß außer den Atomwaffenstaaten nur Japan und die BRD auf eine eigene großtechnische Wiederaufarbeitung setzen, einige Länder lassen im kleinen Maßstab im Ausland aufarbeiten, der Großteil hat sich jedoch mittlerweile für die Direkte Endlagerung bzw. "Langzeitzwischenlagerung" entschieden. Dänemark, das noch keine AKW's besitzt, hat kürzlich den Beschluß gefaßt auch keine mehr zu bauen, Schweden will seine laufenden AKW's "auslaufen" lassen .

Schweden

Schwedens AKW's werden nach der derzeitigen Beschlußlage der schwedischen Regierung im Jahre 2010 auslaufen, neue sollen nicht mehr hinzugebaut werden. Gleichzeitig hat Schweden sich gegen die weitere Wiederaufarbeitung schwedischer Brennelemente in La Hague entschieden. Schweden verfolgt jetzt das Konzept der "Direkten Endlagerung".
Seit Juli 85 hat Schweden ein zentrales Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente (BE) am AKW Oskarshamn. Das Zwischenlager hat in 4 Becken eine Aufnahmekapazität von 3000t. Der größte Teil der schwedischen abgebrannten BE und anderer hochaktiver Atommüll lagert noch in La Hague.
Leicht- und mittelaktiver Atommüll (LAW u. MAW), nach schwedischer Klassifikation alles außer den BE, soll in Zukunft auf dem Meeresboden in der Nähe des AKW Forsmark nördlich von Stockholm gelagert werden. Für die Lagerung im Meer gibt es bis heute keine Genehmigung, aber am Endlager wird fleißig gebaut. 1988 soll es in Betrieb gehen. In Planung ist heute schon ein Ausbau für weitere 150.000 Kubikmeter Atommüll. Nach Angaben der Industrie soll der Atommüll hier 500 Jahre "sicher" sein, angesichts der schwedischen Atommüllklassifikation, nach der LAW und MAW auch langlebige alpha- Strahler enthält, ist allein die ins Auge gefaßte Zeitspanne äußerst kurz.
Die abgebrannten Brennelemente sollen in Granitfelsen eingelagert werden. Internationale Untersuchungen dazu laufen bei Stripa, einer alten Eisenmine westlich von Stockholm. Die Forschungen begannen 1976, seit '80 laufen sie als autonomes Projekt der OECD Nuclear Energy Agency. Beteiligte Länder sind Kanada, die USA, Japan, Finnland, Frankreich, Spanien, Schweden, Schweiz und Großbritannien.

Schweden will die abgebrannten BE in Kupferkanistern mit einer Wandstärke von 10 cm in krystallinem Fels (Granit) in einer Tiefe von 500 m einlagern. Die Kanister sollen mit Ton umgeben werden, das Ganze soll später mit einer Mixtur aus Ton und Sand versiegelt werden. Kritiker monieren, daß der Ton weggewaschen werden kann bzw. sich unter bestimmten Umständen chemisch verwandelt. Versuche haben beispielsweise ergeben, daß der Ton von einem tropfenden Wasserhahn weggespült wird.
Schweden untersucht außerdem die Lagerung hochradioaktiver Abfälle in Bohrlöchern. Bis 1990 sollen dazu 10 bis 15 Standorte untersucht werden, ab 1992 sollen 3 in die engere Auswahl genommen werden. An allen Orten gab es Proteste der betroffenen Städte und der Bevölkerung, im November 85 wurden die Bohrungen in Almunge nahe Uppsala durch eine Besetzungsaktion des Bohrgeländes verhindert.
Die endgültige Entscheidung über den Endlagerstandort und die Methode soll 1998 fallen, der Baubeginn ist für 2010 vorgesehen, zu diesem Zeitpunkt soll das letzte AKW stillgelegt sein. Schweden ist favorisierter Kandidat für eine "internationale Endlagerstätte". Ein solches Konzept wird auch von der EG und der IAEO in Betracht gezogen, um Ländern ohne Atommülllagerungsmöglichkeit den (Weiter)Betrieb von AKW's zu ermöglichen.
Ein Vertrag über die Abnahme von 25t abgebrannter BE besteht bereits heute zwischen Schweden und der BRD. Im Februar 85 meldete "Nucleonics Week" ein Dreiecksgeschäft zwischen Schweden und drei bundesdeutschen EVU's, nach dem Schweden den AKW- Betreibern aus der momentanen Verlegenheit hilft und ihnen 57t Mischoxidbrennelemente abnimmt. Die BRD muß dafür später einmal, wenn sie Zwischenlager zur Verfügung hat, schwedischen Atommüll aus La Hague aufnehmen. "Nucleonics Week" wies ausdrücklich darauf hin, daß beide Kontingente die gleiche Menge Plutonium enthalten. Der BRD- Atommüll wird bis eine Endlagerungsmöglichkeit besteht im Zwischenlager Oskarshamn gelagert. Die ersten MOX- Transporte sollen ab 1987 über Lübeck- Travemünde nach Schweden gehen (außer- wir blockieren sie), vorgesehen sind zunächst 5 bis 9 Transporte. Die MOX- BE warten derzeit im Lagerbecken des AKW Kahl auf ihren Abtrabsport.
Bei einer Anhörung für den Bau einer Anlage zur Wiederaufarbeitung von Uran in Schweden wurde im Dezember letzten Jahres bekannt, daß die Betreiberfirma ASEA seit '79 illegal Atommüll aus Brennstoffabriken in Japan und seit 1980 zusätzlich aus der Hanauer RBU importiert hatte. Es handelt sich dabei um Mengen von jährlich 60 bis 70 t, die beim Import fälschlicherweise als schwedischer Atommüll aus La Hague deklariert wurden.

Belgien

Belgien hat seinen LAW seit Anfang der 60er Jahre im Meer versenkt, z.Z. wird er im Atomforschungszentrum Mol gelagert, ebenso wie der MAW. Bislang gibt es nur eine Lagerung im Freien, geplant ist mit überdachten Flächen eine zusätzliche Lagerkapazität von 10.000t zu schaffen.
Alpha- Strahler wurden z.T. in Mol verbrannt, der Verbrennungsofen kann allerdings nur Mengen im Kilobereich verarbeiten.Konditionierte Abfälle aus der WAA Eurochemic werden in der Lagerstätte Eurstorage in oberirdischen Bunkern mit einer Lagerkapazität für 50 Jahre deponiert.
Perspektivisch soll der HAW und MAW in einem Endlager unter dem Atomforschungszentrum untergebracht werden. Im Bau ist in einer Tonschicht ein Versuchslabor in 225m Tiefe für echte ("heiße") und simulierte Versuche zur Endlagerung. Das spätere EL soll aus einem Hauptstollen mit 4,5m Durchmesser und 550m Länge sowie einem System von Nebenstollen mit 3,5m Durchmesser mit einer Gesamtlänge von 7km bestehen. Mit der Einlagerung von HAW wird frühestens in 50 Jahren gerechnet, MAW soll schon eher eingelagert werden. Zunächst sollen die Abfälle rückholbar deponiert werden, erst nach mehreren Jahrzehnten sollen die Leerräume starr ausgefüllt und verschlossen werden.
Die EG Kommission kam im Nov. 84 in einer Studie zu dem Schluß, daß Ton aufgrund seiner geringen Wärmeleitfähigkeit, der Bildung von Rissen und Klüften (Wasserwege) bei Erhitzung durch HAW sowie die geringen Standfähigkeit der Grube als Endlagermedium *"wenig geeignet"* ist.
Da die EG- Kommission sich immer sehr gewählt ausdrückt, kann frau davon ausgehen das "völliger Mist" gemeint ist.

Frankreich

Frankreich lagert seinen LAW und MAW seit '69 unterirdisch im Department Manche. Feste, konditionierte Abfälle werden hier ohne weitere Ummantelung in Erdwällen gelagert, flüssige Abfälle sind verfestigt in unterirdischen Monolithen untergebracht, bedeckt mit Lehm. Die Anlage hat eine Gesamtfläche von 12ha mit ca. 400.000 Kubikmetern Lagerkapazität, 1983 war bereits die Hälfte gefüllt. Frankreich sucht bereits heute nach einem neuen Standort für eine weitere Atommülldeponie, an den drei ausersehenen Orten (Aube, 130km westl. von Paris, Vienne) regt sich heftiger Widerstand.
Alpha-strahlungshaltiger Müll sowie der HAW werden in den Atomforschungsanlagen sowie in La Hague gelagert bis sie später einmal in einem EL untergebracht werden können. Dafür hat es bislang nur Probebohrungen in Granit gegeben.
So lagern in Marcoule beispw. seit 78 750 Atommüllbehälter aus Stahl mit je 150 l verglaster Abfälle aus der Verglasungsanlage. Frankreich baut derzeit noch an einer zweiten Verglasungsanlage in La Hague, die 87 in Betrieb gehen soll. F. ist bei der Verglasungstechnik "führend", d.h. aber nichts anderes als das es den Atommüll einfach verglast, Aussagen über die "Langzeitsicherheit" können nicht einmal in Ansätzen gemacht werden. Das Ganze ist noch im Versuchsstadium, untersucht werden derzeit die Auswirkungen von Druck, Temperatur und Strahlungen, "langfristig ist die Erstellung eines Auslaugmodells beabsichtigt", so ein EG- Bericht.

Großbritannien

Großbritannien (GB) hat bislang den meisten Atommüll ins Meer versenkt. Bekannt ist die direkte Einleitung radioaktiver Abwässer der WAA Windscale, die die Küste von Cumbria mittlerweile weiträumig verseucht hat
GB's erste Meeresversenkung von Atommüll fand 1949 3000 Meilen südwestlich von Lands End statt. 1984 kollidierte ein US- Unterseeboot 175 Meilen südwestlich von Lands End mit Atommüllfässern – nach diesem Zwischenfall fertigte das zuständige britische Ministerium erstmals Karten über alle bisherigen Versenkungsaktionen an.
1950 wurde 8 Meilen nördlich von Alderney Atommüll versenkt, dort wurde zusätzlich radioaktives Material des britischen Atomwaffenprogramms, u.a. der zwei Reaktoren von Calder Hall, versenkt. Anhand der gemessenen hohen Alpha- Strahlung ist zu vermuten, daß hier entgegen offiziellen Angaben Plutonium- haltiger Atommüll versenkt wurde.
In den Jahren 51 bis 53 fanden Versenkungsaktionen 250 Meilen westlich der Hebriden und bis 61 weitere in der Nähe von Madeira statt. Allein 1981 wurden auf diese Weise 2500 t Atommüll beseitigt, unter denen sich etwa 2000 Ci Alpha- und 100.000 Ci Beta und Gamma- Strahler befanden. Nach der Septembertagung 85 der Londoner Konvention ist auch GB unter Druck, andere Lagerstätten zu finden.
Für den leichtaktiven Atommüll gibt es in GB drei Beseitigungsmethoden: 1. Zusammen mit gewöhnlichem Hausmüll auf Mülldeponien 2. vergraben am Entstehungsort und 3. in oberirdischen Atommülllagern. In Drigg betreibt die BNFL ein 300 Acres großes Lager, wo der LAW in 700m langen, 15 m breiten und 4,5m tiefen Gräben geschüttet und anschließend mit einer Erdschicht von 1m bedeckt wird. In Drigg sind seit der Inbetriebnahme 71 ca. 150.000Kubikmeter Atommüll vergraben worden. In einem Vergrabungsgelände bei Dounray werden 200l Stahlfässer mit Atommüll in 7m tiefen Gräben aufeinandergestapelt. Derzeit sind 6 Gruben verfügbar, die ersten 4 besitzen eine Kapazität von 6000 Kubikmeter bzw. 14.000 Kubikmetern. Zwischenräume zwischen den Fässern werden mit Polyäthylemmasse ausgefüllt, anschließend werden die Gruben mit Erde zugeworfen. Bezüglich dieser Endlagermethoden kam die EG zu dem Schluß, daß hier die Forderung nach einem Mehrbarrierensystem nicht erfüllt sei und sie daher abzulehnen sei. Ein Versagen der Behälter würde zur sofortigen Freisetzung in die Biosphäre führen. Im EG- Rahmen wurde daher auch eine Vergußmasse entwickelt, die in die Gräben eingepreßt wird, um *"die Verbreitung von Radionukliden* **zu verzögern"**.Nach offiziellen Angaben fallen bis Ende des Jahrhunderts in GB eine halbe Million Kubikmeter LAW an, hinzu kommen 66.000 aus der WAA Windscale, in den 90er Jahren muß daher eine neue Atommülldeponie in Betrieb genommen werden. Im September 85 wurde eine Liste mit 5 in Frage kommenden Standorten veröffentlicht. Die früher in die engere Wahl gezogene Salzmine von Billingham war Anfang 85 wegen des örtlichen Protestes als Standort zurückgezogen worden, 83.000 Menschen hatten eine Petition dagegen unterzeichnet. Noch auf der Liste steht Elstow (Bedfordshire), hier soll die Atommülllagerung in Betongräben bis 1990 möglich gemacht werden.
Mittelradioaktive Abfälle und Alpha- Strahler sollen zukünftig in oberirdischen Gräben mit einer Tiefe von 20 - 30 m oder in größeren Hohlräumen untergebracht werden, eine erste Lagerstätte soll 1990 fertig sein. Für Alpha- Strahler ist zusätzlich ins Auge gefaßt, sie in Zement einzubinden und im Ozean zu versenken.
"Lösungen" für die abgebrannten BE hat GB, außer Versuchsbohrungen und der Beteiligung an internationalen Forschungen nicht zu bieten. Die BE. einschließlich den aus der BRD u.a. Ländern, lagern in Naßlagerbecken in Windscale oder im Trokkenlager Wylfa, flüssiger HAW in Fässern.Eine Verglasungsanlage ist noch im Bau, die Inbetriebnahme ist für 1990 vorgesehen. Die verglasten Abfälle sollen später ebenfalls in Windscale gelagert werden.

Niederlande

Im April 84 fischte der Frachter "Walter Herwig" 3 Fässer mit Atommüll aus dem Atlantik - sie waren 1980 von den Niederlanden (NL) versenkt worden. Alle Fässer waren inzwischen beschädigt, zerdrückt von dem hohen Wasserdruck, eines hatte ein Loch.
Zwischen 1967 bis 82 hatten die NL, Belgien, die Schweiz und Großbritannien ca. 100.000 t Atommüll 700 km nordwestlich von Spanien im Atlantik versenkt. Die Versenkungsaktionen fanden Anfang 83 ein (vorläufiges ?) Ende, da die Londoner Konvention zunächst ein 2 jähriges Moratorium erließ, daß im September 85 auf unbestimmte Zeit verlängert wurde. NL hatte ab Anfang der 80er Jahre die Endlagerung in Salzstöcken in Betracht gezogen. Da die nötigen Probebohrungen nicht gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzbar waren, verfiel man auf die Idee Salzstöcke im holländischen Teil der Nordsee zu untersuchen. 1981 begannen seismische Untersuchungen der 2 umfangreichsten von insgesamt 13 Salzstöcken im Meer. Das Projekt wurde dann aber im März 83 mit der Begründung beendet, es sei zu kostspielig. Hauptgrund dürfte sein, daß kein Salzstock gefunden wurde, der dem 79 aufgestellten Kriterienkatalog für die "Lagerung hochaktiver Abfälle (HAW) in Salzdomen" genügte. 1984 wurde der Kriterienkatalog aufgehoben, da er nicht „geeignet" sei, jetzt sollen neue Kriterien entworfen werden. Für die Lagerung von leicht- und mittelaktivem Atommüll (LAW und MAW) gibt es ohnehin keine Kriterien.
Die abgebrannten Brennelemnte (BE) der holländischen AKW's Doodeward und Borssele lagern heute noch in Windscale und La Hague. Perspektivisch möchte die Regierung das Land atommüllfrei halten, im Oktober 84 erklärte der holländische Wirtschaftsminister, daß die Niederlande ihren Atommüll im Ausland lagern würden. Da NL auch den Bau zweier weiterer AKW's plant, soll der Coup damit verbunden werden, daß nur das Land den Bauauftrag erhält, das auch den holländischen Atommüll abnimmt. Angefragt wurde u.a. in der BRD, ein Angebot aus China für nicht wiederaufgearbeiteten Atommüll liegt auch vor, wahrscheinlichster Abnehmer ist aber Schweden.
Der schwach- und mittelaktive Müll evtl. auch der HAW soll für die nächsten 50 bis 100 Jahre "langzeitzwischengelagert" werden. NL hofft bis dahin auf eine internationale Atommülldeponie, sollte dies nicht klappen sollen doch die holländischen Salzstöcke herhalten.
Für das geplante, 30 Hektar große unterirdische Langzeitzwischenlager sind bislang 13 Standorte im Gespräch - alle haben schon dankend abgelehnt, an vielen hat sich Widerstand formiert, in Moerdijk bei Rotterdam sind bereits Protestaktionen veranstaltet worden.

Kanada

Kanada hat z.Z. 7000t Atommüll in Naßlagerbecken an den AKW's lagern, der nicht wiederaufgearbeitet sondern später direkt endgelagert werden soll. Als Endlagermedium untersucht Kanada Granit in Pinewa (Manitoba). Die kanadische Regierung baut dort nach offizieller Version ein ausgedehntes unterirdisches Laboratorium zur Untersuchung von Endlagerungsmethoden. Die örtliche BI hatte schon lange geargwöhnt, daß hier unter falschem Etikett ein Endlager gebaut wird. Dies wurde vom kanadischen Energieminister letztes Jahr dann indirekt bestätigt, indem er es in einem Interview ausdrücklich nicht ausschloß.
Nach Angaben der BI werden in Pinewa seit kurzem leicht- bis hochradioaktive Abfälle in Silos, Erdwällen und Becken gelagert.
Die USA möchten sich offenbar an dem Endlager beteiligen, die US- Regierung bot Kanada Mitte letzten Jahres 30 Mio. Dollar für die Erweiterung des "Laboratoriums".
Die Felsen in Manitoba waren 78 mit der Begründung ausgesucht worden, sie seien besonders fest und trocken. Mittlerweile hat sich herausgestellt, daß sie voller Risse und sehr feucht sind – von der Regierung wird jetzt behauptet, sie seien ausgewählt **gerade weil** sie feucht sind. Trotz noch nicht abgeschlossener Untersuchungen kam eine Studie der Atomic Energy of Canada, verantwortlich sowohl für den Betrieb der AKW's als auch für die Atommüllagerung, im Oktober 85 zu dem Ergebnis, daß Atommüll in den Felsen des kanadischen "Schildes" sicher gelagert werden könne. Geplant ist , den Atommüll in angeblich korrosionsbeständigen Kanistern 500 bis 1000 m tief in Felsgewölben einzulagern.
Die endgültige Entscheidung über den Standort soll offiziell nach einem öffentlichen Hearing Ende 1988 nach Abschluß der Untersuchungen fallen (sowas kennen wir doch irgendwoher). Das Endlager soll ab 2010 betriebsbereit sein. Ein indirektes Angebot für die Übernahme von Atommüll aus anderen Ländern zur Endlagerung liegt von Seiten des Energieministers bereits vor. vor.

USA

Auch im ältesten Land der Atomnutzung ist mann der Lösung des Atommüllproblems nicht näher gekommen. Nach langjährigen Forschungen gab das Department of Energy (DOE) im Dezember 84 bekannt, daß drei Standorte gefunden wären, an denen eine Endlagerung von HAW entwickelt werden könnte. Ins Auge gefaßt sind 1. Yucca Mountain/Texas in vulkanischem Tuffgestein 2. Hanford/Washington in Basaltgestein und 3. Deaf Smith/Texas in Salz. Alle Standorte sollen ab diesem Jahr unterirdisch erkundet werden, eine endgültige Entscheidung über Ort und Endlagermedium soll 1990 getroffen werden. Öffentliche Kritik machte sich vor allem daran fest, daß das DOE die Standorte benannte, bevor die Richtlinien für Endlagerstandorte veröffentlicht wurden. Im April 85 gab die US- Regierung bekannt, daß als integrierter Bestandteil der HAW- Handhabung eine Anlage für die rückholbare Lagerung entwickelt werden soll, mögliche Standorte sind das Oak Ridge Atomforschungszentrum oder der Clinch River Brüter. Die Anlage soll nach derzeitigen Planungen 3000 t abgebrannter BE für die EL konditionieren können, da hier dann möglicherweise der gesamte endzulagernde Atommüll der USA durchgeschleust werden soll (mind. 70.000t) müßten dort ständig 15.000 t abgebrannter BE gelagert werden können. Nach heutigen Planungen soll das Lager 1996 fertig sein. Der Druck zu eine schnellen "Lösung" des Atommüllproblems kam von den AKW-Betreibern, weniger aus Platzgründen als das auch in dem USA die Akzeptanz der Atomenergie an der mangelnden Entsorgung leidet.
Mit dem Atommüll wurde in den USA bislang äußerst sorglos umgegangen, große Mengen flüssigen HAW gammeln beispw. in den Atomforschungszentren in Stahlfässern und Tanks vor sich hin, das Gesundheitsministerium befand z.B. das Atommüllager Hanford als "lebensgefährdend". Nachdem 85 im LAW- Lager der WAA Barnwell größere Mengen Tritium ausgeleckt waren, wurde ein Gesetz erlassen, das die Verfestigung flüssiger Abfälle zumindest für Transporte vorschreibt. In South Carolina sind 45% allen LAW der USA gelagert, insgesamt 16 Mio. cubic feet, hier befindet sich zusätzlich ein Lager für HAW aus der Atombombenproduktion. Da S.C. das Lager gerne schließen möchte und sich weigerte, weiterhin den Atommüll anderer Staaten aufzunehmen, machte der Kongreß alle Staaten für die Errichtung von Atommüllagern verantwortlich. Dieser Erlaß führt dazu, daß es jetzt vermutlich weitere 12 Deponien geben wird, die Standorte dafür sind allerdings noch nicht benannt. Der 1982 erlassene "Nuclear Waste Policy Act" ermöglichte den Betreibern insgesamt eine größere Flexibilität bei der Atommüllagerung. So soll die Regierung Lagerungsmöglichkeiten an jedem Reaktor ermutigen (mit Kapazitäten bis zu 1900t)und fördern ,der Platz in existierenden Becken soll stärker ausgenutzt werden, erlaubt ist die Aufstellung mobiler Tanks.

Die Geschichte von den sieben Zwergen

Teil III

Am nächsten Morgen, als der Oberbergingenieur und seine Leute erwachten, waren die Bauern immer noch da. Es gab keinen Kaffee und keine Brötchen zum Frühstück, weil die Bauern niemanden durchließen, um Essen zu holen. Die Bauern selbst dagegen brieten sich Schinken und Eier auf ihren Feuern und nahmen ein handfestes Frühstück ein. Da erkannte der Oberbergingenieur den vollen Ernst der Lage. Er griff schnell zum Telefon und rief den Direktor der Atomkraftwerksgesellschaft an. "Herr Direktor," sagte er zu ihm, "jetzt sind die Bauern mißtrauisch geworden! Weiß der Kuckuck, wie sie darauf gekommen sind, daß hier etwas nicht stimmt! Sie wollen unbedingt die Geräte sehen und in die Bohrlöcher gucken. Sie haben uns hier mit vielen Tausend Traktoren eingeschlossen und lassen keinen rein oder raus. Wir sitzen in unseren Baracken, haben nichts zu essen, und bohren können wir auch nicht, weil kein Treibstoff für die Geräte mehr da ist. Meine Leute wollen nach Hause. Ich muß jetzt die Wünsche der Bauern erfüllen!"

"Nein, nein, nein," schrie der Direktor, der zu dieser frühen Stunde noch im Bett lag und, weil er auch noch nicht gefrühstückt hatte, gleich sehr nervös und zornig wurde, "das dürfen sie nicht tun, sonst läßt man uns womöglich keinen Atommüll in die Löcher stopfen. Ich befehle ihnen, noch bis zum Abend durchzuhalten. Bis dahin werde ich dafür sorgen, daß die Polizei kommt und die Bauern vertreibt. Dann kriegen Sie und ihre Leute auch wieder zu essen und frischen Treibstoff und sie können weiterbohren!"

"Na schön," knurrte der Ingenieur, der vor Hunger, Angst und Ärger schon sehr viel weniger Respekt vor dem Direktor hatte als sonst, "wir warten also noch bis genau 5 Uhr nachmittags. Wenn bis dahin aber keine Hilfe gekommen ist, tue ich alles, was die Bauern verlangen. Uns stinkt diese Arbeit nämlich schon ganz gewaltig, und Sie haben leicht reden, weil Sie sicher in Ihrem warmen Haus

sitzen und gleich frühstücken können, während wir hier hungrig herumsitzen!" Damit legte der Ingenieur auf.

Der Direktor der Atomkraftwerksgesellschaft wurde puterrot vor Wut über diese frechen Worte. Er konnte sich aber nicht entschließen, den Oberbergingenieur sofort zu bestrafen. Als nächstes rief er seinen besten Freund, den Ministerpräsidenten, an. Der Direktor hatte diesem schon oft geholfen, hatte ihm noch vor kurzem viel Geld für seinen Wahlkampf gegeben und lud ihn auch immer wieder zu großen Festessen ein. Darum, meinte er, müsse ihm dieser nun seinerseits helfen.

"Schick' doch ganz schnell Deine Polizei zu unserer Bohrstelle bei Gorleben raus," verlangte er, "um die Bauern dort zu vertreiben. Wenn wir da draußen nämlich nicht weiterbohren dürfen, müssen wir bald alle Atomkraftwerke abschalten. Dann mache ich kein Geschäft mehr und kann Dir auch keine Geschenke mehr geben!" "Wir werden den Platz noch heute räumen!" versprach der Ministerpräsident, dem die Wünsche des Direktors viel wichtiger waren als die Wünsche der Bauern und die berechtigte Angst vieler Menschen vor dem Atommüll.

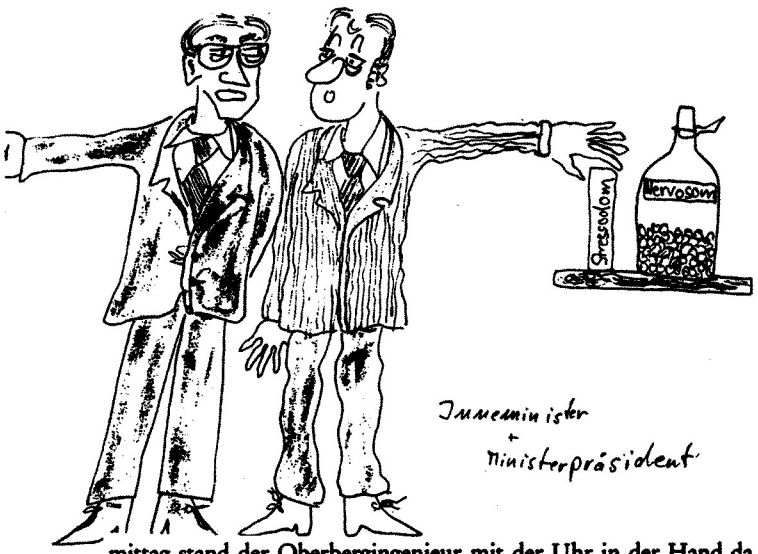
Als er aber aus vielen Städten des Landes seine Polizisten nach Gorleben abkommandieren wollte — es mußten sehr viele sein, um die Tausende von Bauern auch gehörig prügeln zu können —, da geschah etwas Unerwartetes, das alle seine Pläne zunichte machte:

Gleich nach dem Gespräch mit dem Direktor läutete wieder das Telefon. Er hatte noch nicht einmal Zeit gehabt, seine Polizeichefs anzurufen, um ihnen zu befehlen, mit ihren Leuten nach Gorleben zu fahren. Es war der Portier seines Amtsgebäudes, der da anrief, und er schrie ganz aufgeregt: "Herr Ministerpräsident! Herr Ministerpräsident! Schauen Sie doch mal aus dem Fenster!" Und als der Ministerpräsident aus dem Fenster sah, mußte er vor Schreck gleich wieder einen Schritt zurücktreten. Der ganze Platz vor seinem Amtsgebäude war voll mit Menschen, die in der Früh auf die Straßen gegangen waren. Sie schwenkten Protesttafeln und riefen: "Ehr-lich Spiel in Gor-le-ben!", "Laßt den Salzstock doch in Ruh', sperrt die Atomkraftwerke zu!", "Die Bau-ern ha-ben recht!" und vieles andere mehr. Es waren die Freunde der Bauern, denen die Boten in der Nacht erzählt hatten, was geschehen war.

Kurz darauf kam auch noch der Innenminister, der engste Vertraute des Ministerpräsidenten, und berichtete ihm, daß auch in anderen Städten viele Menschen für die Bauern demonstrierten. Und das sei noch nicht das Schlimmste, sagte der Innenminister. Er habe gehört, daß hie und da auch Polizisten gesagt hätten, sie würden nicht nach Gorleben fahren: Es sei schließlich nicht ihre Aufgabe, brave Bauern und Bäuerinnen, die sich um ihre Heimat Sorgen machten, zu verprügeln.

Da wurde dem Ministerpräsidenten fast schlecht. Er wollte natürlich das Versprechen, das er dem Direktor der Atomkraftwerksgesellschaft gegeben hatte, nicht brechen. Aber daß solche Massen von Menschen jetzt die Bauern unterstützten — damit hatte er nicht gerechnet. Er stellte sich vor, daß alle diese Leute ihn bei der nächsten Wahl nicht mehr wählen würden, wenn er jetzt die Polizei nach Gorleben schickte, um die Bauern zu verjagen. Bei diesem Gedanken mußte er sich niedersetzen und erst einmal eine Beruhigungspille nehmen. Dann überlegte er, daß es außerdem noch eine schlimme Blamage für ihn wäre, wenn vielleicht noch dazu viele Polizisten einfach nicht das tun würden, was er ihnen befehlen wollte. Dann würde er dastehen wie ein Idiot. Nein, das durfte auf gar keinen Fall geschehen. Und so entschloß er sich schweren Herzens, nichts zu unternehmen und keine Polizei nach Gorleben zu schicken.

Dort hatte sich in der Zwischenzeit nichts geändert. Am Nachmittag stand der Oberbergingenieur mit der Uhr in der Hand da. Weil er keine Lust hatte, sich und seine Leute länger als nötig quälen zu lassen, rief er um Punkt 5 und keine Sekunde später den Bauern zu: "Also gut! Ihr habt gewonnen! Kommt her, wir zeigen Euch die Bohrer und die Gestänge, und Ihr dürft in die Bohrlöcher gucken, solange Ihr wollt!" Da waren die Bauern sehr froh, und sie gaben den Technikern und Bergleuten auf dem Bohrplatz, gegen die sie eigentlich nichts hatten, noch ein kräftiges, verspätetes Mittagessen mit Schweinebraten, Kartoffeln und Bier, weil die Armen ja seit der Früh gehungert hatten.



Aber die Sache war noch nicht erledigt. Als nun die Bauern die Bohrgestänge genau besahen, fiel ihnen wohl auf, daß sie in eigenartiger Weise verbogen waren. Aber soviel verstanden sie vom Bohren nun auch wieder nicht, daß sie das hätten genauer klären können. Und wenn sie in die Bohrlöcher guckten — man konnte mit einem starken Scheinwerfer hineinleuchten —, sahen sie wohl, daß da tief unten im Salz kleine Höhlen, Blasen und Kammern waren, konnten aber auch nicht mit Sicherheit sagen, was da nun los war. Die Zwerge selbst konnte man nicht sehen. Die waren von all der Anstrengung und dem Ärger, die sie mit den Bohrungen gehabt hatten, total erschöpft und hatten sich in einer kleinen Höhle am anderen Ende des Salzstocks verkrochen, die ihnen sonst als Vorratskammer diente.

So waren die Bauern zunächst etwas ratlos, und wußten nicht recht, was sie jetzt mit den Bohrern und den Löchern anfangen sollten. Sie setzten sich in einem großen Kreis zusammen und hielten eine Beratung ab.

Währenddessen rief der Oberbergingenieur den Direktor der Atomkraftwerksgesellschaft an und erzählte ihm, was vorgefallen war. Der Direktor dachte: "Vielleicht kann ich noch alles in Ordnung bringen, wenn ich jetzt ganz schnell zum Bohrplatz fahre — solange die Bauern noch beraten — und versuche, sie einzuseifen: Ich kann Ihnen ja jetzt sagen, daß ihre Wünsche erfüllt wurden. Und da in den Bohrlöchern nichts zu sehen ist, sollen sie abziehen und uns weiter bohren lassen. Dann bohren wir ganz schnell tief hinunter und stecken auch gleich den Atommüll in die Löcher, bevor die Bauern auf die Idee kommen, wieder mit ihren Traktoren zum Bohrplatz zu kommen!"

Zuerst rief der Direktor noch den Ministerpräsidenten an und sagte: "Wenn Du schon nicht die Polizei geschickt hast, dann komm' jetzt wenigstens selbst mit mir zum Bohrplatz. Vielleicht können wir diese dummen Bauern mit schönen Worten überlisten." Der Ministerpräsident war natürlich einverstanden, weil er den Direktor nicht noch mehr verärgern wollte, und so flogen die beiden kurz darauf im Diensthubschrauber des Ministerpräsidenten nach Gorleben.

... Fortsetzung folgt ...

Atom Exporte

Hahnenkampf der internationalen Atomindustrie

Ich möchte mit diesem Artikel einen Einblick in die Exportsituation der deutschen Atomindustrie geben.

Die Exporteure

Der Weltmarkt scheint den AKW-Herstellern nicht mehr so viele Profite einzubringen, wie sie es sich noch vor zehn Jahren erhofft hatten. Ein Sprecher der Kraftwerksunion ging in seiner Rede vor der Jahrestagung Kerntechnik 1985 von etwa 25 AKWs aus, die bis 1995 auf dem Weltmarkt bestellt würden. Diesen 2,5 Bestellungen pro Jahr stünden vier bis sechs Anbieter gegenüber.
Seine Schätzung der Bestellung mögen sogar noch zu hoch gegriffen sein. Die Zahl der Bewerber hat sich allerdings in der Vergangenheit bestätigt. Wenn in der westlichen Welt AKWs ausgeschrieben waren, bewarben sich jeweils vier oder fünf Firmen: Die KWU, Mitsubishi (Japan), Westinghouse, General Elektrik, Framatome (Frankreich) und AECL (Kanada). Gelegentlich waren noch Anbieter aus England, Italien, der Schweiz oder Schweden dabei. Die meisten der Firmen sind mit den Inlandsaufträgen nicht ausgelastet und versuchen daher, auf dem Weltmarkt den Ausgleich zu finden.
In den USA werden in der nächsten Zeit vermutlich keine weiteren AKWs in Auftrag gegeben, die KWU ist mit ihren Kapazitäten nur zur Hälfte ausgelastet, und sogar in Frankreich sind die weiteren Ausbauprogramme der französischen Elektrizitätsgesellschaft zusammengestrichen worden. Dort soll pro Jahr noch ein AKW in Auftrag gegeben werden, während die Framatome auf mindestens zwei AKWs im Jahr spekulierte.

Die AKW-Käufer

Bei den potentiellen Käufern führen die knappen Kassen und die hohe Verschuldung zu Abstrichen in ihren Atomprogrammen.

Ich habe einen Überblick über den Stand zahlreicher Exportgeschäfte aus den Meldungen der Zeitschrift Atomwirtschaft Jahrgang 1984 und 1985 und aus der Studie »Die Bundesrepublik Deutschland und der Atomwaffen-Nichtverbreitungsvertrag« von Helmut Hirsch entnommen.

In Spanien bauten KWU, General Elektrik und Westinghouse insgesamt vier AKWs, von denen jetzt zwei gestrichen werden.

In Brasilien kommt der Bau von Angra 2 nur sehr schleppend voran, da die jährlichen Haushaltsmittel nicht reichen, um die geplante Betonmenge zu verbauen. Für Angra 3, das zweite AKW des KWU-Bombengeschäfts, gibt es daher erst recht kein Geld. Das brasilianische Gesamtbudget für den Atomauftrag ist um 40 Prozent gekürzt worden. Ein Teil dieser Mittel wurde zudem noch für die Urananreicherung umdisponiert. Diese Verlagerung ist bezeichnend — es gibt weltweit Überkapazitäten bei der Anreicherung und das amerikanische Department of Energy bietet sein angereichertes Uran schon zu Dumpingpreisen an — Brasiliens militärische Ambitionen werden immer unverhüllter. Seine Atomwirtschaft verfolgt ein eigenes Parallelprogramm außerhalb der Kontrolle der BRD und der IAEO (internationale Kontrollbehörde), das auch WAA und Anreicherung umfassen soll.
In Argentinien kommt es ebenfalls zu finanziell bedingten Verzögerungen bei der Ausführung der KWU-Aufträge. Der Preis des im Bau befindlichen AKWs Atucha 2 hat sich inzwischen von ursprünglich 1,6 Mrd. $ auf 4,2 Mrd. $ verteuert. Auch dort scheint die Wiederaufarbeitung und Anreicherung Vorrang zu haben. Die Regierung Alfonsin gab im Herbst 1983 bekannt, daß eine seit 1978 heimlich errichtete Anreicherungsanlage nun fertiggestellt sei. Die Anlage steht außerhalb der Kontrolle der IAEO, ebenso wie die im Bau befindliche WAA mit der Jahreskapazität von 5 Tonnen, die 1986 in Betrieb gehen soll.

In der Tendenz zeichnet sich also ab, daß die zivilitärischen Großaufträge der KWU nun angesichts der knappen Kassen auf ihren militärischen Kern reduziert werden. Zur Umgehung der internationalen Kontrollen wird dieser Teil des Atomprogramms von den Käuferländern zunehmend selbst hergestellt (nachdem sie von der KWU und den deutschen Atomwissenschaftlern das Know How dafür bekommen hatten).

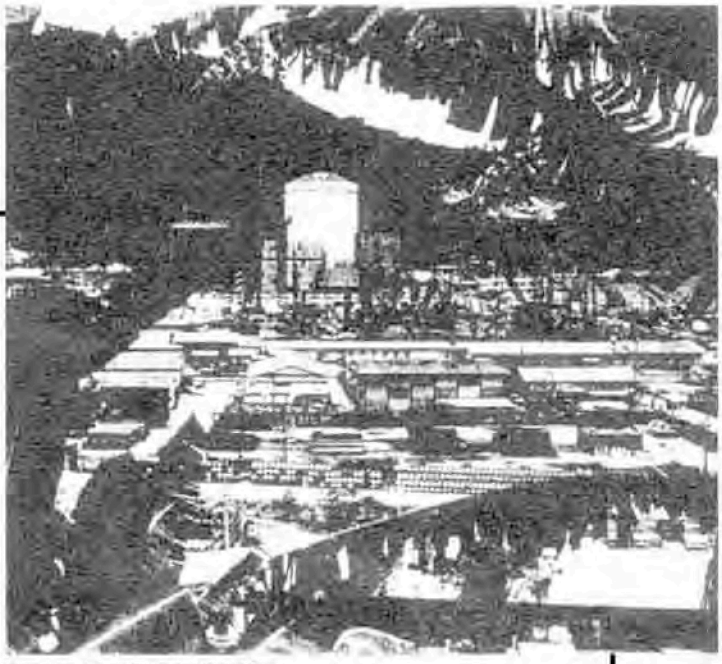
Im Iran soll die KWU jetzt untersuchen, ob eines der beiden AKWs in Busher nach Ende des Krieges fertiggestellt werden kann. Dort war beim Sturz des Schah das ganze Atomprogramm vorübergehend gestrichen worden.
Indien ist inzwischen in der Lage, einen Großteil der Anlagen selbst zu bauen.
Pakistan hatte in der Vergangenheit mit Hilfe deutscher Firmen eine Anreicherungsanlage gebaut, die jetzt für die Herstellung der ersten pakistanischen Atombombe zur Verfügung steht. Im Frühjahr des letzten Jahres wurden die Inhaber der beteiligten Freiburger Firma zu 30.000 DM Geldstrafe verurteilt, weil die Geschäfte sogar noch über den legalen Rahmen hinausgingen. Trotzdem konnten pakistanische Wissenschaftler in den letzten Jahren weiterhin im Kernforschungszentrum Karlsruhe hospitieren und Unterlagen zur Wiederaufarbeitung einsehen. In Pakistan steht eine halbfertige WAA, die eine französische Firma gebaut hatte, und deren Bau wegen der Proliferationsgefahr abgebrochen wurde. Möglicherweise versuchen pakistanische Ingenieure, sie fertigzustellen. Noch 1983 erklärte sich die Bundesregierung bereit, die Einwilligung für Lieferungen von AKWs nach Pakistan zu geben. Auf Druck der USA mußte sie jedoch Abstand davon nehmen.

Internationale Konkurrenz

Die Verhandlungen um die Geschäfte mit der Türkei und Ägypten haben gezeigt, wie hart die internationale Konkurrenz unter den AKW-Herstellern ist. Es scheint sich inzwischen bei den Käuferländern herumgesprochen zu haben, daß der Import von AKWs wegen der großen Einheiten, der Kapitalintensität und der damit verknüpften hohen Verschuldung mit größerem Risiko verbunden sind.
Jedenfalls verlangten die türkischen Käufer, daß die AKW-Hersteller eine eigene Betreibergesellschaft für das AKW gründen, und damit das Risiko selbst tragen. Die türkische Elektrizitätsgesellschaft sollte nur noch den Strom abkaufen. Die kanadische Firma AECL zeigte die Bereitschaft, auf diese ungewöhnlichen Bedingungen einzugehen. Von der KWU kam dagegen der Vorschlag, ein Billig-AKW zu liefern, das fast vollständig über Kredite von außen finanziert werden sollte. Die türkischen Käufer blieben dem deutschen Angebot gegenüber zweifelnd, was dazu führte, daß die KWU schließlich mehr Hoffnungen auf das ägyptische Atomgeschäft setzte. Die Bundesregierung zog die Hermesbürgschaft für das Türkei-Geschäft zurück, da sie nach eigenen Angaben nur eines der beiden Geschäfte finanzieren können.

Doch auch in Ägypten macht sich die Tendenz zu mehr Vorsicht bemerkbar. Die Entscheidung, ob überhaupt ein AKW im

Ausland bestellt wird, und wer als Verkäufer in Frage käme, wurde im November 1985 noch einmal um drei Monate verschoben. Anlaß war die Kabinettsumbildung der ägyptischen Regierung, doch der Grund ist vermutlich wieder die Finanzierung, das Hauptproblem der meisten AKW-Käufer-Länder.



Reaktor-Baustelle in Brasilien

Zuviel Geld für die Kernkraft

Selbstkritisch hat sich die brasilianische Regierung mit ihren Auslandsschulden beschäftigt und dabei auch die bislang stärksten Zweifel am Sinn ihres Atomprogramms laut werden lassen. Henri Philippe Reichstul, ein Spitzenbeamter des Planungsministeriums, beklagt, daß ein Teil des Geldes, das Brasilien dem Ausland schuldet, für ziemlich nutzlose Projekte ausgegeben worden sei. Nach letzten Berechnungen des Ministeriums müßten rund 15 Milliarden Dollar als „unwiderruflich verloren" angesehen werden. Schmerzlich für die deutsche Industrie, daß Reichstul vor allem die beiden von der Siemens-Tochter Kraftwerk Union (KWU) begonnenen Atomkraftwerke als Geldverschwendung geißelt. Fünf Milliarden Dollar, zu einem großen Teil Kredite der Deutschen Bank und der Dresdner Bank, seien beim gesamten Atomprogramm verpulvert worden.

Der KWU bleibt also noch das Geschäft mit China (in der »Atom« Sommer '85 ist über dieses Geschäft ausführlicher berichtet worden). Während des chinesischen Staatsbesuchs in Bonn sah es so aus, als ob die Bestellung von zwei deutschen AKWs schon beschlossene Sache wären. Die KWU erklärte dazu, der Auftrag sei noch nicht endgültig erteilt.
Die Verhandlungen über die langfristige Finanzierung mit Krediten würden sich nach ihrer Ansicht noch hinziehen, und es bestehe nach wie vor scharfe internationale Konkurrenz.
Die Chinesische Regierung hat in den letzten zwei Jahren mit zahlreichen Ländern Verträge über atomare Zusammenarbeit abgeschlossen oder erweitert: unter anderem mit Frankreich, Japan, England, Italien, der BRD, Brasilien, Argentinien und Hongkong. Ein entsprechendes Abkommen mit den USA ist im Sommer '85 ebenfalls abgeschlossen worden. Die Verträge sind die Vorbedingungen dafür, daß die gesamte westliche Reaktorindustrie für die chinesischen Aufträge Schlange steht.
Das 300 MW-AKW Quinshan soll unter chinesischer Regie gebaut werden. Die japanische Firma Mitsubishi liefert den Reaktordruckbehälter. Die französische Framatome soll die Incore-Instrumentierung liefern und weitere Aufträge erhielten deutsche und italienische Firmen. Bei dem geplanten AKW in Guangdong reichte die Framatome Angebote für die Nukleararteile ein und für die konventionellen Teile gab es Angebote aus England und den USA (General Elektrik). Für die Finanzierung sorgt ein französisches Bankenkonsortium unter Federführung der Banque Nationale de Paris. China plant noch weitere AKWs (insgesamt sollen Kraftwerke mit einer Leistung von 2000-3000 MW aus dem Ausland importiert werden), so daß die internationale Reaktorindustrie sich noch einige Aufträge verspricht.

Die KWU erhöhte Anfang dieses Jahres ihr Eigenkapital. Begründet wurde dies mit dem schärfer werdenden Wettbewerb. Sprecher der KWU erklärten, sie wollten bei Exporten Angebot mit höherem Eigenanteil machen. Die Firma erhofft sich noch weitere Atomexporte, wenn auch lange nicht mehr in dem Umfang, den sie sich Anfang er 70er Jahre versprochen hatte. Der Vertreter der KWU sprach auf der Jahrestagung Kerntechnik davon, daß die Exporte nach einem sprunghaften Anstieg 1973/74 drei Jahre später fast zum erliegen gekommen seien. Diese Interpretation ist natürlich gemessen an den gigantischen Wunschvorstellungen der Atomindustrie über den weltweiten Ausbau der Atomprogramme.

Weitere kleine Aufträge

Ich habe in dem Kasten noch eine Aufstellung der kleineren Aufträge gemacht, die in der Regel keine besondere Beachtung finden und zusammen doch ein einträgliches Geschäft der deutschen Atomindustrie darstellen.

Daten der KWU

Angaben soweit nicht anders gekennzeichnet in Mrd. DM

	80/81	81/82	82/83	83/84
Umsatz		4,8	3,4	7,5
davon AKW-Bereich		3,8	2,8	
Inland	0,9	3,0	2,0	
Ausland	1,4	1,8	1,5	
neue AKWs bestellt ?		nein	nein	
Auftragseingang	5,7	6,2	8,0	6,7
davon AKW-Bereich			7,1	
Inland	4,4	3,8	7,0	
Ausland	1,3	2,4	1,0	
Auftragsbestand	23,6	25,2	30,3	29,5
davon AKW-Bereich		22,1	21,1	
Auslastung der Werke	52%	45%	51%	

Importland	Lieferung, Dienstleistung	Exporteur	Stand der Verhandlung, Vertragsabschluß, Stand der Bautätigkeit
Indonesien	Mehrzweckforschungsreaktor MPR 30	Interatom	seit 1983 im Bau
Indonesien	Trainingsprogramm für indonesische Techniker (40 Mio. DM)		vier 1/2 Jahre Laufzeit
Indonesien	Brennelementefabrik für den MPR 30, 30 Mio. DM	Nukem	seit Juli 1984 im Bau
Indonesien	Radiometallurgisches Laboratorium mit heißen Zellen, zur Nachuntersuchung bestrahlter Brennelemente	Interatom, Nukem, ISA Technik Anlagenbau, Kraftanlagen Heidelberg	Vertragsunterzeichnung April 1985
Süd Korea	Brennelementfabrik (50 Mio. DM), Kapazität 200 t/Jahr; Trainingsprogramme für koreanisches Personal	KWU in Zusammenarbeit mit RBU	Vertragsabschluß Herbst 1985
Indien	Ingenieurberatung, Ingenieurleistung bei Reparatur, Umrüstung und Dekontamination bei dem AKW Tarapur, sowie Ersatzteile aus dem AKW Gundremmingen für das AKW Tarapur	KWU (General Elektrik, Lieferer des AKWs, hat seit der Zündung der indischen Atombombe keine Exportgenehmigung mehr für Indien)	Vertragsabschluß Frühjahr 1984
China	Prüfstand für Druckwasserreaktor-Brennelemente	KWU	Auftragsvergabe Sommer 1984
Ungarn	Einbau von Kompaktlagern in drei der vier Blöcke des AKWs Paks vom sowjet. Typ WWER 440, evtl. Nachrüstung des laufenden vierten Blocks mit Kompaktlager; Machbarkeitsstudie über Trockenlagerung im sogenannten Bunkertrockenlager	KWU	Auftragsvergabe Mai 1984
Tschechoslowakei	Primärkreislaufüberwachungssystem für drei AKWs des sowjet. Typs WWER 440; für eines der AKWs Lieferung einer Konditionierungsanlage für Atommüll	KWU	Auftragsvergabe Frühjahr 1984
Japan	Ultraschallprüfungsanlage für Rohre (1 Mio. DM)	Nukem	Auftragsvergabe Frühjahr 1985

Die wirtschaftliche Lage der KWU

Da sich in der letzten Zeit Meldungen von dem sogenannten Auftragsloch der KWU häuften, hofften wir schon insgeheim, daß sich das Problem mit der Atomindustrie möglicherweise mit der Zeit von selbst erledigen könnte.
Doch in den Geschäftsberichten der KWU können wir das Gegenteil lesen. Die Kapazität der KWU-Werke ist zwar tatsächlich nur zu etwa 50 Prozent ausgelastet, doch die Profite haben daran anscheinend keineswegs gelitten. 1983 konnte die KWU noch eine satte Dividende von 16 Prozent an Siemens auszahlen. Im gleichen Jahr und auch im Jahr davor wurden zwar keine AKWs neu bestellt, die KWU bekam jedoch seltsamerweise trotzdem Neuaufträge für 7,1 Mrd. DM im AKW-Bereich. Die Erklärung hierfür verbirgt sich hinter den Worten "Anpassung der bestehenden Aufträge Neckarwestheim und Ohu".
Damit ist gemeint, daß die besagten AKWs teurer geworden sind. Diese Tatsache macht sich natürlich im finanziell gemessenen Auftragsbestand bemerkbar. Wir berichten häufig darüber, daß AKWs rasant teurer werden. Genau an diesem Punkt schaffen sich die Reaktorhersteller den Ausgleich für mangelnde Aufträge.

Im folgenden Geschäftsjahr (10/83 bis 10/84) sank der Auftragseingang und auch der Auftragsbestand ein wenig. Jedoch der Umsatz verdoppelte sich.
Der Tabelle kann frau noch entnehmen, daß die Zahlen der Auftragsbestände sich von 81/82 auf 82/83 erhöhte, obwohl der Auftragsbestand im AKW-Bereich sank. Vermutlich hat die KWU in dem Jahr mehr Aufträge im Bereich der konventionellen Kraftwerke erhalten.
Insgesamt kann frau den Geschäftsberichten entnehmen, daß die KWU noch kräftig Profite erwirtschaftet, auch wenn die Auslandsaufträge nicht so einen großen Umfang einnehmen, wie sie es gern hätte.
Selbst wenn in Zukunft keine AKWs mehr in der BRD bestellt werden sollten, wird sich die KWU an der WAA gesundstoßen können. Dieser Auftrag ist von vornherein so angelegt, daß finanziell keine Grenzen bestehen werden.

SPENDENAKTION

„Waffen für El Salvador"

Postgiroamt Berlin/West
288 59-107
Sonderkonto
Bankleitzahl 100 100 10

Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.,
1000 Berlin 65

Kontostand: 3.949.826,55 DM

Bremen und die

Wer noch vor ein, zwei Jahren meinte, der Anteil von Atomenergie sei mit unter 10% so bedeutungslos, daß Sorgen wegen 'Lichter aus' usw. bei Abschaltung aller AKW's nicht zu befürchten seien, wird heute schon einen Taschenrechner mitnehmen müssen. Der Anteil der Atomkraft an der gesamten Stromerzeugung beträgt mittlerweile gut ein Drittel und ist, bedingt durch weiteren AKW-Zuwachs (Brokdorf, Lingen II und Ohu II) und Abschaltungen veralteter Kohlekraftwerke, eher im Steigen begriffen.

Kaum ein Zeitungsartikel, der diese Tatsache nicht würdigt und, mit Blick auf die sterbenden Wälder und geschickt errechneten Preisvorteilen, sich der Ideologie der Atommafia anschließt: Steinzeit - nein Danke, nur so unverblümt mag es noch niemand wieder ausrufen.

Der Anteil der Atomkraft ist heute schon über den sogenannten Grundlastbereich (Strom, der rund um die Uhr produziert und benötigt wird) hinausgeschossen und in den Mittellastbereich eingedrungen. Noch vor einigen Jahren haben die Stromer versucht, angesichts sinkender Stromverbrauchszuwachsraten ihren dennoch produzierten Strom im Wärmemarkt loszuwerden. Das Ergebnis war nicht sehr berauschend. Wer sieht schon ein, mit Strom seine Heizung zu betreiben. Der Absatz an elektrischen Wärmepumpen blieb weit unter dem kalkulierten Verkauf. Wohin aber mit dem Strom, der, betriebswirtschaftlich gesehen, für die Energiemultis so günstig in AKW's erzeugt wird? Ein Beispiel von vielen soll an der Energieversorgung Bremens verdeutlicht werden.

Bremen ist nicht nur umringt vom CDU-regierten Niedersachsen, sondern auch von den AKW-Giganten Nordwestdeutsche Kraftwerke AG, die ab 1.Oktober 1985 mit ihrer Muttergesellschaft Preußen-Elektra zu einem Imperium ersten Ranges wurde. Die Nähe zu Niedersachsen und die Ferne zur dort und in Bonn regierenden Christdemokratie läßt sich ab und zu noch erkaufen. Für Zustimmungen über Pensionierung von Bundeswehroffizieren oder Investitionshilfen für die WAA Wackersdorf bekommt der bankrotte Freistaat Fregattenaufträge oder Bundesergänzungszuweisungen. Man gibt und bekommt. Aber verhält sich die NWK/PREAG ebenso wie die CDU? Da sind Bremer Sozialdemokraten skeptisch und zerstritten. Die NWK will nur geben, aber auch nehmen. Worum geht's?

Bremens Energieversorgung steht weitgehend auf eigenen Füßen. Die Stadtwerke Bremen AG sind zu 100% im Besitz des Senats. Der Vorstandsvorsitzende ist ein ehemaliger Senator, den Aufsichtsrat führt der Finanzsenator. Das angrenzende niedersächsische Umland wird mit Strom und Wärme aus den Stadtwerke-Kraftwerken versorgt, nur ein geringer Teil im Bremer Norden muß von angrenzenden Energieversorgungsunternehmen, die allesamt NWK-Töchter sind, bezogen werden. Ansonsten wird der gesamte Strom und Wärmebedarf Bremens von den Stadtwerken selbst geliefert. Tabelle 1 zeigt den Stromverbrauch Bremens im Jahr 1984:

Strom: 7 Kraftwerke mit insgeamt 1247 MW, davon
500 MW Kohle Grundlast
410 MW Erdgas Mittellast
135 MW Heizöl/Laufwasser Spitzenlast
210 MW Bundesbahnstrom

Wärme: 7 Heizwerke/Turbinen mit insgesamt 484 MW, davon
402 MW Erdgas
70 MW Heizöl
12 MW elektrisch

Die Kraftwerkskapazität, bezogen auf die Stromerzeugung ohne die Gasturbinen und das Wasserwerk, beträgt somit 910 MW, davon entfallen 55% auf Kohlebasis, 45% sind ergasbefeuert. 10% des Stroms liefert die NWK nach Bremen. Die Jahreshöchstlast am Tag des höchsten Stromverbrauchs betrug 1984 knapp 600 MW. Dies ergibt eine Überkapazität von immerhin 51%. Da aber die Revision des größten Kraftwerksblocks mit 300 MW in die Sommerzeit fällt, wo rund 500 MW benötigt werden, ist die vielfach bundesweit zu betrachtende Überkapazität nicht gerade hoch. Der Stromverbrauch in Bremen ist wie auch bundesweit nach einer starken expansiven Phase von 1970 bis 1980 in den letzten Jahren nur gering angestiegen. Immerhin rund ein Drittel des Stromes verbraucht die Hütte Bremen des Stahlkonzerns Klöckner. Bevorzugt wird Importkohle eingesetzt, die für Bremen rund 50% billiger ist als heimische Ruhrkohle. Diese wird aber wegen des Jahrhundertvertrages trotzdem zu 1/3 der Gesamtmenge eingesetzt.

Die Gasversorgung für Wärmezwecke erfolgt in erster Linie über Lieferungen der Ruhrgas AG. Der Anteil der Fernwärme aus Wärme-Kraft-Kopplung beträgt nur rund 8,5% des Gesamtwärmeverbrauchs. Davon wird rund 1/3 vom Daimler Werk, der Rest fast ausschließlich in umliegenden Wohnsiedlungen verbraucht.

Soweit das lästige Zahlenmaterial. Kommen wir langsam zum Problem der Stadtwerke, der Energieversorgung in Bremen und die Rolle des Geldes bzw. der NWK. Die Altersstruktur bezüglich der Schadstoffemmisionen führen zu einer Veränderung der Energieversorgungsstruktur Bremens. Der 75 MW Kohleblock Hafen 4 wird stillgelegt, das Gaskraftwerk Mittelsbüren soll von 240 auf 170 MW heruntergeschraubt werden, um eine Stickoxidentgiftungsanlage zu sparen, und der Vertrag über Lieferungen der NWK läuft im Jahr 1989 aus. Insgesamt 167 MW stehen dann ab 1989/90 zur Dispositon. Dies war die Lage im Dezember 1984 und so ist sie bis heute. Betriebsversammlungen der Stadtwerkebelegschaft, Veranstaltungen, Bürger-

Energiemultis

foto: lalf

schaftsdebatten, Zeitungsberichte reißen seitdem nicht ab, ein Gutachten jagt das nächste. Den Überblick zu behalten ist schwer. Nichtsdestotrotz hängt an dieser Debatte die Zukunft bremischer und damit kommunaler Energieversorgung, oder umgekehrt, das Verschlingen des Riesen NWK/PREAG von einer der letzten Inseln in seinem Versorgungsgebiet.

Eigentlich wäre alles ziemlich einfach. Mit einem schon in der Vergangenheit entworfenen Energiekonzept könnte der Bedarf an Energie, an Strom und Wärme in Bremen durch eine entsprechende Karftwerksstruktur angeglichen werden. Veraltete Kraftwerke könnten schrittweise durch umweltfreundliche, Nahwärme liefernde Blockheizkraftwerke ersetzt werden, Energie könnte durch rationelle Verwendung eingespart werden und so weiter. Aber: dieses Energiekonzept gibt es nicht. Noch 1979 wurde der 300 MW Block im Hafen in Betrieb genommen. An ihm hängt rund 50% des Bremer Stromverbrauchs. Und dies soll er weiterhin, bis übers Jahr 2000 hinaus. Daher wird zur Zeit eine Rauchgasentschwefelungsanlage eingebaut. Eine ebensolche folgt im Anschluß am 125 MW Block 5 im Hafen. Und da sich die Stadtwerkeplaner nicht die Bohne um Abbau des Verbrauchs von Strom und Änderung der Energiestruktur kümmern, muß eben ein neues Kraftwerk die offenen Megawatts ersetzen. Geboren wurde das Kraftwerk Hastedt Block 15. Geplant als Wärmekraft gekoppeltes Werk, mit hochmoderner, umweltfreundlicher Verbrennungstechnik. Leistung 130 MW, mit Entstickungs- und Entschwefelungsanlage und weiterer Fernwärme für Daimler und den Bremer Osten. So weit so gut.

Nur, Brmen ist bekanntermaßen Pleite. Zwar nicht die Stadtwerke, aber deren Besitzer. Warum also nicht einen Teil des Aktienpaketes abstoßen. 20% meinte der ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende und Finanzsenator Thape und kaum ausgesprochen, klopfte es auch schon an dessen Tür: Interessent, die NWK/PREAG. Die, clever wie eh und je, wollten drei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Erstens würde der Einbruch in den Bremer Energiemarkt erreicht werden, zweitens just dann, wenn Brokdrof wieder Überschuß bringt, und drittens könnte die NWK, so ihr Vorschlag, für die 185 Millionen des 20% Aktienpaketes vielleicht ja auch den Bau der Kühltürme in Esensham vergessen machen (immerhin 200 Millionen). Und wenn schon so viel zu erreichen ist, der NWK Strom nach Bremen würde selbstverständlich sich an jetzigen Stadtwerke Preisen orientieren. 185 Millionen für die bankrotte Bremer Stadtkasse ohne große Einspruchsrechte der NWK (erst bei 25% Aktienanteil gibt es Sperrminorität bei wichtigen Entscheidungen), die rechte SPD fing an zu wackeln. Anders die linken Sozis. Im Verein mit Gewerkschaften, Betriebsrat und Stadtwerkebelegschaft und sogar der CDU forderten sie sofort Block 15, da umweltfreundlich, Arbeitsplätze schaffend (130 an der Zahl) und energiefreundlich mit Strom und Wärme. Das Aktienpaket sollte bei zwei Bremer Banken für 160 Millionen geparkt werden. Für drei Jahre mit Vorzugsrückkaufrecht. Die Grünen wiederum richteten eine Energie-AG ein. Unter Beteiligung aller relevanten Umweltorganisationen in Bremen wurde ein weiterer Vorschlag erarbeitet. Abschaltung des alten Kraftwerk Hafen Blockes, Einbau einer Entstickungsanlage im Kraftwerk Mittelsbüren statt Leistungsreduzierung, Bau von Blockheizkraftwerken und ein Programm für Energiesparinvestitionen. Kosten rund 200 Millionen DM. Dafür kein Block 15 in Hastedt, der 350 Millionen einschließlich 20% Bundesbeteiligung kosten würde.

Die Gegner des NWK-Geschäftes setzten sich zusammen. Und, erstaunlich, die Positionen lagen oft sehr eng zusammen. Das der Weg zu einer ökologischen Weichenstellung aber nicht einfach ist, liegt eigentlich weniger an den guten Ideen und Vorschlägen, als an der Schwerfälligkeit der SPD und der Gewerkschaften. Theoretisch einverstanden mit den Vorschlägen der BI's und der Grünen, praktisch aber unfähig, diese sofort umzusetzen. So blieb bis zum Sommer nur die Frage offen: NWK-Verkauf oder nicht. Dieses Problem ist mittlerweile für drei Jahre hinausgeschoben. Die Aktien sind bei den Banken geparkt, an einen Rückkauf denkt allerdings niemand. Woher sollte das Geld auch schon kommen. Über den Neubau Hastedt herrscht nach wie vor Unklarheit.

Obwohl mehrere Gutachten dieses Projekt befürworten, platzte Ende August die erste Bombe. Das geheime, vom Senat in Auftrag gegebene Gutachten, kam ganz im Gegensatz zur ÖTV-Studie, die gleiches Zahlenmaterial benutzt hatte, auf einen 70 Millionen Gewinn für das NWK-Projekt. Denn, so kam heraus, die NWK ging nochmals mit den Preisen herunter und verlängerte die Festschreibung der Strompreise von 10 auf 25 Jahre. Zu was ein Energiegigant doch fähig ist, um seinen Markt zu erweitern!

Kaum hatten die Stadtwerkeplaner festgestellt, daß auch sie mit ihren Preisen noch nachlassen können, platzte die zweite Bombe. Um den Bau des Heizkraftwerkes Hastedt Block 15 doch noch zu verhindern, meldete sich der Klöckner-Konzern. Dem läge ein Abgebot der Preag vor, daß mit 9 Pfg/Kwh noch um einen Pfennig unter den Erzeugungskosten des Stadtwerkestromes liegt. Und da der Stahlkonzern immerhin ein Drittel des Bremer Stroms verbraucht, wurde erpreßt: entweder gehen die Stadtwerke mit ihren Preisen auf das Preag-Niveau oder Klöckner baut sich ein eigenes Kraftwerk. Denn Preag-Strom kann Klöckner aufgrund des Demarkationsvertrages nach dem Energiewirtschaftsgesetz nicht beziehen. Das geht nur über den Umweg Stadtwerke Bremen. Die Drohung zeigte Wirkung. Kurz vor dem SPD-Landesparteitag nach Koschnicks Abschied ausgesprochen, brachte sie die SPD-Genossen ins erneute Grübeln.

Im Dezember 85 endlich entschied der Aufsichtsrat der Stadtwerke über die Zukunft der Bremer Energieversorgung. Geboren wurde ein erster Schritt in Richtung Ausverkauf der eigenständigen Energieversorgung und der Abhängigkeit in die Atomenergie, getarnt als Kompromiß. Hastaedt Block 15 wird nicht gebaut. Dafür eine Gegendruckanlage, hauptsächlich eine Art Heizwerk, welches Fernwärme erzeugen kann. Die Kapazität wird nur 40 MW betragen,

die Kosten liegen mit 165 Mio. DM um 185 Mio. DM unter denen für Block 15. Mit diesem Geld sollen 1987 die 20% geparkten Aktien zurückgekauft werden. Der fehlende Strom wird, festgeschrieben auf 25 Jahre, zu einem günstigen Angebot von der Preag gekauft. Damit erhöht sich der Anteil des Preag-Stroms in Bremen von 10 auf 25%. Bedenkt man, daß die Preag zu 70% Atomstromproduzent ist, so wird demnächst 1/6 des Stromverbrauchs aus Atomkraftwerken kommen.

Das Ergebnis wird allgemein bejubelt. Die Gewerkschaften sind froh, daß die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Die Stadtwerke sind froh, ein Stück Eigenständigkeit Bremens erhalten zu haben. Die SPD ist glücklich, Geld für den Rückkauf der Aktien zurückgelegt zu haben. Der Finanzsenator freut sich, daß die Konzessions- und Gewinnabgaben der Stadtwerke dank des Preag-Stromes um 8 Millionen jährlich steigen und der öffentliche Nahverkehr weiter bezuschußt werden kann. Die Preag kann endlich wieder überproduzierten Strom loswerden. Das Superangebot an Bremen (Esensham-Strom liegt bei ca. 10 Pfg/Kwh) läßt sich in dem riesigen Versorgungsgebiet leicht ausgleichen. Und der Klöckner-Konzern bekommt den Strom zu unglaublichen Tarifen (9 Pfg/Kwh statt bisher 10,2 bis zum Jahr 1999). Nur die Atomkraftgegner sind sauer. Die in der SPD (sofern ernsthaft vorhanden) sind jedoch einiges gewöhnt und haben zu kuschen. Bereits im Sommer mußten sie miterleben, wie der Wirtschaftssenator in der Bund-Länder-Kommission zusammen mit Hamburg und den CDU-Ländern (außer dem frustrierten Niedersachsen) 600 Millionen DM Investitionsbeihilfen für die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf genehmigte. Wie immer klafft auch an dieser Frage der Atomenergie ein himmelweiter Unterschied zwischen öffentlichen politischen Bekundungen der SPD und ihren tatsächlichen Handlungen. Offiziell liest sich dies dann so: der größte Arbeitgeber der Hansestadt, Daimler, erhält weiter Fernwärme und ist zufrieden; der größte Stromabnehmer, Klöckner erhält billig Strom und ist zufrieden; die Perspektive der Eigenständigkeit bleibt erhalten und die Stadtwerke-Belegschaft ist zufrieden; die Strompreise können gehalten werden dank des superbilligen Preag-Stroms, also sind die Verbraucher auch zufrieden. Da läßt es sich mit ein paar unzufriedenen AKW-Gegnern doch leben.

Pelle
Bremer Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen

Untersuchungen abgeschlossen

Unter der Überschrift »Untersuchungen abgeschlossen« berichtete die OZ am 5. Februar 1986 darüber, daß das Gelände am Rysumer Nacken in großflächigen Bodenuntersuchungen auf seine Eignung für den Bau eines Großkraftwerkes untersucht worden ist. Zusammengefaßt sei dabei herausgekommen, daß das Gelände am Rysumer Nacken für den Bau eines Großkraftwerkes geeignet ist. Dieses »Großkraftwerk« wird ein Atomkraftwerk sein! Besagter Standort ist im Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen Teil II, Ergänzung Dezember 1984, bereits als Standort für ein Atomkraftwerk ausgewiesen. Mit dem für die Preußenelektra positiven Untersuchungsergebnis ist also die Wahrscheinlichkeit noch größer geworden, daß an unserer Küste ein Atomkraftwerk gebaut wird.

Die gegenteiligen Behauptungen des Pressesprechers dieser Firma sind kein Gegenbeweis, denn die Geschichte der Atomkraftwerke in unserem Land lehrt, daß die Bevölkerung, so lange es nur irgend geht, über die wirklichen diesbezüglichen Planungen im Unklaren gehalten wird, und zwar von allen Verantwortlichen. Über den wahren Stand der Planungen, die vielleicht schon viel weiter sind, als wir ahnen, ist nichts näheres bekannt.

M.W., Pilsum

Neckarwestheim

Unter dem Motto "Organisiert den Widerstand" fand am 19.Dez. 1985 in Neckarwestheim ein Fackelzug statt, an dem ca. 70 Leute teilnahmen. Nach der Kundgebung vor dem GKN (Gemeinschaftskraftwerk Neckarwestheim) wurde ein Papieratomkraftwerk angezündet, worauf sogleich die Werksfeuerwehr ausrückte und mit zwei Schläuchen das 'Riesenfeuer' (2 cbm Pappe) löschte. Als sie glaubten, das 'Flammeninferno' gelöscht zu haben und ihre Schläuche wieder zusammenrollten, flammte das Feuer wieder von selber auf und sie mußten nochmals ausrücken.

Das war nicht nur toll, sondern auch symbolisch, denn zur Zeit wird versucht, das Widerstandsfeuer wieder neu zu entfachen. Es fanden schon zwei Koordinationstreffen statt, die den Wunsch nach einer neuen festen GKN-Gruppe diskutieren und organisieren wollen.

Von den Folgeprojekten des GKN II (siehe atom Februar + Sommer 85), den Speicherseen und der Rheinwasserüberleitung, gibt es außer Verschleierungs- und Hinhaltetaktik nichts aktuelles. Landwirtschaftsminister Weiser legt die Projekte immer wieder "auf Eis", sagt, "sie sind vom Tisch" oder "zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht aktuell". Allerdings glaubt von den örtlichen BI's niemand daran, denn die Fakten, die durchsickern, entsprechen eher dem Gegenteil. Auch ein Buch gibt es jetzt über Neckarwestheim, herausgegeben vom Bund der Bürgerinitiativen Mittlerer Neckar e.V.

Darin wurde viel Wert auf die rechtliche Problematik gelegt. Interviews mit den Klägern und Klägerinnen aber auch Überlegungen zur Effektivität von Prozessen. Natürlich erfährt mensch auch alles übers AKW selbst und über den örtlichen Widerstand. Es heißt:

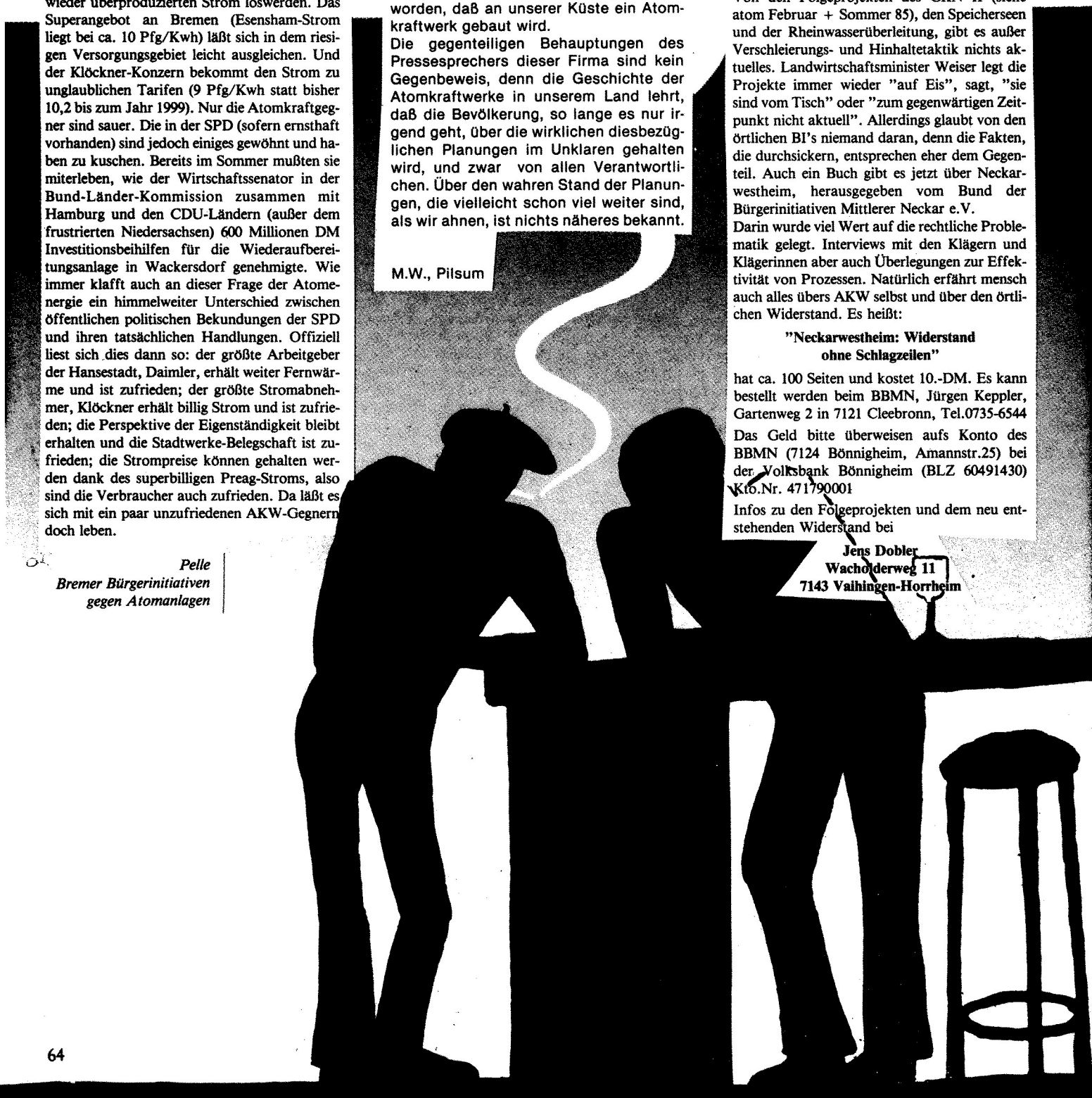
"Neckarwestheim: Widerstand ohne Schlagzeilen"

hat ca. 100 Seiten und kostet 10.-DM. Es kann bestellt werden beim BBMN, Jürgen Keppler, Gartenweg 2 in 7121 Cleebronn, Tel.0735-6544

Das Geld bitte überweisen aufs Konto des BBMN (7124 Bönnigheim, Amannstr.25) bei der Volksbank Bönnigheim (BLZ 60491430) Kto.Nr. 471790001

Infos zu den Folgeprojekten und dem neu entstehenden Widerstand bei

Jens Dobler
Wacholderweg 11
7143 Vaihingen-Horrheim



Unfallserie mit Uranhexafluorid (UF6) in den USA — Gefahrenpotential in der BRD wächst ständig

Heute USA — morgen BRD

Im August 1984 geriet das Uranhexafluorid zum ersten Mal weltweit - fernsehgerecht aufbereitet - in die gute Stube: Die »Mont Louis« war vor der belgischen Küste mit einer brisanten Ladung der militärisch/zivilen Atommafia gesunken. 30 an Bord befindliche Behälter enthielten angereichertes UF6 aus französischer, belgischer und deutscher Produktion (atom, November/Dezember 1984).
Am 4. Januar 1986 kam es in den USA zum in jüngster Zeit folgenschwersten Unfall mit UF6, wobei ein Arbeiter getötet und über 100 Personen zum Teil schwer verletzt wurden. Im Folgenden werden wir darüber berichten, sowie die Gefährdung von UF6 in der BRD aufzeigen.

Was ist UF6 für ein Stoff?
Um Natururan als Brennstoff für den Betrieb in einem Atomreaktor chemisch aufzubereiten, wird das metallische Uranisotopengemisch (Uran 235/238) mit Fluor zu Uranhexafluorid (chemisches Kürzel: UF6) umgesetzt. Dabei wird aus dem Ausgangsstoff Natururan - UF6, das für die Atomindustrie uninteressante U 238 F6 (abgereichertes UF6) und das als Grundstoff in der Atomindustrie verwendete U 235 F6 (angereichertes UF6) hergestellt.
Alle drei UF6 - Arten sind mit dem radioaktiven Natururan und dem chemisch agressiven Fluor eine ständige Gefährdung der Bevölkerung. Studien aus den USA haben ergeben, daß bei Arbeitern, die mit UF6 umgehen, die Krebsgefahr größer ist, als für die Normalbevölkerung. Dabei liegen die Gefahrenquellen hauptsächlich in der verarbeitenden Industrie, sowie der Lagerung und vorallendingen des weltweiten Transports des Uranhexafluorids.

Unfallserie in den USA
* Am 4. Januar ereignete sich in Gore im Bundesstaat Oklahoma (USA) ein folgenschwerer Unfall in einer Urankonversionsanlage, in der Natururan zu UF6 verarbeitet wird. Ausströmendes Uranhexafluorid tötete einen Arbeiter und verletzte ca. 100 Personen. Folgendes hatte sich ereignet: In der Anlage wurde ein Behälter vom Typ 48 mit UF6 überladen (dieser Behältertyp wird auch in der UAA - Gronau benutzt). Er dient als Transport - und Lagerbehälter für abgereichertes UF6 Natururan. Er darf mit maximal 12,47 t UF6 beladen werden, bei dem Unfall waren 13,28 t UF6 im Behälter. Als Arbeiter die Überladung feststellten, erhitzten sie das Faß. Sie wollten das darin befindliche UF6 vom festen in den gasförmigen Zustand bringen, um es dann teilweise in einen anderen Behälter zu pumpen. Doch soweit kam es nicht. Das überfüllte Faß platzte. Das ausströmende radioaktive und chemisch sehr giftige Gas verätzte einen Arbeiter die Lungen, der daran starb. Rund 100 weitere Personen (Arbeiter und Anwohner) mußten teilweise schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden.
* Am 8. 1. ereignete sich ein zweiter Uranunfall. In einer Fabrik in Henderson bei Las Vegas fiel eine Urankapsel aus einem Röntgengerät. Die US - Behörden sperrten nach dem Unfall einen Teil der Werksanlagen.
* Am 19. 1. fand der dritte Unfall statt. In Fernald/Ohio entwich in einer Uranfabrik unbemerkt UF6 aus einem Behälter. Dieser hatte einen 20 cm langen Riß. Ein Teil der Anlage wurde für Untersuchungen stillgelegt. Bei dem Unfall hatte die Alarmanlage nicht funktioniert; Sensoren reagierten nicht auf den Anstieg der Radioaktivität. Sechs Arbeiter mußten sich ärztlich untersuchen lassen.
Daß es sich hierbei nicht um Ausnahmen handelt zeigen weitere bekanntgewordene Unfälle mit UF6 aus vergangenen Jahrzehnten:
- Anfang der 6oer Jahre forderten zwei UF6 - Unfälle (Bersten der Tanks) in den USA bereits zwei Todesopfer.
- Am 1. 7. 1977 trat aus der Uranfabrik Pierrelatte/Frankreich eine große UF6 - Wolke aus und verseuchte die Umgebung.
- Im Februar 1984 traten in Hanau kleinere Mengen an UF6 aus.
- Im November 1984 explodierte in der argentinischen Urananreicherungsanlage in Pichileufu ein UF6 - Behälter. Ein Mitarbeiter wurde schwer verletzt.

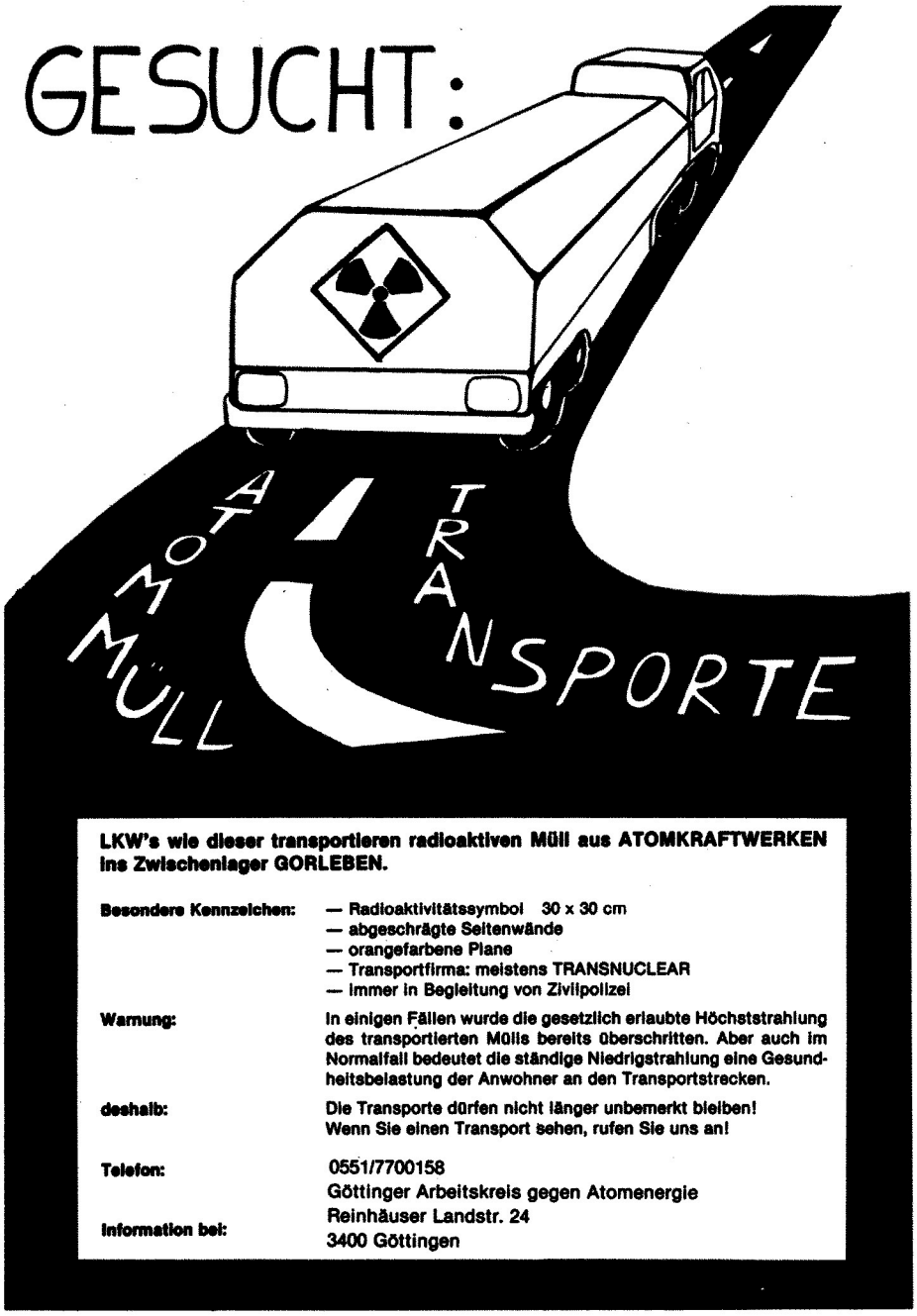
Situation in der BRD
Bundesregierung und Atomindustrie haben allen Grund die Unfälle in den USA zu verharmlosen und ein öffentliches Interesse - wie etwa beim Untergang der »Mont Louis« - gar nicht erst aufkommen zu lassen. Der tötliche Uranbehälterunfall in der US - Atomfabrik kann sich jederzeit auch hier wiederholen. Die bestehenden UF6 - Lager und die ständigen Transporte durch die BRD sind eine tickende Zeitbombe, denn die US - Sicherheitsnormen für UF6 - Behälter gelten auch für die BRD.
Unmittelbar betroffen von dem schweren Unfall in der US - Atomfabrik Gore sind bestehende bzw. geplante Uranhexafluorid - Lager und Verarbeitungsstätten:
* Weisweiler bei Aachen (5000 t)
* Karlstein (Bayern)
* Leese, bei Nienburg (Niedersachsen)
* Gronau (Nordrhein - Westfalen)
* Hanau, wo gleich drei Firmen (Nukem, Reaktor - Brennelemente - Union und Transnuklear) Uranhexafluorid verarbeiten oder lagern (5000 t).
Ein Atomunfall wie in Gore kann also auch hierzulande täglich passieren. Der Gifttank in Gore ist explodiert, weil er statt der zulässigen 115 Grad C auf 120 Grad C erhitzt wurde und zudem - nach Betreiberangaben - mit ca. 800 kg überladen war. Eine Fehlanzeige der großen Waagen auf denen das UF6 in die Behälter abgefüllt wird, macht diesen Unfall auch in der BRD möglich.

Aber nicht nur ein überladener UF6 Behälter, sondern auch jeder normal gefüllte kann ab einem bestimmten Erhitzungsgrad in die Luft gehen. UF6 wird als fester, salzförmiger Stoff transportiert, geht ab 56 Grad in einen gasförmigen Zustand über und wird ab 64 Grad bei einer gleichzeitigen Volumenausdehnung von 35% flüssig. je höher die Hitze, desto höher die Ausdehnung und die Gefahr der Behälterexplosion. Von Bedeutung ist dies insbesondere für die unzähligen UF6-Transporte quer durch die Bundesrepublik:

"Die größte Gefahr beim Transport droht, wenn bei einem Unfall ein Feuer ausbricht. Wird ein intakter Behälter einem Brand bei einer Umgebungstemperatur von 800 Grad (ein Benzinfeuer erzeugt Temperaturen von über 1000 Grad) ausgesetzt, platzt der Behälter unter steigendem Druck nach maximal 1,7 Stunden explosionsartig. Schlagartig werden 80% des UF6 230 Meter hochgeschleudert, wo es verdampft. Die restlichen 20% werden brockenweise in die nähere Umgebung geworfen und verdampfen innerhalb von 4 Stunden."

(aus: Gruppe Ökologie, Sicherheit und Umweltauswirkungen eines Lagers für Uranhexafluorid und Urankonzentrat bei Leese, Juni 1983)
"Das hier nicht pure Theoretiker am Werk waren, zeigt ein UF6-Unfall vor 16 Jahren. Am 10.11.1970 entgleiste bei Ashausen vor den Toren Hamburgs ein Güterzug mit 11 Waggons. Bei einer Geschwindigkeit von fast 100 km/h wurden zwei Behälter mit je zwei Tonnen schwach angereichertem UF6 ins Freie geschleudert. Die Bergungsarbeiten verzögerten sich um mehrere Stunden, weil erst ein Experte aus Braunschweig mit einem besonders empfindlichen Geigerzähler herbeigeholt werden mußte." (Zeit vom 21.9.84)

Die Menge des zu transportierenden und zu lagernden UF6 nimmt ständig zu. Mensch unterscheidet angereichertes, abgereichertes und Natururan-UF6, die chemisch alle gleichermaßen giftig sind, wobei insbesondere das angereicherte UF6 auch als radioaktiver Stoff gefährlich ist. Es ist noch nicht ermittelt, wieviel Natururan-UF6 hierzulande lagert und ob die Uranvorräte der Bundesregierung, die für 5 Jahre (für den Fall von Liefersperren) reichen sollen, als Urankonzentrat (Yellow cake) oder als UF6 gehortet werden. Angereichertes UF6 wird in Hanau verarbeitet, in Gronau produziert und ebenfalls aus etlichen Ländern eingeführt. Das Hauptproblem ist jedoch das abgereicherte Uran 238. Um ein Atomkraftwerk vom Typ Biblis ein Jahr zu betreiben, kommen 200 Tonnen UF6 in eine Anreicherungsanlage, von denen wiederum 160 Tonnen als abgereichertes UF6, praktisch als Abfall, zurückbleiben.
Die Bundesrepublik läßt ihr Uran neben Gronau in den USA, der UDSSR, den Nie-



Dieses DIN A-3 Plakat könnt Ihr bei uns bestellen, ab 20 Stück für 0,20 DM + Porto

derlanden, Frankreich und Großbritannien anreichern. In allen Fällen mußte sie sich selbstverständlich verpflichten, die angefallenen abgereicherten UF6-Anfälle wieder zurückzunehmen, um sie für Jahrzehnte (die Bundesregierung spricht von 50 Jahren) zu deponieren.

Brennpunkt Gronau

Noch Anfang 1986 wollen die Gronau-Betreiber den Antrag auf Ausbau der Anlage von derzeit 400 Tonnen auf 1000 Tonnen Urantrennarbeit/Jahr bei der NRW-Landesregierung einreichen, die nicht nein sagen wird.
Nach Auskunft der Bundesregierung wird sich der jährlich (!) neu anfallende Berg abgereicherten UF6 von derzeit 160 Tonnen auf 1600 Tonnen in die Höhe schrauben und die UF6-Sammelstelle in Gronau gigantisch vergrößern. Mit dem Ausbau der Anlage wird gleichzeitig die Zahl der UF6-Transporte von oder nach Gronau von jetzt 22 auf 215 pro Jahr ansteigen. Insbesondere die SPD wird wenig Interesse haben, die hier angesprochenden Sachverhalte zu erörtern. Nicht allein, weil sich hier erneut der kriminelle Charakter des gesamten Atomprogramms auftut, sondern insbesondere wegen der Urananreicherungsanlage Gronau im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen. Der Grundstein für diese potentielle nationale Atombombenfabrik wurde von von Bülow gelegt, die NRW-Landesregierung nahm die Anlage noch kurz vor der NRW-Landtagswahl in Betrieb, kurz: ein typischer 'Ausstieg' aus der Atomenergie a la Sozialdeomkratie.

Dabei ist die weltweite Überkapazität auf dem Gebiet der Urananreicherung dergestalt, daß ein komplettes Werk in der USA unlängst die Pforten schließen mußte und die französische Anlage sechs Monate im Jahr stillstehen muß. Das nach den aktuellen Unfällen in den USA in Gronau Unruhe herrscht, ist verständlich. Die Situation wird sich beim Ausbau der UUA noch verschärfen. Nach dem tödlichen Unfall in Gore fand am 11.Januar eine vom Gronauer Arbeitskreis organisierte Trauerdemo statt, an der 40 Personen teilnahmen.
Dabei wurden zwei Särge mitgetragen. Sie symbolisierten zum einen den Tod, der durch UF6 überall auftreten kann, wo dieses Gift frei wird. Der zweite Sarg symbolisierte die Opfer des jüngsten Atomunfalls in Gore. Nach dem Trauerzug fand auf dem Gronauer Marktplatz eine kurze Abschlußkundgebung statt, in der auch eine Schweigeminute für die Opfer der Atomindustrie eingelegt wurde. Abschließend rief ein Vertreter des Arbeitskreises zum verstärkten Widerstand gegen Atomanlagen, besonders in der Euregio und im Münsterland auf. Er sagte dabei: "Genau wie unsere Freundinnen und Freunde in Wackersdorf werden wir uns bei unserem weiteren Widerstand nicht von der Polizei, von der Justiz oder von geflickten Politikern die Widerstandformen vorschreiben lassen."
Am gleichen Tag fand in Almelo (NL) eine Aktion gegen die dortige UAA statt. Der Arbeitskreis 'Stop Kernenergie Almelo' führte eine Mahnwache durch. Gegen das Anfahrtstor der UAA haben sie drei Kreuze gestellt, auf denen drei Namen standen: Karen Silkwood, Almeloer Bevölkerung und James Harrison. James Harrison ist der Arbeiter, der bei dem Unfall in Gore getötet wurde; Karen Silkwood, die ebenfalls in einer Atomfabrik in der USA gearbeitet hatte, die genau wie die Anlage in Gore dem Kern Mc Lee Konzern gehört, kam in den siebziger Jahren auf mysteriöse Weise ums Leben.
Angesichts der drohenden Erweiterung der Anlage und den zahlreichen Uranunfällen in der letzten Zeit, ist der Widerstand in Gronau nötiger denn je. Eine Form unseres Widerstandes ist die Klage gegen die UAA, die im Sommer 1985 eingereicht wurde. Hierfür wird noch jede Menge Geld benötigt.
"Rechtshilfekonto UAA" BLZ 40164024, Konto: 140037201, Volksbank Gronau.

Zur weiteren Information empfehlen wir das Euregio-Info.

MATERIA NOVITÄTEN LISCHE

Technik d.Geheimen Kriegsführung
600.S. Bild & Anleitung 45 DM
Die israelische Invasion in den Libanon. Alleinvertrieb. 20 DM
Chronologie d.Stammheim-Prozesse
ca. 850 S. ca. 30 DM
Chronologie d. Revolutionären Zellen 15 DM
"Verrat in Irland". Das britische Supergrass-System 6 DM
"Counter Reader" (Orig.Dokumente) zur Invasion in Centralamerika 15 DM
"Dressed to kill" - Bildband über d. nordirischen Widerstand 12 DM
Komplette Geschichte der I.R.A. von Kevin Kelley 25 DM

CODENAME ARMY 21
Fortschreibung von Air Land Battle bis zum Jahr 2030. Neueste Studie einer US-Expertengruppe. 15 DM

AIR LAND BATTLE & FIELD MANUAL 1005
Einzig kompl. Ausgabe 10 DM

ORIGINALTEXT „SUBVERSION FÜR ZENTRALAMERIKA"
Counterreader aus Fort Bragg (USA) deutsch 10 DM

ALTERNATIVER IRLANDREISEFÜHRER
mit vielen Tips & Adressen 10 DM

MITTELAMERIKA - DER WEG IN DEN KRIEG
Plus US-Regierungsinhema. Das Beste. 10 DM

Kostenlose Liste anfordern.
Vorauszahlung: PschA Frankfurt
Kto-Nr. 406293-609

MISK

D-637 OBERURSEL 5/PF 35

Studien zu Zentralamerika

Istmo

Themen der ISTMO sind:
- politische und soziale Entwicklungen in Zentralamerika
- die Region in der weltpolitischen Auseinandersetzung
- bundesdeutsche Politik gegenüber Zentralamerika
- Diskussionsbeiträge zentralamerikanischer Autoren über internationale Politik

Über die Tagespolitik hinaus versteht sich die Zeitschrift als wissenschaftliche Ergänzung der Solidaritätsbewegung, deren Bestandteil sie sein will.

Heft 11 (Februar 1986)

Jürgen Weller:
Costa Rica past sich an - ökonomische und politische Strukturveränderungen in der Regierungszeit Monge

Otfried Nassauer:
Von Vietnam nach Nicaragua? Interventionsbereitschaft und Interventionskapazitäten in der US-Politik

Die Hefte sind erhältlich über den Buchhandel (ISSN 0724 – 0716) oder direkt beim Herausgeber. Einzelheft 4,– DM, Doppelheft 8,– DM

Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft Zentralamerika e.V.
Achtermannstr. 10-12
D- 4400 Münster

1-4 Ex. je 3,00 DM + Porto 1,00 DM
5-10 Ex. je 2,50 DM + Porto 1,80 DM
ab 11 Ex. je 1,80 DM + Porto 3,00 DM

blätter des iz3w Freiburg
AZAKO KOORDINATION AZANIA
AKAFRIK Münster

Broschüre, 48 Seiten, Din A4, 3,- DM
Hrsg.: AKAFRIK, Münster und iz3w, Freiburg, Dez. 1985

Bestellungen

gegen Vorauszahlung auf Kto. Nr.
80 90 - 460 PschA Dortmund
BLZ 440 100 46
bei: Arbeitskreis Afrika
AKAFRIK Münster (ISW)
An den Mühlen 25
4400 Münster

oder Betrag in Briefmarken an:
iz3w
informationszentrum dritte welt
Postfach 53 28
7800 Freiburg
(ab 10 Ex. gegen Rechnung)

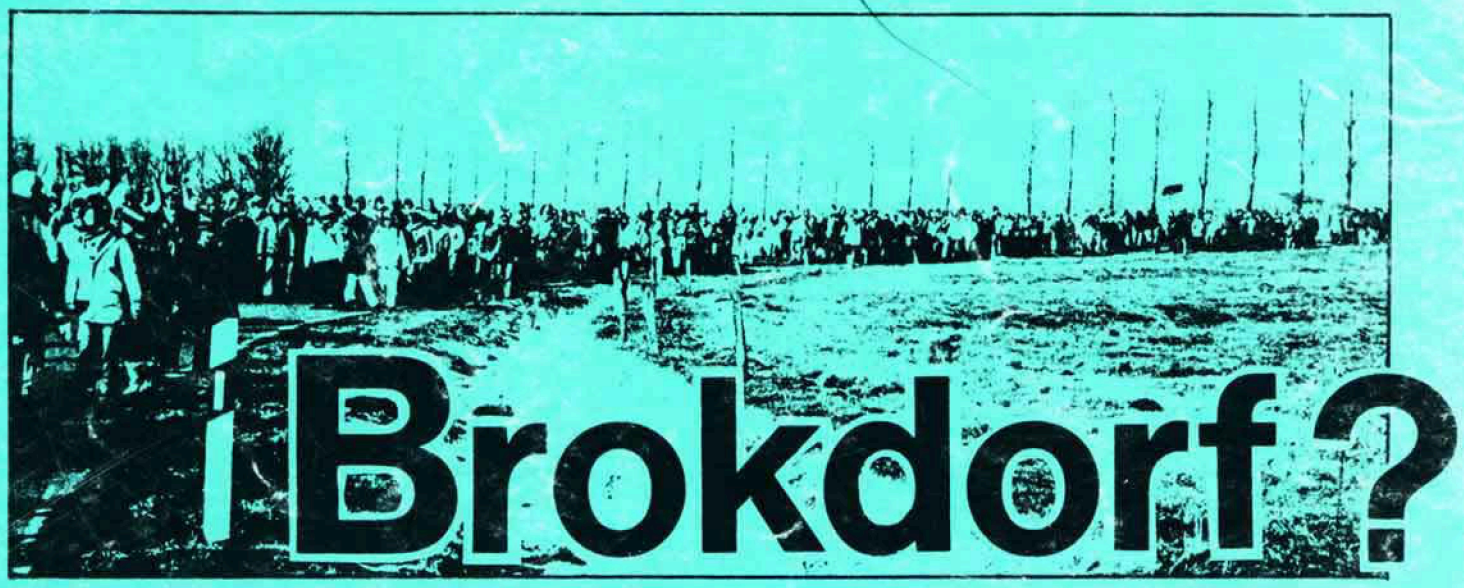
Graswurzelrevolution

Sonderheft
Soziale Verteidigung

Mit unserem ersten Heft zur „Sozialen Verteidigung" (seit 1981 25.000 verkaufte Exemplare) hatten wir uns noch auf Neuland begeben. Mit einer völlig überarbeiteten Neuauflage wollen wir jetzt die Fragen an das Konzept der Sozialen Verteidigung vertiefen und es in Beziehung zu anderen alternativen Verteidigungskonzepten setzen. Dabei verstehen wir „Soziale Verteidigung" nicht einfach als ein Konzept zur zivilen Landesverteidigung, sondern verbinden mit ihr eine vollständige Entmilitarisierung der Gesellschaft nach Innen und Außen; also einen Angriff auf das Militär.

80 Seiten DM 5,-

Bezug: Graswurzelrevolution, Nernstweg, 32, 2000 Hamburg 50.



Brokdorf?

In Brokdorf wird das AKW ohne öffentliche Beachtung ununterbrochen weitergebaut und soll noch in diesem Jahr fertiggestellt werden. War Brokjdorf einst der Name für den Widerstand gegen das Atomprogramm der Bundesregierung, so droht der Name jetzt dafür zu stehen, daß die Betreiber von Atomanlagen auf Dauer doch ihr Ziel erreichen können.
Wir sind der Meinung, daß das nicht so sein muß!
Wir wollen die großen Demonstrationen von 1976, 77 und 81, die verschiedenen Prozesse um die Genehmigungsverfahren, die Blockaden, die Itzehoer Strafprozesse und auch die bis in die jüngste Zeit reichenden Anschläge auf Zulieferfirmen nicht vergessen. Wie aber können wir an den vorangegangenen Kampf anknüpfen und Widerstand gerade in der Endphase des Baus neu auf die Beine bringen?
Wir — das sind 7 BIs aus dem nördlichen Hamburger Umland — haben uns vor Weihnachten '85 zusammengetan, um zu überlegen, ob es möglich und sinnvoll ist, noch zu diesem Zeitpunkt, also im Endstadium des Baus eines Atomkraftwerks, Protest und Widerstand zu organisieren. Nicht zuletzt die doch über unseren Erwartungen liegende Resonanz auf ein erstes Anschreiben an etliche norddeutsche BIs hat uns dann dazu ermutigt, für den 5. April '86 einen kleinen Aktionstag anzusetzen.
Es geht in keiner Weise um irgendwelche "revival"-Ambitionen, auch nicht um das Schüren eines total verfehlten Optimismus, was eine etwaige Be- oder Verhinderung der Fertigstellung des AKWs anbetrifft, sondern schlicht darum, von unserer Seite aus die letzte Entwicklung nicht stillschweigend hinzunehmen, sondern zu kommentieren.
Konkret: Wahrscheinlich im Frühsommer werden die Brennelemente eingelagert (Plutonium-Mischoxidelemente); damit wird aus dem 'Symbol' des Atomstaats ein direkt strahlendes und Umwelt und Menschen gefährdendes Atomkraftwerk. Zweitens werden mit diesem Zeitpunkt auch Atommülltransporte quer durch Hamburg und in die Marsch aktuell, wir sollten sie nicht aus den Augen verlieren. Und drittens schließlich ist das Brokdorfer Atomkraftwerk wohl wie kein zweites d i r e k t als ökonomisch unsinnig erklärt worden — von den Betreibern wohlgemerkt.

Wir wollen mit unserem Erscheinen dokumentieren, daß wir dieses Atomprojekt auch dann nicht vergessen, wenn wir den entscheidenden ersten Kampf um den Baubeginn und die Fertigstellung verloren haben.

Samstag, 5. April,
in der Nähe des Baugeländes

Informationen über BUU Pinneberg,
Tel.: 04101 — 6 25 44

"Brokdorf — Das ist doch Vergangenheit!" "Da tut sich doch nichts mehr!" So oder ähnlich denken und reden die meisten von uns, wenn sie diesen Namen hören. Daß dem nicht so ist, zeigt nachstehendes. Brokdorf ist nicht mehr der Nabel der Anti-AKW-Bewegung, schon lange nicht mehr — doch die Menschen, die seit Jahren dort leben und Widerstand leisten, haben sich nicht klein kriegen lassen. Auch wenn, ja, wenn Brokdorf diesen Sommer fertiggebaut ist.
Neben den vielen Kleinaktionen, von denen hier die "BI Itzehoe und Bewegung Weiße Rose" berichtet (die aber von allen möglichen Medien verschwiegen werden) regt sich im Norden noch etwas: "GROSSKAMPFTAG" am 5. April 1986 am Bauzaun.

Die BUU Itzehoe und Bewegung Weiße Rose weißt auf andere Arten des Widerstands hin, die, von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, immer wieder laufen.

In der Nacht vom 16. auf den 17.9.1985 wurde auf einer Großbaustelle an einer Landstraße bei Schleswig ein Anschlag auf die Firma Mathiesen verübt. Dabei wurden ein Bauwagen, ein Verdichter, eine Planierraupe und zwei Bagger (letztlich alles, was vorgefunden wurde) schwer beschädigt. In dem Bekennerschreiben heißt es dazu: "Die Firma Mathiesen verdient seit Jahren am Bau des Atomkraftwerks in Brokdorf und unterstützt damit die gewalttätige Durchführung des staatlichen Atomenergieprogramms gegen den Willen der Bevölkerung. Sabotage an der Technologie des Systems bedeutet für uns nicht nur ein Stück Selbstbefreiung, sondern auch konkreten materiellen Schaden. Wir sehen die Aktion und uns als Bestandteil des antistaatlichen Widerstands der überall täglich stattfindet...". Unterschrieben mit "Eduart Zimmermann und die Traumtänzer".

Die BUU Itzehoe und Bewegung Weiße Rose weisen daraufhin, daß — obwohl häufig Aktionen gegen das AKW Brokdorf laufen, nur selten Bekennerbriefe geschrieben, bzw. wenn doch, dann von der örtlichen Presse unterdrückt werden. Sie fordren deshalb dazu auf, ihnen Bekennerbriefe zuzuschicken.
"Eine wichtige Aufgabe im Widerstand gegen das geplante AKW in Brokdorf besteht darin, insbesondere Nachrichten über den Widerstand zu veröffentlichen, die ständig, z.B. der Rundschau unterdrückt werden."

Trecker fährt wieder

Einen Teil ihrer Öffentlichkeitsarbeit will die BUU wieder reaktivieren. Wie schon 1982/83 soll der Brokdorftrecker wieder zum Einsatz kommen. Neben der Funktion als mobile Bauplatzwache ist er auch ein Medium für Öffentlichkeitsarbeit. Durch den Kauf des Treckers entstehen dabei über 2.000 DM Kosten. Um Spenden wird deshalb gebeten. Außerdem können sich Leute, die mit dem Trecker fahren wollen, bei der BI melden.
Darüberhinaus kann eine Liste der Baufirmen angefordert werden, die am Bau des AKWs beteiligt sind.

BUU Itzehoe und Bewegung weiße Rose
Postfach 1253, 2210 Itzehoe
Tel.: 04821 — 53 11
Spenderkonto:
D. Grote, Sonderkonto WT, Kto. 38029-206, Postscheckamt Hamburg

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016